45. Jahrgang 1997 / 2. Heft / April ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

FRANK ZSCHALER
Die vergessene Währungsreform in der SBZ

KARL CHRISTIAN FÜHRER
Anspruch und Realität der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik 1933–1945

GERHARD KEIDERLING
Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945

YEHUDA BAUER
Anmerkungen zum „Auschwitz-Bericht" von Rudolf Vrba

DOKUMENTATION
Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria 1960
(Yeshayahu A. Jelinek/Rainer A. Blasius)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Norbert Frei, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Andreas Wirsching
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

45. Jahrgang | Heft 2 | April 1997

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Frank Zschaler — Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948 191

Karl Christian Führer — Anspruch und Realität. Das Scheitern der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik 1933–1945 . . . 225

Gerhard Keiderling — Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945 257

DISKUSSION

Yehuda Bauer — Anmerkungen zum „Auschwitz-Bericht" von Rudolf Vrba 297

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DOKUMENTATION

Yeshayahu A. Jelinek/ Rainer A. Blasius Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960 309

NOTIZ

Mikroverfilmte ausländische Archivalien in der Bayerischen Staatsbibliothek *(Freddy Litten)* 345

ABSTRACTS 349

MITARBEITER DIESES HEFTES 351

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Suzan Hahnemann. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreis incl. gesetzlicher MWSt 1997: Jahresabonnement Inland DM 92,40 (DM 78,– + DM 14,40 Versandspesen); Österreich öS 693,– (569,– + 124,– Versandspesen); Schweiz und übriges Ausland DM/sFr 94,80 (78,– + 16,80 Versandspesen).
Studentenabonnement (nur Inland) DM 74,40 (60,– + 14,40 Versandspesen); Einzelheft DM 26,–, öS 190,–, sFR 26,– + Versandspesen. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilage: R. Oldenbourg Verlag, München · *Institut für Zeitgeschichte – Gesamtverzeichnis*

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

FRANK ZSCHALER

DIE VERGESSENE WÄHRUNGSREFORM

Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948

1. Einleitung

Während die Währungsreform in den Westzonen seit Jahrzehnten Gegenstand wissenschaftlicher, politischer und journalistischer Meinungsäußerungen ist[1], hat ihr ostdeutsches Pendant kaum größere Aufmerksamkeit gefunden. Dafür mag es zwei Gründe gegeben haben: Erstens unterlagen alle Daten über die beiden Geldumstellungen in der SBZ im Juni und Juli 1948 bis 1989/90 ebenso strikter Geheimhaltung wie alle Aktenbestände zur Finanz-, Geld- und Währungspolitik Ostdeutschlands[2]. Zweitens war das Interesse an diesem Thema gering, gehörte die DM(Ost) doch zu den schwachen Währungen des Ostblocks, die als reine Binnenwährungen international keine Rolle spielten. Außerdem war die ostdeutsche Währungs- und Finanzpolitik schon frühzeitig in der allgemeinen Wirtschaftspolitik aufgegangen[3].

[1] Vgl. dazu u.a. Eckhard Wandel, Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945–1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik, Frankfurt a.M. 1980; Albrecht Ritschl, Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der deutschen Industrie, in: VfZ 33(1985), S.136–165; Rainer Klump, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht, Stuttgart 1985; Wolfram Fischer (Hrsg.), Währungsreform und soziale Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Berlin 1989.

[2] Einen zusammenhängenden Quellenbestand „Währungsreform" gibt es in den heute zugänglichen ostdeutschen Archiven leider nicht. Vielmehr befinden sich relevante Akten im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (künftig: BAP), Bestand Ministerium der Finanzen, normaler und Verschlußsachenteil (künftig: DN-1 und DN-1-VS), Deutsche Notenbank (künftig: DN-6), Deutsche Wirtschaftskommission (künftig: C-15), Präsidium des Ministerrates (künftig: C-20), sowie in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BA). Quellen zur Vorgeschichte der ostdeutschen Währungsreform befinden sich auch im Sächsischen Staatsarchiv zu Leipzig (künftig: SäStAL), Bestände Sächsische Landesbank und Privatbank Meyer & Co.

[3] Daher findet die ostdeutsche Währungsreform in neueren westdeutschen Veröffentlichungen nur marginales Interesse. Vgl. z.B. Hans Roeper, Geschichte der D-Mark, Frankfurt a.M. 1968, S.28f.; Wandel, Die Entstehung der Bank deutscher Länder, S.131f. In den fünfziger Jahren wurde dieser Frage wegen der zeitlichen Nähe der Ereignisse und der größeren Informationsdichte mehr

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach dem Ende der SED-Herrschaft und dem Zusammenbruch des am sowjetischen Modell orientierten Ordnungs- und Wirtschaftssystems der DDR muß sich die wirtschafts- und finanzhistorische Forschung diesem Problemkreis jedoch zuwenden. Heute sind nicht nur alle relevanten Aktenbestände der ostdeutschen Archive für die Forschung zugänglich, die Bewertung der Stellung von Währung und öffentlichen Finanzen innerhalb des zentralistischen Wirtschaftssystems ist darüber hinaus unerläßlich, um Funktionsweise, Defizite und Scheitern dieses Gesellschaftsmodells zu erklären.

Eine Untersuchung über die ostdeutsche Währungsreform sollte daher von folgenden Fragestellungen ausgehen: 1. Vor dem Hintergrund der unstrittig positiven Bedeutung der westdeutschen Währungsreform für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik muß untersucht werden, ob schon in der ostdeutschen Währungsreform und damit im ersten Stadium der Geld- und Währungspolitik der SBZ/DDR Ursachen für das spätere Scheitern des Systems gesehen werden können. 2. Da die Geldumstellung im Westen mit dem Übergang zur sozialen Marktwirtschaft verknüpft war, muß gefragt werden, ob auch die DM(Ost) bereits mit einem Systemwechsel verbunden war. Anders ausgedrückt geht es um eine Bewertung der Ereignisse von Juni/Juli 1948 im Zusammenhang mit dem Transformationsprozeß der ostdeutschen Gesellschaft. 3. Im Hinblick auf die Währungsreform selbst muß der Anteil von russischer Besatzungsmacht auf der einen und ostdeutschen Fachleuten und Politikern auf der anderen Seite an Vorbereitung und Durchführung des Geldumtauschs und an den geld- und währungspolitischen Normensetzungen ermittelt werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß diese Frage nicht leicht zu klären ist, weil die sowjetischen Akten leider und wohl auf längere Zeit unzugänglich sind[4]. 4. Schließlich ist die Vorgeschichte der Währungsumstellung zu erforschen. Dabei ist für den Zeitraum von 1945 bis 1948 zu fragen, ob es in der SBZ und den Westzonen gemeinsame oder unterschiedliche Konzepte über die Zukunft der deutschen Währung und eventuell sogar Kontakte ost- und westdeutscher Finanzwissenschaftler und Finanzpolitiker gab, die an einer gesamtdeutschen Währungsreform interessiert waren.

2. Die deutsche Währung am Ende des Zweiten Weltkrieges

Die Reichsfinanzverwaltung unter Reichsfinanzminister Lutz von Schwerin-Krosigk und Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister Walther Funk hatte es verstanden, die Lage der öffentlichen Finanzen und der Währung lange Zeit zu verschleiern. Zwar erschloß sich der Ernst der geld- und währungspolitischen Situation Volkswir-

Aufmerksamkeit geschenkt. Vgl. z.B. Gerhard Abeken, Das Geld- und Bankenwesen in der Sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, Bonn 1955.

[4] Russische Quellenbestände konnten zum Zeitpunkt der Abfassung des Manuskriptes noch nicht eingesehen werden.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten, Finanzwissenschaftlern und Mitarbeitern der Reichsfinanzverwaltung, für den sog. Normalbürger aber war die Knappheit der Güter eher wahrnehmbar als die Notlage der öffentlichen Finanzen[5].

Das wichtigste finanzpolitische Instrument zur Finanzierung des Zweiten Weltkrieges war das System der „geräuschlosen Kriegsfinanzierung", durch welches die Banken und Sparkassen, die Reichsbank und die Versicherungen die wichtigsten Kreditgeber für das Reich wurden. Es brachte die privaten Konteninhaber, also etwa die Sparer und Geldanleger, unwissentlich in ein Gläubigerverhältnis zum Reich. 82,8 Prozent aller Reichsschuldtitel wurden auf diese Art „untergebracht", 51,3 Prozent bei Banken, Sparkassen und Genossenschaften; 25,1 Prozent bei der Reichsbank und 6,4 Prozent bei den Versicherungen. Allerdings konnte diese Konstruktion nur solange funktionieren, wie Anreize zur privaten Geldanlage bei den Banken bestanden und gleichzeitig kaum private Nachfrage nach Krediten existierte. Das erforderte entsprechende Regulierungsmaßnahmen[6]. Da versäumt worden war, die schwebende Reichsschuld systematisch zu konsolidieren, erreichten 1942 die kurzfristigen Schulden das Übergewicht in der Schuldenstruktur. Durch die forcierten Rüstungsanstrengungen in der Ära Speer wurden diese Prozesse noch beschleunigt.

Im Sommer 1944 sank der Anteil der ordentlichen Staatseinnahmen als Dekkungsmittel für die Gesamtausgaben unter 20 Prozent, im Dezember 1944 sogar unter 10 Prozent. Der gleichzeitig einsetzende „run" auf die Banken führte bereits 1944 zum Zusammenbruch der Kriegsfinanzierungspolitik. Daher konnte der Liquiditätsbedarf des Reichs in den letzten Kriegsmonaten fast nur noch über die Notenpresse befriedigt werden. Der Notendruck, „gedeckt" durch Liquiditätsversprechen des Reichs, hatte bereits seit 1939/40 zu einer schnellen Vergrößerung der Geldmenge geführt. Das Geldmengenwachstum erreichte schließlich zwischen September 1944 und April 1945 einen Höhepunkt. Während am 1. September 1944 38,5 Mrd. Reichs- und Rentenmark in Banknoten umliefen, immerhin ca. 270 Prozent des Betrages vom 1. September 1939, waren es am 30. April 1945 bereits 67 Mrd. RM. Die Geldmenge war im Vergleich zum ersten Kriegsmonat um 615 Prozent gestiegen[7].

---

[5] Nicht untypisch dafür ist die Äußerung eines Leipziger Textilunternehmers gegenüber einem Volkswirtschaftsprofessor der dortigen Universität von Oktober 1945: „Ich war ganz erschüttert über Ihre Ansicht, daß während der letzten sechs Kriegsjahre eine ungenügende Abschöpfung des Einkommens stattgefunden haben soll und daß sich dadurch der Notenumlauf der Reichsbank vergrößert habe. Meiner festen Überzeugung nach ist das nicht der Fall." (Georg Stöhr an Friedrich Lütge, 4.10. 1945, in: SäStAL, Privatbank Meyer & Co., Nr. 40, o. Bl.)

[6] Eckhard Wandel, Das deutsche Bankwesen im Dritten Reich (1933–1945), in: Deutsche Bankengeschichte, hrsg. im Auftrage des Instituts für bankhistorische Forschung e.V., Bd. 3, Frankfurt a.M. 1983, S. 186.

[7] Angaben für September 1939 bis Dezember 1944 in: Willi A. Boelcke, Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933–1948, Paderborn 1985, S. 107. Angaben für April 1945 vgl. Anm. 17.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gegen Ende des Krieges befanden sich die öffentlichen Finanzen des Reichs also in einer denkbar schlechten Verfassung. Das Reich war faktisch unfähig, die Forderungen seiner Gläubiger zu bedienen, die erheblich aufgeblähte Geldmenge entsprach in keiner Weise der in Folge des Krieges desolaten wirtschaftlichen Situation, also dem drastisch geschrumpften realen Sozialprodukt. Es waren alle Anzeichen für eine bevorstehende offene Hochinflation vorhanden. Wegen des rigiden Preisstop- und Kontrollsystems der NS-Regierung ließ sich diese Entwicklung aber zunächst nicht an den Preisen ablesen, es lag eine zurückgestaute Inflation vor[8].

Nach Kriegsende mußte daher die enorme innere Verschuldung erkennbar werden. Ein sofortiger Zusammenbruch der Reichsmark-Währung wurde nur dadurch verhindert, daß wichtige Bestandteile des NS-Rationierungs- und Bewirtschaftungssystems von den Besatzungsmächten übernommen wurden[9]. Dieser Schritt von der Kriegs- zur Nachkriegsregulierung, insbesondere ein Preisstop auf dem Niveau von 1944, entschärfte zunächst das Währungsproblem, jedoch ohne es grundsätzlich zu lösen. Die Geldmenge wurde zunächst sogar noch weiter erhöht. Einrückende sowjetische Truppen beschlagnahmten beträchtliche Notenbestände der Reichsbank und der Geschäftsbanken und setzten diese entsprechend ihrem Bedarf in Verkehr[10]. Außerdem emittierten die Alliierten eigenes Geld, die sog. Militärmark[11].

Verläßliche Aussagen über die Struktur der bis zur Währungsreform in den vier Zonen vorhandenen Bargeldmenge lassen sich nur schwer treffen, da es seit der Auflösung der Reichsbank keinen offiziellen Ausweis über die Geldmenge gab und die sowjetische Besatzungsmacht nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand Militärmark

---

[8] Über die Tätigkeit der Behörde des Reichspreiskommissars vgl. u. a. Nicholas Balabkin, Germany under Direct Controls. Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945–1948, New Brunswick N. J. 1964, S. 58ff.

[9] Vgl. dazu Wolfgang Krumbein, Wirtschaftssteuerung in Westdeutschland 1945 bis 1949, Organisationsformen und Steuerungsmethoden am Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie in der britischen/Bi-Zone, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 58, Stuttgart 1989, S. 28ff.

[10] Aussagen über die Menge der beschlagnahmten Noten sind nur schwer zu treffen. Der letzte Ausweis über die Kassenbestände der Berliner Großbanken stammt vom 31. 12. 1944. Danach befanden sich in Groß-Berlin bei Geschäftsbanken ca. 215,7 Mio. RM in Noten und Scheidemünzen (Deutsche Bank: 81,4 Mio., Commerzbank: ca. 50,0 Mio., Dresdner Bank: 61,2 Mio., Bank der Deutschen Arbeit: 14,1 Mio., Reichskreditgesellschaft: 5,3 Mio. und Berliner Handelsgesellschaft: 3,7 Mio.). Dieser Betrag wird sich bis Kriegsende wahrscheinlich noch etwas erhöht haben. In der Reichshauptkasse befanden sich zum Zeitpunkt der Besetzung ca. 1,0 Mrd. RM an Reichs- und Rentenbanknoten. Vgl. Landesarchiv Berlin, Stadtarchiv (künftig: LA Berlin, StA), Rep. 315, Nr. 169, o. Bl. Nimmt man an, daß sich in den übrigen Banken des russisch besetzten Gebiets ungefähr so viel Bargeld befand wie bei den Berliner Großbanken und berücksichtigt eine Erhöhung der Bestände bis Kriegsende sowie die Reichsbanknebenstellen, hätte die Rote Armee ca. 1,75–2,0 Mrd. RM an Kassenbeständen beschlagnahmt.

[11] Vgl. Herbert Rittmann, Deutsche Geldscheine seit 1914, München 1986, S. 299ff. Die sowjetische Seite hatte sich übrigens mit einer Herstellung aller Militärmarknoten in Washington D. C. nicht einverstanden erklärt und auf der Herausgabe eines Duplikats der Druckplatten bestanden. Dadurch konnte die SMAD in ihrer Zone zumindest theoretisch unbegrenzt alliierte Mark emittieren.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ohne Emissionsnachweis in Umlauf brachte. Eine einigermaßen brauchbare Geldmengenstrukturanalyse wurde im Sommer 1946 in der volkswirtschaftlichen Abteilung des Berliner Stadtkontors angefertigt[12]. Die Rahmendaten wurden durch die Altgeldmengenerfassung im Zuge der Währungsreform von Juni 1948 bestätigt.

Tabelle 1: Bargeldmenge in Deutschland 1945 bis 1948 (in RM)[13]

Ausweis der Reichsbank über den Stückgeldumlauf (31. März 1945)		59,5 Mrd.
Notenbestände der Reichsbank und der Reichsbankanstalten Mitte März 1945	12,0 Mrd.	
– bis 7. Mai 1945 in Verkehr gebracht	7,5 Mrd.	+ 7,5 Mrd.
– nach Bad Salzungen ausgelagert	2,5 Mrd.	
– nach München verbracht	1,0 Mrd.	
– in der Reichshauptkasse verblieben	1,0 Mrd.	
theoretischer Notenumlauf bei Kriegsende (identisch mit letztem Ausweis der Reichsbank vom 30. April 1945)		= 67,0 Mrd.
Reduzierung des Notenumlaufs durch Kriegsereignisse		– 18,0 Mrd.
wirklicher Notenumlauf bei Kriegsende		= 49,0 Mrd.
Von Alliierten beschlagnahmte und in Verkehr gebrachte Notenbestände		+ 4,0 Mrd.
Alliierte Mark, bis Ende 1945 in Verkehr gebracht	7,9 Mrd.	
– durch die Vereinigten Staaten	1,9 Mrd.	
– durch das Vereinigte Königreich	1,7 Mrd.	
– durch Frankreich	0,7 Mrd.	
– durch die UdSSR	3,6 Mrd.	
Alliierte Mark, von allen Mächten 1946 in Verkehr gebracht	4,1 Mrd.	
Alliierte Mark insgesamt		+ 12,0 Mrd.
Bargeldumlauf in den vier Zonen und Berlin 1946 bis 1948		= 65,0 Mrd.

[12] Das Stadtkontor wurde im Juni 1945 als erstes Berliner Kreditinstitut nach der Bankenschließung gegründet. Es übernahm die bisherige Berliner Stadtbank und die Reichsbanknebenstellen in der Hauptstadt. Zum Personalstamm gehörten ehemalige Mitarbeiter der Reichsbank und geschlossener Großbanken. Vgl. Frank Zschaler, Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin 1945–1961. Eine vergleichende Untersuchung von Ost- und West-Berlin (mit Datenanhang 1945–1989), Berlin/New York 1995, S. 32 ff.

[13] Das Stadtkontor äußerte sich dazu in zwei Expertisen am 22. 6. 1946 (Kassenbestand der Reichsbank) und am 15. 7. 1946 (Schätzung des Bargeldumlaufs), deren Ergebnisse für diese Untersuchung zusammengefaßt worden sind, in: LA Berlin, StA, Rep. 315, Nr. 169, o. Bl. Die Deutsche Zentrale Finanzverwaltung führte im Auftrage der SMAD eine ähnliche Rechnung durch, schätzte aber die Ende 1945 bestehende Gesamtbargeldmenge nur auf 50 Mrd. RM. Wahrscheinlich wurden hier die alliierten Noten nicht einbezogen. Vgl. BAP, DN-1-alt, Nr. 3467, Bl. 67. Eine Gegenrechnung auf der Grundlage von Währungsreformdaten ergibt erfaßte Altgeldbestände in den Westdeutschen Zonen in Höhe von 34,5 Mrd. Reichs-, Renten- und Militärmark sowie in der SBZ in Höhe von 27,9 Mrd. Im Juni 1948 sind also insgesamt 62,4 Mrd. alte Mark umgelaufen. Die Differenz zur Schätzung des Stadtkontors beträgt damit nur 2,6 Mrd.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit Hilfe dieser Angaben läßt sich die Menge des von der sowjetischen Militärverwaltung herausgegebenen Besatzungsgeldes näher bestimmen. Geht man davon aus, daß die Westalliierten nur bis Ende 1945 Militärmark ausgegeben haben, müßte die für 1946 genannte Summe von 4,1 Mrd. allein von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in Umlauf gebracht worden sein. Insgesamt wären 7,7 Mrd. Militärmark in der SBZ und 4,3 Mrd. Militärmark in den westlichen Besatzungszonen emittiert worden[14]. Daher war zu erwarten, daß die im Zuge der Währungsreform in der SBZ erfaßte Alt-Bargeldmenge im Vergleich zur Bevölkerungszahl deutlich höher sein würde als in den Westzonen.

3. Konzepte für eine Lösung des Währungsproblems

Bereits in den ersten Wochen nach Kriegsende beschäftigten sich deutsche Finanzwissenschaftler, Volkswirte und Finanzpolitiker mit einer Neuordnung der Währung. Mit dem Ende des Krieges und dem nunmehr auch institutionellen Zusammenbruch von Reichsbank und Reichsfinanzverwaltung wurde die Lösung der Währungsfrage zu einem akuten Problem. In den ersten ernstzunehmenden Stabilisierungsmodellen wurde die Währungssituation meist in engem Kontext zur schwierigen wirtschaftlichen Lage betrachtet. Eine Stabilisierung der Reichsmark wurde als notwendige Voraussetzung für eine Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage angesehen[15].

Da es für die vier Besatzungszonen und Berlin keine gemeinsame deutsche Verwaltung gab und die Siegermächte viele Fragen unterschiedlich handhabten, wurde die praktische Finanzpolitik erschwert. Neben dem Kontrollrat selbst und seinem Finanzdirektorium gab es in jeder Zone eine Finanzabteilung der jeweiligen Militärregierung, sog. Finanzoffiziere kontrollierten die deutschen Verwaltungen. Außerdem waren die öffentlichen Finanzen in allen Zonen unterschiedlich organisiert. Am weitesten war die Zentralisierung in der britischen Besatzungszone vorangeschritten, wo man sich am Weimarer Finanzverfassungsmodell orientierte. In der amerikanischen und in der französischen Zone gab es keine zonalen Finanzverwaltungen[16].

[14] Während das DDR-Handbuch des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen in der Ausgabe von 1985 das von den russischen Truppen erbeutete Geld mit 6 Mrd. RM und das SMAD-Besatzungsgeld mit 9 Mrd. RM beziffert (vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen [Hrsg.], DDR-Handbuch, Köln 1985, S. 121), kommen Baar, Karlsch und Matschke zum Ergebnis, daß die Obergrenze der Besatzungsgeldmenge bei ungefähr 5 Mrd. RM gelegen habe und man das Beutegeld nicht seriös beziffern könne. Auch dort sei mit einer relativ geringen, tatsächlich in Verkehr gebrachten Geldmenge zu rechnen. Vgl. Lothar Baar/Rainer Karlsch/Werner Matschke, Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen, Berlin 1993, S. 66 f.

[15] Die wichtigsten Geldreformkonzepte, die in den Westzonen entstanden sind, wurden von der List-Gesellschaft publiziert. Vgl. Hans Möller (Hrsg.), Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne von 1945–1948, Basel/Tübingen 1961.

[16] Vgl. Wolfgang Renzsch, Finanzverfassung und Finanzausgleich. Die Auseinandersetzungen um ihre politische Gestaltung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Währungsreform und deutscher Vereinigung (1948–1990), Bonn 1991; Victor von Schmiedeberg, Geschichte und Ent-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hier und in der sowjetischen Zone lag die Finanzhoheit bei den Ländern. Die in der SBZ im August 1945 eingerichtete Deutsche Zentrale Finanzverwaltung hatte weder Haushalts- noch Steuerhoheit. Sie durfte im Einvernehmen mit den Ländern nur Angelegenheiten behandeln, die ohnehin einer zentralen Regelung bedurften, vor allem also Kriegsfolge- und Nachkriegslasten[17].

In der SBZ griff die sowjetische Militärverwaltung jedoch schon bald mit mehreren Befehlen und Verordnungen in die tradierte deutsche Finanzpolitik ein. Das betraf insbesondere die Demontagepolitik, die Beschlagnahmen bzw. Reparationen sowie den Finanzbedarf der sowjetischen Verwaltungen; außerdem erließen die SMAD-Führung und andere sowjetische Kommandanturen Befehle, die die Haushaltsgebarung der Gebietskörperschaften, die Grundsätze der Geld-, Bank- und Kreditwirtschaft und den Status der deutschen Verwaltungen veränderten[18].

Aus diesen Veränderungen sollte man aber nicht schließen, daß die sowjetische Besatzungsmacht bereits 1945 ihr ordnungs- und wirtschaftspolitisches Modell auf ihre Besatzungszone übertragen wollte. Untersucht man die Finanzverwaltungen, ihre Aufgabenstellungen, rechtlichen Grundlagen, personelle Ausstattung und den Zentralisierungsgrad finanzpolitischer Entscheidungen, wird das prinzipielle Fortbestehen der tradierten Finanzverfassung deutlich[19]. Das gilt allerdings nur bis Mit-

---

wicklung der Haushaltspolitik des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1954, Bonn o. J.; Eberhart Schweigert, Die Finanzverwaltung Westdeutschlands in der Zeit vom Ende des 2. Weltkriegs bis zu ihrer Neuordnung durch das Grundgesetz, rechtswissenschaftliche Dissertation, Köln 1969.

[17] Vgl. Frank Zschaler, Die Entwicklung einer zentralen Finanzverwaltung in der SBZ/DDR (1945–1949/50), in: Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsg. von Hartmut Mehringer, München 1995, S. 97–138.

[18] Vgl. Zschaler, Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik, S. 15.

[19] Bei der Frage nach dem tatsächlichen Grad der Transformation kann die Zentralisierung der öffentlichen Einnahmen, d.h. die Verteilung der Steuern (Reichsüberweisungssteuern, weitere Reichssteuern, Landes- und Gemeindesteuern) auf die Gebietskörperschaften als Maß dienen. Während der Weimarer Republik konnten die Länder und Gemeinden durchschnittlich mehr als 50 % des Gesamtsteueraufkommens zur Erfüllung ihrer Aufgaben verwenden. Im Rechnungsjahr 1931/32 entfielen auf die Länder und Gemeinden z. B. 52,6 % der Steuern, das Reich verfügte über 47,4 %. Im Zusammenhang mit den rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des NS-Regimes veränderte sich das Verhältnis zu Ungunsten der Länder. Während 1936/37 57,3 % der Steuern vom Reich und 42,7 % von den Ländern und Gemeinden verbraucht wurden, erhob das Reich 1938/39 auf 67,7 % und 1939/40 bereits auf 74,0 % der gesamten Steuereinnahmen Anspruch. Der finanzpolitische Spielraum der Länder nahm kontinuierlich ab. Im ersten vollständigen Nachkriegshaushaltsjahr 1946 stellte sich das Verhältnis ähnlich dar (73,3 % zu 26,7 %). Die Ursachen werden in den unmittelbaren Kriegsfolgen zu suchen sein. Aber schon 1947/48, für den zwischengeschobenen Quartalshaushalt I/1947 liegen keine vollständigen Angaben vor, verbesserte sich die Situation. Die Deutsche Zentrale Finanzverwaltung (DZFV) bekam als zuständige Zentralbehörde 55,7 % der Steuern, die Länder erhielten 44,3 %. Bereits im darauf folgenden Haushaltsjahr beschränkte sich die Zentrale auf 44,3 %, die Länder erhielten 55,7 %. Auf dem Gebiet von Finanzverfassung und -verwaltung herrschte also nach kurzer Zeit wieder das in Weimar übliche Maß an Föderalismus. Ein Problem bestand aber in der kriegsfolgebedingten Zweckbindung eines großen Teils der Einnahmen, die dann für andere Aufgaben nicht mehr bereit gestellt werden

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te 1948. Dann setzte auf diesem Gebiet eine beschleunigte Systemtransformation ein.

Im Hinblick auf die Währungsfrage müssen zwei ostdeutsche Besonderheiten erwähnt werden, die auf Befehle der Besatzungsmacht zurückgehen. Durch Befehle der SMAD wurden alle Banken geschlossen und die bis zum 8. Mai 1945 bestehenden Konten gesperrt[20]. Im Zuge der Bankenschließung änderten sich die Bedingungen des Kreditgeschäfts. Die SMAD hatte zwar die Gründung neuer Banken in der SBZ und in Groß-Berlin genehmigt und die Wiederingangsetzung der Wirtschaft durch die Ausstattung dieser Institute mit einem Grundeinlagekapital ermöglicht, dabei aber das traditionelle deutsche Bankensystem fast vollständig zerstört. Im gesamten von der Roten Armee besetzten Gebiet wurden die neuen Landes- und Provinzialbanken Monopolisten im Großkreditgeschäft. Die potentiellen Kreditnehmer (öffentliche Hand, Wirtschaftsunternehmen oder Privatkunden) konnten also nicht mehr ihre bisherige Hausbank oder eine andere Bank ihrer Wahl aufsuchen, sondern waren an ein staatliches Institut gebunden, das die Kreditvergabe nach speziellen Richtlinien handhabte[21]; nur in Sachsen und Thüringen konnten sich einige Privatbanken halten[22].

---

konnten. Daten für das Deutsche Reich zusammengestellt und berechnet nach: BAP, Statistisches Zentralamt (künftig: E-2), Nr. 484/2; Daten für die SBZ/DDR zusammengestellt und berechnet nach: Bundesarchiv Koblenz, OMGUS, ODI 7/26-3/6, o. Bl.; BAP, DN-1-VS, Nr. 7/921, o. Bl.; Helmut Meier, Die Entwicklung des Haushaltswesens in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1960, S. 75; Rudolf Meimberg/Franz Rupp, Die öffentlichen Finanzen in der sowjetischen Zone und im Sowjetsektor von Berlin, Bonn 1951, S. 27ff.

[20] In Berlin erfolgten Bankenschließung und Kontensperre durch den Befehl Nr. 1 des russischen Stadtkommandanten N. E. Bersarin vom 28. 4. 1945. Befehle ähnlichen Inhalts wurden in den Ländern und Provinzen der SBZ, soweit sie von der Roten Armee bereits besetzt waren, bis Ende Mai 1945 erlassen, in den Teilen Sachsens, Thüringens, Mecklenburgs und Sachsen-Anhalts, die unter amerikanischer Besatzung standen, jedoch erst nach dem Übergang in russische Verwaltung im Juli/August 1945. Einen Befehl Nr. 01 des Obersten Chefs der SMAD, der wiederholt in der Literatur Erwähnung findet, hat es daher nicht gegeben. Offenbar liegt hier eine Verwechslung mit dem Berliner Befehl vor, zumal auch im kürzlich erschienenen Inventar der Befehle des Obersten Chefs der SMAD ein solcher Befehl nicht verzeichnet ist. Vgl. Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und bearbeitet von Jan Foitzik, München/New Providence/London/Paris 1995. Die Neueröffnung von Landes- und Provinzialbanken sowie Sparkassen wurde zonenweit mit dem nichtnumerierten Befehl vom 7. 7. 1945 geregelt. Dieser Befehl lieferte aber z. T. nur eine nachträgliche Legitimierung, da beispielsweise in Berlin bereits im Juni 1945 eine neue Bank gegründet worden war.

[21] Vgl. Josef Deckers, Die Transformation des Bankensystems in der sowjetischen Besatzungszone/DDR von 1945 bis 1952, Berlin 1974.

[22] In den zunächst amerikanisch besetzten Gebieten wurden im Frühjahr 1945 Privatbanken wieder aktiv. Von diesen ca. 20 Instituten gelang es nur dem Leipziger Bankhaus Meyer & Co. im Herbst 1946 eine Lizenz der SMAD für die Zulassung zu allen Bank- und Wechselgeschäften zu erhalten. Nach fehlgeschlagenen Versuchen von SED-Funktionären, diese Bank 1952/53 zu liquidieren, blieb Meyer & Co. als einzige Privatbank Ostdeutschlands bis 1972 bestehen. Vgl. SäStAL, Bestand: Privatbank Meyer & Co.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Kontensperre und die Bankenschließung führten zunächst zu einer enormen Knappheit in den öffentlichen Kassen und verstärkten den kriegsbedingten Rückgang der öffentlichen Einnahmen[23], sie hatten aber durchaus auch währungsstabilisierende Effekte und schufen Raum für die Emission der Alliierten Militärmark. Aus späterer Sicht standen sie dann allerdings am Anfang der Enteignungen in Ostdeutschland.

Die ohnehin desolate Situation von Wirtschaft und Währung wurde durch den leichthändigen Umgang der SMAD mit ihren Besatzungsgeldvorräten noch verschlechtert. Das alliierte Geld war ursprünglich für die Besoldung der Besatzungsoffiziere und Mannschaften gedacht und wurde auch von den Westmächten zu diesem Zwecke genutzt. Die Westalliierten konnten dieses Geld in ihre jeweilige Heimatwährung umtauschen, wodurch der Warenkauf mit Besatzungsgeld nur gering blieb. Im Gegensatz dazu wurden durch die mit diesen Mitteln von der SMAD getätigten Transaktionen, den Einkauf von Waren durch sowjetische Handelsgesellschaften, die Bezahlung von Leistungen etc., die Geldmenge unkontrolliert erhöht und somit das Verhältnis von geld- und güterwirtschaftlichen Prozessen weiter verschlechtert[24]. Auch deshalb wurde der Währungsstabilisierung in der SBZ seitens der deutschen Fachleute keine geringere Bedeutung beigemessen als in den Westzonen[25]. Eines der frühesten Währungskonzepte stammt von Bruno Gleitze, der bis Ende 1948 neben seinem Amt als Präsident des Deutschen Statistischen Zentralamts auch Vizepräsident der Deutschen Zentralen Finanzverwaltung (DZFV) war. Gleitze schloß in seinen wahrscheinlich im Herbst 1945 niedergeschriebenen Überlegungen, wie andere deutsche Währungsfachleute auch, eine Währungsreform im Sinne der Einführung einer neuen Währung aus. Er favorisierte vielmehr eine Geldreform, d.h. die Stabilisierung der Reichsmarkwährung durch eine Kombination von geld-, währungs-, kredit-, wirtschafts- und allgemeinen finanzpolitischen Maßnahmen[26].

---

[23] Nach einer Einschätzung der Sächsischen Landesverwaltung gab es im Herbst 1945 eine akute Finanz- und Haushaltskrise. Die Einnahmen aus den Reichssteuern waren, verursacht durch Zusammenbruch und Bankenschließung, derart dramatisch zurückgegangen, daß sie nicht ausreichten, um die dringlichen Ausgaben zu decken. Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv zu Dresden (künftig: SäHStA), Landesregierung Sachsens (künftig: LRS), Ministerpräsident (künftig: MP), Nr. 1580, o. Bl.

[24] Vgl. Rainer Karlsch, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53, Berlin 1993, S. 195, 204 ff.

[25] Ein Zentrum dieser Diskussionen war die alte Messe- und Universitätsstadt Leipzig. Dort hatte der Universitätsprofessor Friedrich Lütge in einer „Gutachterlichen Äußerung über die Errichtung von Notenbanken" im Sommer 1945 vorgeschlagen, zur schnellen Währungssanierung neue Banknoten nach rein notenbankpolitischen Gesichtspunkten, also als Kreditgeld zu emittieren. Da Lütge eine Wiederbelebung der Reichsbank in nächster Zeit für unrealistisch hielt, empfahl er, Notenbanken auf Länderebene und ein „Zentralamt" zur Koordinierung der Geldpolitik aller deutschen Notenbanken zu errichten. Vgl. SäStAL, Sächsische Landesbank, Nr. 104, o. Bl.; ebenda, Privatbank Meyer & Co., Nr. 34, o. Bl.

[26] Bruno Gleitze, Die finanzpolitische Lage, Manuskript, in: SAPMO-BA, Zentrales Parteiarchiv (künftig: ZPA), Nr. IV L-2/6/262, o. Bl.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nicht anders als die westdeutschen Finanzverwaltungen erhielt auch die DZFV bereits ab Ende 1945 viele unverlangt eingesandte Vorschläge zur Währungsstabilisierung; sie stammten keineswegs nur von Fachleuten. Offensichtlich spielte dieses Thema auch in der interessierten Öffentlichkeit zunehmend eine größere Rolle. Die z.T. nur noch bruchstückhaft erhaltenen Manuskripte waren von unterschiedlicher Qualität. Neben umfangreichen volkswirtschaftlichen Abhandlungen, die durchaus Interesse verdienten, befanden sich darunter auch völlig unbrauchbare Konzepte. Daß die Auswertung dieser Papiere offenbar als wichtige Aufgabe der ostdeutschen Finanzverwaltung angesehen wurde, läßt Rückschlüsse auf den Stellenwert der Währungsfrage im Rahmen finanzpolitischer Zielsetzungen zu[27]. DZFV-Präsident Henry Meyer berief sich bei einer Erklärung zur Währungslage ausdrücklich auf die Meinung der Öffentlichkeit: „Die wirtschaftlichen und korrumpierenden Folgen des jetzigen finanziellen Zustandes sind so augenfällig, daß – mit Ausnahme der Schieber und Faulenzer – fast die gesamte Bevölkerung Deutschlands nach einer Geldreform verlangt."[28]

Trotzdem wurden die Diskussionen, an denen auch SMAD-Vertreter teilnahmen, nicht wirklich öffentlich geführt, sondern waren auf einen relativ kleinen Kreis von Fachleuten und Politikern begrenzt. Eine breite öffentliche Diskussion war nicht erwünscht. Dem DZFV-Präsidenten wurde beispielsweise vom SED-Parteivorstand im Mai 1946 die Veröffentlichung eines Artikels mit der Überschrift „Geistige Sammlung zur Währungsreform" in der Tageszeitung „Neues Deutschland" verboten[29]. Da zur selben Zeit in den westlichen Besatzungszonen die Währungsfrage von den Alliierten ebenfalls als vertrauliche Angelegenheit behandelt wurde[30], ist zu vermuten, daß hinter der Ablehnung von Meyers Artikel weiterreichende Interessen der SMAD standen, die sich offenbar durch eine Publikation des Chefs der ostdeutschen Finanzverwaltung, dessen Ausführungen zumindest halb-offiziell waren, nicht auf eine Lösungsvariante festlegen lassen wollte.

Die westdeutschen Diskussionen über die Währungsfrage wurden in der SBZ mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Bei den Akten der DZFV befinden sich nahezu alle relevanten Konzepte aus den westlichen Besatzungszonen[31]. Nach einer Doku-

[27] Diese Unterlagen befinden sich heute in: BAP, DN-1-alt, und können in der Außenstelle Coswig/Anhalt eingesehen werden.

[28] Henry Meyer, Zum Währungsproblem, Manuskript vom 20.11.1946, in: BAP, DN-1-alt, Nr. 3467, Bl. 227.

[29] Franz Ulbrieg (SED-Parteivorstand) an Henry Meyer vom 15.5.1946, in: Ebenda, Nr. 3186, Bl. 348.

[30] Nach Hans Möller war die „(west-)deutsche Währungsreformdiskussion von 1945–1948 weder öffentlich noch geheim. Obwohl der Kreis der an ihr beteiligten Stellen und Personen relativ groß war, blieb sie der breiten Öffentlichkeit verborgen." Möller (Hrsg.), Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, S. 5.

[31] Vgl. Anm. 27. Der Stand der westdeutschen Diskussion wurde erstmals im März 1946 von der Deutschen Zentralen Finanzverwaltung zusammenfassend dargestellt. Vgl. Die Währungsfrage. Nach dem Stand der Erörterungen Anfang März 1946, Manuskript, in: BAP, DN-1-alt, Nr. 3407, Bl. 95–109, VS. u. RS.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mentation der List-Gesellschaft von 1961 hat es insgesamt ca. 250 Vorschläge zur Währungsreform gegeben[32]. Eine Teilnahme von SBZ-Vertretern an den Sitzungen des Sachverständigengremiums der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt am Main, welches seit Ende 1945 über Währungsfragen diskutierte[33], kam aber bis Februar 1946 nicht zustande. Das lag nicht nur an den fast unüberbrückbaren Schwierigkeiten, von Berlin nach Frankfurt zu gelangen. Die völlig unterschiedliche Herangehensweise an geld- und kreditpolitischen Fragen in der SBZ, vor allem die Kontensperre und die restriktive Kreditpolitik, hatten zu zeitweilig unüberbrückbaren Differenzen geführt. Erst Anfang Februar 1946 fand ein erstes gesamtdeutsches Treffen von Währungsfachleuten in Frankfurt statt. Die Teilnahme der ostdeutschen Seite war durch einen von der amerikanischen Militärregierung gebilligten Beschluß der Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder möglich geworden. Die Sachverständigen und Beamten trafen nicht als Vertreter einer bestimmten Verwaltungsbehörde zusammen, sondern rein informell als Privatpersonen. Ein amerikanischer Offizier war als Beobachter zugegen[34]. Am Ergebnis des Frankfurter Treffens und des Austausches der Fachleute untereinander zeigte sich, daß es in Ost und West kein prinzipiell unterschiedliches deutsches Herangehen an die Währungsfrage gab. Das war auch nicht weiter verwunderlich, weil sich die Bediensteten der Verwaltung und die Fachleute in allen Zonen an der Tradition der Reichsverwaltung bzw. der deutschen Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft orientierten[35].

Vergleicht man die unterschiedlichen Konzepte, kann man sie zwei Gruppen zuordnen. Der eine, weitaus größere Teil der Fachleute schlug eine Blockierung vor, der andere eine Abwertung. Das Blockierungsverfahren, das z. B. in Belgien und Österreich angewendet worden ist, bestand darin, alle Noten bei den Kreditinstituten einzureichen, dort gutzuschreiben und sofort zu blockieren. Eine Freigabe sollte entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung und dringlicher sozialer Bedürfnisse erfolgen. Damit sollte ein Teil der Sanierung der Reichsfinanzen verbunden werden, nämlich der Abbau der alten inneren Verschuldung mittels einer gesetzlichen Schuldenherabsetzung. Fast alle Blockierungsbefürworter sprachen sich gegen die sofortige Einführung einer Neuwährung aus. Vielmehr wurde eine längere Übergangszeit empfohlen, da nicht sicher vorhergesagt werden könne, ob die wirtschaftliche Situation nicht weitere währungsstabilisierende Maßnahmen erfordern würde. Im Zuge der Blockierung wurde eine Reduzierung der Geldmenge um 75 bis 90 Prozent vorgeschlagen[36]. Für die Abwertung der Reichsmark gab es wiederum zwei Konzepte, erstens die Herabsetzung des Nominalwertes aller Forderungen oder zweitens eine Erhöhung der Preise. Auch hier setzte sich ein Abwertungsvorschlag von 10 : 1

[32] Vgl. Möller (Hrsg.), Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark.
[33] Vgl. Wandel, Die Entstehung der Bank deutscher Länder, S. 98.
[34] Die Währungsfrage, Bl. 95, VS. u. RS (vgl. Anm. 31).
[35] Vgl. Zschaler, Die Entwicklung einer zentralen Finanzverwaltung.
[36] Die Währungsfrage, Bl. 98–100, VS. u. RS (vgl. Anm. 31).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch[37]. Resümierend kann also festgestellt werden, daß die deutschen Fachleute in allen Zonen eine Reduzierung der Geldmenge um 90 Prozent für erstrebenswert hielten.

Das einzige heute bekannte, teilweise offiziellen Charakter tragende Konzept deutscher Finanzpolitiker aus der SBZ für eine Währungsreform wurde von der DZFV am 20. November 1946 vorgelegt[38]. Präsident Meyer verwies in der Präambel auf die Notwendigkeit einer Währungsreform. Im Gegensatz zu deutschen oder russischen Fachleuten und Politikern, die die Regelung der finanziellen Verhältnisse als nachgeordnetes Problem betrachteten und wirtschaftslenkenden Fragen (Bewirtschaftung, Produktionslenkung etc.) größere Bedeutung beimaßen, bezeichnete er die Lösung des Währungsproblems als Schlüsselfrage von „größter Aktualität und Brisanz". Dabei sollten folgende Sachgebiete berücksichtigt werden: Zahlungsmittel (= Bargeld), Giralgeld, alte öffentliche Schulden, private Schuldenverhältnisse und Stabilisierung der Währung nach außen. Nach Meyers Auffassung wären mehrere Grundmodelle einer Geld- und Währungsreform prinzipiell möglich gewesen. Sie hätte sich nur auf das Bargeld beschränken und alle anderen Fragen unberücksichtigt lassen, den gesamten Komplex – einschließlich der Stellung der neuen deutschen Währung im Weltwährungssystem – mit einem Schlag lösen oder aber alle inneren Probleme neu regeln und die Stabilisierung nach außen späteren Festlegungen überlassen können.

Die DZFV sah die Lösung der Bargeld- und Giralfrage als vordringlich an und vertagte die Schuldenproblematik. Im Einzelnen wurden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Vorbereitung einer allgemeinen Lohnsenkung: Um zu verhindern, daß bis zur Erholung der Wirtschaft gegenwertloses Geld auf Sparkonten angesammelt und damit der geldmengenreduzierende Effekt einer Währungsreform paralysiert würde, sollten Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge so gekürzt werden, daß vorläufig keine Ersparnisse möglich waren.

2. Herstellung neuer Geldzeichen: Der Gesamtbargeldbestand in neuer Währung sollte 6 Mrd. „neue Mark" betragen, also ca. 10 Prozent der bisher umlaufenden Geldmenge. Diese Reduzierung wurde, wie bereits erwähnt, von fast allen Währungsexperten vorgeschlagen.

3. Gründung eines Zentralinstituts: Aufgabe des Instituts, das unter direkter Aufsicht des Alliierten Kontrollrats in Berlin tätig sein sollte, hätte die Verteilung der neuen Geldzeichen auf die Besatzungszonen und die Regelung des Geldumlaufs im gesamten deutschen Gebiet sein sollen. An der Spitze des Instituts sollte ein aus gleichberechtigten Vertretern aller Besatzungszonen bestehender Bankrat stehen[39].

4. Erste Verteilung: In einer ersten Verteilungsaktion sollte das Neugeld an von den einzelnen Zonen zu bestimmende Kreditinstitute aufgeteilt werden. Die Weiterverteilung würde dann Sache der Länder sein.

---

[37] Ebenda, Bl. 101 f., VS. u. RS.

[38] Meyer, Zum Währungsproblem, Bl. 227–237 (vgl. Anm. 28).

[39] Einen ähnlichen Vorschlag hatte Friedrich Lütge in Leipzig unterbreitet (vgl. Anm. 25).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Operationen sollten nach Ansicht Meyers in den Sommermonaten Juni/Juli 1947 erfolgen. Bis zum 30. Juni 1947 sollte die Verteilung der Noten auf die Kreditinstitute abgeschlossen sein. Vom 1. Juli an sollten dann die alten Geldzeichen von den Banken zur Einzahlung auf Konten entgegengenommen werden. Ab 25. Juli sollte die Ausgabe neuer Noten erfolgen. Die öffentliche Hand, Unternehmen, Einkommens- und Unterstützungsempfänger sollten die für sie notwendigen Beträge in Neuwährung als Kredit bzw. Vorschuß auf Zahlungen erhalten, die ihnen später zustanden. Vom 1. August 1947 an sollte schließlich die neue Mark alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel sein. Alle Altgeldkonten, unabhängig davon, wann sie entstanden waren, sollten zunächst gesperrt werden, Geldübertragungen von Sperrkonto zu Sperrkonte aber ohne Einschränkung möglich sein. Die Freigabe der gesperrten Gelder sollte in Abhängigkeit von der Konsolidierung der Geldverhältnisse erfolgen, wobei Kleinsparer zu begünstigen waren. Ebenfalls von August an sollte das neue System gekürzter Tarife und Besoldungen in Kraft treten.

Der Vorteil dieser Reform hätte nach Auffassung der DZFV darin bestanden, daß erstens der psychologische Schock einer sofortigen Abwertung umgangen worden und zweitens das Geldvermögen mit wachsendem Volkseinkommen wieder verfügbar gewesen wäre. Um eine Abwertung wäre man zwar nicht herumgekommen, der konfiskatorische Charakter der Kontensperre vom 8. Mai 1945 hätte wohl aber durch eine zumindest teilweise Verfügbarkeit von Sperrkontenbeträgen relativiert, ein Teil ihrer Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden können.

Außerdem wurden folgende Rahmenbedingungen für den Erfolg einer neuen Währung formuliert:

1. Vollständige Offenheit gegenüber der Bevölkerung über die wirtschafts- und finanzpolitische Lage; 2. wirtschaftliche Einheit Deutschlands, falls die Zonen noch längere Zeit existieren sollten, vor allem Sicherstellung der vollen Freiheit im Überweisungsverkehr, 3. unbedingte Rechtssicherheit, insbesondere bei allen wirtschaftlichen Dingen, 4. Liberalisierung des Interzonenhandels und 5. Liberalisierung des Außenhandels und Ermöglichung der Aufnahme von Auslandskrediten[40].

Im herrschenden Gütermangel, der durch Reparationszahlungen, Demontagen und weitere Leistungen für die Besatzungsmacht noch verstärkt wurde, im Bewirtschaftungssystem und in den Festpreisen bestanden nach Meyer die Hauptgefahren für den Erfolg einer Währungsreform. Nach seiner Auffassung „berührt eine Geldreform nicht den Grund der Dinge". Sie wäre vielmehr nur als eine „Teilreform [von] Nutzen und Bedeutung". Der wirkliche Erfolg würde sich erst einstellen, „wenn auch der letzte gebundene Preis identisch ist mit dem frei gebildeten, auf Angebot und Nachfrage beruhenden Preis"[41].

---

[40] Meyer, Zum Währungsproblem, Bl. 227–237 (vgl. Anm. 28).

[41] Eine Geldreform ohne Wirtschaftsreform würde nach Meyers Ansicht zum schnellen Entstehen eines neuen Geldüberhanges führen: „Wenn wir also von heute ab neues Geld zur Lohnzahlung verwenden und gleichzeitig die bisherigen Zahlungsmittel ungültig machen würden, so wären auch Ersparnisse aus dem neuen Gelde im allgemeinen unecht. Die Beträge – ob reduziert nach irgendei-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Verwirklichung eines solchen Konzeptes war aber sehr schwierig. Rein technische Fragen, wie die Gründung einer Nachfolgerin der Reichsbank als Zentral- und Notenbank, wären noch lösbar gewesen. Schwerer fiel das Ende des Konsenses zwischen den westlichen Alliierten und der UdSSR ins Gewicht, das sich schon seit 1946 abzeichnete. Das bisherige Ziel einer gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftsordnung in allen deutschen Besatzungszonen wurde Ende 1947 aufgegeben. Dafür gab es zwei Gründe: Erstens wurde nicht mehr erwartet, daß im Kontrollrat in absehbarer Zeit Einigung erzielt werden könnte, zweitens befürchteten die Westmächte, die Sowjetunion könnte mit Hilfe ihres Vetorechtes bei der Aufsicht über eine einheitliche deutsche Währung die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in den Westzonen in einem solchen Maße beeinflussen, daß die Durchsetzung der von den Westalliierten im Anschluß an die Außenministerkonferenz von 1947 in London entworfenen Grundsätze verhindert würde[42].

Die wenigen vorhandenen ostdeutschen Quellen, die russischen waren für diese Studie nicht zugänglich, lassen allerdings vermuten, daß die Kompromißbereitschaft der russischen Vertreter unterschätzt wurde. Die SMAD erwartete zumindest noch Anfang 1948 eine Einigung in der Währungsfrage. Am 28. Januar traf der Leiter der SMAD-Finanzabteilung, Maletin, mit dem SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck zusammen, um ihm die sowjetische Politik zu erläutern. Da es nicht gelungen war, den Geldumlauf auf das Maß des Güterumlaufs zu reduzieren, würde die Sowjetunion von ihrer bisherigen Politik abrücken, die bestehende Währung mit Maßnahmen zur Beseitigung des Notenüberhanges, also mit Bankenschließung, Kontensperre und kaufkraftreduzierender Steuergesetzgebung, zu stabilisieren. An die Stelle der Reichsmarkstabilisierung sollten die Einziehung des alten Geldes und dessen Umtausch in neue Noten, also eine Währungsreform, treten. Zur Vorbereitung, Durchführung und späteren Sicherung einer einheitlichen Finanz-, Geld- und Währungspolitik sollten zwei gesamtdeutsche Institutionen gebildet werden: eine Zentrale Deutsche Finanzverwaltung und eine Gesamtdeutsche Bank, die nur als Notenbank fungieren und keine Handelsgeschäfte abwickeln sollte. Die SMAD erwartete einen allgemeinen Umtauschkurs von 10 : 1. Sie hatte ursprünglich 20 : 1 gefordert, war damit aber bereits in der eigenen Zone auf Widerstand gestoßen. In Folge der Reform sollten 10 Prozent der umlaufenden Reichsmark sofort 10 : 1 umgetauscht, 20 Prozent 20 : 1 umgestellt und blockiert und schließlich 70 Prozent annulliert werden. Die Währungsreform sollte von Geld- und Sachwertabgaben begleitet werden, die die Grundlage für einen Lastenausgleich bilden sollten. Von der Einführung einer stabilen Währung wurden die Steigerung der Produktion und eine Verbesserung des Warenangebots erwartet[43].

---

nem Verhältnis oder nicht – würden sich von neuem bei den Sparkassen sammeln, aber sie wären ebenso hohle Beträge wie heute, denn käufliche Gegenstände, die dem Arbeiter die Realisierung seiner Ersparnisse ermöglichen, hat er nicht geschaffen. Er hat sich durch den gedruckten Geldschein nur verleiten lassen, zu denken, daß er Ersparnisse habe." In: Ebenda, Bl. 231, VS. u. RS.

[42] Michael W. Wolff, Die Währungsreform in Berlin 1948–1949, Berlin/New York 1991, S. 18.

[43] Handschriftliche Protokollnotizen von Wilhelm Pieck, in: SAPMO-BA, ZPA, Nachlaß Wilhelm Pieck (künftig: NL 36), Nr. 690, Bl. 35 ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Falls es ein russisches Konzept einer separaten Währungsreform in der SBZ jemals gegeben haben sollte, so war es Anfang 1948 auch gegenüber dem inneren Kreis der SED-Führung noch geheim. Diese Fragen wurden aber im Zusammenhang mit dem Kurswechsel in der sowjetischen Deutschlandpolitik im Jahr 1948 akut. Die wirtschaftlichen Transformationsprozesse hin zum sowjetischen Modell wurden ab diesem Zeitpunkt bewußt vorangetrieben.

Mit der Übertragung von Gesetzgebungsbefugnissen an die im Juni 1947 gegründete Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) durch die SMAD am 12. Februar 1948 wurde de facto eine oberste deutsche Regierungsbehörde für die SBZ geschaffen. Ihre wichtigste Aufgabe bestand in der Vereinheitlichung des Wirtschaftsapparates der Länder, außerdem sollte die DWK die Durchführung der Politik der Besatzungsmacht und der SED-Führung mittels strafferer Organisationsprinzipien beschleunigen. Die ersten Aktivitäten der DWK betrafen daher die Ausarbeitung eines Wirtschaftsplanes, nämlich des Zweijahresplanes 1949/1950. Dabei kollidierte die von der DWK-Führung verfolgte wirtschafts- und finanzpolitische Linie sehr bald mit den Interessen der Länder. Die Deutsche Zentrale Finanzverwaltung (DZFV) wurde in Hauptverwaltung Finanzen (HVF) umbenannt und dem Sekretariat der DWK unterstellt. Die HVF war ein bloßes Instrument zur Durchsetzung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Zielvorstellungen der SED-Führung und hatte kaum größeren Gestaltungsspielraum. Sofort brachen Konflikte zwischen den Finanzfachleuten um den bisherigen DZFV-Präsidenten Meyer und der DWK-Führung um Bruno Leuschner und Fritz Selbmann aus[44].

Nach dem Auszug von Sokolowski aus dem Kontrollrat am 20. März 1948 setzte eine weitere Beschleunigung ein. Am 5. Mai 1948 ordnete die DWK die Einführung der sog. Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe an. Dadurch wurden die Einnahmen und Ausgaben der im Zuge der Enteignungen entstandenen Staatsunternehmen mit den öffentlichen Haushalten direkt verknüpft. Das bedeutete nicht nur, daß der Staat im Falle von Gewinnen über eine neue Einnahmequelle verfügen würde. Die öffentliche Hand war auch gezwungen, Unternehmensverluste aus dem Haushalt zu decken. Außerdem wurde die Verteilung der Investitionen nunmehr zu einer öffentlichen Aufgabe[45]. Da die Verstaatlichungen bis 1948 zwar nicht alle, wohl aber die wichtigsten Unternehmungen betrafen, hatte diese neue wirtschafts- und finanzpolitische Aufgabe eine besondere Bedeutung.

---

[44] Der sich immer weiter zuspitzende Konflikt kulminierte schließlich bei einer Aussprache im SMAD-Hauptquartier im Frühjahr 1948. In Gegenwart des Leiters der SMAD-Finanzabteilung Maletin akzentuierten Meyer, Selbmann und Heinrich Rau, der DWK-Vorsitzende, in scharfer Form ihre grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Finanzpolitik. Vgl. BAP, DN-1-alt, Nr. 2539, o. Bl. In der HVF, deren Mitarbeiter großenteils aus der Reichsfinanzverwaltung kamen, setzten bereits 1948 Entlassungswellen ein, in den Landesfinanzministerien und der Deutschen Notenbank 1949/50. Vgl. Zschaler, Die Entwicklung einer zentralen Finanzverwaltung.

[45] Vgl. Lothar Baar/Uwe Müller/Frank Zschaler, Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil 2/1995, S. 47–74.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verbunden mit dem Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung wurden also schon im Vorfeld der Währungssanierung Grundkomponenten einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Musters eingeführt, die über das in den anderen Zonen zu diesem Zeitpunkt übliche Maß an Rationierung und Bewirtschaftung hinausgingen. Während die Währungsreform in den Westzonen von einer Wirtschaftsreform begleitet wurde, die Deregulierungen einleitete und auf den Übergang zur sozialen Marktwirtschaft abzielte, ging der ostdeutschen Währungsreform die Entscheidung für ein Zentralplanwirtschaftsmodell voraus; die bisherigen regulierenden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft verloren damit in der SBZ ihren Übergangscharakter. Das neue Bewirtschaftungssystem knüpfte nicht nur ohne Übergang an das bis dahin geltende an, sondern erwies sich sogar als wesentlich restriktiver. Eine Rückkehr zum Wirtschaftsliberalismus mit freiem Güter-, Kapital- und Arbeitsmarkt war vorerst nicht mehr zu erwarten. Damit veränderte sich auch die Rolle des Geldes innerhalb der Wirtschaftsordnung.

4. Die Lösung der Währungsfrage in der SBZ

Die Vorbereitung der Währungsreform in der SBZ machte den Interessenkonflikt zwischen der noch aus Finanzfachleuten bestehenden Hauptverwaltung Finanzen und der DWK-Führung deutlich. Die Finanzverwaltung der SMAD legte sich aber zunächst weder in die eine noch in die andere Richtung fest. Sie orientierte sich bei der Bestimmung der Umtauschkurse vielmehr an den Erfahrungen mit der letzten sowjetischen Geldreform. Im März 1948 wurde auch von ostdeutschen Finanzpolitikern erwartet, daß die Geldumstellung in der SBZ Parallelen zur dritten Währungsreform der UdSSR von 1947/48 aufweisen könnte[46]. Dort wurde im Dezember 1947 der bisher umlaufende Rubel außer Kurs gesetzt. Für die Umstellung privater Konten war eine Abwertungsstaffelung vorgesehen. Während kleine Guthaben 1 : 1 umgetauscht wurden, erfolgte bei mittleren Guthaben eine Abwertung um $33^1/_3$ Prozent, bei hohen Guthaben sogar um 50 Prozent. Private Schulden wurden grundsätzlich 1 : 1 umgestellt, staatliche 10 : 1. Die Vermögen von Kleinsparern blieben also im Prinzip erhalten, die Besitzer größerer Geldvermögen gehörten hingegen zu den Verlierern der Geldreform. Der Staat, eingeschlossen die staatseigene Wirtschaft, konnte sich teilweise entschulden, private Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse blieben weiter in bisheriger Höhe bestehen[47].

Mit der Gründung einer Deutschen Emissions- und Girobank im Mai 1948, die als Antwort auf die Gründung der Bank deutscher Länder zu verstehen ist, wurden schließlich die institutionellen Voraussetzungen für eine separate Währungsreform

[46] Gedanken zur Währungsreform, Manuskript, in: SäStAL, Sächsische Landesbank, Nr. 396, o. Bl.

[47] Ebenda. Eine detaillierte Untersuchung über die öffentlichen Finanzen der UdSSR wurde Mitte der fünfziger Jahre am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin erarbeitet. Vgl. Wolfgang Förster/Gertraud Menz-Goller, Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1955.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der SBZ geschaffen[48]. Das neue ostdeutsche Leitinstitut war nach seinem Statut formal unabhängig, besaß aber noch keine Notenemissionsrechte. Der Präsident und der größte Teil der Direktoren waren fachlich kompetent und besaßen praktische Erfahrungen in der Finanzverwaltung bzw. bei Banken in der Vorkriegszeit.

Die Währungsreform wurde in Ostdeutschland in zwei Etappen durchgeführt. Sie begann mit einem ersten Bargeldumtausch am 21. Juni 1948. Bis zum 30. Juni sollten die nach dem 8. Mai 1945 entstandenen Spar- und Girokonten umgestellt sein[49]. Da neue Geldzeichen noch nicht zur Verfügung standen (die alte Reichsmark wurde nur mit Spezialkupons beklebt), erfolgte vom 25. bis 28. Juli 1948 ein zweiter Bargeldumtausch. Dadurch wurde die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt[50].

a. Der Bargeldumtausch

Die Währungsreform kam nicht überraschend. Anfang 1948 verstärkten sich in den drei Westzonen die Gerüchte über einen bevorstehenden Geldumtausch immer mehr. Obwohl die Medien in der SBZ über dieses Thema kaum berichteten, rechnete man auch dort mit einer Währungsreform im Sommer 1948[51]. Privatpersonen, Institutionen und Unternehmen begannen deshalb damit, ihr Bargeld auf Bankkonten zu deponieren. Bargeld wurde auf diesem Weg in Giralgeld verwandelt, meist in Form von

[48] Frank Zschaler, Von der Emissions- und Girobank zur Deutschen Notenbank – Zu den Umständen der Gründung einer Staatsbank für Ostdeutschland, in: Bankhistorisches Archiv, Zeitschrift für Bankengeschichte, Frankfurt a. M., Heft 2/1992, S. 59ff.

[49] Aufruf der SMAD an die Bevölkerung Deutschlands vom 19. 6. 1948; SMAD-Befehl Nr. 111/1948 über die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 23. 6. 1948; Aufruf der DWK vom 18. 6. 1948; Verordnung über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 21. 6. 1948; Durchführungsbestimmungen vom 21. 6. 1948 zur Verordnung über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 21. 6. 1948, in: Zentralverordnungsblatt, hrsg. von der Deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, 1948/Nr. 20, S. 215ff. Mit der Datierung von Währungsreformverordnung der DWK und entsprechendem SMAD-Befehl sollte der Eindruck vermittelt werden, daß die Währungsreform in erster Linie eine Angelegenheit der zonalen Selbstverwaltungsgremien der SBZ sei. Tatsächlich ging jedoch dem DWK-Erlaß eine Anordnung der Besatzungsmacht voraus.

[50] SMAD-Befehl Nr. 124/1948 vom 24. 7. 1948, Anordnung der DWK zur Regelung des Umtauschs der im Umlauf befindlichen Reichsmark und Rentenbank mit aufgeklebten Spezialkupons in Deutsche Mark der Deutschen Notenbank vom 20. 7. 1948, in: Zentralverordnungsblatt, 1948/Nr. 26, S. 294ff.

[51] Bei den Archivunterlagen des Leipziger Privatbankhauses Meyer & Co. befinden sich dazu mehrere Dokumente. In einem Manuskript „Über die kommende Währungs- und Finanzreform", das wahrscheinlich im April/Mai 1948 entstanden ist, sind detaillierte Informationen über die beabsichtigte Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen, darunter Währungsbezeichnung und Umtauschmodalitäten, enthalten, in: SäStAL, Meyer & Co., Nr. 34, o. Bl. In dem als Abschrift vorhandenen Artikel „In Erwartung der Währungsreform" aus dem „Handelsblatt" vom 3. 6. 1948 wurde vermutet, daß es zwei Währungsreformen geben würde, eine im Westen und eine in der SBZ. Als mögliche Termine wurden Ende Juni oder Anfang Juli 1948 genannt, in: Ebenda, Nr. 37, o. Bl.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sichteinlagen. Darüber hinaus hatten die Reichsmarkdepotbestände der Emissions- und Girobanken der Länder und der Bankenverrechnungsstelle in Potsdam bis zum Stichtag der Währungsreform erheblich zugenommen. Sie stammten vor allem aus Kasseneinnahmen der öffentlichen Verwaltungen und der Besatzungsbehörden sowie aus Militärmarkbeständen hoher Stückelung, die von den Banken auf Verlangen sowjetischer Besatzungsdienststellen und Handelsgesellschaften in Reichsmark umgetauscht werden mußten, beim deutschen Publikum aber nicht abzusetzen waren[52].

Die technische Vorbereitung und Durchführung des Bargeldumtauschs war sehr mangelhaft. Vor allem das Fehlen neuer Geldzeichen führte zu recht dilettantischen Lösungen. In einer mehrtägigen Klebeaktion bei den Umtauschstellen wurden Reichsmarknoten mit Spezialkupons versehen. Diese besaßen jedoch nicht die üblichen Sicherheitsmerkmale von Banknoten, außerdem war der Leim von so schlechter Qualität, daß sich die Kupons nicht selten wieder von den Geldscheinen lösten. Unter diesen Umständen erfolgte die Neugeldemission wenig überlegt. Erstens war es nicht gelungen, alle Spezialkupons (6,4 Mrd.) auf Noten zu kleben. Zweitens war die Menge der beklebten Noten (5,7 Mrd.) wesentlich größer als der Bedarf. Drittens muß bezweifelt werden, daß es in der heißen Phase der Geldumstellung überhaupt verbindliche Festlegungen über die Neugeldmenge gegeben hat. Obwohl die Altgeldmenge (Reichsmark, Rentenmark, Alliierte Mark) ungefähr bekannt war, wurde bereits bei der Verteilung der Spezialkupons von den ursprünglichen Abwertungsabsichten abgegangen. Bei einer Umstellung von 10 : 1 hätten nämlich ca. 3 Mrd. Kuponmark ausgereicht.

Am Stichtag konnte jeder Einwohner der SBZ und von Groß-Berlin[53] eine Kopfquote in Höhe von 70 Reichs- und Rentenmark bzw. Militärmark zum Kurs von 1 : 1 in Reichsmark mit aufgeklebten Spezialkupons umtauschen. Weitere Barbeträge mußten auf Bankkonten eingezahlt werden. Sie unterlagen einer Umwertung von 10 : 1 und sollten zu einem späteren Termin frei verfügbar sein. Überstieg der zum Umtausch angemeldete Betrag 5.000 RM, mußte der Einzahler beweisen, daß er auf ehrliche Weise an das Geld gekommen war. Damit sollte eine Besserstellung von Personen verhindert werden, die auf dem Schwarzmarkt erfolgreich gewesen waren[54]. Da die Geldreform aber keineswegs unvermittelt kam, müssen diese Effekte als eher gering eingeschätzt werden.

---

[52] Vgl. LABerlin, StA, Rep. 315, Nr. 3a, o. Bl.

[53] Die SMAD hatte zunächst beabsichtigt, alle Sektoren von Groß-Berlin in das Währungsgebiet der DM-Ost einzubeziehen. Am Abend des 22.6. 1948, wenige Stunden vor dem Inkrafttreten des russischen Befehls Nr. 111 und der Währungsgesetze der DWK, erhielt die amtierende Oberbürgermeisterin Louise Schroeder ein Schreiben des Stabschefs der russischen Stadtkommandantur mit einer diesbezüglichen Anweisung. Am 23.6. erklärten jedoch die westlichen Stadtkommandanten, daß der russische Befehl gegen die interalliierten Vereinbarungen über die Viermächteverwaltung von Berlin verstoße und deshalb „keine Anwendung auf die Einwohner der französischen, britischen und amerikanischen Sektoren" finden dürfe, in: LABerlin, StA, Rep. 100, Nr. 820, Bl. 85, 87. Da bestimmte Waren und Leistungen aber auch in den Westsektoren mit DM(Ost) bezahlt werden konnten, begann dort eine bis Anfang 1949 andauernde Doppelwährungszeit. Vgl. Wolff, Die Währungsreform in Berlin, S. 75 ff.

[54] Vgl. Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1948.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Neugeldschöpfung im Zuge des ersten Geldumtauschs führte nicht zur angestrebten Geldmengenreduzierung:

Tabelle 2: Ergebnis des Ersten Bargeldumtauschs in der SBZ und in Groß-Berlin (Reichs-, Renten- und Alliierte Mark in Kuponmark)[55]

Erfassungsgebiet	alte Noten abgeliefert	Spezialkupons ausgegeben	alte Noten mit Kupon beklebt	Kuponmark ausgegeben	Kuponmark-Bestand
Sachsen	5.007.600.971	1.395.000.000	1.252.054.501	862.720.738	389.333.763
Sachs.-Anhalt	2.944.558.012	1.090.000.000	944.980.583	560.923.754	384.056.829
Thüringen	2.264.479.112	826.000.000	726.478.494	414.430.485	312.048.009
Brandenburg	2.764.041.145	897.201.000	824.359.883	800.445.174	23.914.709
Mecklenburg	1.438.333.289	622.000.000	569.728.051	275.760.404	293.962.647
Berlin	3.472.210.565	673.000.000	658.532.500	467.087.430	191.445.070
Dt. Notenbank*	10.049.044.875	687.900.000	645.117.159	645.117.159	0
Feldpost**	?	234.100.000	110.000.000	97.006.226	12.993.774
Summe	27.940.267.969	6.425.201.000	5.731.251.171	4.123.491.370	1.607.754.801

* Deutsche Emissions- und Girobank
** Sowjetische Besatzungsstreitkräfte

Mit Spezialkupons beklebt und damit als Neugeld emittiert wurden also ca. 5,7 Mrd. Kuponmark, von denen 4,1 Mrd. in Umlauf gelangten und 1,6 Mrd. als Bestandsreserve in den Depots verblieben. Da die überhöhte Geldschöpfung erst im Zusammenhang mit der statistischen Auswertung des Geldumtauschs zutage trat und die Bestandsreserven jederzeit aktivierbar waren, muß eine Berechnung der Umstellungskurse des ersten Geldumtauschs von der emittierten Neugeldmenge ausgehen. Für die Erfassungsgebiete ergibt sich dabei das folgende Bild:

Tabelle 3: Geldmengenreduzierung und tatsächliche Abwertungskurse nach Umstellungsgebieten[56]

Erfassungsgebiet	Geldmenge alt	Geldmenge neu	red. um Prozent	tats. Abwertung
Sachsen	5.007.600.971	1.252.054.501	75	4 : 1
Sachs.-Anhalt	2.944.558.012	944.980.583	68	3,1 : 1
Thüringen	2.264.479.112	726.478.494	68	3,1 : 1
Brandenburg	2.764.041.145	824.359.883	70	3,4 : 1
Mecklenburg	1.438.333.289	569.728.051	60	2,5 : 1
Berlin	3.472.210.565	658.532.500	81	5,3 : 1
Dt. Notenbank*	10.049.044.875	645.117.159	94	15,6 : 1
Feldpost**	?	110.000.000	?	?
Gesamt	27.940.267.969	5.731.251.171	79	4,9 : 1

* Deutsche Emissions- und Girobank
** Sowjetische Besatzungsstreitkräfte

[55] Schreiben der Deutschen Notenbank an die Finanzverwaltung der SMAD vom 3.8. 1948, in: BAP, DN-1-alt, Nr. 405, Bl. 333 ff.
[56] Eigene Berechnungen auf der Basis der in ebenda enthaltenen Informationen.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus diesen Berechnungen ergeben sich einige interessante Anhaltspunkte für die Verteilung des Bargeldes in der SBZ/DDR und die Geldpolitik bis zum Vorabend der Währungsreform. In Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg lief demnach weit weniger als die Hälfte der gesamten Altgeldmenge um. Die relativ geringe Reduzierung der Bargeldmenge in diesen Ländern war also ein Indiz für eine strukturelle Geldknappheit vor der Währungsreform. Interessanterweise war diese in Mecklenburg besonders hoch. Da das Land viele Vertriebene aufgenommen hatte, muß vermutet werden, daß bei Flucht und Vertreibung nur sehr geringe Bargeldmengen in die SBZ gelangt sind. Im Gegensatz dazu waren Sachsen und Berlin von der Reduzierung der Bargeldmenge relativ stärker betroffen. Beide Gebiete, vor allem jedoch Berlin, hatten wegen ihrer traditionellen Bedeutung als Industrie- und Handelszentren größere Bargeldmengen angesogen. Daraus sollte man aber keine voreiligen Rückschlüsse auf Armut oder Wohlstand ziehen. Die Güterknappheit hatte bekanntlich dazu geführt, daß gerade in ländlichen Gebieten lebenswichtige Güter auf dem schwarzen oder grauen Markt nicht gegen Reichsmarknoten, sondern gegen Sachwerte abgegeben wurden. Daher kann die Geldverteilung zwischen den Ländern der SBZ auch Ausdruck für eine Konzentration von Sachwerten in den landwirtschaftlich geprägten Ländern (Mecklenburg, Brandenburg) auf der einen und für die Anhäufung wertlosen Geldes, also für die Nachfrage nach Gütern, in den Industrieregionen Sachsens und in Berlin auf der anderen Seite sein. Eine befriedigende Antwort kann erst die weitere Forschung geben.

Der weitaus größte Bargeldbetrag (ca. 10,5 Mrd. RM) wurde jedoch bei der Deutschen Emissions- und Girobank angesammelt. Diese meldete auch die Reichsmarkdepotbestände der Emissions- und Girobanken der Länder und verschiedene Sonderdepots von deutschen und russischen Verwaltungen zur Umstellung an, die in den zurückliegenden drei Jahren angewachsen waren. Von dieser Summe wurden im Zuge der Geldreform ca. 9,4 Mrd. RM liquidiert, die Bargeldumstellung erfolgte hier mit der größten Konsequenz. Tatsächlich liefen demnach unmittelbar vor der Währungsreform im Juni 1948 in der SBZ und in Groß-Berlin „nur" 17,9 Mrd. RM um, sieht man einmal davon ab, daß es bei den anderen Banken auch Bargeldbestände gegeben haben wird, die aber nicht exakt zu ermitteln sind. Ein geldpolitisches Ziel der DZFV, die Stillegung von Bargeld mittels Depotbildung im Zentralbankensystem, wurde also erreicht.

Tabelle 4: Geldmengenreduzierung und tatsächliche Abwertungskurse bei der Deutschen Notenbank und den anderen Umstellungsgebieten[57]

	Geldmenge alt	Geldmenge neu	red. um Prozent	tats. Abwertung
Dt. Notenbank	10.049.044.875	645.117.159	94	15,6 : 1
andere Gebiete	17.891.223.094	5.086.134.012	72	3,5 : 1
Gesamt	27.940.267.969	5.731.251.171	79	4,9 : 1

[57] Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Unzulänglichkeiten der Kuponmark erforderten einen erneuten Geldumtausch. Nachdem die DM(Ost), eigentlich Deutsche Mark der Deutschen Notenbank, zur Verfügung stand und die Deutsche Emissions- und Girobank den Namen Deutsche Notenbank sowie das formale Notenemissionsrecht bekommen hatte, erfolgte Ende Juli 1948 ein zweiter Geldumtausch. Da es sich dabei um einen bloßen Austausch der alten gegen neue Geldzeichen handelte, wurde der zweite Bargeldumtausch zum Kurs 1 : 1 durchgeführt. Erwartungsgemäß trat nur eine sehr geringe Reduzierung der im Juni in Verkehr gegebenen Notenmenge ein. Wichtiger war vielmehr der Verzicht der Notenbank auf die seinerzeit nicht ausgegebenen Kuponmark-Depots. Die Gesamtbargeldmenge in der SBZ belief sich nunmehr auf ca. 4,1 Mrd. DM(Ost), das waren 14,7 Prozent des Altbargeldes.

Tabelle 5: Geldmengenreduzierung infolge des Zweiten Bargeldumtausches in der SBZ und in Groß-Berlin (Kuponmark in Deutsche Mark der Deutschen Notenbank [DM(Ost)]

	in RM/Kuponmark/ DM(Ost)	in Prozent	Umtausch-Verhältnis
1. Erster Bargeldumtausch			
erfaßtes Altgeld	27.940.267.969	100,00	–
tatsächlich ausgeg. Kuponmark	5.731.251.171	20,51	4,9 : 1
davon in Zirkulation	4.123.491.370	14,76	–
davon Zentralreserve	1.607.754.801	5,75	–
2. Bargeldumtausch			
Kuponmark in Zirkulation	4.123.491.370	14,76	–
DM(Ost)	4.111.941.058	14,72	6,8 : 1
Bargeldmengenreduzierung	11.550.312	0,28	–
Erfaßtes Falschgeld*	1.600.000	0,04	–

* Nichtumlauffähiges und Falschgeld

Dadurch wurde eine Reduzierung der Bargeldmenge im Verhältnis 6,8 : 1 erreicht. Nach dem ersten Bargeldumtausch hatte dieses Verhältnis nur bei 4,9 : 1 gelegen. Diese Bargeldmenge war aber noch immer zu hoch. In den westlichen Besatzungszonen liefen im Juli 1948 zwar auch ca. 5,6 Mrd. DM um, und es erfolgte auch dort eine der SBZ vergleichbare Abwertung von 6,1 : 1, die Einwohnerzahl war aber mehr als 2,5 mal höher. Außerdem kam es im Westen zu einer weitgehenden Aufhebung der Rationierungen, das neue Geld konnte also zum Kauf von Gütern verwendet werden.

Die unterschiedliche Bargeldumstellung in Ost und West wird in ihrer ganzen Tragweite erst bei einem Vergleich der Alt- und Neugeldzirkulation je Einwohner deutlich. Dabei wurden nur die tatsächlich im Umlauf befindlichen Altgeldbestände berücksichtigt. Die Noten in Depots, die im Zuge der Währungsreform großenteils liquidiert worden sind, wurden von den Gesamtbargeldbeständen abgezogen.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 6: Bargeldmengenreduzierung durch die Westdeutsche Währungsreform[58]

Abgeliefertes Altgeld (RM):		
– im Zuge des Empfangs der Kopfbeträge	3,7 Mrd.	
– bei Geldinstituten abgeliefert	9,8 Mrd.	
– Depotbestände der Banken	21,0 Mrd.	
Gesamte erfaßte Altgeldmenge	34,5 Mrd.	
Schätzung des nichtumgetauschten Schwarzgeldes	2,5 Mrd.	
Schätzung der Gesamt-Altgeldmenge	37,0 Mrd.	
Bestände der in Verkehr gebrachten Noten (DM-West):		
Juni 1948	4,4 Mrd.	Relation* 7,8 : 1
Juli 1948	5,6 Mrd.	Relation* 6,1 : 1
Sep. 1948	6,7 Mrd.	Relation* 5,1 : 1

* Relation des Neugeldes zum Altgeld

Tabelle 7: Banknotenumlauf alter und neuer Währung im Verhältnis zur Bevölkerungszahl

1. Westdeutschland	
Altgeld außerhalb der Depots	13,5 Mrd.
Notenumlauf im September 1948	6,7 Mrd.
Einwohnerzahl	ca. 48 Mio.
Altgeld je Einwohner	281,20
Neugeld je Einwohner	139,60
2. Ostdeutschland	
Altgeld außerhalb der Depots	17,9 Mrd.
Notenumlauf im Juli 1948	4,1 Mrd.
Einwohnerzahl	ca. 18 Mio.
Altgeld je Einwohner	944,40
Neugeld je Einwohner	227,80

Die umlauffähige Altgeldmenge je Einwohner war in der SBZ ca. dreimal so hoch wie in den westlichen Besatzungszonen. Obwohl dieses Phänomen nach der bisherigen Aktenlage nicht eindeutig erklärt werden kann, sind die Ursachen sicherlich in der vergleichsweise hohen Besatzungsgeldemission der SMAD und der Aktivierung von Barbeständen zu suchen, die russische Truppen in den deutschen Ostgebieten und der SBZ beschlagnahmt hatten. Hinzu kommt, daß der Überweisungsverkehr nicht im gleichen Maße entwickelt war wie in den Westzonen. Bargeldzahlungen spielten daher in der SBZ eine größere Rolle. Auch die Neugeldmenge je Einwohner

[58] Vgl. Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975, Frankfurt a.M. 1976.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war in der SBZ deutlich höher als im Westen. Die Geldschöpfung der Deutschen Notenbank begann also auf zu hohem Niveau.

b. Die Umstellung der Einlagen bei den Kreditinstituten

In der mangelhaften Bargeldumstellung bestand aber nicht das einzige Problem der ostdeutschen Geldreform. Stabilitätspolitisch ungünstig wirkte sich auch die Umstellung der Einlagen bei den Kreditinstituten aus. In der SBZ war bereits mit der Kontensperre im Mai 1945 eine vollständige Abwertung der bis dahin gebildeten Guthaben erfolgt. Diese sog. Uraltkonten wurden von der Währungsreform nicht berührt, sie regelte nur die Umbewertung der seit dem 8. Mai 1945 entstandenen Einlagen. Für diese Konten wurden unterschiedliche Umtauschkurse festgelegt.

Mit der erklärten Absicht, Kleinsparer durch die Währungsreform nicht völlig zu enteignen, sollten geringe Spareinlagen zu Vorzugskursen umgestellt werden, bei Einlagen bis 100 RM 1 : 1, bis 1.000 RM 2 : 1, bis 5.000 RM 5 : 1 und ab 5.000 RM 10 : 1. Alle anderen Einlagen sollten im Prinzip 10 : 1 abgewertet werden, darunter auch die Einlagen der Banken bei anderen Kreditinstituten und dem Zentralbanksystem sowie die Konten der öffentlichen Hand. Sonderbewertungen von 1 : 1 unterlagen die laufenden öffentlichen Haushalte und das Eigenkapital der Banken. Salden der Versicherungen wurden 5 : 1 abgewertet, die der Sozialversicherung jedoch bevorzugt 2 : 1. Konten von sog. Naziaktivisten und Kriegsverbrechern wurden annulliert. Die innere Reichsschuld wurde gestrichen, die äußeren Verpflichtungen aber zunächst nicht geregelt[59].

Während diese Festlegungen wenig spektakulär waren, ergab sich aus politisch motivierten Ausnahmen vom allgemeinen Umstellungskurs ein beträchtliches Problem. Staatseigene Unternehmen, politische Parteien und Verbände sowie die Gewerkschaften durften ihre Einlagen 1 : 1 umwerten. Obwohl diese Regelung aus der Währungsverordnung der DWK, soweit sie Parteien und Verbände betraf, ursprünglich nur für die Zonenvorstände gelten sollte, machten Organisationen auf allen Ebenen davon Gebrauch. Die Aufweichung der 10 : 1-Umstellung von Gläubigereinlagen räumte schließlich nicht in erster Linie Inhabern kleinster und kleiner Sparkonten Vorteile ein, sondern vor allem den staatlichen Unternehmen. Diese bekamen eine bessere Startchance, während private Unternehmen die Abwertung aller Einlagen hinnehmen mußten. Neben den gewollten ordnungspolitischen Auswirkungen der Währungsreform stellten sich aber ungewollte bankbetriebswirtschaftliche ein. Die strikte Umstellung der Einlagen der Banken im Bankensystem und bei den Zentralbanken 10 : 1 und die Behandlung der Kundschaftseinlagen von Nichtbanken zu einem besseren Kurs führte zu teilweise erheblichen Bilanzdifferenzen, wie noch gezeigt werden wird.

[59] Vgl. Zusammenstellung der Deutschen Zentralen Finanzverwaltung über die Umtauschregelungen, in: BAP, DN-1-alt, Nr. 3467, Bl. 568 ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sonderfall Sparkonten

Die statistische Berichterstattung der Deutschen Notenbank und der DZFV über die Währungsreform war nur bei den Sparkonten einigermaßen detailliert. Daher sind Angaben über Struktur und Höhe dieser Einlagen in alter und neuer Währung sowie über das Ausmaß der Reduzierung der Spareinlagen möglich:

Tabelle 8: Umwertung und Reduzierung der nach dem 8. Mai 1945 gebildeten Spareinlagen in der SBZ (ohne Groß-Berlin)[60]

Gruppen	vor der Umwertung		nach der Umwertung			Reduzierung	tatsächl. Umstellungsverhältnis
	Konten	Salden	Salden	davon frei	davon gesperrt	freie Salden	
	(Anzahl)	(1000 RM)	(1000 DM(Ost))			(Prozent)	
bis 100	1.395.508	47.884	47.767	47.760	7	0,2	1 : 1
über 100 bis 1.000	2.875.220	1.303.348	482.996	482.903	93	62,9	2,7 : 1
über 1.000 bis 5.000	1.276.072	2.455.019	470.151	469.931	220	80,8	5,2 : 1
über 5.000	62.377	461.152	54.546	38.329	16.217	91,7	12 : 1
Gesamt	5.609.177	4.267.403	1.055.460	1.038.923	16.537	75,3	4 : 1

Die Daten zeigen, daß bei den Sparkonten ein Vermögensverlust bei den höheren Einlagen eingetreten ist. In der Gruppe „über 5.000 RM" erfolgte außerdem eine Sperrung von bereits umgestellten Konten. Die Besitzer dieser Altgeldbeträge gehörten also zu den Verlierern der Reform. Der geringe Anteil der höchsten Kontenkategorie an den gesamten Spareinlagen bereits vor der Währungsreform (ca. 11 Prozent) bestärkt die Auffassung, daß ihre rigide Abwertung nicht aus währungs-, sondern vor allem aus gesellschaftspolitischen Erwägungen erfolgte, um die noch bestehende Schicht von Besitzenden zu schädigen bzw. die Entstehung einer neuen zu erschweren.

Umstellung der Einlagen bei den Kreditbanken und im Zentralbankensystem

Die Kontenumstellung in der SBZ im Juni 1948 muß im Zusammenhang mit der Kontensperre im Mai 1945 bewertet werden. Da die von dieser Sperre betroffenen Einlagen durch spätere Uraltguthabenregelungen nur in unbedeutendem Umfang in neues Geld umgewandelt worden sind[61], erfolgte die Giralgeldreduzierung in der

[60] Zusammengestellt und berechnet nach: BAP, DN-1-alt, Nr. 3467, Bl. 589.

[61] Die bis zum Kriegsende entstandenen Guthaben wurden formal 10 : 1 umgetauscht und gesperrt. Bei Guthaben über 5.000 RM erfolgte eine Überprüfung des „rechtlichen Erwerbs", die Einlagen von sog. Kriegsgewinnlern und Spekulanten wurden gestrichen, die von Personen mit Wohnsitz außerhalb der DDR und Ost-Berlins zwar formal umgewertet, tatsächlich aber auch liquidiert.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SBZ in zwei Schritten. In einem ersten Schritt, der Bankenschließung, wurden alle bis dahin entstandenen Einlagen gestrichen, auch die des Bankensystems und der öffentlichen Hand. In einem zweiten Schritt, der Währungsreform, erfolgte die Umwertung der zwischen 1945 und 1948 entstandenen Einlagen. Eine exakte Aufstellung über die Umwertung der zwischen Mai 1945 und Juni 1948 gebildeten Einlagen ist nicht einfach. Zwar liegen für die DM(Ost)-Eröffnungsbilanzen aller ostdeutschen Zentral- und Kreditbanken zusammenfassende Bilanzstatistiken der Deutschen Notenbank vor, die hier erstmals ausgewertet werden, eine gleichartige RM-Schlußbilanz existiert jedoch nicht. Diese Daten mußten daher anderen Quellen entnommen werden. Gleiches gilt für die Geldumstellung in Berlin, die aus statusrechtlichen Gründen nicht von der Statistik des ostdeutschen Leitinstituts erfaßt werden durfte. Vor diesen Problemen standen bereits leitende Mitarbeiter der HV Finanzen der DWK, die nach der Währungsreform resignierend feststellten, daß genaue Angaben zur Giralgeldumstellung nicht gemacht werden könnten[62]. Diese finanzhistorisch bedauerliche Lücke wird jetzt geschlossen:

Tabelle 9: Einlagen der Kreditinstitute in der SBZ und in Berlin vor und nach der Währungsreform (RM-Einlagen 1945–1948)[63]

a) Einlagen von Nichtbanken, ohne Spareinlagen (in Mio. RM/DM-Ost)

Institute	vor der Reform*	Eröffnungsbilanz	per 30.9.48
SBZ (ohne Berlin)			
Emissions- und Girobanken/Dt. Notenbank	1.160,00*	963,82	786,81
Landeskreditbanken	5.380,00*	2.190,67	2.539,20
Sparkassen	1.600,00*	726,17	868,40
Genossenschaftsbanken	990,00*	216,18	272,11
nebenamtl. Kreditgen.	700,00**	70,95	70,95
Stadtbanken		9,58	10,64
Privatbanken		5,93	9,45
Summe SBZ	9.830,00	4.183,30	4.557,56
Groß-Berlin/Ost-Berlin	2.486,00***	keine Angabe	keine Angabe
Gesamtsumme	12.316,00	keine Angabe	keine Angabe

* Gerhard Abeken, Das Geld- und Bankenwesen, S. 11

** Geschätzt

*** Fritz Federau, Das Berliner Bankwesen 1945/1950, Berlin o.J., S. 27 ff.

Die anderen umgewerteten Beträge wurden zwischen 1959 und 1972 ausgezahlt. Vgl. Kurt Schmalfuß, Die Entwicklung des Bankwesens in der Deutschen Demokratischen Republik (1945–1961), wirtschaftswiss. Diss., Ost-Berlin 1984, S. 102 f.

[62] Gerhard Abeken, Währungsreform in Deutschland, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 5/6 1948, S. 5.

[63] Daten der Eröffnungsbilanzen und der Bilanzen vom 30.9.1948: Fortschreibende Bilanzstatistik der Währungsreform, in: BAP, DN-6, Nr. 265, o. Bl.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

b) Spareinlagen (in Mio. RM/DM-Ost)

Institute	vor der Reform	Eröffnungsbilanz	per 30. 9. 48
SBZ (ohne Berlin)			
Emissions- und Girobanken/Dt. Notenbank	–	–	–
Landeskreditbanken	690,00*	141,97	153,25
Sparkassen	2.990,00*	820,95	836,97
Genossenschaftsbanken		70,85	73,02
nebenamtl. Kreditgen.	590,00**	61,44	61,44
Stadtbanken		0,04	0,04
Privatbanken		2,20	1,62
Summe SBZ	4.270,00***	1.097,45	1.126,34
Groß-Berlin/Ost-Berlin	772,00***	keine Angabe	keine Angabe
Gesamtsumme	5.042,00	keine Angabe	keine Angabe

* Gerhard Abeken, Das Geld- und Bankenwesen ** Geschätzt
*** Fritz Federau, Das Berliner Bankwesen

c) Gesamteinlagen von Nichtbanken (in Mio. RM/DM-Ost)*

Institute	vor der Reform	Eröffnungsbilanz	per 30. 9. 48
SBZ (ohne Ost-Berlin)			
Emissions- und Girobanken/Dt. Notenbank	1.160,00	963,82	786,81
Landeskreditbanken	6.070,00	2.332,64	2.692,45
Sparkassen	4.590,00	1.547,12	1.705,37
Genossenschaftsbanken		287,03	345,13
nebenamtl. Kreditgen.	2.280,00	132,39	132,39
Stadtbanken		9,62	10,68
Privatbanken		8,13	11,07
Summe	14.100,00	5.280,75	5.683,90
Groß-Berlin/Ost-Berlin	3.258,00	keine Angabe	keine Angabe
Gesamtsumme	17.358,00	keine Angabe	keine Angabe

* Nach a) und b)

d) Einlagen von Banken bei den ostdeutschen Kreditinstituten (in Mio.)

Institute	vor der Reform	Eröffnungsbilanz	per 30. 9. 48
SBZ (ohne Berlin)			
Emissions- und Girobanken/Dt. Notenbank	keine Angabe	635,70	763,41
Landeskreditbanken	keine Angabe	461,10	468,23
Sparkassen	keine Angabe	6,68	22,01
Genossenschaftsbanken	keine Angabe	69,96	171,78
nebenamtl. Kreditgen.	keine Angabe	1,40	1,40
Stadtbanken	keine Angabe	0,26	0,62
Privatbanken	keine Angabe	0,01	0,06
Summe	14.500,00*	1.175,11	1.427,51
Groß-Berlin/Ost-Berlin	230,00**	keine Angabe	keine Angabe
Gesamtsumme	14.730,00	keine Angabe	keine Angabe

* Gerhard Abeken, Das Geld- und Bankenwesen
** Fritz Federau, Das Berliner Bankwesen

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

e) Einlagen von Banken und Nichtbanken bei den ostdeutschen Kreditinstituten (in Mio. RM/DM-Ost)*

Institute	vor der Reform	Eröffnungsbilanz	per 30. 9. 48
SBZ (ohne Berlin)			
Emissions- und Girobanken/Dt. Notenbank	keine Angabe	1.599,52	1.550,22
Landeskreditbanken	keine Angabe	2.793,74	3.160,68
Sparkassen	keine Angabe	1.553,80	1.727,38
Genossenschaftsbanken	keine Angabe	356,99	516,91
nebenamtl. Kreditgen.	keine Angabe	133,79	133,79
Stadtbanken	keine Angabe	9,88	11,30
Privatbanken	keine Angabe	8,14	11,13
Summe	28.600,00	6.455,86	7.111,41
Groß-Berlin/Ost-Berlin	3.488,00	1.500,00**	1.038,70**[1950]
Gesamtsumme	32.088,00	7.955,86	8.150,11

* Nach c) und d)

** Die Abnahme der Berliner Einlagen ergibt sich sowohl als Folge der Spaltung der Stadtverwaltung Ende 1948 als auch der Überführung von Ost-Berliner Behördenkonten an die Zentrale der Deutschen Notenbank. Vgl.: Fritz Federau, Das Berliner Bankwesen, S. 52. (Federaus Angaben beziehen sich auf 1950, die Eröffnungsbilanzzahl wurde auf dieser Grundlage geschätzt.)

Aussagen über die Reduzierung der gesamten Giralgeldmenge und Vergleiche mit den westlichen Besatzungszonen sind aber nur möglich, wenn zunächst die Frage nach dem Umfang der 1945 in der SBZ gesperrten Giralgeldmenge beantwortet wird. Dazu gibt es keine gesicherten Angaben. In einer späteren Schätzung der DDR-Staatsbank wurde die Höhe der 1945 in der SBZ und in Groß-Berlin stillgelegten RM-Guthaben mit ca. 37 Mrd. RM beziffert[64]. Diese Zahl ist aber zu niedrig, da

Tabelle 10: Einlagen in den Westzonen und der SBZ Ende 1947 – einschließlich der auf sowjetischen Befehl gesperrten Guthaben (in Mio. RM)*

	Alteinlagen	verfügbare Einlagen°		Gesamteinlagen	
	(Gesperrt)	(Gesamt)	(pro Kopf in RM)	(Gesamt)	(pro Kopf in RM)
Westzonen**	–	238.998	4.979	238.998	4.979
SBZ und Groß-Berlin***	57.000°°	32.088	1.783	89.088	4.949
Deutschland	–	–	–	328.086	4.971

* Einschließlich Einlagen der Kreditinstitute im Bankensystem

** Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen, S. 24

*** Nach Tabelle 9c

° In den westlichen Besatzungszonen waren Einlagen von NS-Belasteten bis zur Entnazifizierung einer Vermögenssperre unterworfen.

°° Schätzung. Die DDR-Staatsbank gibt nur 37 Mrd. RM an.

[64] Schmalfuß, Die Entwicklung des Bankwesens, S. 25.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Giralgeldmenge pro Kopf am Ende des Zweiten Weltkrieges im späteren Gebiet der SBZ nicht wesentlich geringer gewesen sein kann als in den späteren Westzonen. Gestützt auf die westdeutsche Pro-Kopf-Giralgeldmenge und die in der SBZ verfügbaren Einlagen kann man die Höhe der durch die sowjetische Besatzungsmacht gesperrten Konten relativ genau auf ca. 57 Mrd. RM schätzen.

Nunmehr kann eine abschließende Aussage über die Umstellung der Einlagen in den Westzonen und in der SBZ getroffen werden:

Tabelle 11: Giralgeldumstellung in den Westzonen und in der SBZ

	RM-Einlagen*		DM-Einlagen		Kurs
	(Gesamt)	(pro Kopf in RM)	(Gesamt)	(pro Kopf in DM)	
Westzonen**	238.998	4.979	6.350***	132	37,6 : 1
SBZ und Ost-Berlin					
1. gesperrte Einlagen	57.000	3.167	0	0	1,0 : 0
2. Einlagen bis 1948	32.088	1.783	7.966	433	4,0 : 1
Gesamteinlagen Ost	89.088	4.949	7.966	433	11,1 : 1

* Einschließlich Einlagen der Kreditinstitute im Bankensystem
** Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen
*** Ebenda, S. 25 (Tabelle)

Obwohl durch die Kontensperre in der SBZ ein erheblicher Vermögensschnitt vollzogen wurde, gelang bei den Bankeinlagen insgesamt nicht die gleiche Reduzierung wie in den Westzonen. Die Sonderbehandlung der Einlagen von Staatsunternehmen und politischen Parteien/Organisationen führte dazu, daß ein bedeutender Teil der zwischen 1945 und 1948 entstandenen RM-Konten faktisch „unbeschädigt" in DM(Ost) überführt werden konnte. Damit wurde die Chance eines konsequenten Währungsschnitts verpaßt. In den westlichen Besatzungszonen erfolgte im Gegensatz dazu eine strikte Konsolidierung.

c. Reduzierungsquote der Gesamtgeldmenge

Auf der Grundlage der bisherigen Untersuchungen läßt sich eine abschließende Einschätzung über die Reduzierung der Gesamtgeldmenge in den westlichen Besatzungszonen auf der einen und in der SBZ und Groß-Berlin auf der anderen Seite treffen:

Während durch die westdeutsche Reform ein Geldschnitt erfolgte, der mit 20,9 : 1 die Empfehlungen deutscher und alliierter Sachverständiger (10 : 1) weit übertraf, blieb die Reduzierungsquote in der SBZ mit 9,7 : 1 sogar darunter. Die mangelnde Konsequenz bei der Bar- und Giralgeldumstellung war aber nicht der Hauptgrund für die schwache Stellung der ostdeutschen Währung.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 12: Gesamtgeldmenge alter und neuer Währung, Reduzierungsquote und Verhältnis zur Bevölkerungszahl

	Altgeldmenge (in Mio.)		Neugeldmenge (in Mio.)		Reduzierungsquote (Prozent)
	Gesamt	pro Kopf	Gesamt	pro Kopf	
Westzonen					
Bargeld*	34.500	719	6.700	140	5,1 : 1
Giralgeld**	238.998	4.979	6.350	132	37,6 : 1
Gesamt	273.498	5.698	13.050	272	20,9 : 1
SBZ und Ost-Berlin					
Bargeld*	27.900	1.550	4.100	228	6,8 : 1
Giralgeld	89.088	4.949	7.966	443	11,1 : 1
Gesamt	116.988	6.499	12.066	671	9,7 : 1

* Einschließlich Einlagen der Kreditinstitute im Bankensystem
** Einschließlich der nichtumlauffähigen Notendepots

5. Auswirkungen der Geldreform

a. Währungsreform ohne Wirtschaftsliberalisierung

Im Oktober 1948 warnten leitende Mitarbeiter der HV Finanzen und der Deutschen Notenbank vor einem währungspolitischen Fiasko. In einem erstaunlich offenen Schreiben an Walter Ulbricht wurde auf das Mißverhältnis zwischen geringer Warenmenge und nach wie vor zu hoher Geldmenge hingewiesen: „Das wichtigste ist, daß auf dem Gebiet der Güterwirtschaft sofort Maßnahmen getroffen werden müssen, die wirkungsvoll genug sind, um die gefahrdrohende finanzielle Lage zu normalisieren." Dem starken Mann der SBZ wurde sogar gesagt, daß „politische Erwägungen nicht vor den Folgen schützen, die eintreten, wenn die wirtschaftlichen Zusammenhänge außer acht gelassen sind"[65]. Die Währungsreform wurde von Fachleuten als faktisch gescheitert betrachtet: „Währungspolitisch krankt die Verordnung vom 21. Juni daran, daß man zuviel Bargeld in die Hände der Bevölkerung geleitet, die voraussichtlichen Ergebnisse der Umwertung 1 : 1 vorher nicht richtig abgeschätzt und den Kreis der zu begünstigenden Stellen nicht klar festgelegt hat."[66]

Diese Hinweise führten jedoch nicht zu einer Änderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der SED. An der Einführung des sowjetischen Ordnungssystems mit zentraler Wirtschaftslenkung wurde festgehalten: Die politische Führung um Ulbricht führte die Mängel der Währungsreform auf Fehlentscheidungen in der ost-

[65] HV Finanzen an Walter Ulbricht vom 30. 10. 1948, in: BAP, DN-1-alt, Nr. 3186, Bl. 498 f.
[66] Bericht über die von der Hauptverwaltung Finanzen im Zusammenhang mit der Durchführung der Währungsreform und der Umtauschverordnung getroffenen Maßnahmen, wahrscheinlich Ende Juni 1948, in: Ebenda, Nr. 3467, Bl. 545.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Finanzverwaltung zurück. Daher wurde dieses Problem auf stalinistische Weise mit einer Personalsäuberungswelle bei der HV Finanzen der DWK „gelöst". An Stelle von Meyer wurde der bisherige Direktor der Treuhandanstalt in Ostberlin, Willy Rumpf, zum Leiter der Hauptverwaltung Finanzen berufen, der für diese Tätigkeit zwar keine ausreichende Qualifikation besaß, dafür aber Walter Ulbricht nahe stand. Fast zeitgleich reagierte die SMAD mit der Abberufung des nach zeitgenössischen Schilderungen kompetenten und eloquenten Abteilungsleiters Maletin und der Ernennung des bisherigen Stellvertreters, W. K. Sitnin[67]. Eine der ersten gemeinsamen Aktionen der beiden neuen Abteilungsleiter war von hohem Symbolwert für den Kurswechsel in der Finanz- und Währungspolitik. Sie bestand in einer Alimentierung der SED aus den öffentlichen Haushalten. Am 16. November 1948 richtete Sitnin an Rumpf die „Bitte", dem Parteivorstand der SED eine beträchtliche Summe aus dem Zonenhaushalt zur Verfügung zu stellen. Dieses Ansinnen wurde offiziell damit begründet, daß die Verluste, die die Einheitspartei durch die Währungsreform erhalten hatte, ausgeglichen werden müßten. In Wirklichkeit waren solche Verluste jedoch nicht eingetreten, da die SED ihre gesamten Einlagen 1 : 1 umstellen durfte. Das Verhältnis der Einheitspartei zum Staat hatte sich offensichtlich gewandelt. Die SED betrachtete den Staat selbst und die öffentlichen Einnahmen als machtpolitische Instrumente, die sich der öffentlichen Kontrolle entzogen und nur ihr zur Verfügung standen[68].

Nachdem bereits vor der Währungsreform eine Entscheidung für ein neues Bewirtschaftungssystem anstelle des alten gefallen war, begann nach der Reform eine Demontage der tradierten Finanzverfassung. Bis Anfang 1950 wurden die ehemaligen Entscheidungsträger bei den zentralen und regionalen Verwaltungen, die die neue Entwicklung nicht mittragen wollten oder versuchten, sie unter Hinweis auf demokratische Spielregeln aufzuhalten, aus ihren Positionen verdrängt[69].

---

[67] Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 742, Bl. 55.

[68] Das im Original in russischer Sprache verfaßte Dokument soll hier zitiert werden: „Zwecks finanzieller Hilfeleistung an den Vorstand der SED in Verbindung mit Verlusten, die sich im Ergebnis der Währungsreform ergeben haben, bittet die Finanzverwaltung der SMAD darum, auf das Konto des Vorstandes der SED 3.600 TDM zu überweisen. Die Ausgaben sind in Rechung zu stellen auf Hauptkonto 240, Kapitel 394 (gesamtzonale Ausgaben).", in: BAP, DN-1-alt, Nr. 7/898, o. Bl. (vom Autor übersetzt).

[69] Das Direktorium der Deutschen Notenbank hatte wiederholt Versuche der DWK zurückgewiesen, direkten Einfluß auf die Geldpolitik zu nehmen. Die Bank verstand sich vielmehr „als eine Anstalt des öffentlichen Rechts, [die] selbständig ist und [der] keine Organisation, mit Ausnahme des Verwaltungsrates, Anweisungen geben kann". Vgl. Vortrag des Vizepräsidenten Landwehr auf der 38. Sitzung des Direktoriums der Deutschen Notenbank am 10. 5. 1949 in Berlin, in: BAP, DN-6, Nr. 9, o. Bl. Daraufhin erhob eine Kontrollgruppe des Innenministeriums verschiedene Anschuldigungen gegen den Präsidenten, die Direktoriumsmitglieder und leitende Mitarbeiter. Ihnen wurden mangelnde fachliche Kompetenz und politische Unzuverlässigkeit vorgeworfen. Interne Berichte erlauben eine Bewertung der wirklichen Gründe für die Personalsäuberungswelle. In dem über den Notenbankpräsidenten Willy Huhn angefertigten Dossier des Innenministeriums heißt es beispielsweise: „Den Standpunkt der Unabhängigkeit der Deutschen Notenbank hat er nie verlassen. Obwohl wir [die Mitarbeiter des Innenministeriums] ihm nachwiesen, daß in der Be-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

b. Umwertungsdifferenzen

Die unterschiedliche Behandlung von Kundschaftseinlagen und von Einlagen der Banken selbst bei anderen Kreditbanken und im Zentralbankensystem sowie die weitgehende Liquidierung der RM-Depots führten zu erheblichen Problemen bei der Aufstellung von Eröffnungsbilanzen. Bei fast allen Kreditinstituten und im Zentralbankensystem war die Aktivseite der Bilanzen wesentlich stärker von Abwertungen betroffen als die Passivseite. Für das Zentralinstitut ergab sich eine Reduzierung der Aktiva von ca. 10 Mrd. RM auf ca. 1 Mrd. DM (Ost) und der Passiva von ca. 10 Mrd. RM auf nur 5,6 Mrd. DM (Ost)[70]. Die bevorzugte Behandlung der Guthaben der öffentlichen Hand, der sowjetischen Militärdienststellen und der in sowjetischem Besitz befindlichen Garantie- und Kreditbank AG haben also allein bei der Zentralbank einen negativen Bilanzsaldo in Höhe von ca. 4,6 Mrd. DM(Ost) verursacht. Den bilanztechnischen Ausgleich übernahm die öffentliche Hand mit der Emission von Schatzanweisungen. Die Deckung des Notenumlaufs erfolgte auf einem ähnlichen Weg. Die Deutsche Wirtschaftskommission übertrug an die Deutsche Notenbank Schuldverschreibungen in Höhe der Gesamtbargeldsumme[71].

Obwohl die Umwertungsdifferenzen bei keinem anderen Institut eine vergleichbare Höhe erreichten, traten sie bei fast allen Banken auf und mußten ausgeglichen werden. Mit einer Anordnung vom 3. November 1948 verpflichtete die DWK zunächst die Länder der SBZ und den Berliner Magistrat zum Ausgleich aus dem öffentlichen Haushalt. Allein Ost-Berlin hätte dafür ca. 450 Mio. DM(Ost) zusätzlich aufbringen müssen. Der Magistrat und ein Teil der Landesregierungen erwogen zunächst nach dem Vorbild der Zentrale die Emission von Schatzanweisungen mit zweijähriger Laufzeit und einem Prozent Jahreszinsen. Nach langwierigen Verhandlungen mit der HVF der DWK bzw. dem DDR-Finanzministerium konnte schließlich vereinbart werden, daß die Länder nur einen Teil der Umwertungsdifferenzen begleichen mußten. Auch diese Absprache konnte noch nachgebessert werden. Die endgültige Regelung der Umwertungsdifferenzen zog sich schließlich bis 1950 hin[72].

In Ost-Berlin stellte sich die Situation folgendermaßen dar: Die Sparkasse, die überwiegend Privatkundenkonten verwaltete, hatte keine Verluste erlitten, sondern einen Umwertungsgewinn in Höhe von ca. 51 Mio. DM(Ost) erzielt. Das Stadtkon-

---

stätigungsnomenklatur der personalpolitischen Richtlinien die Befugnisse des Ministeriums des Innern festgelegt sind." Der Präsident reichte unter erheblichem politischen Druck am 24.11. 1950 „aus gesundheitlichen Gründen" beim DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl ein Rücktrittsgesuch ein, das dieser mit sofortiger Wirkung annahm. Außerdem wurden drei von vier Direktoren und mehrere Vertreter des mittleren Managements (Abteilungsleiter usw.) entlassen oder „baten aus gesundheitlichen Gründen" um ihre Pensionierung. Vgl. SAPMO-BA, ZPA, Nachlaß Otto Grotewohl, Nr. 336, Bl. 3 ff.

[70] BAP, DN-6, Nr. 140, o. Bl.

[71] Rohbilanz der Deutschen Notenbank vom 22.11. 1948, in: Ebenda, Nr. 168, Bl. 23.

[72] LABerlin, StA, Rep. 100, Nr. 862, Bl. 108 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tor mußte Verluste in Höhe von ca. 303 Mio. hinnehmen, davon sollten ursprünglich je 50 Prozent aus dem Haushalt von Groß-Berlin und aus dem DDR-Haushalt gedeckt werden. Der Berliner Anteil wurde jedoch von 151,5 Mio. auf 125 Mio. gesenkt und mußte 1949 und 1950 aus laufenden Haushaltsmitteln bezahlt werden. Das Postscheckamt wies Gesamtverluste von 109 Mio. auf. Der Ost-Berliner Anteil konnte von ursprünglich 85 Mio. auf 77 Mio. gesenkt werden und war ebenfalls aus Haushaltsmitteln in den Jahren 1949 und 1950 zu begleichen. Die Berliner Volksbank verlor 21 Mio. Davon wurden von der Deutschen Notenbank aber nur 14 Mio. anerkannt, die Ost-Berlin vollständig zu tragen hatte. Insgesamt entfiel auf den Haushalt Ost-Berlins aus den Umwertungsverlusten eine Sonderlast in Höhe von 216 Mio. Rechnet man die Unkosten der Währungsreform und die Verluste der städtischen Kassen (18 Mio.) dazu und zieht die Umwertungsgewinne der Sparkasse und die Gewinne aus Sperrguthaben (66 Mio.) ab, blieben immerhin noch 168 Mio. DM(Ost) übrig. Dieser Betrag war höher als die Kriegsfolgelasten (Besatzungskosten, Reparationen) im Rechnungsjahr 1950[73].

Die gesamten Umwertungsdifferenzen außerhalb des Zentralbanksystems, die sich aufgrund der Quellenlage nicht strukturieren lassen, beliefen sich auf ca. 1,6 Mrd. DM(Ost)[74]. Rechnet man die Verluste der Deutschen Notenbank hinzu, ergaben sich aus der Umstellung der Einlagen Aufwendungen der öffentlichen Haushalte für den Ausgleich der Bankbilanzen in Höhe von ca. 5,7 Mrd. DM(Ost).

6. Resümee

Eine Einschätzung der Währungsreform in der SBZ muß aus unterschiedlichen Perspektiven erfolgen. Zwischen Finanzwissenschaftlern und Finanzpolitikern in allen Besatzungszonen herrschte zwischen 1945 und Anfang 1948 Konsens über das Erfordernis einer Währungsstabilisierung. Auch hinsichtlich der Notwendigkeit einer Verknüpfung der Geldreform mit einer Wirtschaftsliberalisierung gab es im Prinzip keine unterschiedlichen Auffassungen zwischen Ost und West. In keinem Währungsreformkonzept ostdeutscher Provenienz wurde vor 1948 ein Sonderweg der SBZ thematisiert. Erst mit dem Konsensbruch zwischen den Alliierten, der durch den Auszug des sowjetischen Oberbefehlshabers aus dem Alliierten Kontrollrat am 20. März 1948 augenfällig wurde, begann die Vorbereitung von zwei Währungsreformen.

Die ostdeutsche Währungsreform verknüpfte Vorstellungen deutscher Fachleute mit denen von sowjetischen Finanz- und Währungspolitikern und hatte – indem staatseigene Unternehmen und Parteien/Organisationen bevorzugt behandelt wurden – eine ordnungspolitische Dimension im Sinne der Zielvorstellungen kommunistisch geprägter SED-Führer. Ihre Vorbereitung und Durchführung war wenig professionell. Zunächst wurde nicht einmal eine neue Währung, sondern nur ein Ersatz

[73] Ebenda.

[74] Protokoll einer Unterredung in der SMAD vom 2.10. 1948, in: BAP, DN-1-alt, Nr. 405, Bl. 219.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(Kuponmark) eingeführt. Diese „Billigvariante" sollte sich aus späterer Sicht als Symbol für den geringen Wert des ostdeutschen Geldes und das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die Geld- und Währungspolitik der SED/DDR-Führung erweisen. Anders als in den Westzonen war mit der Währungsreform keine Aufhebung der Rationierungen verbunden. 1948 wurden zwar sog. Freie Läden eröffnet, die Vorgänger der staatseigenen Monopolgesellschaften HO, in denen knappe Güter zu Grenzkosten-, d. h. wirklichen Marktpreisen erhältlich waren. Eine der Entwicklung im Westen vergleichbare Erfahrung vom Wert des neuen Geldes, für das nun alle erdenklichen Güter zu haben waren, konnte sich in der SBZ aber nicht einstellen. Auch die ursprünglich angestrebte Reduzierung der Bar- und Giralgeldmenge um 90 Prozent des Altgeldes gelang nicht. Bezogen auf die Bevölkerungszahl war die Neugeldemission im Osten erheblich höher als im Westen.

Diese Defizite reichen jedoch nicht aus, um den Stellenwert der SBZ-Währungsreform im Transformationsprozeß und im Hinblick auf das spätere Scheitern des Systems schlüssig zu erklären. Eine Entscheidung für Wirtschaftsliberalisierungen, vor allem für die Abkehr vom Festpreissystem, hätte es nämlich ermöglicht, die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft langsam so zu erhöhen, daß sie in das zu große „Geldkleid" hineinwachsen konnte. Von weit größerer Bedeutung als die Währungsreform selbst waren die in ihrem Vorfeld begonnenen und durch die spätere Entwicklung verfestigten Transformationen des Wirtschaftssystems im Sinne der Einführung des sowjetischen Modells.

Angesichts des Fortbestehens eines umfassenden Bewirtschaftungssystems, in dessen Mittelpunkt mit dem Volkswirtschaftsplan ein Mengenplan stand, hatte die Geld- und Währungspolitik, ja die Finanzpolitik insgesamt, einen viel geringeren Stellenwert als in der Bundesrepublik. Sie war nichts weiter als ein Residuum der Wirtschaftspolitik, letztlich des Planungsprozesses. Ihre Hauptaufgabe bestand also in der Sicherstellung der dem Mengenplan korrespondierenden Finanzströme. Hinzu kamen weitere gravierende Unterschiede: der hohe Sozialisierungsgrad, der weitgehende Verlust der Eigenständigkeit aller unteren und mittleren Finanzebenen, die starke Zentralisierung von wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen, der direktere Zugriff des Staates auf das gesamte Kreditsystem, schließlich das Fehlen unabhängiger Gremien, die über die Geldmengenentwicklung wachen konnten. Darüber hinaus erwies sich die politische Elite als nicht lernfähig. Hinweise von Fachleuten auf bedenkliche wirtschaftliche Entwicklungen führten zu keinen oder nur zu unzureichenden Kurskorrekturen. Kritische Meinungen von Fachleuten in den Verwaltungen wurden solange mit offenen oder versteckten Repressionen beantwortet, bis sie fast ganz unterblieben.

Damit bestätigt diese Untersuchung, daß mit einer Währungsreform kaum mehr erreicht werden kann als die Abwicklung technischer Probleme, obwohl es dabei durchaus unterschiedliche Qualitätsstandards gibt. Erst im Kontext der Gesamtheit von ordnungs-, wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen wird über Erfolg bzw. Mißerfolg einer Währung entschieden.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KARL CHRISTIAN FÜHRER

ANSPRUCH UND REALITÄT

Das Scheitern der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik 1933–1945

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum stellte während der ganzen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft ein zentrales soziales Problem dar. Der besondere politische Stellenwert der unausgeglichenen Lage auf dem Wohnungsmarkt ergab sich aus zwei Faktoren: Zum einen vermerkten Experten und Bevölkerung trotz durchaus ansehnlicher Wohnungsbauleistungen seit 1933 eine stetige Verschlechterung der Situation; zum anderen konterkarierten die Engpässe bei der Wohnraumversorgung die Erfolge des NS-Regimes auf dem Feld der Bevölkerungspolitik, dem nach den Prämissen der nationalsozialistischen Ideologie überragende Bedeutung für die Zukunft der Nation zukam. Dieser Widerspruch, den viele Deutsche am eigenen Leib erfuhren, drohte populäre Maßnahmen – wie die Ehestandsdarlehen – zu diskreditieren und die gerade durch solche individuell „zukunftssichernden" Angebote legitimierte Herrschaft der NSDAP zu untergraben.

Die bisherige Forschung hat die zentrale Bedeutung, die dem Problem des Wohnungsmangels in der Sozialgeschichte des nationalsozialistischen Deutschland zukommt, kaum angemessen gewürdigt. Meist müssen einige kurze Bemerkungen oder pauschale Angaben über die Zahl fehlender Wohnungen zur Beschreibung des Phänomens genügen[1]. Demgegenüber soll im vorliegenden Beitrag zum einen versucht werden, die Wohnungsmarktengpässe genauer zu beschreiben; zum anderen soll deutlich werden, daß der Wohnungsmangel kein zufälliger Begleiter der NS-

[1] Vgl. etwa Adelheid von Saldern, Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1995, S. 196; Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986, S. 481; Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, 3. überarb. u. erw. Aufl. München 1987, S. 47. Auch in Lokalstudien wird der Wohnungsmangel zwar thematisiert, nicht aber in seinen Ursachen und in seiner Bedeutung umfassend gewürdigt. Vgl. z. B. Walter Nachtmann, Karl Strölin. Stuttgarter Oberbürgermeister im „Führerstaat", Tübingen/Stuttgart 1995, S. 218–222. Ohne Erwähnung des Problems (abgesehen von Ausführungen über die Folgen des alliierten Bombenkrieges) Karlheinz Weißmann, Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945, Berlin 1995; Bernd Jürgen Wendt, Deutschland 1933–1945. Das „Dritte Reich". Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995; Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt a. M. 1996.

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diktatur war. Die Probleme bei der Wohnraumversorgung standen paradoxerweise direkt mit den wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Erfolgen der Hitler-Regierung in Verbindung; zugleich aber hätte ein entschlossener Kampf gegen die zunehmende Wohnungsnot grundlegend neue ökonomische und politische Weichenstellungen erfordert. Das Scheitern des NS-Regimes im Bereich der Wohnungspolitik ergab sich zwingend aus seinen Grundstrukturen und zentralen Absichten. Auch deshalb drohte der Wohnungsmangel die Herrschaft der Partei stets unmittelbar zu delegitimieren. Die enge Verflochtenheit des Problems sowohl mit den ökonomischen Erfolgen des Regimes als auch mit seinen Grundstrukturen macht es möglich, anhand dieses Teilaspektes der Innenpolitik auch grundlegende Fragen nach dem Wesen der nationalsozialistischen Herrschaft und nach der Stellung der NS-Diktatur im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung zu diskutieren. Der vorliegende Text versteht sich daher auch als ein Beitrag zu diesen geschichtswissenschaftlichen Debatten.

Die Untersuchung setzt mit einer Beschreibung des Wohnungsmarktes im Jahr 1933 ein. Sie skizziert dann die Verschärfung der Situation und fragt, welche Auswirkungen dies auf die „Volksstimmung", auf Konsens und Dissens in der verordneten nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft" hatte. Sodann wird die Frage behandelt, warum die Abhilfeversuche der politisch Verantwortlichen scheiterten und scheitern mußten. Anschließend wird die weitere Zuspitzung der Wohnungsmarktprobleme in den Kriegsjahren erörtert. Am Schluß stehen Überlegungen darüber, welche Bedeutung die vorgetragenen Ergebnisse für die grundlegende geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung über modernisierende Effekte des Nationalsozialismus haben.

I.

Der deutsche Wohnungsmarkt des Jahres 1933 läßt sich vergleichsweise gut beschreiben, weil mit der Volkszählung vom 16. Juni des Jahres zumindest in allen Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern eine Feststellung der Zahl der leerstehenden Wohnungen verbunden war. Das war zwar bei weitem kein Ersatz für eine neue umfassende Reichswohnungszählung (die letzte Erhebung dieser Art hatte im Mai 1927 stattgefunden); immerhin aber verfügten die Wohnungspolitiker damit doch wenigstens über einige präzise Angaben, die Auskunft über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei Wohnraum geben konnten. Für die nachfolgenden Jahre sollte das nicht mehr gelten.

Die Statistiker ermittelten am genannten Stichtag 112990 unbenutzte Wohnungen. Das entsprach 1,3 Prozent der in den erfaßten Gemeinden vorhandenen Unterkünfte. Exakt ein Drittel der leeren Wohnungen entfiel auf größere Unterkünfte mit fünf und mehr Zimmern (inklusive Küche), weitere 23,7 Prozent waren Wohnungen mit vier Räumen. 38 Prozent gehörten zu den am Markt am stärksten nachgefragten Unterkünften mit zwei bis drei Zimmern, 4,9 Prozent der Leerwohnungen wiesen nur

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einen Raum auf[2]. Auf der Basis dieser Ergebnisse ließ sich die Zahl der freien Unterkünfte im ganzen Reich auf rund 170000 schätzen. Bezogen auf die seit der Reichswohnungszählung von 1927 fortgeschriebene Menge aller Wohnungen war das eine Reserve von 1,04 Prozent[3].

Die Verteilung der Leerwohnungen auf die verschiedenen Ortsgrößenklassen und Wohnungskategorien läßt sich nur für Preußen angeben (für die anderen Länder sind mit Ausnahme des Stadtstaates Hamburg keine entsprechenden Ergebnisse greifbar). Die Marktlage fiel im Gesamtdurchschnitt danach in Klein-, Mittel- und Großstädten weitgehend gleich aus: Die jeweiligen Wohnraumreserven – 1,3 Prozent in Gemeinden mit 10–50000 Einwohnern, 1,0 Prozent in mittelgroßen Kommunen und 1,4 Prozent in Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern (ohne Berlin) – wichen nur unwesentlich voneinander ab. In den beiden unteren Ortsgrößenklassen gab es auch keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Leerstandsziffern der einzelnen Wohnungskategorien: Der Anteil freier Räume fiel bei Kleinwohnungen kaum anders aus als bei hochherrschaftlichen Unterkünften. In den Großstädten – ohne Berlin – war das etwas anders: Hier zählten die Statistiker unter den großen und sehr großen Wohnungen deutlich mehr Leerstände (1,8 Prozent bei Wohnungen mit vier bis sechs Räumen, 2,1 Prozent bei noch größeren Unterkünften) als bei Kleinwohnungen mit ein bis drei Räumen (1,2 Prozent). In der Reichshauptstadt mit ihrem umfangreichen Bestand an sehr großen Vorkriegswohnungen fiel das Ergebnis in dieser Hinsicht noch eindeutiger aus: Hier waren 6,3 Prozent der Wohnungen mit sieben und mehr Zimmern ohne Mieter, während die Leerstandsziffer bei den Kleinwohnungen nur bei 1,4 Prozent lag. Im Gesamtdurchschnitt standen in Berlin 2,2 Prozent der Wohnungen leer[4]. Aus Hamburg ist ein ähnliches Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Marktsegmenten dokumentiert[5].

Was sagten die angeführten Zahlen nun über die Qualität des Wohnungsmarktes im Sommer 1933 aus? Bei oberflächlicher Betrachtung hatte sich die Marktlage seit der Reichswohnungszählung von 1927 eindeutig zugunsten der Mieter und Wohnungslosen verändert. Seinerzeit hatten die Statistiker in allen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern nur 33124 freie Wohnungen ermittelt (0,38 Prozent des vor-

[2] Vgl. Bruno Schwan, Wohnungswesen und Wohnungspolitik in Deutschland seit Januar 1933, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik III.F. Bd. 140 (1934), S. 460–484, hier S. 467.

[3] Vgl. H. Wolff, Wohnungszahlen und Wohnungspolitik, in: Deutsches Wohnungs-Archiv 8 (1933), Sp. 549–552, hier Sp. 550.

[4] Vgl. Hans Kruschwitz, Wohnungsmarkt und Wohnungsbedarf, in: Wörterbuch der Wohnungs- und Siedlungswirtschaft. Unter Förderung durch den Staatssekretär im Reichs- und preußischen Arbeitsministerium, Johannes Krohn, hrsg. von Alfred Enskat u.a., Gesamtleitung Bruno Schwan, Stuttgart/Berlin 1938, S. 1237–1244, hier S. 1239.

[5] In der Hansestadt standen am Stichtag 1,6% der Wohnungen mit ein bis drei Wohnräumen (inkl. Küche) leer, während dieser Anteil bei den Unterkünften mit vier bis sechs Räumen 2,2%, bei den noch größeren Wohnungen aber 8,1% betrug. Die Durchschnittszahl für den gesamten Hamburger Wohnungsbestand lautete 2,3 Prozent. Berechnet nach: Aufstellung d. Statistischen Landesamtes Hamburg ü.d. leerstehenden Wohnungen im Jahr 1933, o.D., in: Staatsarchiv (künftig: StA) Hamburg, Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit, II 18.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handenen Wohnungsbestandes)[6]. Daß diese Zahl einen Zustand umfassenden Wohnungsmangels bezeichnete, ließ sich vernünftigerweise nicht leugnen. Wie aber war die deutlich größer ausfallende Wohnraumreserve des Jahres 1933 zu bewerten? Zeitgenössische sozialpolitische Experten und Wohnungspolitiker hielten eine Leerstandsziffer von ein bis zwei Prozent für ausreichend, um von einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt zu sprechen[7]. Diese Marge war – anders als sechs Jahre zuvor – in allen Ortsgrößenklassen und Wohnungskategorien erreicht; bei den Großwohnungen wurde sie z. T. sogar deutlich überschritten.

Dennoch verbietet es sich bei genauerer Analyse, von einem Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage am Stichtag zu sprechen. Zahlreiche der als unbenutzt registrierten Wohnungen standen leer, weil sie baufällig und unbewohnbar oder zwar vermietet, aber noch nicht bezogen waren[8]. Der Anteil dieser für Wohnungsuchende praktisch gar nicht verfügbaren Unterkünfte an dem gesamten Bestand an freien Wohnungen läßt sich nicht angeben – bei der Erhebung von 1927 hatte er nicht weniger als 43 Prozent betragen[9]. Bei den unbenutzten Kleinwohnungen war der Anteil unbrauchbarer Unterkünfte wohl besonders hoch. Der Direktor des Berliner Zentralwohnungsamtes jedenfalls hatte Anfang 1933 – kurz vor der Volkszählung – erklärt, nach seiner Kenntnis lägen die meisten der in der Stadt als frei angebotenen Wohnungen mit bis zu zwei Zimmern in den ältesten Häusern der Stadt. Sie könnten „zum größten Teil infolge ihres baulichen Zustandes als ‚Wohnungen' überhaupt nicht mehr bezeichnet werden"[10]. In Hamburg hielten die Behörden rund 1500 der am Stichtag der Volkszählung ermittelten Leerwohnungen für unbewohnbar. Die Zahl der verfügbaren Kleinwohnungen reduzierte sich daher in der Hansestadt von 4500 auf nur noch 3000[11].

Zudem erfaßte die Statistik auch eine – ebenfalls nicht genau zu beziffernde – Menge von freien Wohnungen, die nur zusammen mit einem Gewerberaum gemietet

---

[6] Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 362/I, Berlin 1930, S. 56. Zu den Problemen der Wohnungsmarktbeschreibung und -bewertung vgl. Karl Seutemann, Die gemeindliche Wohnungsstatistik unter neuem Blick, in: Beiträge zur deutschen Statistik. Festgabe für Franz Zizek zur 60. Wiederkehr seines Geburtstages, dargebracht v. Adolf Blind u. a., hrsg. von Paul Flaskämper/Adolf Blind, Leipzig 1936, S. 226–239; Klaus Richter, Kritischer Überblick über die aktuellen wohnungswirtschaftlichen Prognosen in der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Göttingen 1985, bes. S. 66–70.

[7] Vgl. Martin Pfannschmidt, Die örtliche und zeitliche Bemessung des Wohnungsbedarfs, in: Beiträge zur städtischen Wohn- und Siedelwirtschaft, hrsg. von Waldemar Zimmermann, 3 Teile, 2. Teil: Deutschland. Die besonderen Probleme, München/Leipzig 1930, S. 385–422, hier S. 388; Tagungsbericht über die Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft für gemeindliche Statistik in Würzburg, Braunschweig 1938, S. 92.

[8] Vgl. Kruschwitz, Wohnungsmarkt, S. 1239 f.

[9] Die Zahl der wirklich verfügbaren Wohnungen hatte sich dadurch auf 18 967 (0,22 % des Wohnungsbestandes) reduziert. Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 362/I, Berlin 1930, S. 56.

[10] K. Wild, Gibt es in Berlin keine Wohnungsnot mehr?, in: Mieter-Zeitung für Bremen, Bremerhaven, Wesermünde und Umgebung 12 (1933), Nr. 2.

[11] Denkschrift d. Statistischen Landesamts Hamburg ü. d. Wohnungsbedarf, 17. 9. 1934, in: StA Hamburg, Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit, II 18.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden konnten. In Berlin etwa gehörten fast zehn Prozent der leeren Räume nicht zu den „reinen" Wohnungen[12]. Die oben angeführten Leerstandsziffern bezeichneten daher keineswegs den Umfang des für das normale Marktgeschehen wirklich relevanten Raumangebotes.

Diese Tatsache wird noch bedeutsamer, wenn auch die Nachfrageseite berücksichtigt wird. An wohnungslosen Haushalten herrschte im Sommer 1933 in Deutschland kein Mangel. Aus dem Vergleich der im ganzen Reich ermittelten Haushaltszahl (17,73 Milionen) mit der fortgeschriebenen Menge der vorhandenen Wohnungen läßt sich folgern, daß 1,155 Millionen Haushalte nicht in einer eigenen Unterkunft, sondern zur Untermiete oder in Notunterkünften lebten. Diese Gruppe der Wohnungslosen verteilte sich sehr ungleich auf die verschiedenen Ortsgrößenklassen und auf die Regionen des Reichs.

In den Kleinstädten mit bis zu 10000 Einwohnern fiel der Fehlbestand am geringsten aus. Hier gab es 4,6 Prozent mehr Haushalte als Wohnungen, während der Satz in den Großstädten bei 7,7 Prozent und in den Mittelstädten bei 9,3 Prozent lag. Die etwas günstigere Situation der Metropolen wird wohl eine Folge der krisenbedingten Abwanderung aus den Großstädten mit ihren hohen Lebenshaltungskosten gewesen sein. Auch die Konzentration des Wohnungsbaus auf diese Orte, die das Neubauwesen der Weimarer Republik gekennzeichnet hatte, wirkte sich hierin aus. Im regionalen Vergleich ergaben sich starke Unterschiede. Während in Westfalen, im Rheinland und in Sachsen mehr als zehn Prozent der Haushalte ohne eigene Wohnung waren, sank dieser Wert in einigen rein ländlichen Gebieten bis auf Null, teilweise ergab sich sogar ein rechnerischer Wohnungsüberschuß. Neben östlichen Regierungsbezirken (Allenstein, Köslin, Posen) und dem westlichen Bezirk Osnabrück wiesen außerhalb Preußens auch verschiedene bayerische, badische und württembergische Kreise oder Bezirke solche günstigen Zahlen auf (Niederbayern-Oberpfalz, Jagst- und Donau-Kreis, Konstanz)[13].

Unabhängig von dieser regionalen Verteilung des Fehlbestandes aber kennzeichnet der Vergleich zwischen der Zahl der leerstehenden Wohnungen und der der 1,155 Millionen wohnungslosen Haushalte die Marktsituation der Krisenjahre: Offensichtlich waren die unversorgten Haushalte nicht kaufkräftig genug, um die vorhandenen Leerwohnungen anzumieten. Zugleich aber wäre es völlig falsch, davon zu sprechen, die Nachfrage nach Wohnraum sei weitgehend verschwunden gewesen. Ganz im Gegenteil läßt sich zumindest für die größeren Städte von zahlreichen Wohnungsuchenden ausgehen: Diese Nachfrage ging jedoch vornehmlich von Mietern aus, die bereits über eigene Räume verfügten. In Anpassung an die stark sinkenden Einkommen suchten zahlreiche Familien eine billigere Unterkunft. Die Hamburger Wohlfahrtsbehörde hatte im Oktober 1932 berichtet, gegenwärtig „sei ein jeder be-

[12] Berliner Leerraum, in: Berliner Wirtschaftsberichte 10 (1933), S. 179–183, hier S. 179. Diese Angabe bezieht sich auf den Oktober 1932, läßt sich aber wohl auf das nachfolgende Jahr übertragen.

[13] Vgl. Walter Fey, Leistungen und Aufgaben im deutschen Wohnungs- und Siedlungsbau, Berlin 1936, S. 41ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

strebt, sich in die billigste, für seine Familie gerade noch ausreichende Wohnung zu setzen"[14]. Dieser Trend zur Abwanderung in kleinere und preiswertere Räume setzte sich auch 1933 noch fort. Eine auf den Bau von Kleinwohnungen spezialisierte Berliner Aktiengesellschaft berichtete Anfang des Jahres, ihr lägen 4000 Bewerbungen um eine freie Wohnung vor, obwohl sie im Jahr nur rund 1000 Unterkünfte anbieten könne[15]. Im September 1933 klagte der Magistrat von Potsdam über einen empfindlichen Mangel an Zwei-Zimmerwohnungen[16].

Die Wohnungsmarktlage, die das NS-Regime bei seinem Machtantritt vorfand, läßt sich mithin als uneinheitlich und widersprüchlich bezeichnen. Die ökonomische Krise der vorangegangenen Jahre hatte zwar die Zahl leerstehender Wohnungen gegenüber 1927 ansteigen lassen; ein eindeutiges Wohnraum-Überangebot aber bestand nur in dem kleinen und speziellen Marktsegment der großstädtischen hochherrschaftlichen Unterkünfte. In allen anderen Wohnungskategorien fiel die vorhandene Raumreserve – berücksichtigt man den epochalen Charakter des wirtschaftlichen Einbruchs nach 1929 – nicht allzu groß aus; für preiswerte Kleinwohnungen vertretbarer Qualität bestand in den größeren Kommunen offenbar sogar ein umfangreicher nicht befriedigter Bedarf. Dies war ebenso unmittelbar ein Reflex der sozialen Not der Zeit wie die große Zahl der wohnungslosen Haushalte, von denen die meisten aber offenbar – wiederum krisenbedingt – keine Nachfrage nach abgeschlossenem Wohnraum ausübten. Bei Betrachtung dieser Lage brauchte es keine Prophetengabe, um vorherzusagen, daß eine Besserung der ökonomischen Situation rasch zu einer Verschärfung der Wohnungsmarktlage führen werde. Dies galt zumal für die Regionen, in denen besonders viele Haushalte ohne eigene Wohnung lebten und für die kleineren und mittelgroßen Städte, in denen die verfügbare Raumreserve deutlich geringer ausfiel als in den Metropolen.

II.

Das „Wirtschaftswunder" der ersten Jahre der NS-Herrschaft blieb selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Ausgerechnet der größte innenpolitische Erfolg der Diktatur gebar das wichtigste soziale Problem in Deutschland nach 1933. Ausschlaggebend hierfür war das Emporschnellen der Heiratszahlen, deren Anstieg das wachsende Vertrauen Hunderttausender Deutscher – gefördert

[14] Niederschrift ü.d. Sitzung, 12.10.1932, in: StA Hamburg, Wohnungsamt, I/46. Vgl. auch M. Fuchs, Wohnungswirtschaft, in: Der Städtetag 26 (1932), S. 383–389, hier S. 385.

[15] Vgl. Günther Wellershaus, Groß-Siedlung Spandau-Haselhorst, in: Die Wohnung 8 (1933/34), S. 59–66, hier S. 66.

[16] Mag. Potsdam an RegPräs Potsdam, 27.9.1933, in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A Reg. Potsdam I S. 580. Auch noch Ende 1934 wurde in Bayern über Abwanderungen aus größeren Wohnungen berichtet, die den Engpaß bei den Kleinwohnungen verschärften; Vermerk ü.d. Besprechung im Bayerischen Wirtschaftsministerium, 27.12.1934, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), MWi 3152.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch durch die staatlichen Ehestandsdarlehen – in ihre persönliche Zukunft zum Ausdruck brachte. Zwar traten aus ökonomischen Gründen bei weitem nicht alle jungen Ehepaare unmittelbar als Nachfragende auf dem Wohnungsmarkt auf; die Zahl der frischverheirateten Wohnungsuchenden war aber dennoch groß genug, um das Marktgeschehen entscheidend zu prägen. Hinzu kamen noch zahlreiche Familien aus der großen Gruppe der wohnungslosen Haushalte, die wieder in eine abgeschlossene Unterkunft zurückdrängten, nachdem die Arbeitslosigkeit des Familienoberhauptes ihr Ende gefunden hatte. Die Verschärfung der Wohnungsmarktlage machte sich in den Anfangsjahren der NS-Diktatur aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage allerdings regional durchaus unterschiedlich bemerkbar.

In kleinen und mittelgroßen Kommunen verschlechterte sich die Situation offenbar wesentlich rascher als in den Metropolen. Die bayerische Regierung klagte im Sommer 1934 über einen „erschreckenden Tiefstand" der Leerwohnungsziffern zumal in kleineren Städten: In 35 Gemeinden mit 5000 bis 10000 Einwohnern und 14 Kommunen mit mehr als 10000 Bürgern gebe es überhaupt keine freien Kleinwohnungen mehr. Andere Länder berichteten von vergleichbaren Verhältnissen[17]. Schon kurz darauf lösten diese Wohnungsmarktverhältnisse eine politische Reaktion aus. Carl Goerdeler, der kurzfristig amtierende Reichskommissar für die Preisüberwachung, erließ am 27. November 1934 eine Verordnung, die es möglich machte, in einzelnen Städten mit besonders drängendem Wohnungsmangel eine Art Mietenstop zu erlassen. Die von den obersten Landesbehörden umzusetzende Regelung erlangte bezeichnenderweise vornehmlich in mittelgroßen und kleineren Gemeinden praktische Bedeutung: Dazu gehörten Dessau, Köthen, Zerbst, Wolffenbüttel, Holzminden, Blankenburg, Ludwigslust, Schwerin sowie Rostock als knapp unter der Grenze zur Großstadt (100000 Einwohner) liegende Kommune. Nur zwei Großstädte – Kiel und Braunschweig – standen auf der Liste der Brennpunkte des Wohnungsbedarfs[18].

Seit 1935/36 breitete sich der Wohnungsmangel mehr und mehr flächendeckend aus. Ein Zusammenschluß verschiedener Hypothekenbanken vermerkte 1935 erfreut, dank der starken Nachfrage seien „leerstehende mittlere und kleinere Wohnungen an manchen Plätzen so gut wie gar nicht mehr vorhanden". Selbst größere Unterkünfte fänden zunehmend wieder Mieter[19]. Zumal in Kleinstädten tendierte die Wohnraum-

[17] Niederschrift ü. d. Reichswohnungskonferenz, 9./10. 7. 1934, in: Staatsarchiv (künftig StA) Bremen, 3-W.11 Nr. 226. Insgesamt existierten in Bayern 72 Gemeinden mit 5.–10000 Einwohnern und 44 Städte mit mehr als 10000 Bürgern (inkl. der Großstädte).

[18] Preisüberwachung und Mietpreisbildung, in: Deutsche Hausbesitzer-Zeitung 42 (1935), S. 309–312, hier S. 311. Zu den angeführten Städten kamen nur noch vier mecklenburgische Kleinstädte hinzu. Kiel wird in der oben angeführten Quelle nicht aufgeführt. Die Einbeziehung der Stadt ergibt sich aus dem Aktenbestand des LA Schleswig. Vgl. u. a. OB Kiel an OPräs Kiel, 4. 1. 1936, Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv (künftig: LA) Schleswig, Abt. 301 Nr. 4837. Hier wird der Wohnungsmangel in der Stadt rückblickend schon seit Herbst 1934 als „fast unerträglich" bezeichnet. Zu Goerdelers VO vgl. Karl Christian Führer, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995, S. 211 f.

[19] Geschäftsbericht der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken für das Geschäftsjahr 1935, o. O., o. J., S. 12.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reserve gegen Null. Ende 1936 registrierten die 27 bayerischen Kommunen mit 10000 bis 50000 Einwohnern, die eine Leerwohnungstatistik führten, zusammen noch 299 freie Unterkünfte (davon gehörten nur 132 zur besonders gesuchten Kategorie der Kleinwohnungen); ein Jahr später war diese Zahl auf 113 gesunken (davon waren 59 Unterkünfte mit ein bis drei Räumen). Ein Regierungsvertreter kommentierte diese Ziffern mit den Worten, sie seien so minimal, „daß von leerstehenden Wohnungen eigentlich überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann“[20].

Auch die Großstädte klagten nun über verstärkte Engpässe. In Hamburg berichteten die Behörden schon Anfang 1934, „daß die wenigen freiwerdenden Kleinwohnungen entweder sofort wieder ohne weiteres besetzt werden oder nur über die Wohnungsmakler durch Zahlung entsprechender Gebühren ausnahmsweise einmal den Wohnungsuchenden zugeführt werden“[21]. Der Münchener Oberbürgermeister Karl Fiehler warnte im Sommer 1935, der ständig zunehmende Mangel an preiswertem Wohnraum in der Stadt müsse „in kürzester Zeit zu einer Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt führen“[22]. In Augsburg registrierte die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) im gleichen Jahr erschrocken eine Flut von Bewerbungen um frisch fertiggestellte Unterkünfte für kinderreiche Haushalte. Um die 59 verfügbaren Wohnungen stritten sich 402 Familien, von denen 366 nach dem Urteil der NSV in so katastrophal schlechten Wohnverhältnissen lebten, daß ihnen unmittelbar hätte geholfen werden müssen[23].

Für Berlin liegt eine durchgehende Zahlenreihe vor, die exemplarisch das allmähliche Verschwinden der krisengeprägten Wohnungsmarktlage des Jahres 1933 beschreibt. Hatten hier am Stichtag der Volkszählung von 1933 von 30440 Unterkünfte (2,2 Prozent des Bestandes) leergestanden, so war diese Zahl im Oktober 1935 bereits auf 14846 (1,1 Prozent) gesunken. 1937 ging die Leerwohnungsziffer weiter auf 0,4 Prozent, 1938 auf 0,2 Prozent zurück. Zwischen den einzelnen Wohnungskategorien gab es nun – anders als 1933 – kaum noch Unterschiede: Selbst von den Großwohnungen waren nur noch 0,4 Prozent unbenutzt; lediglich die Ein-Zimmerwohnungen, von denen zahlreiche weder eine Kochgelegenheit noch einen Abort boten, wiesen mit 0,9 Prozent einen erhöhten Anteil von freien Unterkünften auf[24].

[20] Friedrich Gruber, Lage des Wohnungsmarktes in Bayern, in: Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern 36 (1938), S. 179–182, hier S. 181. Die Fortschreibung für 1938 in: Ders., Lage des Wohnungsmarktes in Bayern, in: Ebenda 37 (1939), S. 113–116, hier S. 114. In 21 berichtenden Gemeinden wurden nun nur noch 58 Leerwohnungen registriert (darunter 28 Kleinwohnungen).

[21] Hochbaudirektion Hamburg an Verwaltung f. Wirtschaft, Technik u. Arbeit, 19.2. 1934, in: StA Hamburg, Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit, II 18; vgl. auch Gesundheits- u. Fürsorgebehörde Hamburg an Staatsamt f. d. Innere Verwaltung, 16.7. und 19.9. 1935, in: StA Hamburg, Sozialbehörde I, A.F. 42.20 Bd. 1.

[22] OB München an Arbeitsamt München, 12.6. 1935, in: Stadtarchiv (künftig: StadtA) München, Wohnungsamt 80.

[23] NSV Augsburg an Stadtrat Augsburg, 18.4. 1935 (Abschrift), in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), NS 6/489.

[24] Zimmermann, Leerstehende Wohnungen in Berlin am 10. Oktober 1938, in: Berliner Wirtschaftsberichte 16 (1939), S. 63–66, hier S. 63; Findeisen, Ursachen des Leerwohnungsbestandes in Berlin, in: Die Wohnung 12 (1939), S. 119ff., hier S. 119f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch andere Großstädte, auf deren Wohnungsmarkt es 1933/34 noch ein Überangebot von Wohnraum gegeben hatte, berichteten schon wenige Jahre später über vollständig gewandelte Verhältnisse. Die Stuttgarter Behörden etwa, die 1934 wegen der geringen Wohnraumnachfrage noch stagnierende oder sinkende Mieten registriert hatten, ermittelten 1937 eine Leerstandsziffer von nur noch 0,5 Prozent und sprachen zumal für den Bereich der kleineren Unterkünfte von drängendem Wohnungsmangel[25].

Der besonders im Fall von Berlin frappierende Rückgang der Leerstände bei den teuren Großwohnungen (von 6,3 Prozent 1933 auf 0,4 Prozent 1938) ist wohl nur zum kleineren Teil auf die Wiederkehr einer besonders zahlungskräftigen Schicht von Wohnungsuchenden zurückzuführen. Vielmehr handelt es sich hierbei vor allem um das Ergebnis einer speziellen staatlichen Hilfsaktion für betroffene Hauswirte: Schon im Herbst 1932 hatte das Kabinett von Papen Gelder bereit gestellt, mit denen Umbau und Teilung unvermietbarer Großwohnungen gefördert wurden. Die Hitler-Regierung hatte dieses Programm Anfang 1933 – auch im Interesse der Arbeitsbeschaffung – erheblich ausgeweitet[26]. Zwischen 1933 und Ende 1936 verzeichnete die Wohnungsstatistik reichsweit den Zugang von knapp 270 000 Wohnungen, die durch Aufteilung von ehemals hochherrschaftlichen Unterkünften entstanden waren[27]. Zahlreiche Großwohnungen verschwanden also nicht direkt durch Anmietung, sondern durch Umwandlung in kleinere Wohnungen aus dem Reservoir der freien Unterkünfte.

Wie das Beispiel Berlin zeigt, wiesen die durch diese umfangreichen Eingriffe deutlich veränderten großstädtischen Wohnungsmärkte spätestens seit 1937/38 in allen Wohnungskategorien kaum noch nennenswerte Raumreserven auf. Lediglich in strukturschwachen, rein ländlichen Regionen bestand Mitte der dreißiger Jahre noch kein umfassender Wohnungsmangel. Bei einer 1935 durchgeführten Befragung aller Dorfgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern im Gau Kurmark, der die preußischen Provinzen Brandenburg und Grenzmark-Posen-Westpreußen umfaßte, meldeten 2111 von 2713 Dörfern keinen Wohnungsbedarf an. In 602 der erfaßten

[25] Stuttgarter Wohnungsfragen, in: Zeitschrift für Wohnungswesen 35 (1937), S. 146. Zur Mietenentwicklung in Stuttgart vgl. Vermietungs- und Mietzinsstatistik für das Jahr 1934 im Bereich des städtischen Wohnungsamtes Stuttgart, in: Gemeinde und Statistik 1935, S. 81 f. (Beilage zu: Der Gemeindetag 29, 1935).

[26] Vgl. dazu Helmut Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Bern/Frankfurt 1974, S. 204–209; Führer, Mieter, S. 215.

[27] Vgl. Helwig Stern, Die Bedeutung des Wohnungsbaues im ersten Vierjahresplan, Würzburg 1940, S. 18. Hinzu kamen noch 18 000 Wohnungen, die durch den Umbau von Geschäftsräumen entstanden waren. Zusammen machten diese Umbauwohnungen 26,7 % des Wohnungszuganges der Jahre 1933–1936 aus. In Berlin entfielen sogar 55,2 % des Wohnungszugangs auf Umbauwohnungen, in Hamburg 44,3 %; vgl. ebenda, S. 15. Ende 1937 wurde die öffentliche Förderung der Wohnungsteilungen eingestellt, nachdem schon 1935/36 nur noch sehr bescheidene Mittel zur Verfügung gestanden hatten. Vgl. den Erlaß vom 22. 11. 1937, abgedruckt in: Reichsarbeitsblatt (künftig: RABl.) N. F. 17 (1937), T. I, S. 321.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kleinen Gemeinden aber fehlten nach Meinung der Dorfvorsteher nicht weniger als 3908 Unterkünfte. Selbst diese dünnbesiedelte Region des Reiches war mithin keine wohnungspolitische Idylle[28].

Seit 1935 bemühten sich wohnungspolitische Experten zunehmend, ein Gesamtbild von den Wohnungsmarktverhältnissen in Deutschland zu gewinnen. Alle entsprechenden Versuche litten jedoch unter der grundlegenden Schwierigkeit, daß sie nur mit den fortgeschriebenen Ergebnissen der Wohnungszählung von 1927 und der Volkszählung von 1933 arbeiten konnten. Zwar wurde selbst öffentlich mehrfach gefordert, das Reich müsse eine neue, umfassende Wohnungsstatistik erstellen; entsprechende Schritte aber blieben aus[29]. Die dennoch unternommenen Berechnungen hatten zwangsläufig einen pauschalen und zunehmend auch spekulativen Charakter. 1935 etwa wurde die Zahl der nicht in einer eigenen abgeschlossenen Wohnung lebenden Haushalte sowohl auf eine Million als auch auf 1,5 Millionen geschätzt[30]. Das renommierte Institut für Konjunkturforschung ging hingegen von einem Fehlbedarf von 1,3 Millionen Unterkünften aus, meinte zugleich aber, dies sei für das Geschehen auf den Wohnungsmärkten nur ein theoretisch bedeutsamer Wert. Eine kaufkräftige Nachfrage nach Wohnraum gehe nur von rund 50 Prozent der wohnungslosen Haushalte aus[31].

Andere Autoren mochten sich mit dieser Unterscheidung nicht beruhigen. Ihre Berechnungen orientierten sich an einem wohnungspolitischen Idealzustand: Jeder eigenständige Haushalt sollte die Möglichkeit zur Anmietung einer abgeschlossenen Wohnung haben; überfüllte und baufällige Unterkünfte sollte es nicht geben. Anfang 1939 entstand auf dieser Basis die folgende Schätzung: Neben einem Fehlbestand von 1,5 Millionen Wohnungen für Haushalte ohne eigene Unterkunft gebe es im „Altreich" rund 900000 überfüllte und 400000 abbruchreife Wohnungen[32]. Das „Arbeitswissenschaftliche Institut" der DAF kam im gleichen Jahr zu etwas anderen

[28] Vgl. Hans Wagner, Wohnungssorgen der Kleinstadt, in: Siedlung und Wirtschaft 17 (1935), S. 21–24, hier S. 22.

[29] Vgl. etwa Friedrich Kaestner, Probleme und Begriffe der nächsten Reichswohnungszählung, in: Allgemeines Statistisches Archiv 26 (1936/37), S. 12–39; Dreydorff, Was muß von einer neuen Reichswohnungszählung erwartet werden?, in: Deutsches Wohnungs-Archiv 12 (1937), Sp. 6–14; Leonhard Achner, Wohnungstatistik, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Ehrengabe für Friedrich Zahn, hrsg. von Friedrich Burgdörfer, Berlin 1940, 2 Bde., Bd. 2, S. 1204–1215, hier S. 1211–1214.

[30] Vgl. Stoeckle, Struktur des Wohnungsbedarfs, in: Die Wohnung 10 (1935), S. 52 (der niedrigere Wert); Carl Goerdeler, Kleinsiedlung und Wohnungsbau als politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten, in: Der Deutsche Volkswirt 10 (1935/36), S. 1208 f.; Matthäus Dötsch, Die Baugenossenschaftsbewegung im Dritten Reich als Träger der praktischen Wohnungsreform, in: Zeitschrift für Wohnungswesen 33 (1935), S. 472–478, hier S. 478.

[31] Vgl. Fey, Leistungen, S. 48.

[32] Vgl. Max Brücklmeier, Bauwirtschaft und Wohnungswirtschaft, in: Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern 37 (1939), S. 27–30, hier S. 38; Friedrich Lütge, Wohnungswirtschaft. Eine systematische Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Wohnungswirtschaft, Jena 1940, S. 237.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zahlen: Die Menge der baufälligen Unterkünfte setzten die sozialplanerisch tätigen Experten der Arbeitsfront gleich hoch, die der wohnungslosen Haushalte niedriger an (1,3 Millionen). Zugleich aber verwarfen sie den bislang in der wohnungspolitischen Debatte allgemein akzeptierten „Überfüllungs"-Maßstab von zwei Personen je Wohnraum. Auf der Basis sehr anfechtbarer Schätzungen über die Verteilung der Haushalte auf die vorhandenen Wohnungen errechneten die DAF-Vordenker eine Zahl von 6,5 Millionen Wohnungen, die bei Anlegung des halbierten Maßstabes als „überfüllt" anzusehen seien. Für die bevölkerungs- und sozialpolitisch erforderliche Verbesserung der Wohnsituation dieser Haushalte forderte das Institut den Bau von 1,7 Millionen Unterkünften (die übrigen der errechneten Notfälle sollten durch Umschichtung im vorhandenen Wohnungsbestand beseitigt werden). Zusammen mit den anderen Zahlen ergab sich somit ein akuter Fehlbedarf von 3,4 Millionen Wohnungen[33].

Der Vergleich der angeführten Zahlen macht deren Fragwürdigkeit deutlich. Jede ist von unterschiedlichen sozialen Grundeinstellungen und auch von politischen Strategien geprägt. Dies gilt zumal für die Angaben der Arbeitsfront, die in den letzten Jahren vor Kriegsbeginn deutlich bemüht war, die Lage auf dem deutschen Wohnungsmarkt noch schwärzer zu malen, als sie es offensichtlich ohnehin schon war. Diese hochgreifenden Schätzungen waren Teil des Machtkampfes zwischen dem Reichsarbeitsministerium und DAF-„Führer" Robert Ley, der dem Ministerium die wohnungspolitischen Kompetenzen streitig machte[34].

Besser als mit diesen problematischen, fälschlich Präzision vorspiegelnden Zahlen läßt sich der tatsächliche Zustand der Wohnungsmärkte in den späten Friedensjahren der NS-Zeit mit konkreten Berichten über die Verhältnisse beschreiben, die bei der Neuvermietung von Wohnungen herrschten. Schon 1935/36 meinten Beobachter, die Wohnungsuchenden würden einen regelrechten „Kampf um Wohnraum" ausfechten[35]. Berliner Behörden sprachen von einem „Wettlauf" oder „Rennen" der Interessenten; Genossenschaften freuten sich über eine „geradezu ungestüme Nachfrage" speziell für Zwei-Zimmerwohnungen; aus Bremen wurde berichtet, Wohnungsuchende müßten bei Bewerbungen um freie Räume „in unwürdiger Weise vor den Häusern Schlange stehen"[36]. Das Hamburger Wohnungspflegeamt registrierte 1935,

[33] Jahrbuch 1939, hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin, 2 Bde, Berlin 1940, Bd. 1, S. 352–359 (Reprint-Ausgabe u. d. Titel: Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront, hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, bearb. u. eingeleitet v. Michael Hepp u. Karl-Heinz Roth, Teil A und B, München usw. 1987, Teil A, Bd. 4/I).

[34] Vgl. Führer, Mieter, S. 239–250.

[35] Stoeckle, Wohnungsnot und Wohnungsnachweis, in: Die nationalsozialistische Gemeinde 3 (1935), S. 585. Vgl. auch Johannes Herrmann, Mieten und Einkommen, in: Bauen, Siedeln, Wohnen 16 (1936), S. 119.

[36] In der Reihenfolge der Zitate: Staatskommissar Berlin an Parteikanzlei, 17.11. 1936, in: BAK, NS 6/275; Ein genossenschaftlicher Geschäftsbericht, in: Zeitschrift für Wohnungswesen 35 (1937), S. 226–229, hier S. 229; NSDAP Kreis Bremen an den Bremer Senator für die Innere Verwaltung, 12.11. 1936, in: StA Bremen, 4, 29/1-738. Über schlangestehende Wohnungsuchende

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß „selbst sehr schlechte Wohnungen" in den überalterten innerstädtischen Vierteln „nach ihrem Freiwerden sofort wieder bezogen" wurden[37]. Überhaupt hinderte der Wohnungsmangel die Behörden an Maßnahmen, die zur Gesundung des Wohnungswesens nötig gewesen wären. Am Beispiel Hamburgs läßt sich das besonders eindringlich zeigen: Das Wohnungspflegeamt der Stadt wußte von der Existenz von 3260 vermieteten Wohnungen, die so minderwertig waren, daß die Behörde sie im Interesse der akut gesundheitsgefährdeten Bewohner unmittelbar hätte für unbewohnbar erklären müssen. Das Fehlen von Ersatzräumen aber machte jeden Vorstoß in dieser Sache illusorisch. Selbst von den 1761 Wohnungen, die das Amt tatsächlich als untragbar eingestuft hatte, war rund die Hälfte mit stillschweigender amtlicher Duldung weiterhin bewohnt[38].

Auch bei Neubauwohnungen spielten qualitative Gesichtspunkte für die Wohnungsuchenden kaum eine Rolle. So stark war der Drang nach Wohnraum, daß Neubaumieter, ohne zu klagen, bei voller Mietzahlung „in noch vollkommen nasse, aber fertiggestellte Wohnungen" einzogen[39]. In Frankfurt a. M. bewarben sich 1938 fast 1000 Familien um 102 Neubauwohnungen, obwohl der Bauherr keinerlei Werbung betrieben hatte[40]. Ähnliches wurde aus dem benachbarten Offenbach berichtet: Die „Erscheinung eines im Rohbau befindlichen Hauses allein genügt, um Wohnungsuchende zur Abgabe einer Offerte für die zukünftige Wohnung zu veranlassen." Enervierte Hauswirte klagten, leerstehende Räume führten trotz eines ausgehängten Schildes mit den Worten „Wohnung ist bereits vermietet" oft über Tage hin noch zu persönlichen Vorstellungen und Nachfragen von Wohnungsuchenden[41]. Auf nur sieben Chiffre-Anzeigen hin erhielt der Wohnungsnachweis des Offenbacher Mieterschutzvereins in den Jahren 1937/38 nicht weniger als 371 Bewerbungsschreiben. Zumal der Inhalt dieser Briefe bringt die Qualität des lokalen Wohnungsmarktes auf den Punkt: „Es ist kaum zu glauben, wie sich die Wohnungsuchenden überbieten im Bestreben, die (noch anonyme) Wohnung zu erlangen." Alle Bewerber machten dem unbekannten Vermieter direkt oder indirekt finanzielle Angebote. Sie versprachen eine Geldprämie für den Abschluß des Mietvertrages; sie wollten die Kosten der in der Wohnung anfallender Reparaturen selbst tragen oder versprachen, die Räume auch unrenoviert zu übernehmen, um sie eigenhändig herzurichten. Hinzu kamen Selbstanpreisungen der Absender als ideale – d. h. ruhige, solide und vor allem kinderlose – Mieter[42].

---

vor freien Unterkünften vgl. auch Hochbaudirektion Hamburg an Hamburger Finanzverwaltung, 1. 11. 1934, in: StA Hamburg, Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit, II 18.

[37] Bericht ü. d. Tätigkeit d. Wohnungspflegeamtes Hamburg im Jahre 1935, o. D., in: Ebenda.

[38] Denkschrift d. Wohnungspflegeamts Hamburg ü. minderwertige Wohnungen in Hamburg, 11. 6. 1934, in: Ebenda.

[39] Stimmungsbericht d. NSDAP-Ortsgruppe Berlin-Zehlendorf, 20. 5. 1937, in: BAK, NS 6/275.

[40] H. Schönbein, Der Wohnungsbau der Stadt Frankfurt/Main vor und nach 1933, in: Siedlung und Wirtschaft 20 (1938), S. 495–498, hier S. 498.

[41] Guido Senzig, Struktur und Probleme des Offenbacher Wohnungsmarktes, Offenbach 1940, S. 248 u. 252.

[42] Ebenda, S. 259 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hierbei handelte es sich keineswegs um isolierte Mißstände. Die Gauleitung Magdeburg-Anhalt berichtete 1938, der Wohnungsmangel habe „in den letzten Jahren ungeheure Mietsteigerungen mit sich gebracht". Die Wohnungsuchenden zahlten, „um nur eine Wohnung finden zu können, jeden Mietpreis"[43]. Hinzu kamen hohe Kautionen, „Mieterdarlehen" oder die Übernahme von Zahlungsrückständen und Instandsetzungskosten. Auch Mieter zogen ihren Vorteil aus den Wohnungsmarktengpässen: Die Überlassung einer Wohnung an den Nachmieter gegen Zahlung eines hohen „Abstandes" für meist wertlose oder ganz fiktive Einbauten oder für zurückgelassene Einrichtungsgegenstände griff immer weiter um sich[44].

Zwar bediente sich das NS-Regime bei der öffentlichen Darstellung seiner Wohnungspolitik intensiv aller verfügbaren propagandistischen Mittel. Die aufwendige Inszenierung von Richtfesten bei größeren Siedlungsprojekten – in ihrer Wirkung verstärkt durch den Einsatz von Presse, Rundfunk und Wochenschau –, die starke Betonung der seit der Machtübernahme der NSDAP ständig gewachsenen Bauleistung, die groß herausgestrichene Ankündigung noch kommender Bauprojekte – all dies sollte bei den „Volksgenossen" Optimismus verbreiten und von der realen Lage ablenken[45]. Nach den Berichten von unteren Parteidienststellen und von Behörden mit direktem Kontakt zur Bevölkerung aber blieb der Erfolg dieser Bemühungen bemerkenswert gering. Die sorgsam beobachtete „Volksstimmung" reagierte sehr sensibel auf die Mißstände auf dem Wohnungsmarkt, die spätestens 1936 ein solches Ausmaß angenommen hatten, daß auch noch so geschickte Propagandabemühungen deren Existenz nicht mehr verschleiern konnten.

Die Bremer Gestapo etwa berichtete im Mai 1937: „So kann es der Arbeiter nicht verstehen, dass von Seiten des Staates und der Partei für eine Vermehrung der Eheschliessungen und Förderung der Geburten Propaganda gemacht wird, während es auf der anderen Seite nicht möglich ist, den dadurch erhöhten Bedarf an Wohnraum

---

[43] Gauleitung Magdeburg-Anhalt an Parteikanzlei, 14.10.1938, in: BAK, NS 6/275. Zu Klagen über steigende Mieten bei Neuvermietungen vgl. auch Bericht d. Gauleitung Pommern, Sept. 1935, in: BAK, NS 6/270; Gestapo Hannover meldet... Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937, bearb. u. eingeleitet von Klaus Mlynek, Hildesheim 1986, S. 365.

[44] Vgl. Niederschrift ü. d. Besprechung im Reichsarbeitsministerium (künftig: RAM) ü. Maßnahmen gegen Mißstände auf dem Wohnungsmarkt, 16.6.1936, in: Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorenen Bestandes, bearb. von Helmut Heiber u. Peter Longerich, 2 Teile, München usw. 1983/1992, Teil II, Bl. 2460–2464 (Fiche Nr. 6); W. Gebhardt, Mehr Nationalsozialismus im Wohnungswesen, in: Bauen, Siedeln, Wohnen 15 (1935), S. 434.

[45] Vgl. Dem gesunden Nachwuchs das gesunde Heim!, in: Das Grundeigentum 52 (1933), S. 1041–1042; Jährlich 400000 Wohnungen bauen, in: Die Bauwelt 27 (1936), S. 228; Robert Ley, Was hat die Partei mit Wohnungsfragen zu tun?, in: Bauen, Siedeln, Wohnen 18 (1938), S. 563–564; Jährlich 30000 neue Wohnungen in Berlin, in: Das Grundeigentum 58 (1939), S. 86–87; Der bayerische Staatsminister der Finanzen und für Wirtschaft, Ministerpräsident Siebert, über nationalsozialistische Wohnungspolitik im Lande Bayern, in: Zeitschrift für Wohnungswesen 38 (1940), S. 143–148.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu befriedigen."[46] Kurz vorher hatte der Kreiswohnungsreferent der Gauleitung Weser-Ems gleich den politischen Beelzebub an die Wand gemalt: Aus Wut über den unerträglichen Wohnungsmangel könnten, so fürchtete er, „viele Familien vom Nationalsozialismus abfallen und sich dem Kommunismus zuwenden"[47].

Andere Parteigliederungen beurteilten die Sache nüchterner. Sie erkannten, daß ein partieller Dissens nicht zwangsläufig zur Aufkündigung der grundsätzlichen politischen Loyalität führen mußte; von negativen Reaktionen der Bevölkerung auf die Wohnungsmarktlage aber berichteten auch sie. Die NSDAP-Ortsgruppe Berlin-Zehlendorf etwa vermerkte, „in weiten Volkskreisen" werde der Kontrast zwischen dem Mangel an Wohnraum und dem von Partei und Staat initiierten Bau von „Prachtstraßen" und „riesigen Verwaltungs-Palästen" sehr kritisch vermerkt und kommentiert. Zudem zögen gerade junge Ehepaare ganz praktische Konsequenzen: „Viele Familien schaffen sich deswegen keine Kinder an, weil sie durch die Wohnungsverhältnisse einfach dazu gezwungen werden. Jede Propaganda zur Abkehr vom 1- und 2-Kindersystem ist völlig überflüssig, wenn hier nicht endlich ein grundlegender Wandel geschaffen wird."[48] Die Gauleitung Magdeburg-Anhalt sekundierte mit der Nachricht, die Privilegierung von Wehrmachtoffizieren bei der Wohnraumversorgung durch Bereitstellung großzügiger Dienstunterkünfte errege vor dem Hintergrund der ansonsten umfassenden Wohnungsmarktengpässe zunehmend Unwillen[49]. Das Sicherheitshauptamt der SS schließlich resümierte 1938, vor allem unter Arbeitern bildeten die Zustände auf dem Wohnungsmarkt „in erster Linie Gegenstand der Kritik". Unbefriedigende Wohn- und Familienverhältnisse brächten unmittelbar „die Gefahr einer negativen Einstellung zum Nationalsozialismus" mit sich, „zumal in Hinblick auf die bereits entstandenen und geplanten repräsentativen Bauten"[50].

Der Wohnungsmarkt verdiente mithin aus Sicht der NSDAP gleich in mehrfacher Hinsicht die Einstufung als „Gefahrenherd": Zur Wahrung der vielbeschworenen „Volksgesundheit" erschien eine Besserung der Wohnverhältnisse als ebenso notwendig wie zur Förderung der Kinderfreudigkeit junger Ehepaare; die Engpässe bei der Wohnraumversorgung bedrohten die Lohnstabilität ebenso wie die Sicherung politischer Loyalitäten. Trotz eindringlicher Warnungen vor den drohenden Folgen der

[46] Geheime Staatspolizeistelle Bremen an Senator f. d. Innere Verwaltung Bremen, 14.5. 1937, in: StA Bremen, 4, 29/1-738.

[47] Kreiswohnungsreferent d. Gauleitung Weser-Ems an Kriminalpolizeistelle Bremen, 7.1. 1937, in: Ebenda.

[48] Stimmungsbericht d. Ortsgruppe Berlin-Zehlendorf, 20,5. 1937, in: BAK, NS 6/275.

[49] Bericht d. Gauleitung Magdeburg-Anhalt, Feb. 1937, in: Ebenda. Zu ähnlicher Kritik an Offizierswohnungen vgl. Meldungen aus Münster 1924–1944. Geheime und vertrauliche Berichte von Polizei, Gestapo, NSDAP und ihren Gliederungen, staatlicher Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Wehrmacht über die politische und gesellschaftliche Situation in Münster, eingeleitet u. bearb. von Joachim Kuropka, Münster 1992, S. 172 f., 175 u. 186.

[50] Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, hrsg. u. eingeleitet von Heinz Boberach, Bd. 2, Herrsching 1984, S. 214.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Geißel der Wohnungsnot"[51] aber betrachtete die nationalsozialistische Führungsspitze – wie im folgenden gezeigt werden soll – die Wohnungsbauförderung nur als nachgeordnete politische Aufgabe.

III.

Den leitenden Männern des für die Wohnungspolitik zuständigen Reichsarbeitsministeriums waren die Engpässe und Probleme bei der Wohnraumversorgung durchaus bewußt. Selbst in der Öffentlichkeit machten sie keine Versuche, die Lage schön zu reden. Arbeitsminister Franz Seldte sprach bereits 1935 in einer Rede vor dem Verein für Wohnungsreform von einer in manchen Orten existierenden „förmlichen Wohnungsnot"[52]. Der Leiter der wohnungspolitischen Hauptabteilung des Ressorts, Ernst Knoll, meinte ein Jahr später – ebenfalls öffentlich –, der Wohnungsmangel habe mittlerweile ein Ausmaß angenommen, „wie es in Deutschland noch nie der Fall gewesen" sei: „Es ist ja nicht so, als ob wir gewissermaßen noch einen Spielraum hätten, als ob die Wohnungsnot ruhig noch eine Weile zunehmen könnte und wir müßten dann erst eingreifen, sondern es ist schon so: sie ist an der Grenze des Erträglichen, an der Grenze des volksgesundheitlich und des politisch noch Erträglichen." Nach Knolls Ansicht bestand ein schmerzliches Mißverhältnis zwischen diesen Zuständen und dem wohnungspolitischen Engagement des Reichs: „Müssen wir wirklich damit rechnen, daß mit Wohnungspolitik noch für ein, zwei Jahre völlig Schluß gemacht wird?" lautete seine drastische, appellativ gemeinte Frage[53].

Diese öffentliche Äußerung eines hohen Beamten ist nicht nur deshalb erstaunlich, weil sie ganz unverblümt ein zentrales innenpolitisches Problem der nationalsozialistischen Diktatur benannte; sie mag auch insofern überraschen, als Wohnungsbau und Wohnungspolitik mit dem Machtantritt der NSDAP keineswegs eingestellt worden waren. Ganz im Gegenteil: Die Baubilanz des „Dritten Reichs" fiel durchaus nicht schlecht aus. 1936 lag die Zahl der fertiggestellten Wohnungen (332370) um mehr als das Doppelte höher als 1932, im letzten Jahr der Republik (159121)[54]. Zwar ging die Zahl nach einer weiteren leichten Steigerung noch 1937 (340370) in

[51] Hans Kruschwitz, Siedlungs- und Wohnungsbau – nur ein Lieblingswunsch, keine Lebensnotwendigkeit?, in: Die Wohnung 11 (1936), S. 86–88, hier: S. 87. Vgl. auch: Rusch, Die Förderung des Kleinwohnungsbaues eine vordringliche Aufgabe der deutschen Innenpolitik, in: Zeitschrift für Wohnungswesen 33 (1935), S. 130.

[52] Franz Seldte, Zur Reichswohnungspolitik, in: Die Wohnung 10 (1935), S. 19–21, hier S. 19.

[53] Arbeitseinsatz – seine Bedeutung für Wohnungsbau und Siedlungswesen, in: Die Wohnung 11 (1936), S. 49–55, hier: S. 53 f. Es handelt sich hier um den Abdruck von Reden, die auf einer Tagung des Vereins für Wohnungsreform am 22. 1. 1936 gehalten wurden. Knoll war Ministerialdirigent in der Hauptabteilung für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen im RAM.

[54] Vgl. Günther Schulz, Kontinuitäten und Brüche in der Wohnungspolitik von der Weimarer Zeit bis zur Bundesrepublik, in: Stadtwachstum, Industrialisierung, Sozialer Wandel, hrsg. von Hans Jürgen Teuteberg, Berlin 1986, S. 135–174, hier S. 173 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den beiden letzten Vorkriegsjahren der NS-Herrschaft wieder zurück; im Durchschnitt der sechs Friedensjahre aber lag die Wohnungsbauleistung des nationalsozialistischen Deutschland deutlich höher als die entsprechende Jahresdurchschnittszahl der Weimarer Republik[55]. Wie die vorangegangene Darstellung gezeigt hat, reichte dieser Erfolg aber bei weitem nicht aus, die Auswirkungen des gleichzeitigen ökonomischen Aufschwungs auf den Wohnungsmarkt auszugleichen. Der Anstieg der Beschäftigten- und Heiratszahlen lag stets deutlich über der Zahl der fertiggestellten Neubauwohnungen; zudem wurde mit vielen der neuen Unterkünfte am vorhandenen Bedarf vorbeigebaut, d.h. sie waren zu groß und zu teuer, um für die große Mehrheit der Wohnungsuchenden in Frage zu kommen. Beide Probleme waren wesentlich durch die Wohnungspolitik des nationalsozialistischen Regimes bedingt.

Zumal der Bereich der Bauförderung war im „Dritten Reich" grundsätzlich anders geregelt als in der Weimarer Republik. Diese hatte den größten Teil der zwischen 1919 und 1932 errichteten Wohnungen finanziert und – über die Kriterien zur Kreditvergabe – mitgestaltet; der NS-Staat setzte diesem System von Staatsinvestition und -intervention ein ganz anderes wohnungspolitisches Credo entgegen: „Die Befriedigung der Wohnbedürfnisse wird weitgehend der Privatwirtschaft übertragen."[56] Die Aufgabe des Staates sollte nur darin liegen, „die Privatinitiative zu wecken, den Kapitalstrom zu lenken und zu leiten und die ganze Bautätigkeit zu überwachen, nicht aber selbst zu wirtschaften"[57].

Das entscheidende Instrument der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik war deshalb die Vergabe von Bürgschaften für Kapitalmarktkredite. Diese staatliche Ausfallgarantie, die Bauinvestitionen zusätzliche Sicherheit verlieh, sollte im obigen Sinne als Anreiz und Lenkung der privaten Investitionen wirken[58]. Eine direkte finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand am Wohnungsbau erfolgte nur noch in ganz bescheidenem Umfang: Staatliche Darlehen durften nur kleine Finanzierungs-

[55] Die Zahlen lauten: Durchschnittlich 283 426 fertiggestellte Wohnungen pro Jahr für den Zeitraum 1933/39, 202 503 für den Zeitraum 1919/32, in: Saldern, Häuserleben, S. 196. Durch den Einbezug der Inflationsjahre 1919–1923, in denen wenig gebaut wurde, ist dieser Vergleich allerdings von vornherein zuungunsten der Weimarer Republik verzerrt.

[56] Joachim Fischer-Dieskau, Staatsgedanke und Wohnungsbau, in: Soziale Praxis 44 (1935), Sp. 306–312, hier Sp. 310. Der Autor war Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium. Zur Wohnungsbaufinanzierung in der Weimarer Republik vgl. Führer, Mieter, S. 174–184.

[57] Joachim Fischer-Dieskau, Probleme der Wohnungsbau- und Siedlungsfinanzierung, in: Die Bank 31 (1938), S. 10–16, hier S. 11. Vgl. auch ders., Probleme der Wohnbau- und Siedlungsfinanzierung, in: Die Bank 28 (1935), S. 675–679, hier S. 676.

[58] Vgl. Otto Blechschmidt, Reichsbürgschaften für den Kleinwohnungsbau, in: RABl. N.F. 14 (1934), T. II, S. 85 f., 403–405. Die Vergabevorschriften für die Bürgschaften waren anfangs recht pauschal formuliert: Mietwohnungen durften bis 75 qm (in Ausnahmefällen bis 90 qm) groß sein; präzise Mietwerte wurden nicht genannt. Es hieß nur allgemein, das Bürgschaftsverfahren solle den Wohnungsbau für minderbemittelte Schichten fördern, und Mieten der geförderten Wohnungen dürften ein Fünftel des Einkommens der voraussichtlichen Wohnungsanwärter nicht überschreiten. 1936 wurde dies konkretisiert: Für Wohnungen, die über 40 RM monatliche Miete oder (bei Eigenheimen) Belastung erforderten, durften keine Bürgschaften übernommen werden. Vgl. dazu Joachim Fischer-Dieskau, Reichswohnungspolitik und Arbeitwohnstättenbau, Berlin 1937, S. 12.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lücken schließen; zudem mußten sie zu Kapitalmarktbedingungen vergeben werden. Zinsverbilligte oder zinslose Kredite, mit denen die öffentliche Hand in der Weimarer Republik die Mieten der geförderten Wohnungen nach unten gedrückt hatte, sollte es im Nationalsozialismus nicht mehr geben[59].

Dieses Bauförderungssystem, dessen Grundzüge bereits von den letzten Präsidialkabinetten der Republik in den Krisenjahren 1930/32 entwickelt worden waren, erbrachte zunächst nur bescheidene Ergebnisse. Das überkomplizierte und langwierige Bewilligungsverfahren für die Bürgschaften war hierfür ebenso verantwortlich wie die angespannte Lage des Kapitalmarkts, der nur geringe Mittel für den Wohnungsbau bereitstellte. Da die schon unter Brüning verfügten scharfen Liquiditätsvorschriften für die Sparkassen nur eine leichte Lockerung erfuhren, die Kommunalkreditsperre unverändert bestehen blieb und auch die Finanzlage der Sozialversicherungsträger noch sehr angespannt war, fielen zentrale Träger der Wohnungsbaufinanzierung – zumal für den Bereich der Mietwohnungen – weitgehend aus[60].

Erst ab 1935 erwies sich das zwischenzeitlich gestraffte und vereinfachte Bürgschaftsverfahren zusehends als erfolgreich. Waren bis dahin noch nicht einmal 18000 Wohnungen auf diese Weise gefördert worden, so kamen allein 1935 weitere 56000 Unterkünfte hinzu. In den beiden folgenden Jahren vergab die Reichsregierung Bürgschaften für jeweils etwa 100000 Wohnungen, 1938 für 112000. Alles in allem verbürgte sich das Reich im ersten Jahrfünft der NS-Herrschaft für 384054 Wohnungen – das entsprach 39,3 Prozent der in diesem Zeitraum erstellten Unterkünfte[61].

Das wiedererwachte Interesse des Kapitalmarktes an Wohnungsbauinvestitionen ging nicht nur auf das Angebot der staatlichen Ausfallgarantie zurück. Es kann auch als Erfolg der Zinssenkungspolitik der Reichsregierung gelten: Durch mehr oder weniger sanften Druck auf die Banken sorgte die Reichsleitung dafür, daß die Kreditkosten allgemein deutlich zurückgingen. 1936 war mit einem Zinssatz von fünf bis viereinhalb Prozent für erststellige Hypotheken das Niveau der Zeit vor 1914 wieder erreicht. Gegenüber den Jahren der Republik bedeutete das eine Senkung der Zinsrate um 50 Prozent und mehr[62]. Diese niedrigen Kapitalkosten stellen

[59] Vgl. Reinhard Schwartz, Die Spitzenfinanzierung im Wohnungsbau, in: Die Bank 29 (1936), S. 420–425.

[60] Zur Kritik an den zentralisierten Bewilligungsverfahren vgl. Niederschrift ü. d. Ausschußsitzung d. Reichswohnungskonferenz, 30.6. 1933, in: Bundesarchiv Potsdam (künftig: BAP), RWiM 10159; zu den Schwierigkeiten mit der Kapitalmarktfinanzierung vgl.: Niederschrift ü. d. Reichswohnungskonferenz, 14.11. 1935, in: Hauptstaatsarchiv (künftig: HStA) Stuttgart, E 130 b/2726. Vgl. ferner Rusch, Die Zweite Hypothek, in: Zeitschrift für Wohnungswesen 31 (1933), S. 442–445. Zu den Liquiditätsvorschriften für die Sparkassen vgl. Die Liquidität der Sparkassen, in: Ebenda 32 (1934), S. 126–128; H. G. Koch, Bedingungen und Beschränkungen der Sparkassenhypothek (in Preußen), in: Ebenda 35 (1937), S. 8–11.

[61] Die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft im Jahr 1938. Überreicht durch die Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft Berlin und die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten Aktiengesellschaft i. A. Berlin, o. O., o. J., S. 45, 48.

[62] Knut Borchardt, Real- und Pfandbriefmarkt im Wandel von 100 Jahren, in: 100 Jahre Rheinische Hypothekenbank, Frankfurt 1971, S. 106–196, hier S. 139 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den größten Erfolg des NS-Regimes im Bereich der Wohnungsbaupolitik dar. Freilich handelte es sich hierbei nicht um eine intentional auf das Wohnungswesen abzielende Maßnahme. Die Zinssenkung sollte vielmehr vor allem die Belastung des Reiches durch die für Rüstungszwecke aufgenommenen Anleihen möglichst niedrig halten. Die positive Wirkung im zivilen Bereich des Wohnungsbaus ergab sich nur nebenbei[63].

Insgesamt fiel der Einfluß der öffentlichen Hand auf den Wohnungsbau nach 1933 deutlich geringer aus als in den Jahren der Republik. Waren zwischen 1919 und 1932 nicht weniger als 80,7 Prozent der gebauten Wohnungen unter Inanspruchnahme staatlicher Förderung entstanden, so lag dieser Anteil zwischen 1933 und 1939 nur noch bei 40,2 Prozent; von den gesamten Wohnungsbauinvestitionen dieser Jahre kamen lediglich 11,7 Prozent – gegenüber 49,5 Prozent im Zeitraum 1924/32 – aus den öffentlichen Haushalten[64].

Wie diese Zahlen deutlich machen, verfügte das NS-Regime, das ansonsten doch nicht müde wurde, den Primat der Politik über die Wirtschaft zu postulieren, im Bereich des Wohnungsbaus – anders als die Republik – nur über einen geringen gestalterischen Einfluß. Die deutliche Mehrzahl der Neubauwohnungen entstand ohne Beanspruchung der Bürgschaften oder anderer Formen öffentlicher Hilfe und damit außerhalb des Bereichs staatlicher Beeinflußung. Selbst die Bauprojekte, für die der Investor die häufigste Form der Förderung, die staatliche Ausfallgarantie, in Anspruch nahm, unterlagen keiner konsequenten öffentlichen Mitgestaltung, denn der Bürge konnte stets „nur in den Wagen einsteigen, den der Kapitalgeber lenkt"[65]. Auch die Restfinanzierungsdarlehen ermöglichten keine aktive Mitsprache bei der Gestaltung der zu bauenden Wohnungen; die Höhe der Mieten schließlich blieb, da die öffentliche Hypothek nicht verbilligt wurde, fast gänzlich unbeeinflußt und ergab sich weitgehend aus den von der Marktsituation bestimmten Kapitalkosten und den Baupreisen[66].

Die meisten Neubaumieten lagen daher deutlich über der durchschnittlichen Zahlungsfähigkeit der wohnungsuchenden Haushalte[67]. Selbst Kleinwohnungen mit zwei bis drei Zimmern kosteten in frisch errrichteten Häusern 1935 im Reichsdurch-

[63] Rudolf Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1963, Tübingen [3]1964, S. 142 f.

[64] Zahlen nach Peter-Christian Witt, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel, Wuppertal 1979, S. 385–407, hier S. 403, 405.

[65] Hermann Aichele, Erfahrungen der württembergischen Landeskreditanstalt in der Siedlungsfinanzierung, in: Siedlung und Wirtschaft 18 (1936), S. 428–432, hier S. 429.

[66] Joachim Fischer-Dieskau, Aktuelle Fragen des Neuhausbesitzes, in: Deutsche Hausbesitzer-Zeitung 42 (1935), S. 531–534, hier S. 534.

[67] Vgl. die entsprechenden Klagen in: OB Kiel an Oberpräsident Kiel, 3. 12. 1935, in: LA Schleswig, Abt. 3011/4837; Aktenvermerk d. Württemberg. Landeskreditanstalt ü. d. Stuttgarter Bauprogramm 1937, o. D., in: HStA Stuttgart, E 151 F II/233 a; Zuwenig billige Wohnungen!, in: Die deutsche Volkswirtschaft 4 (1935), S. 112 f.; Echte Volkswohnungen!, in: Der Deutsche Volkswirt 11 (1936/37), S. 1747; Ernst v. Stuckrad, Leistungssteigerung durch Arbeiterheimstätten, in: Bauen, Siedeln, Wohnen 18 (1938), S. 90–93, hier S. 93.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schnitt zwischen 40 und 56 RM monatliche Miete; die durchschnittliche Arbeiterfamilie aber konnte nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung nicht mehr als etwa 26 RM im Monat für die Miete aufwenden. Neubauwohnungen waren demnach allenfalls für Angestelltenhaushalte erschwinglich: Für sie setzte das Institut eine tragbare Monatsmiete von 45 RM an[68].

Zudem entstanden weit weniger Kleinwohnungen als benötigt. Der Heiratsboom der Jahre nach 1933 führte im Verein mit der – trotz aller gegenteiligen Bemühungen von Partei und Staat – anhaltend geringen Kinderzahl der jungen Ehepaare zu einem starken Anstieg der Zahl der kleinen Familien. In Preußen etwa wuchs die Zahl der Zwei- und Drei-Personen-Haushalte zwischen 1933 und 1939 um 40,5 Prozent bzw. um 18,9 Prozent, obwohl die Gesamtbevölkerung sich lediglich um 4,3 Prozent vermehrt hatte; in Bayern (Bevölkerungszuwachs: 7,0 Prozent) lag die Zahl der Zwei-Personenhaushalte bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 sogar um 50,4 Prozent, die der Drei-Personen-Haushalte um 28,2 Prozent über den im Sommer 1933 ermittelten Ziffern[69].

Da Privatinvestoren größere und besser ausgestattete Unterkünfte für die sicherste Anlageform hielten, reagierte die Wohnungsbauproduktion nur höchst unzureichend auf diese Bedarfsverschiebung: Im Jahresdurchschnitt gehörten fast zwei Drittel der zwischen 1933 und 1939 errichteten Wohneinheiten zu den größeren Unterkünften mit vier und mehr Wohnräumen; lediglich 37,2 Prozent entfielen auf den Bereich der am stärksten nachgefragten kleinen Wohnungen[70]. Im nationalsozialistischen Deutschland wurde mithin, so das bereits 1936 öffentlich formulierte Fazit eines Experten, am Bedarf vorbeigebaut – „und zwar sogar in einem früher nie dagewesenen Umfange"[71].

Die Tatsache, daß die Neubauleistung sowohl quantitativ als auch qualitativ nicht den Erfordernissen entsprach, ergab sich unmittelbar aus den Eingriffen des NS-Regimes in die Kapitalmärkte. Für die Finanzierung des Wohnungsbaus blieben dank dieser Interventionen – bildlich gesprochen – stets nur die Brosamen übrig, die von dem Tische fielen, an dem Reich und Rüstungsindustrie saßen. Zumal die Mittel der Kapitalsammelstellen hatten erklärtermaßen bevorzugt für deren Zwecke bereitzustehen[72].

---

[68] Der Mietpreis nach W. Gebhardt, Mehr Nationalsozialismus im Wohnungswesen, in: Bauen, Siedeln, Wohnen 15 (1935), S. 433–435, hier S. 434; die Berechnung der Leistungsfähigkeit in: Fey, Leistungen, S. 52 f. Wegen der Einkommensdifferenzen zwischen den einzelnen Berufsgruppen nahm Fey Schwankungen der „tragbaren Miete" um jeweils ein Drittel nach unten und oben als realistisch an.

[69] Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 452/3, S. 24 f., und Bd. 553, S. 34, 42.

[70] Der Wohnungsbau in den Gauen der NSDAP nach Stadt- und Landkreisen im Jahresdurchschnitt 1933 bis 1939, in: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 50 (1941), S. 29–38, hier S. 37.

[71] A. Düppe, Der Wohnungsbau – Tatsachen und Probleme, in: Die Deutsche Wohnwirtschaft 43 (1936), S. 558–563, hier S. 561.

[72] Vgl. Bericht ü. d. Reichswohnungskonferenz, 24. 9. 1935, in: StA Hamburg, Sozialbehörde I/A. F. 42.20., Bd. 1.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit einer nur von Fall zu Fall aufgehobenen Pfandbriefemissionssperre sorgte die Reichsregierung dafür, daß der organisierte Realkredit stets äußerst knapp gehalten wurde. Auf diese Weise sollten die Absatzbedingungen für die konkurrierend angebotenen Reichsanleihen positiv beeinflußt werden. Zwischen 1933 und 1937 durften die Hypothekenbanken nur dreimal Pfandbriefe im Gesamtwert von 227 Millionen RM anbieten[73]. Diese Restriktionspolitik behinderte den Wohnungsbau ganz entscheidend.

1935 berichtete der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, zahlreiche geplante Neubauten könnten wegen der Emissionssperre nicht finanziert werden[74]. Die Bayerische Bodenkreditanstalt konkretisierte diese Klage im Jahr darauf mit der Angabe, sie allein habe 1936 auf die Beleihung von 3000 projektierten Wohnungen verzichten müssen, weil ihr die Ausgabe neuer Pfandbriefe verwehrt sei. Die Bank machte darauf aufmerksam, daß die Politik der knappen Pfandbriefe entscheidend zur Fehllenkung von Wohnungsbauinvestitionen beitrug: Es sei genug anlagewilliges Kapital vorhanden; die Emissionssperre führe nur dazu, daß es nicht für die Finanzierung von Mietwohnungen, sondern als „Eigenkapital für aufwendige, den Zeitbedürfnissen nicht entsprechende Bauten, insbesondere größere Einfamilienhäuser", verwandt werde[75].

Trotz dieser Mahnungen verfügte die Reichsregierung im Herbst 1938 für sechs Monate sogar ein weitreichendes Verbot neuer Baudarlehen, um das anlagebereite Kapital möglichst vollständig für die militärischen Zwecke zu reservieren; 1939 wurden alle öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und die Sparkassen verpflichtet, ihre Hypothekengelder gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel zu kürzen[76]. Ein deutlicher Rückgang der Bauleistung in diesen beiden Jahren war die unmittelbare Folge. Auch bei den Arbeitskräften und beim verfügbaren Material ergab sich eine direkte Konkurrenz zwischen dem zivilen Wohnungsbau und den großangelegten Baumaßnahmen von Staat und Industrie für die „Wiederwehrbarmachung" des Reiches. Spätestens 1937 machte sich im ganzen Reich ein gravierender Mangel an Baufacharbeitern bemerkbar. Die Lücken wurden mit Arbeitslosen anderer Berufsgruppen – z. B. Bäckern und Friseuren – geschlossen. Arbeitstempo und -qualität ließen sich mit die-

[73] Gerhard Kokotkiewicz/Heinrich Strathus, Der Pfandbrief als Finanzierungsinstrument, in: Probleme und Aufgaben des deutschen Geld- und Kreditwesens, hrsg. von Präsidium und Volkswirtschaftlichem Beirat des Deutschen Instituts für Bankwissenschaften und Bankwesen, Berlin 1942, S. 288–298, hier S. 295. Detailliert zur Handhabung der Emissionssperre vgl. Joachim Fischer-Dieskau, Kapitaleinsatz für Wohnungsbau und Siedlung, in: Zur Siedlungs- und Wohnungspolitik der Gegenwart. Fünf Beiträge von Werner Meier u. a., Münster 1937, S. 35–54, hier S. 46–51.

[74] Centralverband d. Dt. Bank- u. Bankiergewerbes an Reichswirtschaftsministerium (RWiM), 7. 11. 1935, in: BAP, RWiM 16161.

[75] Aus dem Geschäftsbericht der Bayerischen Handelsbank-Bodenkreditanstalt, in: Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern 35 (1937), S. 45 f., hier S. 45. Vgl. auch Christopher Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im „Dritten Reich" 1933–1939, Bonn 1995, S. 161 f.

[76] Erlaß d. RWiM, 12. 10. 1938, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (künftig: GStA PK), Rep. 151 I C/12191; Rundschreiben d. RAM, 28. 10. 1938, in: HStA Stuttgart, E 151 I f II/233 a; Rundschreiben d. RWiM, Nr. 10/39 (undat. Abschrift), in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen Beschäftigten begreiflicherweise nicht steigern. Dennoch verweigerte die Reichsanstalt für Arbeit ihre Zustimmung zu der von den Baufirmen befürworteten Anwerbung ausländischer Facharbeiter, weil der sich daraus ergebende Lohntransfer die Devisennöte des Reichs verstärkt hätte[77]. So warben sich die Betriebe die raren Spezialisten mit höheren Lohnangeboten gegenseitig ab[78].

Hinzu kamen Materialengpässe besonders bei Stahl und Holz, die zu komplizierten Kontingentierungsvorschriften führten[79]. Da den Projekten von Heer und Rüstungsindustrie bei der Baustoffzuteilung stets oberste Präferenz zukam, verteuerte sich der Wohnungsbau durch Wartezeiten, häufige Bauunterbrechungen und Umplanungen. Die durchschnittliche Bauzeit eines kleineren Wohnhauses verlängerte sich dadurch von fünf bis sechs auf 12 bis 14 Monate[80]. Anfang 1939 schließlich brachte eine Kürzung der Holzkontingente auf ein Fünftel bis ein Sechstel der Vorjahresmenge den Wohnungsbau in Süddeutschland weitgehend zum Stillstand[81].

Alle diese Details belegen ein und dasselbe Fazit: Die vom NS-Regime geschaffene „Kriegswirtschaft im Frieden" war prinzipiell nicht dazu fähig, den Wohnraumbedarf der Bevölkerung zu decken, den sie durch Herbeiführung der Vollbeschäftigung in die Höhe trieb. Wohnungspolitische Kurskorrekturen – etwa die Beseitigung der Kreditrestriktionen oder die Rückkehr zu einer umfangreichen öffentlichen Investitionspolitik nach dem Vorbild der Weimarer Republik – hätten jeweils unmittelbar die *raison d'être* der Hitlerdiktatur – die Vorbereitung des Krieges – in Frage gestellt. Die zunehmenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt enthüllten daher schon lange vor Kriegsbeginn den destruktiven Charakter der NS-Herrschaft, der sie zur Bewältigung der Anforderungen eines zivilen Gemeinwesens grundsätzlich unfähig machte.

---

[77] Friedrich Syrup, Organische Lenkung der Bauwirtschaft, in: Siedlung und Wirtschaft 20 (1938), S. 369–373, hier S. 370. Zahlreiche Dokumente zum Arbeitermangel in der Bauwirtschaft in: Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975, S. 499–561.

[78] Rundschreiben d. Württemberg. Innenministeriums, 14./22. 9. 1937, in: HStA Stuttgart, E 151 f II/233 a.

[79] Friedrich Lütge, Die neuen preispolitischen Eingriffe auf dem Wohnungs- und Bodenmarkt, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 3. F., Bd. 147 (1938), S. 443–475, hier S. 445–449. Einen Überblick über die Kontingentierungsvorschriften und die Regelungen zum Arbeitseinsatz in: Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft, S. 8–13. Eine relativ ungeschminkte Lagebeschreibung der Bauwirtschaft bei Herbert v. Oberwurzer, Lage und Aufgaben der Bauindustrie, in: Die Wirtschaft im neuen Deutschland in Einzeldarstellungen: Bauen und Siedeln. Sonderbeil. zu: Der Deutsche Volkswirt 11 (1936/37), H. 17, 22. 1. 37, S. 16 f.

[80] Württ. Landeskreditanstalt an Württemberg. Innenministerium, 24. 7. 1939, in: HStA Stuttgart, E 151 f II/233 a; Probleme des Arbeiterwohnstättenbaus – die „Gehag" berichtet, in: Das Grundeigentum 58 (1939), S. 737 f.. Die Verzögerungen und Materialengpässe betrafen sogar den bevorzugten Wohnungsbau im Rahmen des Vierjahresplans, bei dem Unterkünfte für die Beschäftigten kriegswichtiger Betriebe errichtet wurden. Vgl. dazu den Tätigkeitsbericht Nr. 34 d. Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz, 14. 3. 1938, in: GStA PK, Rep. 151 I C/12191; Tätigkeitsbericht Nr. 38, 3. 6. 1938, und Tätigkeitsbericht Nr. 42, 28. 11. 1938, in: Ebenda.

[81] Aktenvermerk ü. d. Aussprache d. süddt. Länder ü. d. Wohnungs- u. Siedlungspolitik, 24. 1. 1939, in: HStA Stuttgart, E 151 f II, 233 a.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie gering die politischen Spielräume in Fragen der Bauförderung waren, mußte gerade das hierfür federführend zuständige Reichsarbeitsministerium immer wieder erfahren. Wie die oben zitierte Klage von Ministerialdirigent Knoll über den Stillstand des Reichswohnungspolitik zeigt, waren gerade die verantwortlichen Beamten mit dem Erreichten keineswegs glücklich. Das Ministerium hatte in internen Beratungen Anfang 1934 den Standpunkt vertreten, das Bürgschaftsverfahren sei kein Ersatz für eine direkte Wohnungsbauförderung durch Vergabe staatlicher Kredite. Die auch mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit weiterer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen begründete Forderung nach zusätzlichen Mitteln scheiterte jedoch am Widerstand des Wirtschafts- und des Finanzressorts. Das Wirtschaftsministerium verwahrte sich grundsätzlich gegen öffentliche Baudarlehen, in denen es eine ordnungspolitisch unerwünschte Subvention sah; das Finanzministerium weigerte sich strikt, weitere Gelder bereit zu stellen[82]. Im März 1935 unternahm Arbeitsminister Seldte einen erneuten Vorstoß, der auf ein stärkeres Engagement des Reichs im Wohnungsbau abzielte. Er verwies Hitler gegenüber auf den zunehmenden Wohnungsmangel und forderte „zur politischen Beruhigung der betroffenen Volkskreise" zusätzliche Mittel. Die Verhältnisse auf den städtischen Wohnungsmärkten – so die Mahnung Seldtes – stellten politisch einen „dauernden schweren Gefahrenherd" dar, der sich „mit der Zunahme der Wohnungsnot notwendig verstärken" müsse. Alle Bemühungen der Reichsregierung „um Ertüchtigung des Volkes" seien zum Scheitern verurteilt, solange sich hier nichts bessere. Da die Reichskanzlei die Angelegenheit jedoch noch nicht einmal erörtert wissen wollte, verlief diese Initiative im Sande[83].

Nach dieser erneuten grundsätzlichen Niederlage beschränkte sich das Arbeitsministerium auf einen zähen Kleinkampf mit dem stets die Notwendigkeit des sparsamen Wirtschaftens betonenden Finanzressort um eine Ausweitung der vorhandenen Fördermittel. Die entsprechenden Erfolge blieben äußerst bescheiden. Sie reichten bestenfalls aus, die eingetretene reale Einschränkung von einzelnen Subventionsprogrammen durch die fortgesetzte Steigerung der Baukosten kurzfristig wieder auszugleichen[84].

Stärker entwickelt war der Bereich der Wohnungspolitik, der die Auswirkungen des Wohnungsmangels zu bekämpfen versuchte. Seit 1935 wurde der Kündigungsschutz für Mieter schrittweise ausgebaut; der im November 1936 verhängte allgemeine Preisstop sollte gerade auch die Wohnungsmieten stabil halten. Beide Maßnahmen schützten jedoch vor allem die glücklichen Familien, die bereits eine angemessene

[82] RAM an Reichsfinanzministerium (RFM), 3.3. 1934, in: BAK, R 43 II/1005; RAM an RFM, 4.1. 1934, in: Ebenda; Aktenvermerk ü.d. Ressortbesprechung im RAM, 17.3. 1934, in: BAP, RWiM 10135; Denkschrift v. MinR Durst (RWiM) ü. Maßnahmen z. Förderung d. nachstelligen Realkredits, 4.7. 1934, in: Badisches Generallandesarchiv (künftig: GLA) Karlsruhe, 236/2701-0; RFM an RAM, 19.1. 1934, in: BAK, R 43 II/1005.

[83] RAM an d. Chef d. Reichskanzlei, 25.3. 1935, in: BAP, RWiM 10085; Staatssekretär in d. Reichskanzlei an RAM, 28.3. 1935, in: BAK, R 43 II/1006.

[84] Joachim Fischer-Dieskau, Grundsätzliches zum Einsatz öffentlicher Mittel für Kleinsiedlungen und Kleinwohnungsbau, in: Siedlung und Wirtschaft 19 (1937), S. 462–467, hier S. 467.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unterkunft hatten; für die Wohnungsuchenden besaß zumal der Preisstop kaum eine praktische Bedeutung[85]. Das gleiche galt für ein bereits 1935 ergangenes Verbot von Abstandsforderungen[86]. Auch andere Versuche zur Symptombekämpfung erwiesen sich als wenig hilfreich. Ende 1937 diskutierten Partei, Reichsministerien und Gemeinden über ein Verbot oder zumindest eine Einschränkung der Tätigkeit der gewerblichen Wohnungsnachweise. Vorbild war eine Berliner Polizeiverordnung, die den kommerziellen Nachweis von Wohnungen mit bis zu dreieinhalb Zimmern untersagte. Die Stadt hatte sich zu diesem Schritt entschlossen, weil die 600 in Berlin existierenden Vermittlungsbüros „zwecklos und nutzlos" waren: „Der Mangel an guten, preiswerten Wohnungen ist eben so groß, daß kaum etwas zu vermitteln ist."[87]

Das Verbot fand den Beifall zweier wichtiger NS-Machthaber. Der Reichskommissar für die Preisbildung Josef Wagner regte allgemein ein vergleichbares Vorgehen an; Rudolf Heß forderte, die Vermittlung von Kleinwohnungen müsse generell eine Aufgabe der Gemeinden sein. Die Tätigkeit der gewerblichen Büros, die von den Wohnungsuchenden stets eine „Einschreibgebühr" verlangten, bevor sie tätig wurden, sei – so meinte er – angesichts des Fehlens von vermietbaren Unterkünften nur als Ausnutzung von Notlagen anzusehen[88]. Das Reichsarbeitsministerium jedoch hielt die Maßnahme für sinnlos und meinte, die berufstätige Bevölkerung könne die gewerblichen Vermittler nicht entbehren[89]. Auch Kommunalpolitiker schlossen sich der Meinung an, es sei politisch günstiger, wenn das Scheitern von Wohnungsvermittlungen auf das Konto von Gewerbetreibenden, nicht aber auf das der Gemeinde gehe[90]. Das Berliner Verbot fand deshalb keine Nachfolger. Die speziellen Vorschriften für die Reichshauptstadt wurden Ende 1939 im Interesse der Berufstätigen und der Zuziehenden wieder beseitigt. Eine neue Polizeiverordnung regelte nur noch die Maklergebühren, die auf vier Prozent der Jahresmiete begrenzt wurden[91]. Vergleichbare Regelungen traten 1939 auch in Hamburg und in Bayern in Kraft[92]. Im Zustand

---

[85] Vgl. zu beiden Punkten: Führer, Mieter, S. 95–99, 217–222.

[86] Keine Abstandsforderungen im Wohnungswesen, in: Bauen, Siedeln, Wohnen 15 (1935), S. 371; Niederschrift ü. d. Besprechung im RAM ü. Maßnahmen gegen Mißstände auf d. Wohnungsmarkt, 16. 6. 1936, in: Akten der Parteikanzlei, T. II, Bl. 2460–64 (Fiche Nr. 6); Lütge, Eingriffe, S. 457.

[87] Berliner Wohnungsvermittlung neu geregelt!, in: Deutsche Mieter-Zeitung 34 (1937), Nr. 19. Erlaubt blieb der Nachweis von kleineren möblierten Wohnungen und von möblierten Zimmern.

[88] Rundschreiben d. RKom f. d. Preisbildung an sämtl. Preisbildungs- u. Preisüberwachungsstellen, 7. 10. 1937, in: GStA, PK Rep. 151 I C/12191. Wagner empfahl bei örtlichem Bedürfnis die Berliner Verordnung als Vorbild, die allerdings nur einen „ungefähren Anhalt" für zu ergreifende Maßnahmen darstellen sollte. Zur Forderung von Heß vgl. „Stellvertreter d. Führers" an RMdI, 8. 12. 1937, in: BAK, NS 6/993.

[89] RAM an „Stellvertreter d. Führers", 1. 9. 1938, in: Ebenda.

[90] Vgl. Niederschrift ü. d. Besprechung im RAM, 18. 12. 1937, in: BAK, NS 6/993.

[91] Stadtpräsident Berlin an Preuß. Finanzministerium, 9. 1. 1940, in: GStA PK, Rep. 151 I C/12191. Die VO v. 4. 12. 1939 in: Ebenda.

[92] Für Kleinwohnungen wurden sie hier auf 2 % der Jahresmiete begrenzt, für größere Wohnungen waren 3 bis 5 % zulässig. Regelung der Wohnungsvermittlung in Bayern, in: Deutsche Wohnwirtschaft 46 (1939), S. 23 f.; Die Regelung der Wohnungsvermittlung in Hamburg, in: Ebenda, S. 101.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

umfassenden Wohnungsmangels freilich waren dies lediglich symbolisch bedeutsame Vorschriften. Sie demonstrierten die Aufmerksamkeit des Staates für die Probleme im Wohnungswesen, änderten aber nichts daran, daß Deutschland 1939 bereits mit einem stark unausgeglichenen Wohnungsmarkt in den Krieg eintrat.

IV.

Die Wohnungsmarktlage im „Dritten Reich" veränderte sich mit Beginn des Zweiten Weltkrieges zunächst kaum. Hierin unterschied sich die Situation im Herbst 1939 fundamental von der im Jahr 1914: Seinerzeit hatte die abrupte Umstellung von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft zu einer Massenarbeitslosigkeit von bislang unbekannten Ausmaßen geführt; gleichzeitig fiel die öffentliche Unterstützung für die Familien der eingezogenen Männer sehr bescheiden aus. Die daraus resultierende soziale Not weiter Bevölkerungskreise hatte 1914/15 zu einem scharfen Rückgang der Wohnungsnachfrage und zur Freimachung vieler Unterkünfte geführt[93]. 1939/40 ereignete sich nichts Vergleichbares: Da die deutsche Volkswirtschaft bereits seit Jahren auf die Kriegsproduktion ausgerichtet war, trat keine Arbeitslosigkeit auf; die staatliche Hilfe für Soldatenangehörige fiel erheblich großzügiger aus als im Ersten Weltkrieg. Daher blieb auch der Wohnungsmarkt frei von Erschütterungen[94]. Unter den gegebenen Bedingungen bedeutete dies die Fortdauer, ja die weitere Verschärfung des bestehenden Wohnungsmangels. Erneut verstärkte ein innenpolitischer Erfolg des NS-Regimes – die weitgehende Stabilität bei der Wohnraumversorgung der Soldatenfamilien – die Probleme auf dem Wohnungsmarkt.

Dank der großzügigen Alimentierung für die Angehörigen von eingezogenen Männern existierte kein ökonomischer Zwang zur Freimachung zu großer Wohnungen oder zur Vermietung nicht benötigter Zimmer[95]. Selbst in den Fällen, in denen Verwandte zusammenzogen, erfolgte oft keine Kündigung der freigewordenen Unterkunft, weil jedermann wußte, „daß die Wiederanmietung einer Wohnung nur mit großen Schwierigkeiten und meist erst nach langem Warten möglich ist". Die hohe Zahlungsfähigkeit weiter Bevölkerungskreise – verursacht durch die stark einge-

1942 erfolgte eine reichsweite Regelung durch den Preiskommissar: Bei Leerwohnungen durfte der Makler nicht mehr als 5% der Jahresmiete, bei möblierten Zimmern 2 bis 3,5% verlangen. Vgl. die VO v. 10.10. 1942 in: Deutscher Reichsanzeiger Nr. 249, 23.10. 1942.

[93] Vgl. dazu Führer, Mieter, S. 28.

[94] Bernhard Thiemann, Wandlungen des Wohnungsbedarfes unter dem Einfluß des Krieges, Jena 1940, S. 92–97; Friedrich Lütge, Kriegsprobleme der Wohnungswirtschaft, Jena 1940, S. 46–54. Zur Unterstützung für Soldatenangehörige vgl. Birthe Kundrus, Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995, S. 247–253.

[95] Meldungen aus dem Reich, S. 4465f. (Bd. 12); Hermann Lampe, Zum Problem der gesetzlichen Regelung der Wohnraumverteilung, in: Der Wohnungsbau in Deutschland 3 (1943), S. 29–34, hier S. 32.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schränkten Konsummöglichkeiten in Bereich der alltäglichen Dinge – machte solche Entscheidungen möglich[96]. Wie andere knappe und deshalb kostbare Wirtschaftsgüter auch, so wurde Wohnraum in Deutschland seit 1939/40 zunehmend „gehortet", indem Wohnungen als Möbellager und aktuell gar nicht benötigtes Domizil in spe gehalten wurden[97]. Der in solchen Verhältnissen zum Ausdruck kommende Kaufkraftüberhang steigerte generell die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, während die Neubauproduktion gleichzeitig stark zurückging[98].

Logischerweise resultierte aus diesen Verhältnissen eine drastische Verschärfung des schon bei Kriegsbeginn drängenden Wohnungsmangels. Das Reichsarbeitsministerium schätzte die Zahl der Haushalte ohne eigene Unterkunft schon im Juli 1940 auf zwei Millionen. Franz Seldte wagte in diesem Zusammenhang sogar moderate Kritik an den immer pompöser ausfallenden Plänen Hitlers zur repräsentativen Umgestaltung der sogenannten „Führerstädte": Die Schaffung neuer Wohnungen für die einfachen „Volksgenossen" gehöre, so mahnte er, „ebenfalls zu dem Dringendsten [...], was auf dem Baugebiet angefaßt werden muß"[99].

Im Frühjahr 1941 hatte die Wohnungsknappheit nach Meldungen der Grundbesitzervereine und des Justizministeriums solche Ausmaße angenommen, daß gerichtlich verfügte Exmittierungen von Mietschuldnern und anderweitig untragbaren Wohnungsinhabern selbst bei Einräumung großzügigster Fristen nicht mehr vollstreckt werden konnten, weil keinerlei Ersatzräume zur Unterbringung der Exmittierten vorhanden waren[100]. Die Fachpresse klagte über die immer schärfere Konkurrenz der Wohnungsuchenden und über „immer rücksichtslosere Formen des Anmietens"[101]. Im Sommer 1942 vermerkte ein Bericht aus Niedersachsen: „Im Moment ist es so, daß ein Wettlauf auf Wohnräume einsetzt, sobald auch nur ansatzweise verlautet, dass irgendwo Räume freiwerden."[102]

---

[96] Lütge, Kriegsprobleme, S. 46. Zu den Beschränkungen des Konsums vgl. Richard J. Overy, „Blitzkriegswirtschaft"? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1942, in: VfZ 36 (1988), S. 379–435.

[97] Vgl. etwa die Klagen über diese Zustände in: Denn wir werden älter, in: Das Schwarze Korps 8 (1942), Folge 7 (12. 2. 42); Bürgermeister Weingarten an Landrat Karlsruhe, 26. 5. 1943, in: GLA Karlsruhe, 357/12961.

[98] Zahlen für das ganze Reich liegen nicht vor. Angaben für Berlin in: Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus 1862–1945. Eine dokumentarische Geschichte von „Meyers-Hof" in der Ackerstraße 132–133, der Entstehung der Berliner Mietshausquartiere und der Reichshauptstadt zwischen Gründung und Untergang, München 1984, S. 515.

[99] RAM an d. Chef d. Reichskanzlei, 11. 7. 1940, in: BAK, R 43 II/1007.

[100] Reichsbund d. Haus- u. Grundbesitzer an RJM, 28. 1. 1941, in: Akten der Parteikanzlei, T. II, Bl. 042314–24 (Fiche Nr. 101), RJM an „Stellvertreter des Führers", 19. 3. 1941, in: Ebenda, Bl. 042325–28 (Fiche Nr. 101).

[101] Oskar Redelberger, Fragen des Wohnungswesens, in: Deutsche Verwaltung 18 (1941), S. 386–389, hier S. 387.

[102] Tätigkeitsbericht d. Gauamtes f. Kommunalpolitik Ost-Hannover, Juli 1942, in: BAK, NS 25/1187. In Berlin gab es 1943 sogar einige Fälle von „Wohnungsbesetzungen", bei denen Soldatenfamilien leerstehende Wohnräume okkupierten, ohne einen Mietvertrag zu besitzen; Bericht d. Gauleitung Berlin, 22. 4. 1943, in: BAK, NS 6/578.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Besonders sorgenvoll beobachteten Kommunalpolitiker und Parteidienststellen die Entwicklung auf dem Markt der Untermieträume. Bis 1939 war das entsprechende Angebot groß genug gewesen, um die Alleinstehenden ohne eigene Haushaltsführung und die Familien, die keine abgeschlossene Wohnung fanden, aufzunehmen. Seit Kriegsbeginn aber boten die Wohnungsinhaber immer weniger Einzelzimmer an. Auch dies war zum einen eine Folge der oben skizzierten besonderen Bedingungen der Kriegskonjunktur, die eine Untervermietung ökonomisch unnötig oder doch unattraktiv machte (zumal da Nebeneinkünfte dieser Art zur Kürzung der Familienunterstützung für Soldatenangehörige führten)[103]. Zum anderen aber reagierten die potentiellen Zimmer-Vermieter mit ihrer Zurückhaltung auf den zunehmenden Wohnungsmangel, wobei sie sich bezeichnenderweise alles andere als „volksgemeinschaftlich" verhielten: Gerade weil der Wohnungsmarkt so angespannt war, fürchteten viele Wohnungsinhaber, der Gesetzgeber werde früher oder später auch den Mietern von Einzelzimmern den umfassenden Kündigungsschutz gewähren, den Hauptmieter bereits genossen. Diese Angst, einen aufgenommenen Untermieter eventuell nicht wieder „loswerden" zu können, führte – in Kombination mit der ökonomischen Entwicklung – zu einer deutlichen Verkleinerung des Marktes an Einzelräumen[104].

Der Münchener Oberbürgermeister vermerkte im Januar 1942, „daß seit einiger Zeit jegliches Angebot an möblierten Zimmern, Schlafstellen usw. aufgehört" habe[105]; Hermann Göring hatte in seiner Funktion als Beauftragter für den Vier-Jahres-Plan kurz zuvor das gleiche Fazit gezogen[106]. Besondere Schwierigkeiten hatten nach einem Bericht der Berliner Preisbildungsstelle alleinstehende Frauen: „Frauen stellen häufiger höhere Anforderungen (Küchenbenutzung, Waschen der Wäsche usw.), halten sich mehr in den Mieträumen auf und machen dem Hauptmieter mehr Arbeit als Männer, deren Einkommen durchschnittlich höher liegt und die viel außer Haus sind." Vielfach würden weibliche Untermieter nur noch dann aufgenommen, wenn sie sich zur unentgeltlichen Ableistung von Hausarbeit verpflichteten: „Gegen eine solche Ausbeutung der Mangellage müßte durch die Preisüberwachungsstelle eingeschritten werden, bei der es aber an Personal für solche Aufgaben fehlt."[107]

Generell zahlten Wohnungsuchende – gleichgültig, ob sie nun eine abgeschlossene Unterkunft oder einen Einzelraum suchten – schon in den ersten Kriegsjahren jeden Preis, den der verfügungsberechtigte Vermieter forderte. Auch Abstandszahlungen

---

[103] Thiemann, Wandlungen, S. 96 f.

[104] Gesichtspunkte d. OB Stuttgart z. Linderung d. Wohnungsmangels, 29. 11. 1939, in: HStA Stuttgart, E 151 f II/233 a; OB München an PK, 16. 12. 1941, in: BAK, NS 6/270. Seit Kriegsbeginn genossen alle Hauptmieter und die Untermieter mit eigener Haushaltsführung einen umfassenden Kündigungsschutz; vgl. dazu Führer, Mieter, S. 98 f.

[105] OB München an BayMinPräs, 10. 4. 1942, in: BayHStA München, MWi 3142; vgl. auch Aktenvermerk d. Reichsleitung d. NSDAP, 10. 8. 1942, in: BAK, NS 6/270. Hier wird der Zimmermarkt in München als „katastrophal" bezeichnet.

[106] Beauftragter f. d. Vier-Jahres-Plan an Reichsjustizministerium, 1. 12. 1941, in: BAK, NS 6/256.

[107] Bericht d. Preisbildungsstelle beim Stadtpräsidium Berlin, 28. 2. 1942, in: BAK, NS 6/198; vgl. auch Bericht d. Gauleitung Berlin, Juni 1942, in: Ebenda, 6/199.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an Vormieter und verdeckte Mehrleistungen etwa durch Übernahme von Reparaturen etc. waren trotz entgegenstehender Verbote unverändert weitverbreitet[108].

Diese Notstände auf dem Wohnungsmarkt prägten in den Kriegsjahren – stärker noch als in der Vorkriegszeit – die Stimmung weiter Bevölkerungskreise. Beunruhigt registrierten Parteidienststellen, daß die Wohnungsuchenden das nach wie vor gültige Credo der NS-Wohnungspolitik, die Befriedigung des Wohnungsbedarfs sei eine Sache der Privatwirtschaft und der Privatinitiative, immer weniger akzeptierten. Zwar bewirkten die ungelösten Probleme des Wohnungsmarktes teilweise eine Aktivierung oder auch Intensivierung antisemitischer Gefühle. Der Mainzer Oberbürgermeister etwa erklärte 1941 mit Blick auf die „Judenhäuser", in denen die im Reich verbliebenen deutschen Juden seit 1939 äußerst beengt lebten: „Die Bevölkerung kann es nicht verstehen, daß die Juden, wenn auch eng zusammengedrängt, in guten Wohnungen sich befinden, während eine ganze Reihe von Familien in schlechten Wohnungen untergebracht sind."[109] Noch viel radikaler fielen nach einem Bericht der dortigen Gauleitung Äußerungen in Berlin aus: „Fronturlauber sagen, daß sie in Judenwohnungen gehen, die Juden totschlagen und so ihrer Familie eine Wohnung freimachen wollten."[110] Wegen der begrenzten Zahl der „Judenhäuser" aber fand die Empörung der Betroffenen über die Wohnungsknappheit nicht durchgängig ihren Ausdruck auf so systemkonforme Weise. Die meisten Wohnungsuchenden nahmen nach einem Bericht aus Schleswig-Holstein ausdrücklich Staat und Partei in die Pflicht. Sie beriefen sich dabei „immer wieder auf die in Vorträgen und in der Presse zum Ausdruck gebrachte Fürsorge für kinderreiche Familien und für den Nachwuchs"[111]. Auch die Gauleitung Thüringen sah sich mit einer „verzweifelte[n] Stimmung" der Wohnungsuchenden und mit deren Ansprüchen konfrontiert: „Die zahlreichen Gesuchsteller bringen immer wieder zum Ausdruck, daß sie ihre ganze Hoffnung auf die Partei setzen."[112] In Franken wurden „alle nur irgendwie in Frage kommenden Dienststellen sowohl der städtischen Behörden als auch der Partei [...], gera-

[108] Vgl. PrMinPräs an RAM, 23.7. 1940, in: BAK, NS 6/198; OB München an Parteikanzlei, 20.11. 1941, in: Ebenda, 6/270; Bericht d. OB Stuttgart ü. d. Wohnungslage in Stuttgart, 10.7. 1942, in: BAK, NS 25/1178; Gauleitung Westfalen-Süd an Parteikanzlei, 27.10. 1941, in: Ebenda.

[109] OB Mainz an OB München, 31.10. 1941, StadtA München, Wohnungsamt 58. Vgl. auch Hans Mommsen/Dieter Obst, Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933–1943, in: Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte. Mit Beiträgen v. Ralph Angermund u. a., hrsg. v. Hans Mommsen u. Susanne Willems, Düsseldorf 1988, S. 374–484, hier S. 402, 463 f.

[110] Bericht d. Gauleitung Berlin, Juni 1942, in: BAK, NS 6/199. Zu den „Judenhäusern" allgemein vgl. Konrad Kwiet, Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung, in: Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. Unter Mitarbeit v. Volker Dahm u. a., hrsg. v. Wolfgang Benz, München 1988, S. 545–659, hier S. 633 f., 647–649.

[111] Tätigkeitsbericht d. Gauamtes f. Kommunalpolitik Schleswig-Holstein, März/Juni 1942, in: BAK, NS 6/199. Vgl. auch Vermerk ü. d. Besprechung m. d. Reichsstatthalter, 16.12. 1942, in: StA Hamburg, Amt für Wohnungswesen 29, Bd. 1.

[112] Bericht d. Gauleitung Thüringen an Parteikanzlei, 1.3. 1941, in: BAK, NS 6/198. Vgl. auch Bericht d. Gauleitung Franken, 7.3. 1942, in: Ebenda, 6/573.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dezu täglich" von Wohnungsuchenden überlaufen: „Da den Gesuchstellern verständlicherweise nicht geholfen werden kann, spielen sich auf diesen Dienststellen des öfteren nicht zu beschreibende Szenen ab."[113] Auch der Leiter des Stuttgarter Wohnungsamtes berichtete „von heftigen Szenen, die Fronturlauber wegen der Unterbringung ihrer Familien seinen Beamten machen"[114].

Die offen zu Tage liegende Unfähigkeit des Regimes, das Problem der Wohnraumversorgung zu lösen, bedrohte zunehmend die politische Loyalität vieler „Volksgenossen". Die Gauleitung Pommern meldete Anfang 1942, die „Mißstimmung der Wohnungsuchenden" ziehe „immer größere Kreise". Die Wohnungsknappheit sei von der Bevölkerung zumindest hingenommen worden, so lange der „Endsieg" noch greifbar zu sein schien. Nun, da der Frieden „in nicht absehbare Ferne" gerückt sei, schwinde diese Toleranz[115]. DAF-„Führer" Robert Ley – als Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau mittlerweile auch direkt mit der Materie befaßt – meinte 1942, der Wohnungsmangel sei eine der „brennendsten innenpolitischen Angelegenheiten, von deren Regelung im gewissen Sinne auch die Verfassung unserer inneren Front beeinflußt werden kann"[116]. Martin Bormann, der zusehends an innenpolitischer Macht gewinnende Leiter der Parteikanzlei, urteilte ganz ähnlich: „Es steht völlig außer Zweifel, daß kein Problem eine derartige Unruhe unter der gesamten Bevölkerung auslöst wie das Wohnungsproblem."[117]

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt war zweifellos einer der Punkte, an denen die von der NSDAP immer wieder beschworene „Volksgemeinschaft" konkret zuschanden ging. Sowohl unter den direkt Betroffenen als auch in dem sehr viel größeren Kreis der einfach und beengt wohnenden Deutschen entstand vor dem Hintergrund des umfassenden Wohnungsmangels ein intensiver Neid auf diejenigen, die vermeintlich oder real besser untergebracht waren. Die gering verdienenden „Volksgenossen" vermerkten übellaunig und neidisch den Wohnungsluxus der führenden Persönlichkeiten von Staat, Partei und Wirtschaft; sie empörten sich darüber, daß z. B. bessergestellte Witwen allein in hochherrschaftlichen Unterkünften lebten, und forderten eine „gerechte" Umverteilung des vorhandenen Wohnraums[118]. Solchen Eingriffen in das Privateigentum und in die Privatsphäre aber verweigerte die oberste NS-Führung die Zustimmung. Zumal Hitler war der festen Überzeugung, Maßnah-

[113] Ebenda.

[114] Aktenvermerk d. Württemberg. Innenministeriums, 13.1. 1940, in: HStA Stuttgart, E 151 f II 233a. Vgl. auch OB Stuttgart an Reichsverteidigungskommissar f.d. Wehrbezirk V, 16.2. 1940, in: Ebenda.

[115] Gauleitung Pommern an Partei-Kanzlei, 9.2. 1942, in: BAK, NS 6/259.

[116] Reichskommissar f.d. sozialen Wohnungsbau an Leiter d. Partei-Kanzlei, 28.5. 1942, in: BAK, NS 6/198.

[117] Leiter d. Parteikanzlei an Reichsmin. f. Rüstung u. Kriegsproduktion, 29.7. 1942, in: BAK, NS 6/259.

[118] Vgl. Reichspropagandaministerium an Reichsmin. d. Innern, 4.4. 1942, in: BAK, NS 6/198; Meldungen aus dem Reich, S. 659 (Bd. 3), S. 2987–2992 (Bd. 8), S. 4461 (Bd. 12), S. 4744–4750 (Bd. 12), S. 5124 (Bd. 13), S. 5251 (Bd. 13).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men dieser Art würden weit mehr Unfrieden stiften als Gutes bewirken[119]. Erst 1943/44 trat hier eine Wandlung ein.

Das Geschehen auf den Wohnungsmärkten wurde in diesen letzten Jahren des Krieges und der NS-Herrschaft von drei eng miteinander verbundenen Entwicklungen beherrscht, die hier nur noch summarisch behandelt werden können. Der alliierte Bombenkrieg steigerte den ohnehin schon starken Wohnungsmangel zur Katastrophe. Schätzungsweise 2,6 bis drei Millionen Wohnungen (17 bis 19 Prozent des Vorkriegsbestandes) wurden bis Mai 1945 vollständig zerstört. Zahlreiche Großstädte – zumal im Westen des Reichs – verloren ein Drittel bis die Hälfte aller 1939 vorhandenen Unterkünfte; in einigen Fällen lag der Zerstörungsgrad sogar noch höher[120].

In Reaktion darauf ließ Hitler nun doch eine öffentliche Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraums zu, um die Unterbringung ausgebombter Familien sicherzustellen. So etwas wie „Wohnraumgerechtigkeit" – und das hieß in den letzten Kriegsjahren: Gleichheit vor dem Mangel und der Not – aber wurde auch in den beiden letzten Kriegsjahren nicht hergestellt. Dazu fiel die Handhabung der Bewirtschaftungsvorschriften lokal und regional zu verschiedenartig aus; auch ließ der unterschiedliche räumliche Zuschnitt der Wohnungen keine gleichmäßige Belegung aller Unterkünfte zu; schließlich scheuten die zuständigen Stellen oft vor der Inanspruchnahme des Wohnraums prominenter Bürger zurück. Da sich auch viele der durch amtliche Beschlagnahme und Einquartierung zustandegekommenen Zwangswohngemeinschaften als konfliktträchtig erwiesen, war der Wohnungsmarkt noch stärker als je zuvor einer der zentralen sozialen Konfliktherde des nationalsozialistischen Deutschland[121].

Die Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraums war seit 1943 auch deshalb unumgänglich, weil an die Neuerrichtung von Wohnungen in erforderlicher Zahl überhaupt nicht zu denken war. Bereits am 15. März 1943 untersagte Reichswohnungskommissar Robert Ley intern die Ausführung normal konzipierter Unterkünfte: „Trotz der vorhandenen Wohnraumverknappung, die durch die Terrorangriffe feindlicher Flieger auf deutsche Wohnviertel laufend erhöht wird, verbietet [es] uns die verschärfte Kriegsführung, Menschen und Material in größerem Umfange für bauliche Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot einzusetzen."[122]

Mit dieser Kapitulationserklärung fand die nationalsozialistische Baupolitik gewissermaßen vollends zu sich selbst: Die Unterordnung der zivilen Aufgabe des Wohnungsbaus unter die Anforderungen des Krieges hatte sie von Anfang an geprägt; nun trat dieser Grundsatz uneingeschränkt in Kraft. Die bereits 1941 eingeleitete Debatte

---

[119] Vgl. dazu Führer, Mieter, S. 340f.

[120] Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990, S. 262; Heinz Günther Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg mit einem Überblick über die Entwicklung 1945 bis 1990, Bonn 1991, S. 58. Zu den Mühen, mit denen dieses „Erbe" der NS-Zeit nach 1945 abgetragen wurde: Günther Schulz, Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1957, Düsseldorf 1994.

[121] Vgl. dazu ausführlich Führer, Mieter, S. 338–349.

[122] Rundschreiben d. Reichswohnungskommissars, 15.3. 1943, in: StA Bremen, 4, 29/1–734.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über die Ausgestaltung des nach dem Kriege zu realisierenden „sozialen Wohnungsbaus" trug von daher stark künstlichen Charakter. Trotz der großzügigen Versprechungen, die in diesem Rahmen öffentlich ausgesprochen wurden, zeigten sich die „Volksgenossen" nach kurzer Euphorie von diesem Zukunftsprogramm nur wenig beeindruckt: Es war zur Enttäuschung der Machthaber nicht geeignet, die „Hoffnungslosigkeit", mit der die Bevölkerung das Problem des Wohnungsmangels diskutierte, aus der Welt zu schaffen[123]. In Württemberg hatte die SS schon Ende 1941 berichtet, es mehrten sich unter Arbeitern die Stimmen, man wolle für die Dauer des Krieges nichts mehr von großartigen Zukunftsplänen der DAF und auch nichts mehr „von KDF-Schiffen" hören: „Sie wollen vielmehr alle zuerst einmal ordentlich wohnen."[124]

Konkrete Wohnungsbaupolitik, die sich nicht in den Idealzustand nach dem „Endsieg" hineinträumte, wurde in den letzten Kriegsjahren entgegen diesen Ansprüchen der Bevölkerung weitgehend identisch mit der Planung und Errichtung von Behelfsheimen. Alle bisherigen Bedenken über die Zumutbarkeit solcher „Wohnlauben" wurden nun entschlossen über Bord geworden[125]. Hitler selbst profilierte sich dabei in ganz neuartiger Weise als oberster Bauherr des Reichs: „In Deutschland seien vor 50 Jahren Wasserklosetts unbekannt gewesen und unsere Vorfahren hätten auch gelebt." Der von ihm erteilte Auftrag, drei Millionen Einfach-Behausungen ohne Strom-, Kanalisations- und Wasseranschluß „in möglichst kurzer Zeit" zu errichten, mißachtete freilich souverän die Gegebenheiten der Kriegswirtschaft. Albert Speer erklärte noch auf der gleichen Besprechung, auf der Hitlers Weisung erging, er könne und werde für dieses Projekt „Lastwagen, Treibstoff und Menschen nicht zur Verfügung stellen", weil die Anforderungen der Rüstungsproduktion dies nicht zuließen. Es sei – so Speer – empörend, „daß man dem Führer zumute, einen Auftrag zu erteilen, dessen Undurchführbarkeit von vornherein feststehe". Hitler allerdings beharrte, es müsse „irgendwie" neuer Wohnraum geschaffen werden, „denn sonst würden wir eine Winterkatastrophe von nicht abzusehenden Ausmaßen erleben"[126].

Der daraufhin in erheblich reduziertem Umfang unter dem Namen „Deutsches Wohnungshilfswerk" doch noch begonnene Bau von Behelfsheimen erwies sich als gänzlich ungeeignet, die durch den Krieg drastisch verschärfte Wohnungsmarktsituation nennenswert zu beeinflußen. Resigniert meldete die Gauleitung Mark Brandenburg

[123] Meldungen aus dem Reich, S. 2987 (Bd. 8). Zu den Planungen für den Nachkriegswohnungsbau vgl. Marie-Luise Recker, Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985, S. 128–154.

[124] Auszug a. d. Stimmungsbericht d. SS, o. D. [Okt. 1941], in: HStA Stuttgart, E 151 f I, Lfd. Nr. 42, Aktenz. 600.

[125] Noch Anfang 1939 hatten sich alle verantwortlichen Reichsstellen gegen die Errichtung von Behelfsheimen ausgesprochen. Der Bremer Senat, der mit Blick auf die rund 5000 in der Stadt fehlenden Wohnungen einen entsprechenden Vorstoß unternommen hatte, gewann den Eindruck, „daß sich jede Stelle aus politischen Gründen scheut, in einer Zeit, in der große Prachtbauten hergestellt werden, der Bevölkerung offiziell derart kümmerliche Behausungen zu erstellen". Bericht d. Bremer Senators f. Arbeit u. Technik, Haltermann, ü. d. Besprechung im RAM, 18. 3. 1939, in: StA Bremen, 4, 29/1–732.

[126] Aktenvermerk M. Bormann, 5. 8. 1943, in: BAK, NS 6/579.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im November 1944: „Wir geben uns alle Mühe, den Behelfsheimbau voranzubringen, es fehlt aber an allem, um zum Erfolg zu kommen. Denn nur aus zusammengesuchtem Material kann man doch keine Behelfsheime in großer Zahl fertig stellen."[127]

Gleichzeitig traktierte Reichswohnungskommissar Robert Ley die „Volksgenossen" mit einer Broschüre, die Vorteile und Annehmlichkeiten des Behelfsheims pries. Das Werbeblatt benannte auch allerlei zukünftige Verwendungsmöglichkeiten der Notbauten für die Zeit nach dem als sicher vorausgesetzten Sieg. Die Parteikanzlei allerdings zweifelte am propagandistischen Wert dieser Ausführungen. Nüchtern wandte sie ein, es sei „nicht gerade geschickt [...], dem Volksgenossen, der sich heute mit dem Behelfsheim als Heimstätte begnügt, vor Augen zu führen, dass sich sein Heim vorzüglich als ‚Erfrischungsbude', ‚Zeitungsstand', ‚Kleintierstall', ‚Geräteschuppen' usw. eignet"[128]. Diese bizarre Episode macht deutlich, wie vollständig sich die nationalsozialistische Wohnungspolitik in den letzten Kriegsjahren in Widersprüche verstrickte. Der Kontrast zwischen den hochfahrenden Zukunftsversprechungen und der traurigen Gegenwart konnte schneidender nicht ausfallen: Einerseits die Ankündigung, nach dem Krieg würden großzügige, aber dennoch enorm preiswerte Wohnungen gebaut, andererseits die zunehmende Verwüstung der Städte und ein unzureichender, nur notdürftig aufrechterhaltener Bau von Behelfsheimen – angesichts dieser Diskrepanz zwischen Propaganda und Realität kamen selbst hohe Funktionsträger des Regimes zu dem Ergebnis, daß „kein Mensch uns mit der Zeit mehr ernst nehmen kann"[129]. Die drohende De-Legitimierung der nationalsozialistischen Herrschaft durch das ungelöste und unlösbare Problem des Wohnungsmangels hatte damit selbst die inneren Kreise der Partei erreicht.

In der seit längerer Zeit andauernden geschichtswissenschaftlichen Debatte über modernisierende Effekte des Nationalsozialismus hat Hans Mommsen kürzlich noch einmal dezidiert mit der These Position bezogen, das NS-Regime sei zu konstruktiver Politik prinzipiell unfähig gewesen. Im Endeffekt hätten stets die destruktiven Tendenzen und Absichten der Machthaber die Oberhand gewonnen[130]. Der Be-

[127] Gauleitung Mark Brandenburg an Partei-Kanzlei, 23.11. 1944, in: Ebenda, 6/566. Zum Wohnungshilfswerk allgemein vgl. Recker, Sozialpolitik, S. 250–265. Bis Ende Juni 1944 waren reichsweit 53 000 Behelfsheime fertiggestellt, weitere 23 000 waren im Bau. Die Häuser wurden vielfach von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen errichtet, die dafür aus Großbetrieben abgezogen wurden. Die verbliebenen Betriebsangehörigen wurden durch „Ausschöpfung des gesamten Leistungsvermögens" gezwungen, den vorherigen Produktionsstand zu halten; vgl. H. Bangert, Ein Gau baut Behelfsheime, in: Die Deutsche Sozialpolitik 1 (1944), S. 53 f. Der Bericht bezieht sich auf den Gau Düsseldorf.

[128] Aktenvermerk d. Partei-Kanzlei, 11.1. 1945, BAK, NS 6/566. Ein Lob des Behelfsheims vgl. auch in: Werner Lindner, Zur Bedeutung des Behelfsheims für Heimstatt und Volk, in: Die nationalsozialistische Gemeinde 12 (1944), S. 67–70, hier S. 69.

[129] Stellvertr. Gauleiter Ost-Hannover an Partei-Kanzlei, 9.9. 1943, in: BAK, NS 6/579.

[130] Hans Mommsen, Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 391–402, hier S. 399. Vgl. zu der Debatte insgesamt Axel Schildt, NS-Regime, Modernisierung und Moderne. Anmerkungen zur Hochkonjuktur einer andauernden Diskussion, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 3–22.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reich der Wohnungsmarkt- und Wohnungsbaupolitik, der wohl wie kaum ein anderes Politikfeld als Prüfstein für konstruktives Vorgehen geeignet ist, kann als treffliche Exemplifizierung dieser These dienen. Schon in den Vorkriegsjahren ließ das Regime den Wohnungsbau nur in einem Umfang zu, der die Ausrichtung der deutschen Volkswirtschaft auf den geplanten erneuten Waffengang nicht behinderte; im Krieg schließlich wurde die Neubaupolitik vollends den Notwendigkeiten der Rüstungsproduktion untergeordnet. Die „Geißel" des Wohnungsmangels, unter der die deutsche Bevölkerung in der Zeit der Diktatur zunehmend litt, war daher kein zufälliger Begleiter der Epoche zwischen 1933 und 1945. Das Problem ergab sich unmittelbar aus dem Wesen der nationalsozialistischen Herrschaft.

Wolfgang Krieger/
Jürgen Weber (Hg.)
Spionage für den Frieden?
Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges
Akademiebeiträge zur Politischen Bildung, Band 30
271 Seiten, Broschur
ISBN 3-7892-9280-X
DM 32,-/ÖS 234,-/SFr 30,-

Heinrich Oberreuter/
Jürgen Weber (Hg.)
Freundliche Feinde?
Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland
Akademiebeiträge zur Politischen Bildung, Band 29
240 Seiten, Broschur
ISBN 3-7892-9230-3
DM 32,-/ÖS 234,-/SFr 30,-

Heinrich Oberreuter (Hg.)
Parteiensystem am Wendepunkt
Wahlen in der Fernsehdemokratie
260 Seiten, Paperback
ISBN 3-7892-9370-9
DM 19,80/ÖS 145,-/SFr 19,80

Jürgen Weber (Hg.)
Der Bauplan für die Republik
Das Jahr 1948 in der deutschen Nachkriegsgeschichte
360 Seiten, geb. m. Schutzumschlag
ISBN 3-7892-9340-7
DM 68,-/ÖS 496,-/SFr 64,-

OLZOG
GÜNTER OLZOG VERLAG
Postfach 17 52
86887 Landsberg

Jürgen Weber/
Michael Piazolo (Hg.)
Eine Diktatur vor Gericht
Vergangenheitsbewältigung der SED-Diktatur durch die Justiz Akademiebeiträge zur Politischen Bildung,
Band 28
248 Seiten, Broschur
ISBN 3-7892-8390-8
DM 32,-/ÖS 234,-/SFr 30,-

Jürgen Weber (Hg.)
Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur
Akademiebeiträge zur Politischen Bildung,
Band 27
248 Seiten, Broschur
ISBN 3-7892-8340-1
DM 32,-/ÖS 234,-/SFr 30,-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GERHARD KEIDERLING

SCHEINPLURALISMUS UND BLOCKPARTEIEN

Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945

Die Entstehung des Parteiensystems in der SBZ auf der Basis des SMAD-Befehls Nr. 2 vom 10. Juni 1945 stand immer im Blickfeld der Zeitgeschichte und der Politischen Wissenschaft. Während sich die SED-Historiographie auf die Exegese der parteiamtlichen Darstellung beschränkte[1], hat sich die westliche Forschung der Thematik sowohl ereignisgeschichtlich (Aufhellung der Parteien- und der Blockbildung) als auch systemanalytisch (Genese und Funktion des „Mehrparteiensystems" im Rahmen der SED-Diktatur) angenommen[2]. Die Auswertung neuer Quellen erlaubt nun vertiefte Einblicke in die Berliner Vorgänge von Mai bis Juli 1945, die richtungbestimmend für den Wiederaufbau politischer Parteien in der Ostzone waren und auch Impulse für die westzonalen Neuansätze gaben. Im folgenden soll der Anteil der KPD an der planerischen und organisatorischen Vorbereitung des Parteiensystems in der SBZ betrachtet werden.

---

[1] Die von Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Berlin (Ost) 1955, vorgegebene Darlegung der Berliner Parteiengründungen blieb lange für die DDR-Historiographie verbindlich. In den achtziger Jahren erschienen einige Arbeiten, die ein differenziertes, die Grundaussagen aber nicht in Frage stellendes Bild boten. Vgl. Günter Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin (Ost) 1985. Da das Manuskript bereits 1994 bei den VfZ eingereicht wurde, beziehen sich die Archivsignaturen auf diesen Stand.

[2] Vgl. u.a. Norbert Mattedi, Gründung und Entwicklung der Parteien in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn/Berlin 1966; Dietrich Staritz, Zur Entwicklung des Parteiensystems in der SBZ/DDR 1945–1949, in: Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1976; Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, hrsg. von Hermann Weber, Köln 1982; Frank Thomas Stössel, Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945–1954, Teil 1 und 2, Köln 1985; Hermann Weber, Traditionslinien und Neubeginn der deutschen Parteien 1945 – am Beispiel der „Arbeiterparteien", in: Max Kaase (Hrsg.), Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zur Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweisen, Opladen 1986; SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S. 433 ff.; Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1945–1949, Köln 1986; Jürgen Frölich (Hrsg.), Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995.

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I. Das Parteienmodell der KPD 1944/45

Die Perspektive des deutschen Parteienwesens nach dem Kriege erörterte die Moskauer Exilführung der KPD im Rahmen ihrer Strategiedebatte vom Februar 1944 bis März 1945 in der „Arbeitskommission des Zentralkomitees der KPD für politische Probleme“[3]. Dabei ging es ihr um Klarheit über Voraussetzungen, Techniken und Formen einer kommunistischen Revolution im unmittelbaren Gefolge des NS-Ruins. Schon in der Volksfrontperiode (1934–1939) hatte die KPD-Führung künftige (partei-)politische Modelle diskutiert. Aufgrund der damaligen Erfahrungen, als sich andere antinazistische Kräfte nicht in der gewünschten Weise zur Zusammenarbeit mit Kommunisten bereitfanden, erschien es als wichtige Aufgabe der KPD, ihre Mitglieder- und Einflußbasis zu verbreitern und sich mit allgemein-demokratischen Sammellosungen als die „Partei der werktätigen Massen Deutschlands“ zu empfehlen[4]. Dem entsprach die in Führungskreisen lange verbreitete Ansicht, daß es in Hitler-Deutschland nur die illegal kämpfende KPD gäbe und sonst keine weitere Partei von Gewicht für die Gestaltung der Nachkriegsgesellschaft. „Ob in Deutschl[and] Parteien existieren – nein, nur KPD“, beteuerte der Parteivorsitzende Wilhelm Pieck am 17. April 1944[5].

Aus der Entwicklung des im Juli 1943 bei Moskau gegründeten Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) leitete die KPD zeitweise die Chance einer von ihr gelenkten Sammlungsbewegung in Gestalt eines „Blocks“ oder einer „Front“ zur Integration von Parteiinteressen ab. Zudem bestand die Meinung, daß für die bürgerli-

[3] Die „Arbeitskommission des Zentralkomitees für politische Probleme“ beriet vom 6.3. bis 21.8. 1944 in 18 Sitzungen und vom 4.1. bis 26.3. 1945 in fünf Sitzungen Grundfragen „des Kampfes für den Sturz Hitlers und der Gestaltung des neuen Deutschlands“. Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED (künftig: SAPMO-BA, ZPA), NL 36, Nr. 501. Aus SED-Sicht siehe Horst Laschitza, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969, S. 88 ff.; Werner Berthold, Die Konzipierung von Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte in der Arbeitskommission des Politbüros des ZK der KPD und ihr Auftrag (1944/1945), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 3, Berlin (Ost) 1969; Peter Kirste, Wirtschaftspolitik und antiimperialistische Umwälzung. Zur Erarbeitung wesentlicher Grundsätze der wirtschaftspolitischen Konzeption der KPD für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung (Februar 1944–April 1945), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14, Berlin (Ost) 1976. Ferner Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

[4] Ihre konzeptionellen Überlegungen in der Parteifrage trug die KPD-Führung vor allem auf ihren Konferenzen von 1935 und 1939 vor. Vgl. die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15.10. 1935), Berlin (Ost) 1975; Die Berner Konferenz der KPD (30.1.–1.2. 1939), Berlin (Ost) 1974. Aus der umfangreichen Literatur sei besonders verwiesen auf Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971.

[5] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 501, Bl. 34. Gegen solch irrige Meinung trat Wilhelm Florin im April 1944 auf, vgl. Erler/Laude/Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir“, S. 159 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Parteien vor 1933, die durch ihre Vielzahl, ihre Gegensätzlichkeiten und ihr „Gezänk" die Machtergreifung der NSDAP mit herbeigeführt hätten, im „neuen Deutschland" kein Platz sein dürfe. Sie hätten sich mit ihrer Kapitulation vor Hitlers Ermächtigungsgesetz selbst das Todesurteil ausgesprochen. Pieck schrieb im Januar 1944: „Vielparteien nicht geeignet. [...] Einheitliche Arbeiterpartei (was ist vorteilhafter, als KPD oder anderer Name), ob Partei auf breiter nationaler und sozialer Basis (Freies Deutschland)."[6] Im April 1944 fragte er erneut: „Block der Parteien oder Block der kämpferischen Demokratie? Was ist pol[itisch] zweckmäßig: von Parteien sprechen oder von Sache, um die es geht."[7]

In der Arbeitskommission wurde ein Parteienmodell kontrovers diskutiert. Laut Politbüromitglied Anton Ackermann stand man vor der Alternative, „ob es in einem hauptsächlich von der Roten Armee befreiten Deutschland der Nachkriegszeit nur eine Kommunistische Partei und eine antifaschistisch-demokratische Massenbewegung oder ein Mehrparteiensystem geben wird. Nach vielem Hin und Her fiel die Entscheidung unzweideutig in dem Sinne, daß mit der Neubildung der Kommunistischen Partei Deutschlands auch andere, antifaschistisch-demokratische Parteien und eine Art von Massenbewegung (etwa wie die Bewegung ‚Freies Deutschland') entstehen werden."[8]

Im Januar 1944 hatte Rudolf Lindau, ein in der Parteigeschichte versierter Funktionär, Pieck darauf hingewiesen, „daß in einem Deutschland demokratischer Volksfreiheit das Entstehen (bzw. die Wiederherstellung) verschiedener Parteien absolut sicher zu erwarten ist. Mehrere Parteien gibt es überall, wo u[nd] solange die Gesellschaft in Klassen gespalten ist und die Arbeiterklasse noch nicht gesiegt hat. [...] Unter *den* Umständen eine breite Volksbewegung ähnlich der Bewegung ‚Freies Deutschland' als Basis unserer Massenpolitik zu schaffen u[nd] im Fluß zu halten, wird ungeheuer schwer sein; aber unmöglich würde das werden, wenn die ideologisch einheitliche, org[anisatorisch] fest geschlossene, in höchstem Maße elastische, revolutionäre Partei der Arbeiterklasse fehlt." Über die Konturen einer von den Kommunisten organisierten und geführten Einheitspartei schrieb Lindau: „Wenn wir die Partei nicht absperren (das kann man nicht), wird sie bei Vorhandensein legaler Bestimmungen bald eine breite Massenpartei mit einem ideologischen Niveau sein, das viel zu wünschen übrig läßt. Deswegen sollte man z. B. die Frage, wie die Demokratie in der Partei gewahrt wird, aber gleichzeitig die Führung (Führung im weitesten Sinne) durch die ideologisch stärksten Kader möglichst gesichert wird, überlegen."[9] Damit war ein Kardinalproblem kommunistischer Politik angeschnitten, nämlich die Vereinbarkeit von stalinistischer Kaderpartei und bedingt demokratischer Massenpartei.

---

[6] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 545, Bl. 27.

[7] Ebenda, Nr. 501, Bl. 32. Im Februar 1945 wiederholte Pieck: „Ist es zweckmäßig, die Anhänger der Bewegung Freies Deutschland zu einer breiten demokratischen Organisation mit Einzel- oder Kollektiv-Mitgliedschaft zusammenzufassen?", in: Ebenda, Nr. 544, Bl. 132.

[8] SAPMO-BA, ZPA, EA 1291/2, Bl. 384.

[9] SAPMO-BA, ZPA, NL 72, Nr. 167, Bl. 53 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der ZK-Arbeitskommission stellte man sich ab Mitte 1944 auf konkurrierende Kräfte nach dem Kriege ein. Parteien würden „nicht allein als Organisation", sondern auch „im Bewußtsein und als Gruppen" die NS-Zeit überleben[10]. Unter Hinweis auf Italien, wo sich nach zwanzigjähriger faschistischer Diktatur die alten Parteien rekonstituierten, stellte Pieck fest: „Parteien wird es geben – Ausdruck verschiedener Interessen – aber nur auf antifasch[istischer] Grundlage. [...] Wiederaufbau der alten bürgerl[ichen] Parteien nicht möglich."[11] Konnte man – so Pieck im März 1944 – anderen nicht „verwehren, sich in solchen Parteien zusammenzufinden", so wollte man „keinen Schritt tun, um Entstehung oder Wiederaufleben der Parteien zu fördern"[12]. Auf jeden Fall sollte eine Parteienvielzahl verhindert werden: „Block der Parteien – nat[ionaler] Block kämpferische Demokratie –, um Zersplitterung vorzubeugen. In diesem Block wir die Führung."[13]

Die Intentionen der KPD liefen auf ein überschaubares Parteienmodell hinaus. Einer bzw. zwei Arbeiterparteien sollten nur ein bis zwei bürgerliche Parteien gegenüberstehen, um sie besser kontrollieren und an sich binden zu können. Am liebsten hätte man gesehen, wenn sich im bürgerlichen Lager nur drei Organisationen entwickelten: eine „katholische Organisation" anstelle der Zentrumspartei, eine „Mittelstandspartei" und ein „Bauernbund", notfalls von Kommunisten selbst gegründet[14]. Den Bürgerlichen wurde ein beschränkter Einfluß zugemessen. Angelpunkt in diesem Parteienmodell war die Sozialdemokratie. Trotz gemeinsam erlittener Verfolgung durch das Hitlerregime beharrte die KPD auf ihrer Schuldanklage des „Verrats der Arbeiterinteressen" im Jahre 1933. Piecks vernichtendes Urteil vom Dezember 1933, wonach „jede Wiederherstellung der zertrümmerten sozialdemokratischen Organisation für die Sache der Arbeiterklasse schädlich ist"[15], beherrschte noch immer das Denken der Funktionäre. In den „Bemerkungen zu dem Bericht über die deutsche Emigration" vom 15. Februar 1945 fand sich die alte Klassifizierung der Sozialdemokratie wieder: erstens die „reaktionären Führer", „die nichts aus der Vergangenheit gelernt haben, eine ausgesprochene sowjetfeindliche Haltung einnehmen und gegen die Zusammenarbeit mit den Kommunisten sind"; zweitens „eine schwankende Gruppe" und drittens „eine Gruppe wirklich ehrlicher linker Sozialdemokraten, die scharf die Weimarer Politik der Sozialdemokratie verurteilen, für eine feste Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintreten und eine positive Stellung zur Sowjetunion haben"[16]. Unter Isolierung der „Rechten" spekulierte man darauf, das Linkspo-

[10] Ebenda, NL 36, Nr. 501, Bl. 11 und 32 f.
[11] Ebenda, Bl. 35.
[12] Ebenda, Bl. 24.
[13] Ebenda, Bl. 11.
[14] Ebenda, Bl. 35.
[15] Aus dem Rechenschaftsbericht der KPD, den Wilhelm Pieck im Dezember 1933 vor dem XIII. Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI)-Plenum in Moskau erstattete, zit. in: Frank Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie, Bonn/Bad Godesberg 1973, S. 26.
[16] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 544, Bl. 134 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tential in die KPD herüberzuziehen[17]. Im April 1944 schätzte Pieck die Lage ein: „Sozialdemokraten – in Gruppen zerfallen – viele Richtungen – Rechte suchen Anschluß an bürgerliche Kreise – wir müssen sozialdemokratische Massen gewinnen für die Einheit."[18] Weil „nicht belastet mit Bankrotten", fühlte sich die KPD stark genug, „Sozialdemokraten, Katholiken den Boden zu entziehen"[19] und im Rahmen eines „Blocks der kämpferischen Demokratie" zur „größten Massenpartei", zur „nationalen Führungskraft" und zur „Staatspartei" – wie 1944/45 der neue Charakter der Partei definiert wurde – zu avancieren.

Die Arbeitskommission erkannte die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Wesen und Politik der Partei. In der ersten Sitzung vom 6. März 1944 notierte Pieck: „starke KPD = jetzt schon Partei umerzogen – abstreifen Starrheit – Sektierertum, besonders da nationale Probleme stehen"[20]. Aus der zweiten Sitzung vom 27. März 1944 stammte dies: „Noch nicht anerkannt im dtsch. Volk als nationale Kraft infolge falscher Politik – als Agenten von Moskau – Leninschüler – sozialistisches Lager – Sozialismus, das liegt nicht im Interesse der SU; unsere internationalistische Pflicht gegenüber SU, nur wenn wir nationale Interessen, nicht aus Solidarität zur SU = sondern weil wir deutsche Interessen vertreten – gute deutsche Patrioten. Nur vom Volke als nationale Kraft, wenn auf Lebensfragen eine Antwort."[21] Und während der fünften Sitzung vom 24. April 1944 hielt Pieck fest: „KPD muß tiefe Wandlung durchmachen – nicht nur Partei der Arbeiterklasse, sondern Partei des schaffenden Volkes – der Nation."[22]

Wie sehr solcher Einsicht letztlich die Bereitschaft fehlte, über den Schatten der eigenen Vergangenheit zu springen, offenbarte Wilhelm Pieck in einer Lektion in der Antifa-Schule in Krasnogorsk bei Moskau am 21. Juni 1945. Vehement wandte er sich gegen die Meinung, die deutschen Kommunisten seien „Agenten von Moskau, die sich nicht von Interessen des deutschen Volkes leiten lassen, sondern von Interessen SU. Vieles hat diese Vorstellung begünstigt – Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale, dessen Exekutivkomitee, Sitz in Moskau, dessen Beschlüsse maßgebend – auch Kampfruf ‚Heil Moskau'." Doch dann rechtfertigte er: „Diese Verbundenheit mit der KPdSU und Stalin ist keine Abhängigkeit, sondern beruht auf der Erkenntnis der großen Leistung, die in der Oktoberrevolution und in der Verwirklichung des So-

[17] Die taktische Linie für einen Massenübertritt von Sozialdemokraten – sie wurde en bloc im Frühjahr 1946 vollzogen – hatte Pieck im Dezember 1933 vor dem XIII. EKKI-Plenum dargelegt: „Es liegt an der Arbeit unserer Genossen, ihnen zu helfen, gute Kommunisten zu werden. Wir müssen selbstverständlich die feste kommunistische Führung in unserer Organisation und allen unseren Aktionen sichern." Zit. in: Moraw, Die Parole der „Einheit", S. 26.

[18] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 501, Bl. 35. Pieck ergänzte: „Nicht mit SPD eine Partei, aber Einheitspartei auf Basis der Aktionseinheit – Beschluß Berner Parteikonferenz – ob sich wiederholen 1918/19 – Umwandlung des Namens der alten Partei." Ebenda, Bl. 41.

[19] Ebenda, Bl. 45.

[20] Ebenda, Bl. 14.

[21] Ebenda, Bl. 23.

[22] Ebenda, Bl. 44.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zialismus vollbracht wurde."[23] Der Wunschtraum, als „deutsche Partei" akzeptiert zu werden, blieb die eigentliche Crux der KPD, die sich schon bald nach der Wiedergründung wegen ihrer allgemein sichtbaren Bevorzugung seitens der sowjetischen Besatzungsmacht mit der Vorhaltung einer „Russenpartei" konfrontiert sah.

Im Herbst 1944 brachte die KPD-Führung ihre Vorstellungen über die nach Hitlers Sturz in Deutschland zu errichtende Ordnung zu Papier. Ihre Kennzeichen sollten „Vernichtung der faschistisch-imperialistischen Reaktion und Aufrichtung eines Volksregimes" im Rahmen einer parlamentarischen Republik sein[24]. Von der „formalen" Demokratie westlich-liberaler Prägung à la Weimar wurde der zu gestaltende neue Typus als „kämpferische Demokratie" begrifflich klar abgegrenzt und inhaltlich als zeitgemäße Abwandlung von Lenins Konstrukt einer „revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Einschluß anderer politisch-sozialer Kräfte", die den Weg zur sozialistischen Revolution öffnen solle, definiert[25].

In den Entwürfen des „Aktionsprogramms des Blocks der kämpferischen Demokratie" vom Herbst 1944 bewegten sich die Vorstellungen von künftigen Organisationsformen im alternativen Rahmen von „Volksausschüssen" (bei Anklang an das Räte-System) im staatlich-administrativen Bereich und eines „Blocks der kämpferischen Demokratie" entweder als politische Massenbewegung („Front") oder als Koalition bestehender Parteien, Gewerkschaften und Organisationen („Block"). Solange die KPD-Führung die Möglichkeit einer Volkserhebung im Reich nicht ausschloß[26], optierte sie für den Weg der Volksausschüsse, die „keine Organe einer Partei, sondern Organe der großen Bewegung ‚Freies Deutschland'" sein sollten[27].

Als die Jalta-Konferenz die Gewißheit brachte, daß die bedingungslose Kapitulation Deutschlands eine militärische Besetzung zur Folge haben würde, stellte sich die KPD-Führung auf die veränderte Situation ein und nahm Kurs auf die schnelle Rekonstruktion der Partei in den sowjetisch besetzten deutschen Gebieten. Am 15. Februar 1945 unterbreitete Pieck dem früheren Komintern-Chef Georgi Dimitroff, der seitens der KPdSU(B) für die in Moskau exilierten „Bruderparteien" zuständig war, einen „Entwurf zu Anweisungen für die Anfangsmaßnahmen zum Aufbau der Parteiorganisation in den besetzten Gebieten"[28]. Am 17. Februar 1945 legte die Füh-

[23] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 421, Bl. 252.

[24] Das im September 1944 vorgelegte „Kampfprogramm für Beendigung des Krieges, Frieden und Schaffung eines neuen, freien Deutschlands" wurde wiederholt umgearbeitet und als „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie" (3. Entwurf) im Oktober 1944 angenommen. Ende 1944 legte Anton Ackermann eine erweiterte Fassung vor. Vgl. ebenda, Nr. 499, Bl. 203–205, 210–214, 240–260.

[25] Vgl. Lektionen Piecks vom Oktober 1944 und vom 10. 3. 1945, in: Ebenda, Nr. 420, Bl. 88 ff., und Nr. 421, Bl. 123 ff.

[26] Vgl. Piecks Notiz vom 9. 8. 1944: „Wie Krieg zu Ende und Hitler gestürzt? 3 Möglichkeiten: durch Volkserhebung, durch Bourgeoisie, durch fremde Mächte. Was wahrscheinlich?", in: Ebenda, Nr. 545, Bl. 38.

[27] Vgl. Rededisposition Wilhelm Florins vom Juni 1944, zit. in: Erler/Laude/Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir", S. 194.

[28] Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 502, Bl. 32 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungstroika Pieck-Ulbricht-Ackermann fest: „Sofortiger Aufbau einer Parteiorganisation von oben nach unten."[29] Tags darauf wurde der „Vorschlag für die nächsten Maßnahmen der deutschen Kommunisten" entworfen, in dem es hieß: „Nach dem Aufbau der Parteiorganisation und nach der Schaffung des Volksausschusses ist mit der Schaffung breiter Massenorganisationen zu beginnen", nämlich mit der Bewegung „Freies Deutschland", mit Gewerkschaften, mit einem „demokratischen Landarbeiter- und Bauernbund" sowie einer „Jugendorganisation unter der Bezeichnung ‚Freie deutsche Jugend' oder so ähnlich"[30].

Aber schon am 19. Februar 1945 mußte die Planung geändert werden. Dimitroff übermittelte Pieck die sowjetische Anweisung, daß eine politisch-organisatorische Tätigkeit deutscher Kommunisten in den befreiten Gebieten vorerst nicht zugelassen werden könnte. In der ersten Etappe der militärischen Besetzung sollten Gruppen der KPD mithelfen bei der Normalisierung des Lebens, bei der Ausmerzung nazistischer Kräfte und bei der Einrichtung örtlicher Verwaltungen durch die Militärkommandanten; erst in einer zweiten Etappe könnte die „Schaffung der KPD" erlaubt werden[31]. Die KPD-Spitze folgte der neuen Direktive, ohne ihre Vorbereitungen völlig einzustellen[32]. Bereits am 20. Februar 1945 legte sie Kaderlisten für drei Vorausgruppen vor[33]. Mit der Nominierung Walter Ulbrichts als Leiter der zentralen Gruppe in Berlin bekundete die Parteiführung, daß sie der deutschen Hauptstadt eine beispielgebende Funktion bei der Rekonstruktion der KPD und bei der Etablierung ihres favorisierten Parteiensystems einräumte[34].

Von Anfang an trat die KPD mit einem axiomatischen Führungsanspruch auf. Sie begründete ihn damit, als einzige Partei in der Weimarer Republik vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus gewarnt und während der Hitlerdiktatur die größten Blutopfer gebracht zu haben. Ferner nahm sie für sich in Anspruch, das einzig richtige, wissenschaftlich begründete Programm für die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen des deutschen Volkes zu besitzen und mit der Sowjetunion als der „progressivsten Macht der Welt" liiert zu sein, woraus sie Gesetzmäßigkeit und Sieghaftigkeit des Sozialismus deduzierte. Die solcherart umgeschriebene Parteigeschichte wurde nach Juni 1945 zur Pflichtlektüre in der Parteischulung.

---

[29] Ebenda, Nr. 500, Bl. 23.

[30] Ebenda, Nr. 502, Bl. 61–67, bes. Bl. 65 f.

[31] Ebenda, Nr. 545, Bl. 54.

[32] Vgl. Piecks Notat über die KPD-Leitungssitzung vom 19.2. 1945: „Allg[emeiner] Grundsatz – einheitliche Leitung der gesamten Propaganda durch Pur [PURKKA – Politische Hauptverwaltung der Roten Armee], aber auf zwei Linien: a) auf Linie der Pur, b) auf Linie der deutschen Komm[unisten], wo Deutsche zu Deutsche sprechen. Damit vorbereiten die künftige Arbeit mit Volksausschüssen – Partei – Gewerkschaften." Ebenda, Nr. 500, Bl. 25.

[33] Ebenda, Nr. 517, Bl. 113.

[34] Vgl. Gerhard Keiderling (Hrsg.), „Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wilhelm Pieck urteilte im Herbst 1944: „Wir können natürlich nicht damit rechnen, daß die KPD die alleinige Partei sein wird, so kühn wir auch an unsere Arbeit herangehen, um zu der großen Massenpartei des werktätigen Volkes zu werden."[35] Gerade darum beschäftigte sich die Führung so intensiv mit den Fragen des Wesens der KPD, ihrer Organisationsstruktur, ihrer Stellung in einem Parteienblock und ihrem Verhältnis zu anderen Parteien. Piecks Lektionen an der Parteischule vom 31. Oktober 1944 und vom 10. März 1945[36] waren hierfür aufschlußreich.

Im Sinne ihres Führungsanspruchs sah sich die KPD als einzig berufene Kraft zur „notwendigen Umwälzung Deutschlands". Sie allein – so Pieck in der März-Lektion – sei „fähig und berufen [. . .], die Führung dieses Kampfes zu übernehmen und ihm Richtung und Ziel zu geben". Als Conditio sine qua non galt die radikale Umstellung von einer früheren Oppositionspartei auf die künftige „Partei der nationalen Verantwortung", die alsbald Regierungsfunktionen übernehmen sollte, und auf eine „kommunistische Massenpartei", die – geführt von einer elitären, berufsrevolutionären Kadertruppe – in allen Bevölkerungsschichten eine starke Anziehungskraft und tiefe Verankerung haben sollte. Demgemäß empfahlen die „Anfangsmaßnahmen zum Aufbau der Parteiorganisation" vom 15. Februar 1945 eine breite Öffnung der Partei vom Arbeiter bis zum Katholiken[37]. Die künftigen Führungskader wurden in der UdSSR ausgebildet; vertraut mit der „neuen Linie", kamen sie ab Mai 1945 zum Einsatz. Altkommunisten im Reich und West-Remigranten mußten sich hingegen noch jahrelang strengster kaderpolitischer Überprüfung unterziehen.

Wie lange „Deutschland zunächst ein Land ohne Parteien" sein würde, konnte die KPD-Führung, die vom Kreml über die alliierte und sowjetische Deutschlandplanung höchst unzureichend informiert wurde, nicht voraussehen. Sie konzentrierte sich daher in der unmittelbaren Phase des Übergangs vom Krieg zur Besatzung auf zwei Momente: zum einen politische Präsenz und organisatorische Mobilität, gewährleistet durch die drei Vorausgruppen, und zum anderen programmatische Effektivität. Wilhelm Pieck erläuterte dies in seiner März-Lektion: Da die militärische Besetzung Wahlen vorerst nicht zulassen würde, müßte sich „die politische Orientierung der Volksmassen auf Grund eines Programms für die demokratische Neugestaltung Deutschlands vollziehen", bei dem „auch die Politik der alten Parteien einer scharfen Kritik unterzogen werden muß, die alle, mit Ausnahme der Kommunisten, durch ihre reaktionäre Politik die politische Entwicklung zum Hitlerismus und zum Kriege begünstigt haben. Daraus ergibt sich schon, daß die politische Orientierung der Volksmassen eine wesentlich andere als früher sein wird und auch das neue Parteiengebilde in Deutschland sich von Grund aus verändern wird." Die sozialen Umschichtungen und die politischen Erfahrungen während der NS-Zeit sowie

[35] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 420, Bl. 177.

[36] Vgl. ebenda, Nr. 420, Bl. 175–198, und Nr. 421, Bl. 112–137. Auszugsweise auch in: Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI: 1939 bis Mai 1945, Berlin (Ost), S. 301–324 und 367–381.

[37] Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 502, Bl. 32 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die konkreten Bedingungen des Kriegsendes in Deutschland würden „die politische Neuorientierung der Volksmassen sehr beeinflussen" und „große Überraschungen in ihrer parteipolitischen Einstellung" – spekuliert wurde auf eine Abkehr von den alten bürgerlichen Parteien – bringen. Hier nun läge – so Pieck – „die große Chance für uns Kommunisten, die breitesten Volksmassen für den Kampf um ein neues Deutschland zu gewinnen, indem wir ihnen unser Aktionsprogramm für die Schaffung eines neuen, demokratischen Deutschlands zur Diskussion unterbreiten und dadurch auch die Führer der alten Parteien zwingen, zu dem Programm Stellung zu nehmen und ihnen irgendwelche Ablenkungs- u[nd] Täuschungsmanöver unmöglich machen. Durch eine solche breite Diskussion und Stellungnahme zu unserem Aktionsprogramm, das alle wesentlichen Forderungen der Volksmassen enthält, die auf der Basis einer kämpferischen Demokratie verwirklicht werden sollen, werden wir ihrer politischen Orientierung Richtung und Ziel geben, werden wir die breiteste nationale Front des Kampfes für das neue Deutschland schaffen, werden wir Kommunisten uns innerhalb dieser Front die Führung erwerben und unsere Partei zu der großen wahrhaft nationalen Volkspartei entwickeln."

Pieck rechnete im März 1945 mit der Wiederbildung der SPD, des Zentrums, der Demokratischen Partei und eventuell auch der Deutsch-Nationalen, „wenn vielleicht unter anderen Namen". Um sie in einen kommunistisch dirigierten Parteienblock zu bringen, sollte die KPD „durch ihren Einfluß in den Massen die anderen Parteien zwingen, entweder in dieser Kampffront mitzuwirken oder aber sich dieser Front entgegenzustellen und sich damit von den Volksmassen zu isolieren. Natürlich gilt das ganz besonders gegenüber der SPD, die versuchen wird, sich wieder besonders mittels der Gewerkschaften eine Massenbasis zu verschaffen."[38] Mit aller Klarheit sah Pieck voraus, daß das Besatzungsregime in Ost- und in Westdeutschland „sehr unterschiedlich sein wird, und danach wird sich auch unsere Arbeit in den verschiedenen Besatzungszonen richten müssen"[39]. Die Begünstigung der Kommunisten in der Ostzone sollte Ansporn sein, um von der deutschen Hauptstadt aus das Programm der KPD in alle Reichsteile zu tragen[40].

II. Der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945

Am 10. Juni 1945 erteilte die tags zuvor gebildete Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit ihrem Befehl Nr. 2 die Erlaubnis der Bildung und Tätigkeit von Parteien in ihrem Besatzungsbereich, „die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlagen der Demokratie

[38] Ebenda, Nr. 421, Bl. 133 ff.

[39] Ebenda, Bl. 116.

[40] Auf der erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD vom 19./20. 11. 1945 rühmte Pieck, die KPD habe „die große Unterstützung durch die russischen Genossen und die Übereinstimmung mit ihnen, die hier als Besatzungsbehörde sind, mit denen wir selbstverständlich im engsten Kontakt stehen. [. . .] Das ist ein großes Plus für unsere Arbeit." In: SAPMO-BA, ZPA, I 2/5/40, Bl. 113.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen". Gleichzeitig wurde „das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen" gewährt[41].

In der Literatur ist lange über die Motive des sowjetischen Vorprellens gerätselt worden. Der Befehl stand zweifelsohne im Zusammenhang mit der Moskau-Reise des Sonderbevollmächtigten des US-Präsidenten, Harry L. Hopkins, vom 26. Mai bis 6. Juni 1945[42]. Hopkins machte Stalin begreiflich, daß eine Sowjetisierung Osteuropas eine für den Westen inakzeptable Veränderung des geopolitischen Gleichgewichts darstellen und ihrerseits Rückwirkungen auf die vereinbarte Deutschland-Regelung haben würde. Stalin, sein Dilemma überdenkend, lag daran, sein Einverständnis mit einem bürgerlich-demokratischen Regime in Deutschland zu beteuern und es demonstrativ mit der vorgezogenen Parteienzulassung und mit der Absage der KPD vom Sowjetmodell zu unterstreichen. Der SMAD-Befehl nahm auffällig Bezug auf die Kapitulationsurkunde und auf die Deklaration in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme höchster Autorität hinsichtlich Deutschlands durch die Vier Mächte, die am 5. Juni 1945 in Berlin von den vier Oberbefehlshabern der Besatzungstruppen unterzeichnet wurde. Die Aussage in der Präambel, daß im sowjetischen Besatzungsbereich eine „feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen" für die politische Tätigkeit geschaffen worden seien[43], richtete sich an die Adresse der Westmächte. Die Zulassung von nichtkommunistischen Parteien zu diesem frühen Zeitpunkt – selbstverständlich waren „Rechtsparteien" verboten – stieß auf allgemeines Erstaunen und wurde ganz im Sinne der Befehlsgeber als Befürwortung eines demokratisch-republikanischen Systems in Deutschland gewertet.

Die Würdigung des Befehls als großzügiger Vertrauensbeweis in die Kraft der überall regen antifaschistischen Kräfte gehörte indes in das Arsenal der SED-Historiographie. Die Quellen besagen hinlänglich, daß Anfang Juni 1945 noch immer die „Schockwirkung des unmittelbaren Kriegsgeschehens, die Plünderungen und Vergewaltigungen, die Trecks, [...], Gedrücktheit, Unsicherheit, [...] Ungläubigkeit, [...] Skepsis gegenüber den Stalinzitaten, Nachwirkungen der Nazipropaganda" die Stimmung der Deutschen im sowjetischen Besatzungsgebiet beherrschten, daß „noch kein rechtes Bewußtsein über die Bedeutung der Niederlage" erwacht und daß die Schar der antifaschistisch Aktiven noch recht klein war[44].

---

[41] Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1, 1945, Berlin 1946, S. 10.

[42] Vgl. Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Washington 1960, Vol. I, S. 21–62; Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd. I, Die Konferenz zu Potsdam, 1. Drittelband, Neuwied/Frankfurt a. M. 1992, S. 29ff.

[43] Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung, S. 9f.

[44] Bericht von Alfred Lemmnitz vom 17.5. 1945 aus Berlin-Spandau, in: SAPMO-BA, ZPA, EA 1470/1, Bl. 30f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der SMAD-Befehl Nr. 2 war ein geschickter Schachzug Stalins, um im Vorfeld der Potsdamer Konferenz und in der Aufbauphase der Viermächteverwaltung seine gesamtdeutschen Intentionen zu signalisieren und mit seinem Zulassungsmuster auch in die Westzonen hineinzuwirken. Die Sowjets, noch alleinige Besatzungsmacht in der deutschen Hauptstadt, wollten der KPD im gesamten Reich eine einmalige Tribüne verschaffen. Mit ihrer zentralistischen Lizenzierung für die Ostzone strebten sie eine einheitliche programmatische Ausrichtung und eine straffe Kontrolle des neuen Parteiengefüges an. Bereits bestehende oder in der Bildung befindliche Gruppen mußten sich an Berlin orientieren, wenn sie die Genehmigung der lokalen Besatzungsbehörden erhalten wollten. Praktisch bedeutete dies, daß mit Ausnahme der KPD, die ihren Apparat schon vor der Bekanntgabe des Befehls hatte aufbauen können, die anderen Parteien zunächst ohne einen organisatorischen Unterbau ins Leben traten. Sie konnten erst ab August 1945 mit ihren Bezirksverbänden in der Zone Kontakt aufnehmen bzw. mit deren Aufbau beginnen. So entstand ein strikt zentral von Berlin ausgehendes System[45]. In diesem Kontext begrüßten und förderten die Sowjets die gesamtdeutschen Ansprüche der Berliner Gründerkreise von SPD, CDU und LDP, die sich unter Bezug auf die Hauptstadttradition und ihre personelle Zusammensetzung als „Reichsleitungen" deklarierten[46].

Als die Westmächte Anfang Juli 1945 in Berlin einzogen, fanden sie ein etabliertes Parteiensystem vor, das sie aus Gründen alliierter Eintracht nicht stören wollten. Bei der Bildung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin am 11. Juli 1945 stimmten sie allen seit dem 2. Mai 1945 von den Sowjets verfügten Maßnahmen zu[47]. Damit fanden sie sich mit dem Anspruch der SMAD ab, die Berliner Parteileitungen für die SBZ in bisheriger direkter Weise zu kontrollieren und zu dirigieren. Die SMAD hatte SPD, CDU und LDP genötigt, ihre Hauptgeschäftsstellen in den Verwaltungsbezirk Mitte (sowjetischer Sektor) zu verlegen. Im Rahmen der Alliierten Kommandantur verfügten die drei Westmächte nur über Kontroll- und Informationsmöglichkeiten gegenüber den Berliner Bezirksverbänden aller vier Parteien und natürlich gegenüber deren Kreisverbänden in ihren Sektoren.

---

[45] Die Zentralisierung in der SBZ wurde von SMAD und KPD als Beitrag für die Einheit des Reiches gewertet. Auch Otto Grotewohl und Gustav Dahrendorf urteilten nach einer Reise durch die US-Zone vom 17. bis 26. 11. 1945, die von der SMAD erlaubte Zulassung von Parteien im Zonenmaßstab hätte „die Entwicklung eines aktiven politischen Lebens und einer gesunden Anteilnahme am öffentlichen Geschehen wesentlich günstiger beeinflußt als der zunächst zusammenhanglose Aufbau von Orts- und Kreisvereinen" in den Westzonen, in: SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 633, Bl. 60.

[46] Vgl. Hans-Otto Kleinmann, Geschichte der CDU 1945–1982, hrsg. v. Günter Buchstab, Stuttgart 1993, S. 25: „Die Hauptstadtfunktion Berlins mit ihrer politischen Zentralität drückte sich auch in dem breiten Spektrum des Gründerkreises aus, der deshalb auch zugleich eine gesamtdeutsche Ausstrahlungskraft entfaltete." Es verstand sich von selbst, „daß die Gründer die CDU als einheitliche Partei für ein einheitliches Deutschland mit dem Sitz in der ehemaligen Hauptstadt Berlin zu organisieren gedachten."

[47] Die Berliner Konferenz der Drei Mächte. Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland. Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin, Sammelheft 1, 1945, Kommuniqués, Deklarationen, Proklamationen, Gesetze, Befehle, Berlin 1946, S. 89 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der SMAD-Befehl Nr. 2 hatte die Westmächte unter Zugzwang gesetzt[48]. Unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen[49] genehmigten diese ab August 1945 die Zulassung politischer Parteien zunächst auf unterer Ebene[50]. Wie die Sowjets bestanden auch die Westmächte auf einem strengen Regime der Zulassung und Kontrolle der Parteien und anderer Organisationen, ihrer Aktivitäten und ihrer Presse. Wenn die Berliner Ereignisse die westzonale Parteienbildung anfangs in programmatischer Hinsicht stimuliert hatten, so ging die Entwicklung in West und Ost ab Herbst 1945 in unterschiedliche Richtungen.

Die Abfassung des Befehls Nr. 2 erfolgte vermutlich ohne Konsultation der KPD-Führung. Sofern der Befehl in Karlshorst vorbereitet worden war, dürften Erfahrungen der Politischen Hauptverwaltung (PUR) der Roten Armee sowie der in ihrem Auftrag seit Anfang Mai 1945 in Berlin, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern operierenden KPD-Gruppen berücksichtigt worden sein. Die Entscheidung in der Parteienzulassung kam für die KPD-Spitze trotzdem unerwartet. Noch am 25. Mai 1945 hatte Georgi Dimitroff an Wilhelm Pieck geschrieben: „Es wird [die] Zeit kommen, wenn [die] KPD als Partei [zugelassen ist], dann [wird es] leichter zu arbeiten."[51] Bereits am nächsten Tag erreichte Pieck die „Anweisung", „daß Parteien und Gewerkschaften erlaubt sind"[52]. Von nun an überstürzten sich die Ereignisse in Moskau und Berlin.

III. Die Einwirkung der KPD auf die Berliner Parteiengründungen im Juni/Juli 1945

Die Bekanntgabe des SMAD-Befehls Nr. 2 überraschte mit Ausnahme der Kommunisten alle anderen politischen Kreise. Bei den Sozialdemokraten und im bürgerlichen Lager waren die Sammlungs- und Orientierungsbemühungen allerorts noch im vollen Gang. Die KPD profitierte nicht nur von ihrem zeitlichen Vorsprung in Organisations- und Werbungsbelangen, sie brachte auch die anderen Gründerkreise in ei-

[48] Vgl. Rolf Steininger, England und die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1945/46, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVIII, Bonn 1978, S. 64.

[49] Zu den politischen Grundsätzen der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Besatzung gehörte die Bestimmung, in ganz Deutschland „alle demokratischen politischen Parteien" zuzulassen, Vgl. Die Berliner Konferenz der Drei Mächte, S. 10; Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe/Bd. I, 3. Drittelband, S. 2109.

[50] Die US-Militärregierung genehmigte am 13. 8. 1945 politische Parteien auf Kreis- und ab November 1945 auf Landesebene. Die britische Militärregierung folgte am 15. 9. 1945 ebenfalls auf Kreisebene. In der französischen Zone durften Parteien erst im Dezember 1945 im lokalen Rahmen aktiv werden. Vgl. Military Government Gazette. Germany, American Zone of Control, Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Amerikanisches Kontrollgebiet, Jg. 1, 1945; Military Government Gazette. Germany, British Zone of Control, Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, 1. Jg. 1945, S. 85 ff.; Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne, Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation, 1. Jg. 1945, S. 8 ff. und 54.

[51] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 500, Bl. 69.

[52] Ebenda, Nr. 629, Bl. 65.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen gewollten Orientierungszwang auf ihr Programm. Geschickte Taktik der KPD und „sanfter" Druck der Sowjets bewirkten eine rasche Abfolge der Lizenzierungen, so daß die beabsichtigte Bildung eines Parteienblocks schon nach wenigen Wochen vollzogen werden konnte. Damit waren die Vorstellungen der sowjetischen und deutschen Kommunisten vom neuen Parteiengefüge überaus zügig realisiert worden.

1. Die Wiedergründung der KPD

In ihrer Nachkriegsplanung hatte die KPD-Führung bekanntlich ihrer sofortigen Präsenz und Aktivität in den von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten eine Priorität für die weitere Einübung ihrer Parteienpolitik zugemessen. Unter diesem Aspekt vollzog sich die Restitution der KPD an den Brennpunkten Moskau und Berlin in zwei Etappen.

Seit April/Mai 1945 traten im sowjetischen Besatzungsgebiet vielerorts Kommunisten hervor, die die örtlichen Militärkommandanturen bevorzugt zur Erfüllung von Besatzungsaufgaben heranzogen. Eine parteipolitische Betätigung war ihnen untersagt, doch wurde das Verbot nicht sonderlich streng gehandhabt. Das Geschehen in Berlin war exemplarisch.

Seit Ende April 1945 sammelten sich die Kommunisten in den zwanzig Verwaltungsbezirken der Stadt in Antifa-Komitees und in Parteizellen. Über ihre Stimmung schrieb der Parteifunktionär Alfred Lemmnitz Mitte Mai 1945: „Die Mitteilung, daß es vorläufig keine Parteien geben wird, findet eine eigenartige Resonanz. Die ehemaligen Kommunisten sind unsicher und unzufrieden. Sie sprechen von Illegalität."[53] In dieser „Grauzone" trieb Walter Ulbricht mit sowjetischer Billigung die Reorganisation der KPD voran, um in der „Stunde X" parat zu sein. Am 17. Mai 1945 meldete er zwar nach Moskau, er habe die Parteibüros geschlossen und „unsere Genossen überzeugt, daß es nicht zweckmäßig ist, schon jetzt mit der Bildung der KPD zu beginnen"[54]. Doch auf der ersten Berliner Funktionärsversammlung am 13. Mai 1945 gab er die Parole aus: „Alles muß vorbereitet werden, um bei Legalität da zu sein."[55] Dimitroff bat er um die Zustimmung, „eine nicht legale provisorische Leitung für Berlin aus fünf Genossen zu schaffen"[56]. Am 23. Mai 1945 schickte er Wilhelm Pieck „die Kopie eines Planes für die Organisation des Apparates, der jetzt vorbereitet wird. Selbstverständlich geschieht das zunächst in einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt."[57] Ende Mai 1945 war die Berliner Parteiorganisation in ihrer Grundstruktur aufgebaut[58].

---

[53] Ebenda.

[54] Ebenda, Bl. 9.

[55] Ebenda, NL 182, Nr. 851, Bl. 102.

[56] Ebenda, NL 36, Nr. 629, Bl. 11.

[57] Ebenda, NL 182, Nr. 851, Bl. 141.

[58] Am 17. 5. 1945 berichtete Ulbricht: „In Berlin umfaßte die Parteiorganisation mehr als 5000 Genossen, die vor 1933 Mitglied der Partei waren. Es war nicht leicht, ihnen zu erklären, warum die Partei noch nicht öffentlich auftreten kann." In: Ebenda, NL 36, Nr. 629, Bl. 9.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Ungewißheit, wie lange die „Halblegalität" (Günter Benser[59]) andauern würde, bewog Ulbricht zur Suche nach Wegen, um den organisatorischen Vorsprung gegenüber einer potentiellen Konkurrenz auszubauen. Mitte Mai 1945 ventilierte er die Möglichkeit einer kommunistisch gesteuerten Bewegung entweder auf der Basis des nach Kriegsende installierten Systems von Haus- und Straßenobleuten oder einer „Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte [zu] einem ‚Volksbund der demokratischen Erneuerung', [...] um die Antifaschisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Zentrumsleute, Leute des 20. Juli näher an uns heranzuziehen"[60]. Des weiteren hielt er Kommissionen und Ausschüsse beim Magistrat der Stadt Berlin für zweckmäßig, um die genannten Kreise „an uns zu binden"[61]. Aus solchen im Sommer 1945 gebildeten Kommissionen für Frauen, Jugend und Sport formierte die KPD/SED später ihre Massenorganisationen.

Ulbricht wurde in seinem Vorgehen auch angetrieben durch Berichte über eine zunehmende Sammlung in allen politischen Lagern. Am 17. Mai 1945 hatte er Dimitroff geschrieben: „Die SPD hält sich in Bezirken noch zurück"[62]; am 23. Mai 1945 meldete er aufgeregt: „In Berlin beginnen die Sozialdemokraten, linke Sozialdemokraten, Zentrumsleute, frühere Gewerkschaftsführer mit der Organisierung ihrer Verbindungen"[63]. Auch aus dem Kriegsrat der 1. Belorussischen Front kam am 26. Mai 1945 ein Signal: „In Berlin wächst die politische Aktivität. Die politischen Parteien, die vor der Nazimacht existierten, treten in Erscheinung und fordern ihre Rechte. Das gleiche gilt für neue Organisationen. Man braucht eine bestimmte Form einer antifaschistischen Massenorganisation, welche die Aktivitäten der Deutschen in die Richtung einer Ausrottung der faschistischen Ideologie und des faschistischen Erbes lenkt. Ulbricht hat diese Frage in Moskau gestellt, aber noch keine Antwort bekommen"[64].

Die Antwort aus dem Kreml kam – wie gesagt – am 26. Mai 1945 mit der Ankündigung, daß Parteien und Gewerkschaften in der SBZ demnächst zugelassen werden würden. Sofort reichte Pieck bei Dimitroff am 30. Mai 1945 einen von Ulbricht verfaßten Organisationsplan mit Kadervorschlägen für die zentralen Parteiorgane, für die Redaktion des Zentralorgans und einer theoretischen Zeitschrift sowie den Etat des Zentralkomitees ein. Zugleich verständigte man sich über ein „Manifest des ZK der KPD", über die „Bildung eines Organisationsausschusses für Schaffung der Partei der Werktätigen" (d. h. einer künftigen Einheitspartei aus KPD und SPD) sowie über den „Kulturbund für demokratische Erneuerung", der den Reigen der Massenorganisationen eröffnen sollte[65].

Am 4. Juni 1945 erstatteten die Leiter der drei Vorausgruppen – Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka – ihrem Parteivorsitzenden in Moskau Be-

[59] Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung, S. 130.
[60] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 629, Bl. 11.
[61] Ebenda, Bl. 16.
[62] Ebenda, Bl. 9.
[63] Ebenda, Bl. 16.
[64] Ebenda, Nr. 734, Bl. 21.
[65] Ebenda, Nr. 500, Bl. 73 ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richt über die Lage im sowjetisch besetzten Gebiet. Gemeinsam beriet man die nächsten Maßnahmen[66]. Ackermann übernahm es, „bis 5.6. mittags" den Entwurf eines Manifests auszuarbeiten[67]. Ausgehend von einer prägnanten Schilderung der Ursachen und des Ausmaßes der Katastrophe, wurde als Nahziel nicht die Errichtung des Sozialismus durch Übertragung des Sowjetsystems, sondern die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk" bestimmt[68]. Konzeptionell folgte man der Generallinie des VII. Weltkongreß der Komintern. Eigentliches Kernstück bildete das unter bündnispolitischen Aspekten abgefaßte Zehn-Punkte-Sofortprogramm, „an dem niemand vorübergehen konnte"[69]. Der Aufruf wurde in der KPD-Spitze und mit Dimitroff diskutiert und bestätigt[70]. In der Nacht vom 7. zum 8. Juni 1945 war Pieck in Begleitung von Ackermann und Ulbricht in den Kreml bestellt worden, wo Stalin dem Dokument sein Plazet gab und die deutschen Genossen über Grundsätze der sowjetischen Deutschlandpolitik ins Bild setzte[71]. Über die Beratung bei Stalin berichtete Anton Ackermann später, daß drei Fragen eine hervorgehobene Rolle gespielt hätten:

„1) Die Hauptorientierung der KPD. Die Losung für ganz Deutschland, und zwar die parlamentarisch-demokratische Republik. Auch Stalin war der Meinung, daß diese Losung der Situation entspricht; ein Parlament kann verschiedene Charaktere tragen. Aber die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei müßte gesichert sein. Stalin formulierte klar, daß das Sowjetsystem nicht auf Deutschland zu übertragen ist. 2) Die Frage des Tempos bei der Schaffung der Einheitspartei; Stalin war gegen eine rasche Vereinigung von KPD und SPD, wie sie die vom Genossen Ulbricht vorgetragene Konzeption vorsah[72]. Er sagte, daß man nicht vergessen dürfte, daß der größere Teil Deutschlands von imperialistischen Mächten besetzt ist, die

---

[66] Vgl. ebenda, Nr. 629, Bl. 62 ff. Unverständlicherweise wurde dieses von Pieck als „Bericht – Walter, Ackermann, Sobottka" deklarierte Schriftstück von Rolf Badstübner/Wilfried Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 50 ff., als „Beratung am 4.6. 1945 um 6 Uhr bei Stalin, Molotow, Shdanow" bezeichnet.

[67] Ackermann irrte in seinen Erinnerungen, er hätte den Auftrag in einer Beratung zwischen den Führungsspitzen der KPD und der KPdSU(B) erhalten. Richtig ist, daß er „in der Nacht vom 5. zum 6. Juni [...] den Entwurf des Aufrufs der KPD, der dann das Datum des 11.6. 1945 trug", niederschrieb. „In einer Zusammenkunft bei Genossen Wilhelm Pieck wurde dieser Entwurf überarbeitet und dann um 17 Uhr dem Politbüro der KPdSU vorgetragen. Dieser Entwurf wurde ohne wesentliche Ergänzungen vom Politbüro der KPdSU akzeptiert und als ein vorzügliches Dokument begrüßt." SAPMO-BA, ZPA, EA 1291/2, Bl. 387 und 428.

[68] Wortlaut des Aufrufs des ZK der KPD vom 11.6. 1945 in: Die Programme der politischen Parteien im neuen Deutschland, zusammengestellt von Kurt Mahler, Berlin 1945, S. 26.

[69] So Wilhelm Pieck auf der erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 19./20.11. 1945, in: SAPMO-BA, ZPA, I/2/5/40, Bl. 97.

[70] Vgl. SAPMO-BA, ZPA, EA 1342/1, Bl. 4.

[71] Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 23, Bl. 36, Piecks „Merkbuch von politischen Ereignissen 1941–1953", und ebenda, NL 36, Nr. 25, Piecks Kalendereintrag vom 7.6. 1945.

[72] Ackermanns Aussage überrascht, weil Ulbricht im Mai 1945 keinerlei Überlegungen und Schritte in Richtung einer sofortigen Einheitspartei angestellt hatte, sondern solchem Verlangen (siehe Fechner-Brief auf S. 274 f.) absichtlich ausgewichen war.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich einmischen werden. Deshalb besteht die Gefahr, daß eine Einheitspartei im Westen Deutschlands eine Mischmasch-Partei werden würde, wobei die Selbständigkeit der KPD aufgehoben wird. Stalin war weiter der Meinung, daß aus diesen Gründen erst die KPD aufgebaut und gefestigt werden muß. Dann kann der Kurs auf eine Einheitspartei im Sinne des VII. Weltkongresses genommen werden. 3) Die Konzeption der deutschen Genossen sah nicht eine sofortige demokratische Bodenreform vor. Stalin wies darauf hin, daß diese eine allgemeine demokratische Aufgabe sei und trat für eine sofortige demokratische Bodenreform – auch unter Hinweis auf die Rolle des Junkertums – ein."[73]

Nachdem die Grundsatzentscheidungen gefällt worden waren, faßte die KPD-Führung am 8. und 9. Juni 1945 Beschlüsse über „Nächste zentrale Aufgaben der Parteiführung", über die „Grundlage für den Etat des ZK der KPD", über den „Etat für die Bezirke" und über die „Grundlage für einen Etat der Parteizeitungen"[74].

Ausgestattet mit diesem kompletten Programm, flogen Ulbricht, Ackermann und Sobottka – Pieck hatte noch keine Erlaubnis erhalten, Moskau zu verlassen[75] – am 10. Juni 1945 nach Berlin zurück. Am Abend dieses Tages teilte Ulbricht einem Kreis von sechzig ausgewählten Parteifunktionären den SMAD-Befehl Nr. 2 vom gleichen Tag mit und verlas den Aufruf des Zentralkomitees. Ohne Diskussion erhielten die Anwesenden den Auftrag, die „neue Linie" in den Parteiorganisationen und in öffentlichen Versammlungen zu propagieren[76]. Die Aufruf-Kampagne erstreckte sich bis August 1945; allein in Berlin referierten Funktionäre in mehr als 250 Versammlungen zum Thema „Der Weg zum Wiederaufbau"[77].

Eine eigentliche Gründungsversammlung führte die KPD nicht durch, sie hätte wohl den Kontinuitätsanspruch beeinträchtigt. Um ihre neue Rolle als „verantwortliche Aufbaupartei" hervorzukehren, lud sie zu einer öffentlichen Zusammenkunft am 12. Juni 1945 im Neuen Stadthaus in Berlin, Parochialstraße, ein. Vor 159 Teilnehmern aus der eigenen Partei, aus der SPD, aus bürgerlichen Kreisen und aus der Stadtverwaltung trug Ulbricht Kerngedanken des Aufrufs und das Zehn-Punkte-Sofortprogramm vor, das er als Plattform für „einen Block aus der KPD, der SPD, der Zentrumspartei und anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien" offerierte[78].

---

[73] SAPMO-BA, ZPA, EA 1291/3, Bl. 428 f. Ackermann machte diese Aussage am 30. 8. 1963 auf Befragung seitens des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.

[74] Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 851, Bl. 34 f., 50, 51 f. und 48.

[75] Am 30. 6. 1945 erhielt Wilhelm Pieck von Georgi Dimitroff die Mitteilung, daß er am nächsten Tag, am 1. Juli, nach Berlin fliegen dürfe. Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 23, Bl. 6; sowie ebenda, ZPA, EA 13422/2, Bl. 274.

[76] Vgl. Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln/Berlin 1955, S. 394; ders., Spurensuche. Vierzig Jahre nach Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1992, S. 121 ff. Die Anwesenheitsliste dieser Funktionärsversammlung in: SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 851, Bl. 78 f.

[77] Vgl. ebenda, Nr. 852, Bl. 6 f.

[78] Wortlaut der Rede in: Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933–1946, Berlin (Ost) 1953, S. 420–424, und Protokoll der Aussprache in: SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 857, Bl. 86–99.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwei Tage nach dem SMAD-Befehl Nr. 2 waren den nichtkommunistischen Parteigründern die Rahmenbedingungen mitgeteilt worden.

Am 25. Juni 1945 veranstaltete die KPD-Bezirksleitung Berlin eine Funktionärskonferenz, die erste ihrer Art im sowjetisch besetzten Gebiet. Vor 1300 Funktionären begründete Walter Ulbricht anhand des Aufrufs den neuen Parteicharakter[79]. Der Vorsitzende der Berliner Bezirksleitung, Ottomar Geschke, faßte es lapidar zusammen: „Wir sind die Staatspartei."[80] Die Durchsetzung der „neuen Linie", das hatte die „Gruppe Ulbricht" schon erkennen lassen, geschah von oben verordnet und nicht als ein demokratischer Meinungsbildungsprozeß. So wie in Berlin vollzog sich der Aufbau der KPD bis Ende Juli 1945 in den Ländern und Provinzen der SBZ[81]. Ein Wiederaufleben kommunistischer Splittergruppen aus der Weimarer Zeit (KPD (O), KAPD, Lenin-Bund) wurde verhindert[82]. Die rasche Wiedergründung der KPD[83] war Voraussetzung, um in die anderen Parteienbildungen hineinwirken zu können.

2. *Die Wiedergründung der SPD*

Die KPD erwartete die Wiedergründung der SPD, war sich aber hinsichtlich ihres Charakters und ihrer Stärke im unklaren und spekulierte auf einen „trostlosen Zustand"[84]. Die Sammlung der Berliner Sozialdemokraten – viele rechneten damals nicht damit, „noch einmal legalisiert zu werden"[85] – wurde aufmerksam verfolgt. Die entscheidenden Anstöße zur Wiedergründung der SPD gingen vom Kreis um

---

[79] Wortlaut in: Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 425–448.

[80] SAPMO-BA, Bezirksparteiarchiv (künftig: BPA), I/2/016. Als die Kommunisten vom „roten Wedding" Mitte Juni 1945 ihre Gründungsversammlung in einem alten Arbeiterlokal durchführten, nannte Anton Ackermann sie „Sektierer, die in die Zeit der alten KPD zurück wollten und nicht begriffen, daß die KPD jetzt eine Staatspartei sei. Wir verkrochen uns in diese alte ‚Scheune', während die allerbesten Räume für uns gerade gut genug wären." SAPMO-BA, ZPA, EA 1593/3, Bl. 570 f.

[81] Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 72, Nr. 209, Bl. 1 ff.; Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung, S. 185 ff. und 204 ff.

[82] Die KPD registrierte im Juni 1945 Sammlungsbestrebungen der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) [KPD(O)], die aber keinen Zulassungsantrag stellte. Vgl. SAPMO-BA, BPA, IV L-2/4/529.

[83] In zeitgenössischen Dokumenten der KPD war allgemein von einer „Wiedergründung" der Partei die Rede. Ulbricht verordnete die Sprachregelung, daß der Juni-Aufruf der KPD „den Auftakt für eine stürmische Entwicklung des demokratischen Lebens" gegeben hätte; vgl. Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, S. 113. Damit sollte aus legitimatorischen Gründen nicht nur eine ungebrochene Tradition, sondern auch eine fortwährende organisatorische Existenz nachgewiesen werden, was keine andere Partei aufweisen konnte.

[84] Erich W. Gniffke schrieb in seinem Manuskript „Ich lebe in Deutschland": „Das Zentralkomitee der KPD hatte nicht damit gerechnet, über die Illegalität hinaus eine geschlossene Führung der SPD vorzufinden. Man hatte seitens des Zentralkomitees gleich im Rücken der Roten Armee überall Verbindung mit sozialdemokratischen Funktionären aufgenommen und hatte so gehofft, mit willfährigen sozialdemokratischen Genossen eine vom Zentralkomitee beherrschte sozialdemokratische Führung zusammenzuschieben." Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg (künftig AdSD), NL Gniffke, Nr. 27, S. 13.

[85] SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 852, Bl. 55.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den früheren preußischen Landtagsabgeordneten Max Fechner und von der Gruppe um Erich W. Gniffke und Otto Grotewohl aus[86].

Die Wahrnehmung der Sozialdemokratie durch die Kommunisten war von früheren Erfahrungen, von neuen vorgefaßten Meinungen und vom taktischen Verhalten der „Gruppe Ulbricht" geprägt. Bei Kriegsende war das Wissen voneinander im allgemeinen sehr gering. Die Mobilisierung der alten Mitgliedschaft erfolgte getrennt; selbst in Verwaltungsbezirken und Wohnquartieren hatten die Parteigruppen wenig Kontakt miteinander[87]. Auf beiden Seiten dominierten Urteile aus der Zeit vor 1933[88]. Kommunisten, enttäuscht über den geringen Zulauf „linker" Sozialdemokraten, erklärten später, sie könnten sich nicht an SPD-Aktivitäten erinnern[89]. Kommunikation gab es in den unter verschiedenen Namen arbeitenden „Antifa-Ausschüssen" sowie in den Rathäusern der Verwaltungsbezirke Berlins; allerdings nahmen hier die Kommunisten fast alle Schlüsselstellungen ein und brüskierten damit die Sozialdemokraten.

Ein Vorstoß der Sozialdemokraten, mit den Kommunisten zu einem Dialog über die geeinte Arbeiterpartei zu gelangen, scheiterte. Nachdem ein Brief Max Fechners

[86] Vgl. Erinnerungen von Max Fechner, in: SAPMO-BA, ZPA, EA 1274, Bl. 42 ff.; Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 18 ff.; Mattedi, Gründung und Entwicklung der Parteien, S. 28 ff.; Moraw, Die Parole der „Einheit", S. 82 ff.; Ditmar Staffelt, Der Wiederaufbau der Berliner Sozialdemokratie 1945/46 und die Einheitsfrage. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der unteren und mittleren Organisationsgliederungen der SPD, Frankfurt a. M./Bern/New York 1986; Harold Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. IV: Die Anfänge des Widerstandes, Teil 1: Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Köln 1990, S. 140 ff. und 250 ff.

[87] Aufschlußreich ist der „Bericht über das Verhältnis KPD-SPD in Berlin" vom Oktober 1945, wonach z. B. die KPD-Leitung des Verwaltungsbezirks Friedrichshain „nicht einmal den Tagungsort der Sozialdemokraten weiß, viel weniger noch die Funktionäre kennt". SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 631, Bl. 116. Vgl. auch Gerhard Keiderling, Die ungeliebten Brüder. Die Wahrnehmung der Sozialdemokraten durch die Kommunisten in Berlin im Jahre 1945, in: Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte, Berlin 1994, S. 285 ff.

[88] So hieß es in dem Brief des Berliner Sozialdemokraten Alwin Brandes an das „Büro Schumacher", Hannover, vom 19. 12. 1945: „Die KPD ist noch die Alte in ihrer Taktik gegen uns, hat nichts gelernt und nichts vergessen." In: AdsD, Bestand Schumacher, A 95. Auf der anderen Seite gestand der „Bericht über das Verhältnis KPD – SPD in Berlin" zu, daß Kommunisten „die Sozialdemokraten auch heute noch als Verräter" betrachteten und sie „teilweise noch als Sozialfaschisten" bezeichneten, in: SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 631, Bl. 119. Überhaupt zeichnete der Bericht ein negatives Bild von der Berliner SPD, in dem Vokabeln wie „Inaktivität", „Vergreisung" und „Einheitsfeinde" dominierten. Über die „alten Berliner Funktionärskader" hieß es: „Ein ideologischer Klärungsprozeß zu einem höher entwickelten Klassenbewußtsein war bei ihnen nicht festzustellen." In: Ebenda, Bl. 114.

[89] Der Sekretär der KPD-Unterbezirksleitung Berlin-Neukölln, Fritz Reuter, erklärte zur Forderung der SPD, die öffentlichen Ämter paritätisch zu besetzen: „Die KPD war da in den ersten Tagen des Wiederaufbaus. Die SPD will sich in das gemachte Bett setzen." Der Sekretär der Unterbezirksleitung Weißensee, Kurt Steffen, fügte hinzu: „Wir sind der Schwerpunkt in allen politischen Fragen und nicht die SPD." In: SAPMO-BA, BPA, I/2/016.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– sein Datum vom 28. April 1945 ist unwahrscheinlich, seine Existenz hingegen nicht – den Adressaten Ulbricht angeblich nie erreicht hatte[90], endeten auch mehrere Besuche von Erich W. Gniffke, Engelbert Graf und Otto Grotewohl bei den KPD-Stadträten Karl Maron und Arthur Pieck im Neuen Stadthaus erfolglos[91]. Gniffke schrieb später: „Wir tappten weiter im dunkeln und konnten uns nicht erklären, warum die Kommunisten sich nicht bei uns sehen ließen"[92].

Die Gründe für diese Reserviertheit lagen nahe. Eigentlich wünschte die KPD-Führung keine Wiederbelebung der Sozialdemokratie[93]. Solange sie sich kein rechtes Bild vom Zustand der neuen SPD machen konnte, ging sie erst einmal auf Distanz. Eine Einheitspartei wollte die KPD nur zu ihren Bedingungen und Terminvorstellungen[94]. Sie machte sich große Hoffnungen, durch einen zügigen Aufbau der eigenen Organisation als „Massenpartei des Volkes" und durch ein attraktives Programm für alle Schichten einer vermeintlich konzeptionslosen, in sich zerstrittenen Sozialdemokratie den Boden unter den Füßen wegziehen zu können[95].

---

[90] Wortlaut des Briefes in: SAPMO-BA, ZPA, NL 101, Nr. 15, Bl. 1. Vgl. ferner Erinnerungen Max Fechners in: Ebenda, NL 72, Nr. 168, Bl. 62, und ebenda, EA 1274, Bl. 46. Als Otto Grotewohl auf der 1. Sechziger Konferenz den Fechner-Brief erwähnte, behauptete Ulbricht in einem Einwurf, er höre erstmals davon. Vgl. SAPMO-BA, ZPA, I/2/2/19, Bl. 10f.

[91] Vgl. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 22ff.

[92] Ebenda, S. 25.

[93] Der Sekretär der KPD-Unterbezirksleitung von Berlin-Treptow, Franz Tuttlies, erklärte im Dezember 1945: „Zu Anfang, bevor die Rote Armee einmarschierte, wie war die Stimmung in der Bevölkerung. Hat je jemand geglaubt, daß die SPD noch einmal eine Lebensberechtigung hat. Selbst Sozialdemokraten haben gesagt, daß sie für eine Arbeiterpartei sind, weil sie nicht glauben, daß die SPD eine Lebensberechtigung hat." SAPMO-BA, BPA, I/3/9/114. Ein KPD-Funktionär räumte im April 1946 ein: „Die Rolle, die die SPD spielen würde, ist zuerst falsch eingeschätzt worden. Es bestand allgemein die Auffassung, daß die Sozialdemokratie in Berlin überhaupt keine entscheidende Rolle mehr spielen würde. Wir haben die Traditionen der alten sozialdemokratischen Parteimitglieder unterschätzt, und wir mußten eine große Wendung in unserem Kurs machen." Ebenda, I/2/017.

[94] Auf der 1. KPD-Funktionärskonferenz von Mecklenburg-Vorpommern am 5. 8. 1945 erklärte Franz Dahlem, eine sofortige Einheitspartei wäre jederzeit möglich gewesen. Dagegen hätten aber das ungenügende Schulungsniveau der meisten Kommunisten, die von der neuen Politik noch nichts gehört hätten, und der „trostlose Zustand" der SPD gesprochen. „Die linken Sozialdemokraten aufzunehmen wäre leicht. Wir haben uns aber schnell überzeugt, daß der Schritt auch deswegen nicht zweckmäßig wäre, weil mit dem Übergehen der Sozialdemokratie zu uns, die Sozialdemokratie noch nicht verschwunden wäre, sondern im Westen wäre die rechte Sozialdemokratie entstanden, die jetzt noch eine antisowjetische, antikommunistische Politik vertritt." SAPMO-BA, ZPA, NL 72, Nr. 209, Bl. 70f.

[95] Über die Situation in der SPD urteilte Anton Ackermann im Rückblick: „Ein Teil von ihnen strebte zur Kommunistischen Partei, und zwar sicherlich in der ehrlichen Überzeugung, daß dies der einzig mögliche und richtige Weg sei. Dieser Teil war sicherlich nicht allzu groß. Ein anderer, wahrscheinlich zahlenmäßig noch unbedeutender Teil war nach wie vor von antikommunistischen Stimmungen beherrscht und verhielt sich dementsprechend. Der größte Teil der alten Sozialdemokraten nahm zunächst eine vorsichtige, zögernd abwartende Haltung ein: Was werden nun die alten Kommunisten tun? Was würde unter der sowjetischen Besatzung geschehen? Darüber konnten nicht lange Zweifel bestehen. Die zahlreichen ehrlich gebliebenen sozialdemokrati-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Von diesen Absichten erfuhr der Zentralausschuß der SPD erstmals in der KPD-Kundgebung vom 12. Juni 1945. Ulbricht wich dem von Gustav Dahrendorf vorgetragenen Angebot, „die politische und, wenn es sein kann, auch die organisatorische Einheit der Werktätigen, aller Antifaschisten in Stadt und Land" sofort herzustellen, aus. Er bestand darauf, daß es wegen des „verschütteten Klassenbewußtseins" angebracht sei, „jetzt im Kampf um die gestellten antifaschistischen Aufgaben sich näherzukommen". Scharf tadelte er einen Spandauer Kommunisten, weil dieser eine „Deutsche antifaschistische Arbeiterpartei" wünschte und deshalb sein Erstaunen äußerte, „daß die alte Sozialdemokratische Partei wieder dabei ist, ihre alte Organisation wieder aufzubauen". Ostentativ bewilligte Ulbricht der SPD das „Recht, eine Partei zu bilden"[96].

Am 15. Juni 1945 trat der Zentralausschuß der SPD mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der in der gefühlsbetonten Entschlossenheit gipfelte, „den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse" zu führen[97]. Er lud zu seiner Gründungsversammlung am 17. Juni 1945 im „Deutschen Hof", Luckauer Straße, die Führung der KPD ein. Lediglich Ottomar Geschke, Sekretär der Berliner KPD-Parteiorganisation, erschien[98]. Die Berliner Presse – die von der Roten Armee herausgegebenen Zeitungen „Tägliche Rundschau" und „Berliner Zeitung" sowie das seit dem 13. Juni 1945 erscheinende KPD-Zentralorgan „Deutsche Volkszeitung" – berichtete über die Wiedergründung der SPD nur am Rande. Am 20. Juni 1945 brachte die „Berliner Zeitung" den Gründungsaufruf der SPD im vollen Wortlaut. Der SPD-Zentralausschuß erhielt diese Möglichkeit erst in Nr. 1 seiner Tageszeitung „Das Volk" vom 7. Juli 1945.

Den SPD-Aufruf nahm indes Ulbricht mit Genugtuung auf. Die Versicherung: „Wir begrüßen aufs wärmste den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945" wertete er unbeschadet einiger „Eigenwilligkeiten" als prinzipielle Zustimmung. Am

---

schen Arbeiter, die ehemaligen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre waren in erster Linie zur Mitarbeit und Mitverantwortung aufgerufen. Es hat in dieser bewegten Zeit sicherlich einzelne Entstellungen der Politik der KPD gegeben, aber wieviele kommunistische Genossen haben im Mai/Juni 1945 alte bekannte SPD-Genossen aufgesucht und sie aufgefordert, mitzutun und mit zu entscheiden." SAPMO-BA, ZPA, EA 1291/2, Bl. 414 f.

[96] SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 857, Bl. 86 ff.

[97] Wortlaut des Aufrufs in: Die Programme der politischen Parteien, S. 16 ff. Der Aufruf trug das Datum vom 15. 6. 1945, weil an diesem Tage Vertreter des Zentralausschusses dem stellvertretenden Oberbürgermeister von Berlin, Karl Maron, „Programm, Statuten und Liste der Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Registrierung" überreichten. Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 857, Bl. 94.

[98] Vgl. Deutsche Volkszeitung, Berlin, 19. 6. 1945. Die Einladung hatte der Zentralausschuß anläßlich seines Registrierungsantrages vom 15. 6. 1945 an die „Genossen Ulbricht, Geschke sowie allen anderen interessierten Genossen Ihres Zentral-Komitees" gerichtet. Deren Teilnahme „auf dieser unserer konstituierenden Versammlung" sollte ein öffentliches Zeichen setzen, „daß nunmehr im Block der beiden großen antifaschistischen Parteien die erste Voraussetzung für die spätere, in jeder Hinsicht gemeinsame politische Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands sichtbar wird". In: SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 857, Bl. 94.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

18. Juni 1945 lud er durch Kurier fünf Mitglieder des Zentralausschusses für den nächsten Tag zu einer gemeinsamen Aussprache „über die Fragen der Zusammenarbeit in Groß-Berlin" ein[99].

Die erste Begegnung von Spitzenfunktionären beider Parteien – ihre Schilderung verdanken wir den Erinnerungen Gniffkes[100] – fand am 19. Juni 1945 im Neuen Stadthaus statt. Am Tisch saßen sich Walter Ulbricht, Anton Ackermann, Ottomar Geschke, Hans Jendretzky und Otto Winzer von der KPD und Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Erich W. Gniffke, Helmuth Lehmann und Otto Meier von der SPD gegenüber. Ulbricht legte nochmals die Gründe gegen eine sofortige Einheitspartei dar und regte statt dessen ein Abkommen über Aktionseinheit an, für das Ackermann vorsorglich einen Entwurf mitgebracht hatte. Die Aussprache endete mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Bildung eines aus je fünf Vertretern beider Führungsgremien bestehenden gemeinsamen Arbeitsausschusses, der „unter Achtung der demokratischen Grundsätze" bei der Realisierung der Sofortprogramme beider Parteien, bei der Bildung eines Parteienblocks, bei der „Klärung ideologischer Fragen" und bei der Durchführung gemeinsamer Parteiveranstaltungen eng zusammenarbeiten sollte. Den Parteiorganisationen auf unterer Ebene wurde empfohlen, ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse zu schaffen[101].

Das Aktionsabkommen, das der Bildung eines Bürgerblocks unter Einbeziehung der Sozialdemokratie vorbeugte, wertete die KPD-Führung als uneingeschränkte Bejahung ihrer Generallinie[102]. Sie praktizierte zunehmend die Aktionseinheit als „Anbindung", als „Hineinregieren" und schließlich als Zwangsunterordnung der SPD. Das Gefühl, die Sozialdemokraten ins Schlepptau genommen zu haben, äußerte sich unverhüllt auf unterer Ebene, wo diese oft zur Unterzeichnung vorbereiteter Vereinbarungen aufgefordert wurden, die nur auf den Aufruf vom 11. Juni 1945 Bezug nahmen[103]. Andererseits erfüllte die „Einheit in Aktion" als Transitorium zur Einheitspartei nicht die Erwartungen, die die Kommunisten in sie setzten. Die KPD-Bezirksleitung Berlin konstatierte am 31. Oktober 1945, „daß wir in der Zusammenarbeit nicht die Ziele erreichten, die wir uns in Berlin stellten"[104]. Als Ursachen wurden genannt: gegenseitige Ressentiments, „Sektierertum" der Altkommunisten[105], vor allem

[99] Ebenda, Nr. 851, S. 249.

[100] Vgl. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 32 ff.

[101] Wortlaut der Vereinbarung in: Die Programme der politischen Parteien, S. 30 ff.

[102] Franz Dahlem äußerte am 2. 8. 1945 vor der Berliner Bezirksleitung: „Die Partei muß führend sein, überblicken und fähig sein, die richtigen Direktiven zu geben", doch nur „mit der SPD sind wir eine unbesiegbare Macht". SAPMO-BA, BPA, I/2/015.

[103] Vgl. Gustav Gundelach: „Der Aufruf der SPD hindert uns keineswegs, mit der SPD auf dem Boden unseres Aufrufes zusammenzuarbeiten." SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 851, Bl. 252.

[104] Ebenda, Nr. 852, Bl. 19.

[105] Vgl. Bericht von Heinrich Starck (KPD) an den Bezirkskommandanten von Berlin-Friedrichshain vom 16. 6. 1945: „Daß nach 6 Wochen russischer Besatzung Marschall Shukow antifaschistische Parteien und Gewerkschaften zuläßt, löst innerhalb der Arbeiterbevölkerung große Genugtuung aus. Die vorbereiteten Arbeiten zum festen zentralisierten Aufbau der KPD sind beendet. Hunderte von Arbeitern wollen dort Mitglied werden. Die SPD baut ihren Laden ebenfalls auf. [...]

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber Verweigerung von Sozialdemokraten, die sich von ihrem „reformistischen Ballast" nicht befreien wollten.

Auch bei der SPD waren anfängliche Hoffnungen gewichen. Im Zentralausschuß (ZA) sah man Probleme, die sich aus der frühen Einbindung in den von SMAD/KPD gesetzten institutionellen Rahmen ergaben, auf sich zukommen. Während auf der obersten Ebene zwischen ZA und ZK aufgrund taktisch klugen Verhaltens von Pieck, Ulbricht und Genossen zunächst wenig Konfliktstoff anfiel, hatten die SPD-Landesorganisationen viel größere Schwierigkeiten im Umgang mit den Kommunisten[106]. Trotz der am 19. Juni 1945 vereinbarten „Klärung ideologischer Grundfragen" vermied es die KPD, ihre Vorstellungen von der „parlamentarisch-demokratischen Republik" und dem „deutschen Weg zum Sozialismus" zur Diskussion zu stellen, statt dessen beließ sie es bei Bekundungen, Fehler gemacht und daraus Lehren gezogen zu haben. Wenn sie meinte, so sozialdemokratischen Nachfragen über die Ernsthaftigkeit des Demokratie-Bekenntnisses aus dem Wege gehen zu können, irrte sie sich. Im Fusionskampf wurde die Demokratie-Debatte mit aller Schärfe geführt[107]. Erste Konflikte entstanden, als die KPD sich einer Parität mit der SPD in den kommunalen und zentralen Körperschaften widersetzte und zwischen „rechten Führern" und „ehrlichen Mitgliedern" differenzierte[108]. Als Reaktion kam der Ruf nach freien Wahlen, die erst einmal Stärke und Einfluß beider Parteien feststellen sollten[109]. Im Herbst 1945 hatte sich die Konstellation derart geändert, daß Pieck besorgt feststellte: „Nach den guten Anfängen in den letzten 2 Monaten gewisse Veränderungen, Abschwächung, Widerstände bei den Sozialdemokraten]."[110]

Nichtsdestoweniger hatte die KPD lenkend in die Wiedergründung der SPD in Berlin eingegriffen. Die Fixierung des Zentralausschusses auf den Aufruf vom 11. Juni 1945, seine „Ostorientierung" und seine Bindung an ein Aktionsabkommen,

---

Die Stimmung dazu ist ziemlich einmütig. Oft hört man, daß man es nicht versteht, daß die SPD wieder ihren Laden aufbaut." SAPMO-BA, ZPA, NL 73, Nr. 9, Bl. 29 f.

[106] Vgl. Andreas Malycha, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995; Gunter Ehnert, Die SED-Gründung in Thüringen, Erfurt 1995.

[107] Auf der Berliner SPD-Funktionärskonferenz vom 20. 1. 1946 erklärte Max Fechner nach Notizen von Pieck: „SPD könne Anspruch erheben, in der Vergangenheit die Schöpferin u[nd] Hüterin der Weimarer Demokratie gewesen zu sein. Die K[ommunisten] müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, die Demokratie in der Weimarer Zeit wesentlich geschwächt zu haben." SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 631, Bl. 29.

[108] SPD-Kreise warnten, solche Einmischungen in ihre innerparteilichen Angelegenheiten würden die Zusammenarbeit mit der KPD aufs Spiel setzen. Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 852, Bl. 4.

[109] In einem KPD-Bericht stand: „Ein Sozialdemokrat sagte, eine Einheitsfront mit den Kommunisten wäre die größte Dummheit; denn die Kommunisten werden bei den kommenden Wahlen höchstens 25 % [haben], während wir 75 % haben werden." SAPMO-BA, BPA, I/2/016.

[110] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 634, Bl. 105. Am 4. 9. 1945 meldete die Berliner KPD-Bezirksleitung: „Genaue Beobachtungen der Berliner Sozialdemokratie lassen erkennen, daß sich der Widerstand gegen eine weitere Vertiefung der Einheitsfront versteift." Ebenda, NL 72, Nr. 209, Bl. 20.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das den Weg zur stalinistischen Einheitspartei ebnete, waren Gewinne, die sich allerdings nur im sowjetischen Besatzungsgebiet realisierten. Das „Büro Schumacher" in Hannover verlegte solchen Infiltrationen den Weg in die Westzonen.

3. Die Gründung der CDU

Als dritte Partei neben den beiden Arbeiterparteien hatte die KPD eigentlich mit der Neugründung des Zentrums gerechnet, dem eine traditionelle Rolle in Süd- und Westdeutschland zugemessen wurde. Doch zu ihrer Überraschung kam es dazu nicht. Seit Mitte Mai 1945 sammelte der frühere Zentrumspolitiker und Reichsminister Dr. Andreas Hermes, ein aktives Mitglied der Bewegung des 20. Juli 1944, in seinem Haus in Berlin-Westend einen Kreis Gleichgesinnter um sich[111]. Man erörterte die Gründung einer Partei, „die alle nicht-sozialistischen und nicht-kommunistischen, aber natürlich auch nicht-nationalsozialistischen Kräfte in der Bevölkerung, also wahrscheinlich deren Mehrheit, zusammenfassen und aktivieren sollte"[112]. Der SMAD-Befehl Nr. 2, die Aufrufe von KPD und SPD und nicht zuletzt Informationen über die Gründung einer weiteren bürgerlichen Partei trieben den Hermes-Kreis zur Eile[113]. Jakob Kaiser bedauerte, daß das Bekenntnis Dahrendorfs zur Einheitspartei auf der KPD-Veranstaltung vom 12. Juni 1945 das in der Widerstandszeit erwogene Zusammengehen mit Sozialdemokraten ausschlösse[114]. Er bekannte sich

[111] Vgl. Emil Dovifats „Kalendernotizen zur politischen Arbeit in und für CDU", in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), NL 18/252; Tagebuch von J. B. Gradl, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin bei Bonn (künftig: ACDP), I-294-016/7; Anna Hermes, Und setzet ihr nicht das Leben ein: Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen, Stuttgart 1971, S. 192ff.; Fritz Reichardt, Andreas Hermes, Neuwied 1953, S. 206ff.; Peter Hermes, Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1945, Saarbrücken 1963, S. 13ff.; Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart/Berlin 1969, S. 15ff.; J. B. Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone, Köln 1981, S. 17ff.; Kleinmann, Geschichte der CDU.

[112] Ferdinand Friedensburg, Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945, Berlin 1971, S. 47.

[113] Hermes teilte in seiner auf dem Reichstreffen der christlichen Demokraten vom 14.–16. 12. 1945 in Bad Godesberg verlesenen Rede mit, der SMAD-Befehl Nr. 2 „bildete zu diesem frühen Zeitpunkt für uns eine Überraschung". ACDP, I-090-016/1. J. B. Gradl hielt unter dem 13. 6. 1945 in seinem Tagebuch fest: „Gestern war auf Einladung der KPD Sitzung von Vertretern der alten Parteien. Russischer Vertreter war anwesend. Vorsitzender (ein Kommunist [es war Ulbricht]) sagt, alle sollten gemeinsam arbeiten. Auf unserer Seite vorläufig wenig Lust, schon aktiv zu werden. Ein Komitee ist beabsichtigt." Ebenda, I-294-016/7. Daneben erschreckten im Juni 1945 den CDU-Gründerkreis Meldungen, daß in Berlin eine „Nationaldemokratische Partei", eine „Partei der Demokratischen Union" und eine Neuauflage der Demokratischen Partei vorbereitet würden. Vgl. ACDP, I–090–015/1.

[114] Vgl. BAK, NL 18/252, Bl. 47. Der Sozialdemokrat Karl J. Germer berichtete über eine Begegnung mit Jakob Kaiser am 18. 5. 1945, daß dieser ihn gebeten hatte, „unserer politischen Leitung den Vorschlag zu unterbreiten, daß sich die SPD auf so breiter politischer Grundlage festlege, daß

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„nunmehr in aller Klarheit zur Notwendigkeit einer Partei, die ein Gegengewicht zu sein hatte“[115]. Am 17. Juni 1945 begannen die Programmberatungen, die am 26. Juni mit der Abfassung des Gründungsaufrufs endeten[116]. Nach lebhafter Debatte nahm man den Parteinamen „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ (CDU) an[117]. Er sollte die angestrebte Breite wie den Vorsatz, im Unterschied zu den tradierten Parteien etwas Neues, von der Vergangenheit Unbelastetes zu offerieren, ausdrücken[118].

Die CDU reichte den Registrierungsantrag am 27. Juni 1945 beim Magistrat der Stadt Berlin ein[119] und wurde am 10. Juli 1945 von der SMAD für die gesamte Besatzungszone zugelassen[120]. Am 22. Juli 1945 fand eine Gründungskonferenz im Theater am Schiffbauerdamm statt[121]. Am gleichen Tag erschien die erste Nummer des Parteiorgans „Neue Zeit“[122].

Aufbau und Entwicklung der CDU in der SBZ kamen langsam voran[123]. Die eigentliche Stärke der Union als „Bürgerblock“ sollte erst bei kommenden freien Wah-

---

z. B. die Aufstellung einer gesonderten Zentrumspartei überflüssig sei. Wenn irgend möglich, will man eine Neugründung der Zentrumspartei vermeiden, wobei man die Hoffnung hegt, daß nach dem Vorbild der englischen Labour Party eine Erfassung der Arbeiterschaft auf allerbreitester Basis durchzuführen ist.“ BAK, NL 18/375, Bl. 2 f. Vgl. auch Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M. 1968, S. 252 f.; Conze, Jakob Kaiser, S. 11 ff.; Siegfried Suckut, Die CDU in der Sowjetisch Besetzten Zone und die Gründung der SED, in: Deutschland Archiv 20 (1987), S. 612 ff.

115 In einem Brief an „meine engeren Freunde aus den früheren Christlichen Gewerkschaften“ vom 8. 12. 1945 schrieb Kaiser: „Lange hat für uns die Bildung einer Partei der Arbeit eine Rolle gespielt, da sich aber nach der Zulassung der Parteibildung in Berlin die SPD von heute auf morgen wieder nach ihren alten Gesetzen formierte, war für uns der Weg zur Bildung einer großen christlichen und demokratischen Partei gewiesen.“ BAK, NL 18/129, Bl. 284.

116 Vgl. ebenda, NL 18/252, Bl. 1 und 51, und NL 18/257, Bl. 49 f.

117 Vgl. Anna Hermes, Und setzet ihr nicht das Leben ein, S. 201 f.; Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern, S. 17. Im Gespräch waren „Sammlungsfront“, „Christlich-Demokratische Aufbaupartei“ und „Christlich-sozialer Einheitsblock“. Vgl. ACDP, I-090–015/1.

118 Auf einer CDU-Kundgebung in Berlin-Tiergarten erklärte Walther Schreiber: „Wir sind nicht verantwortlich für die Fehler der alten Parteien, wir sind eine neue Partei.“ SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 852, Bl. 167.

119 Vgl. Landesarchiv Berlin, Stadtarchiv (künftig: LAB (STA)), Rep. 101, Nr. 110, Bl. 10.

120 Vgl. BAK, NL 18/252, Bl. 54; Protokoll über die Zulassungsbesprechung beim Stadtkommandanten von Berlin, in: Hermes, Die CDU und die Bodenreform, S. 104 ff.

121 Vgl. „Die Gründungskonferenz der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“, in: BAK, NL 18/129, Bl. 49 ff.

122 Zusammen mit dem Registrierungsantrag suchte die CDU um die Herausgabe einer Tageszeitung „Die neue Zeit“ und einer Wochenzeitung „Der Aufbau“ nach. Vgl. LAB (STA), Rep. 101, Nr. 110, Bl. 10.

123 Die CDU-Reichsgeschäftsstelle legte verläßliche Zahlen erst im Februar 1947 vor. Danach hatte die Partei in der SBZ einschließlich Groß-Berlin 204 916 Mitglieder. BAK, NL 18/53, Bl. 9. Die KPD bezifferte ihre Mitgliederzahl Ende Januar 1946 mit 449 182. SAPMO-BA, ZPA, IV 2/5/4969, Bl. 12. Die SPD meldete für Februar 1946 539 000 Mitglieder. Vgl. Harold Hurwitz, Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin, Köln 1990, S. 58.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

len ins Gewicht fallen, ein weiterer Grund, der SMAD und KPD zu äußerstem Unbehagen und wachsendem Mißtrauen gegenüber dem Neuling veranlaßte. Der aus dem Hermes-Kreis stammende Bericht „Die Lage im russischen Raum nach dem Stande von Ende Juni 1945" vermeldete, es würden sich der CDU „zur Zeit noch beträchtliche Widerstände aus dem kommunistischen Lager in den Weg" legen[124].

Ein direkter Eingriff in den Gründungsprozeß war der KPD-Führung versagt geblieben. Sie richtete daher ihre Angriffe auf die Parteiführer. Walter Ulbricht hatte am 5. Mai 1945 Andreas Hermes für ein Magistratsamt mit dem Vorsatz gewonnen, ihn „systematisch und geduldig zu beeinflussen, und keine Mittel zu scheuen, ihn für die Freundschaft zur Sowjetunion zu festigen"[125]. Dieser Plan mißlang, weshalb Ulbricht von den Stadträten Karl Maron und Otto Winzer (beide KPD) Material sammeln ließ, das Hermes wegen Nichtbeachtung von Besatzungsbefehlen (wie Weiterbeschäftigung von Nazis) und Überschreitung von Amtskompetenzen (wie Vorbereitung eines Reichslandwirtschaftsministeriums) bei den Sowjets in Verruf bringen sollte[126].

Am 29. Juni 1945 – die CDU wartete auf ihre Zulassung – warf Marschall Shukow Hermes im Beisein von Walter Ulbricht und seiner als Dolmetscherin fungierenden Lebensgefährtin Lotte Kühn Unredlichkeiten vor. Hermes hielt in einer Niederschrift fest, er sei „bereit, Amt im Magistrat niederzulegen, falls Sh[ukow] kein Vertrauen mehr habe. Sh[ukow]: So lege man Arbeit nicht nieder, warnt vor diesem Ton. Ich wiederhole, daß ohne Vertrauen Sh[ukows] sachliche Arbeit unmöglich. Wir schätzen Sie als ernsten, tüchtigen Fachmann, haben Vertrauen zu Ihnen um so mehr, als Sie jetzt Führer einer großen Partei geworden sind. Längere Aussprache über Partei. Ob bereit, in antifaschistischen Block einzutreten. Grundsätzlich bejaht, aber vorher Verständigung in Grundfragen. Sh[ukow]: man kann in Block auch mit Sprengabsichten eintreten. Ich: Wir sind weder illoyal noch dumm genug, solche Absichten zu haben. Sh[ukow]: Parteien, die in Block eintreten, werden moralisch und auch materiell unterstützt, will Aufruf studieren, dann über Registrierung entscheiden. Dann könne Aufruf veröffentlicht werden."[127]

Hermes begriff die Lektion. Bemüht um eine unabhängige Position, schloß er einerseits Illoyalität gegenüber der Besatzungsmacht aus und bekannte sich andererseits zur „Zusammenarbeit mit Toleranz den anderen Parteien gegenüber"[128]. Dennoch wurde er bei der Besetzung der Präsidentenämter für die neuen Deutschen Zen-

---

[124] BAK, NL 18/315, Bl. 12.

[125] SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 851, Bl. 88.

[126] Walter Ulbricht bezichtigte später Hermes des Versuchs, „den Weimarer Weg wiederholen" zu wollen und deshalb sein Magistratsamt für restaurative Zwecke der Großbourgeoisie mißbraucht zu haben. Vgl. Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, S. 83.

[127] ACDP, I-090-017/2. Zum Verlauf der Beratung notierte Anna Hermes im Tagebuch: „Ulbrichts Frau übersetzte. Andreas hatte den Eindruck, daß sie gefärbt zu seinen Ungunsten dolmetschte. Sehr bald merkte er, daß ein Scherbengericht über ihn gehalten werden sollte." Hermes, Und setzet ihr nicht das Leben ein, S. 203. Vgl. auch Hermes, Die CDU und die Bodenreform, S. 16.

[128] Hermes auf einer CDU-Beratung in Frankfurt a. M. am 31. 10. 1945, in: ACDP, I-090-015/1.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tralverwaltungen in der SBZ Ende Juli 1945 übergangen; sein Amt als stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin und Leiter der Magistratsabteilung für Ernährung verlor er am 23. Juli 1945 aufgrund einer von Ulbricht eingefädelten Intrige[129]. Als er im September 1945 prinzipielle Vorbehalte gegenüber der von SMAD/KPD verordneten Bodenreform anmeldete, geriet auch sein Parteivorsitz ins Wanken.

Die ersten Erfahrungen im Umgang mit der CDU lehrten SMAD und KPD, daß der Neuling ein ernstzunehmender Widersacher war. Der christliche Mantel, die sozialen Gebote und die Distanz zu revolutionären Schritten, an denen der Mehrheit der Deutschen nicht lag, machten die Anziehungskraft der Union aus. Die KPD spekulierte daher mit einer zweiten bürgerlichen Partei als Gegengewicht.

4. Die Gründung der LDP

Seit Mai 1945 sammelten sich in Berlin betont liberale Kreise des Bürgertums, vor allem aus den Reihen der früheren Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und ihrer Nachfolgerin, der Deutschen Staatspartei. Treibende Kräfte waren der Reichsjustizminister a. D. Dr. Eugen Schiffer, dessen Schwiegersohn Dr. Waldemar Koch und der Reichsinnenminister a. D. Dr. Wilhelm Külz. Am 16. Juni 1945 fand die Gründungsversammlung der Deutschen Demokratischen Partei statt[130]. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Koch, zu seinem Stellvertreter Dr. Külz gewählt. Am 20. Juni 1945 beantragte Koch beim Bezirksbürgermeister von Berlin-Wilmersdorf die Zulassung der Deutschen Demokratischen Partei[131]. Inzwischen gab es Kontakte zum Hermes-Kreis[132]. Otto Nuschke ließ Külz wissen, sie „möchten die Registrierung nicht urgieren. Die Partei der Demokratischen Union soll verhältnismäßig weit sein"[133]. Auch Ernst Lemmer riet seinen alten Freunden aus der DDP von einer eigenen Gründung ab[134].

---

[129] Vgl. LAB (STA), Rep. 101, Niederschrift der außerordentlichen Magistratssitzung vom 27. 7. 1945. Die Alliierte Kommandantur bestätigte am 1. 8. 1945 die Abberufung von Hermes. Vgl. Die Berliner Konferenz der Drei Mächte, S. 91.

[130] Vgl. Protokoll der Gründungssitzung der Deutschen Demokratischen Partei vom 16. 6. 1945, in: Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach (künftig: ADL/LDPD), Nr. 937, sowie in: AdsD, NL Gniffke, Nr. 25 A. (Die Sitzungsprotokolle stellte Arthur Lieutenant 1963 Gniffke für seine Memoiren zur Verfügung.)

[131] Vgl. LAB (STA), Rep. 101, Nr. 50. Der Zulassungsantrag mit Satzung und Zielen der Deutschen Demokratischen Partei, Entwurf des Gründungsaufrufs und Namenliste des Vorstandes in: Ebenda, Rep. 101, Nr. 110, Bl. 1–8 und 24–26. Ein sog. Verwaltungsrat der Liberal-demokratischen Partei Deutschlands, der am 20. Juni 1945 beim sowjetischen Bezirkskommandanten in Berlin-Steglitz vorstellig wurde (vgl. ebenda, Rep. 101, Nr. 110, Bl. 27 f.), hatte offenbar keine Verbindung zum Gründerkreis um Koch und Külz.

[132] Vgl. Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses der Deutschen Demokratischen Partei vom 19. 6. 1945, in: AdsD, NL Gniffke, Nr. 25 A.

[133] Vgl. Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses der Deutschen Demokratischen Partei vom 27. 6. 1945, in: Ebenda.

[134] Jakob Kaiser teilte am 18. 6. 1945 Ernst Lemmer mit, „daß aus den Reihen Deiner früheren politischen Gemeinschaft bereits eine neue Parteibildung erfolgt sei [. . .]. Was ist in der Sache zu tun? Ich hoffe, Du wirst zu handeln wissen." BAK, NL 18/129, Bl. 159.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Sitzung des Hauptausschusses der DDP vom 30. Juni 1945 erwog deshalb Koch: „Wenn die Ziele gleich seien, und wenn die Personen, die man sammeln wolle, die gleichen seien, so würde man es nicht recht verstehen, wenn zwei Parteien auftreten." Doch Külz verneinte mit Blick auf den „nicht gerade anziehend[en]" CDU-Aufruf ein Zusammengehen: „Die Verquickung von Religion und Politik wird abgelehnt. Wir wollen die liberalen Kreise einigen und unterscheiden uns dadurch vom Zentrum und von der obengenannten Union. Es ist dies das trennende Moment. [. . .] Wohl aber werden wir zu einer Zusammenarbeit mit dieser wie mit anderen Parteien bereit sein, wie auch mit der Bildung eines bürgerlichen Blocks"[135]. In Abgrenzung von der CDU änderte die DDP ihren Namen in „Liberal-Demokratische Partei" (LDP)[136].

Die Position der LDP im neuen Parteiengefüge wurde in einem „Exposé zur Lage der liberal-demokratischen Presse und Partei in Berlin Anfang August 1945" treffend beschrieben: „Die Parteien sind beim Aufbau ihrer Organisationen, wobei einerseits die KPD und die SPD heute bereits in einem stillen, aber heftigen Rivalitätsstreit stehen, andererseits die Christlichen Demokraten und die Liberalen Demokraten in Gegensätze geraten dürften, wobei die Angriffe bis heute vorwiegend von den Christlichen Demokraten ausgehen. [. . .] Am wenigsten Reibungsflächen haben wir – zunächst – in Berlin mit den Sozialdemokraten. Die alte gemeinsame Tradition von vor 1933 wirkt verbindend, auch sind die Schichten, um die sich die beiden Parteien hier bemühen, vorläufig – d.h. solange es nicht um das Berliner Kleinbürgertum geht – zu verschieden, als daß sich hier schon große Kämpfe entwickeln dürften. [. . .] Zu den Kommunisten besteht z.Z. ebenfalls kaum ein fühlbarer Gegensatz, doch dürfte eine Auseinandersetzung in Anbetracht der Schreckensherrschaft, die diese Partei in vielen Bezirken ausübt, auf die Dauer kaum zu vermeiden sein. [. . .] Die schwersten und aktuellsten Auseinandersetzungen in der nächsten Zeit dürften mit den Christlichen Demokraten bevorstehen. Beide Parteien bemühen sich in weitem Ausmaß um die gleichen Schichten, die Intelligenz, den Besitz, im weiteren Sinne um das parteipolitisch nicht gebundene Kleinbürgertum. Hinzu kommt, daß beide Gruppen in ihrer programmatischen Haltung viel Verwandtes haben, so das Bekenntnis zum Rechtsstaat, zu einem befreiten Kulturleben, zur freien Wirtschaft. Solche Ähnlichkeiten führen erfahrungsgemäß zur Verschärfung der Gegensätze."[137]

In der Absicht der Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers handhabten SMAD und KPD das Zulassungsverfahren, um Einfluß auf Programmatik und Blockbekenntnis

---

[135] Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses der Deutschen Demokratischen Partei vom 30.6. 1945, in: AdsD, NL Gniffke, Nr. 25 A.

[136] Ebenda. Vgl. den handschriftlichen Vermerk Karl Marons auf dem Registrierungsantrag, in: LAB (STA), Rep. 101, Nr. 50. Für den Fall einer Ablehnung hielt Külz den Namen „Demokratische Volkspartei Deutschlands" in Reserve. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 50, erinnerte sich: „Gemeinsam mit den Antragstellern formulierte Maron dann den Lizenzantrag." Auch gesamtdeutsche Erwägungen spielten eine Rolle. Laut Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses der DDP vom 27.6. 1945 bemerkte Külz, daß sich KPD und SPD als „Parteien Deutschlands" bezeichneten und daß ein solcher „Begriff weiter ist als Deutsche . . . Partei." AdsD, NL Gniffke, Nr. 24 A.

[137] BAK, NL 42/142, Bl. 71 ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der LDP zu nehmen. Am 1. Juli 1945 sollte der LDP-Vorstand in Karlshorst in Anwesenheit von Walter Ulbricht zum vorgelegten Gründungsaufruf Rede und Antwort stehen. Generalleutnant F. J. Bokow mißfielen einige Aussagen. Die Liberal-Demokraten, die ihren Abstand zur CDU in grundlegenden weltanschaulich-politischen Fragen betonten, gaben befriedigende Antworten. „Auf die Frage über die Stellung zu einem Block der antifaschistischen Parteien erklärte Külz, daß sie für einen solchen Block seien. Schiffer u[nd] Külz erklärten u. a. auf die Frage, wie sie zur Beseitigung des Großgrundbesitzes stehen, positiv, und fügten hinzu, daß man auch gegen die Führer der großen Monopole vorgehen müsse. [. . .] Auf die Frage der Wiedergutmachung wurde geantwortet, daß man die Besetzung ertragen müsse und daß Deutschland Reparationen zahlen müsse." Ulbrichts Kommentar: „Aus den Besprechungen ging hervor, daß die Demokraten nicht unter dem Kommando der Katholiken arbeiten wollen."[138]

Ulbrichts Bericht über dieses Treffen war ein Muster dafür, warum die Sowjets zu solchen Besprechungen deutsche Kommunisten hinzuzogen: nicht nur aus Informationsgründen, sondern vor allem, um Persönlichkeitsstrukturen bürgerlicher Politiker hinsichtlich ihrer politischen und materiellen Beeinflußbarkeit zu ergründen. Bereitwillig wie eigennützig schrieb Ulbricht: „Von diesen Demokraten ist bei Dr. Schiffer (Jude, 85 Jahre alt) der Wille zur Zusammenarbeit am stärksten. Schiffer hat als Demokrat einen Namen in Deutschland. Der Vorsitzende, Dr. Koch, ist undurchsichtig. [. . .] Sekretär des Vorstandes ist Lieutenant. Er ist ein Kleinbürger und parteimäßig unerfahrener Mann. Man kann ihn beeinflussen. Der stellv. Vorsitzende ist Dr. Külz, in Deutschland bekannt als Reaktionär auf kulturellem Gebiet. [. . .] In den Besprechungen bemühte er sich, als echter Demokrat aufzutreten. [. . .] Ich erkundigte mich nach den persönlichen Lebensverhältnissen. [. . .] Es wäre zweckmäßig, den Mitgliedern der demokratischen Führung, vor allem Schiffer und seinem Sekretär Lieutenant, eine Wohnung im sowjetisch besetzten Gebiet zur Verfügung zu stellen."

Nach dieser Vorladung bei der SMAD wünschte der LPD-Vorstand eine Stellungnahme der SPD zu seinem geplanten Aufruf. So kam das Papier am 4. Juli 1945 auf den Tisch des Zentralen Arbeitsausschusses KPD-SPD[139]. Dieser hielt einige Punkte für bedenklich, so „die Absicht, eine ‚umfassende politische Arbeitsgemeinschaft' zu bilden, die insbesondere alle diejenigen ‚Deutschen' umfassen soll, die früher der Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und anderen, nicht nationalsozialistischen Parteien nahe gestanden haben". Eine solche Formulierung schien für unvereinbar „mit einer gemeinsamen Arbeit dieser

[138] Von dieser Besprechung existieren zwei Berichte: eine Aktennotiz von Koch, in: Ekkehart Krippendorff, Die Gründung der Liberal-demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), S. 290–309, hier S. 300 f., und ein ungezeichneter, mit Sicherheit aus der Feder Ulbrichts stammender Bericht, in: SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 857, Bl. 95 f.

[139] Ebenda, Bl. 97. Vgl. auch Piecks Tagebucheintrag vom 4. 7. 1945, in: Ebenda, NL 36, Nr. 23, Bl. 6.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parteien in einem Block der antifaschistischen Parteien." Des weiteren wurden die Stellungnahmen zur Schuld des deutschen Volkes, zur Wiedergutmachungspflicht und zur Religionsfrage als nicht ausreichend beurteilt. Anschließend trafen sich die Vertreter von KPD und SPD mit Dr. Koch, Dr. Külz und Lieutenant. In den beanstandeten Fragen sagten die Liberal-Demokraten, mit Blick auf den bürgerlichen Konkurrenten, eine schnelle Änderung ihres Aufrufs zu und versicherten, „daß sie in jeder Hinsicht mit den in der Sitzung von den Vertretern der beiden anderen Parteien geäußerten Meinungen einverstanden sind"[140]. Den korrigierten Aufruf erhielt der ZA der SPD am 6. Juli 1945: „Nachdem wir sachlich mit Ihnen übereinstimmten, sind wir erfreulicherweise in der Lage gewesen, in der Formulierung Ihren Anregungen entgegenzukommen."[141]

Die endgültige Fassung des Gründungsaufrufs der LDP wurde auf den 5. Juli 1945 datiert[142]. Am 10. Juli 1945 erteilte die SMAD die Zulassung[143]. Das Parteiorgan „Der Morgen" erschien erstmalig am 3. August 1945[144]. Der Organisationsaufbau in Berlin und in den fünf Ländern der Ostzone ging nur langsam voran. Ende 1945 zählte die LDP etwas mehr als 80 000 Mitglieder[145].

5. Die Parteienregistrierung durch den Berliner Magistrat

Laut SMAD-Befehl Nr. 2 mußten die neuen Parteien „ihre Vorschriften und Programme der Tätigkeit bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten registrieren lassen"[146]. In der Sitzung des Magistrats der Stadt

---

[140] Vgl. ebenda, NL 182, Nr. 857, Bl. 97 f.

[141] Ebenda, NL 90, Nr. 510, Bl. 1. Koch hatte die Korrekturen mit Bleistift markiert.

[142] Wortlaut des Aufrufs in: Die Programme der politischen Parteien, S. 7 ff.

[143] Vgl. ADL/LDPD, Nr. 903, S. 1 f., Tagebucheintrag Külz' vom 26. 7. 1945. Ferner Aktennotiz Lieutenants vom 10. 7. 1945, in: Krippendorf, Die Gründung der Liberal-demokratischen Partei, S. 301 ff.

[144] Ursprünglich sollte die Zeitung den Titel „Neues Deutschland" tragen und unmittelbar nach der Lizenzierung erscheinen, was jedoch an sowjetischer Hinhaltung scheiterte. Vgl. ADL/LDPD, Nr. 903, S. 2 ff., Tagebucheintrag Külz' vom 26. 7. 1945. Laut Aktennotiz Külz' vom 3. 8. 1945 schlug die sowjetische Zensur den farblosen Titel „Neue Tageszeitung" vor. Koch änderte ihn um in „Der Morgen", was von Generalleutnant Bokow akzeptiert wurde. Vgl. BAK, NL 42/142, Bl. 61.

[145] Vgl. LDPD 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei, hrsg. vom Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD, Berlin (Ost) 1985, S. 60.

[146] Das Befehls- und Kontrollsystem der SMAD gegenüber den Parteien wurde auf zentraler, regionaler (Länder und Provinzen) und örtlicher Ebene gehandhabt. Es gab vielfältige Formen der Einmischung und Kontrolle: „Empfänge" und „Aussprachen" der Parteiführungen im SMAD-Hauptquartier in Berlin-Karlshorst, Berichterstattungen, Korrespondenzen und Genehmigungsverfahren, Verbindungsoffiziere und Pressezensoren. Die SMAD variierte das Spiel von „Zuckerbrot und Peitsche". Sie mischte sich massiv in die Zwangsvereinigung von KPD und SPD wie in Führungsfragen der bürgerlichen Parteien ein, wie die Ereignisse in der CDU Ende 1945 und 1947 zeigten. Andererseits hofierte sie nichtkommunistische Parteipolitiker und suchte sie unter Ausnutzung der Nachkriegsnöte mit materiellen Zuwendungen, wie Zuteilung von Autos, Kraft-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berlin vom 11. Juni 1945 stellte der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Stadtrat Karl Maron (KPD), den Antrag, „daß vorläufig beim Magistrat nur die bekannten alten antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Registrierung zugelassen werden". Eine Diskussion fand nicht statt. Das Protokoll hielt fest: „Die Registrierstelle für die Anmeldung der Parteien und Parteiprogramme wird Maron übertragen"[147]. Damit verfügte die KPD über ein wichtiges Instrument zur Steuerung der Parteienzulassung. Indem sie den Anträgen von SPD, CDU und LDP stattgab, entschied sie zugleich über deren Zulassung als Zonenpartei („Reichsgeschäftsstellen") und als Berliner Verband.

In einem von Maron aufgesetzten Rundschreiben an die Berliner Verwaltungen vom 18. Juni 1945 teilte der parteilose Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner mit, daß „nur die bekannten früheren großen" Parteien KPD, SPD, Zentrum und Demokraten genehmigt würden. „Alle anderen Neugründungen werden nicht zugelassen"[148]. Der Antrag auf Registrierung eines „Kampfbundes Sowjet-Deutscher Aktivisten" wurde am 21. Juni 1945 mit dem Argument zurückgewiesen: „Die Straßen enttrümmern ist wichtiger, als neue Organisationen und Parteigruppen ins Leben zu rufen"[149]. Marons Registrierstelle lehnte im Sommer 1945 mehr als ein Dutzend Zulassungsanträge von Parteien und Organisationen ab[150].

---

stoff und Papier oder von Lebensmittelpaketen (sog. Pajoks) zu korrumpieren. Die Beziehungen der KPD/SED zur SMAD verliefen auf einer Schiene der Subordination und des Befehlsempfangs. Unterlagen der Spitzenfunktionäre belegen, daß sie zwar Probleme, Vorstellungen und Wünsche an die Sowjets herantrugen, letztlich aber immer die Entscheidung der „Freunde" akzeptierten. Vgl. Hermann Weber, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und das Parteiensystem der SBZ/DDR, in: Deutschland Archiv 15 (1982), S. 1064 ff.

147 LAB (STA), Rep. 100, Nr. 759.

148 Ebenda, Rep. 101, Nr. 535. Die Begründung lautete, es würden „sich bei der zuständigen Stelle des Berliner Magistrats im zunehmenden Maße Einzelpersonen und Grüppchen melden und die Registrierung der verschiedensten neuen Parteien und Organisationen fordern, um daraus ein Recht auf öffentliche Tätigkeit abzuleiten. Ein Eingehen auf diese Forderungen würde die politische Zersplitterung und Verzettelung der Kräfte bedeuten, die für die dringendsten Aufgaben des Wiederaufbaus und Beseitigung des Hitlererbes benötigt werden." In der Konferenz der Bezirksbürgermeister vom 27. 6. 1945 bekräftigte Maron: „Die Bildung von Splittergrüppchen in den Bezirken ist nach Kräften zu unterbinden. Die Parteien sollten ihre Bezirksleitungen den Bezirksbürgermeistern mitteilen. Nach wie vor besteht Anmeldepflicht für alle politischen Veranstaltungen." Ebenda, Nr. 197, Bl. 10.

149 Ebenda, Nr. 144, Bl. 70.

150 Die Registrierstelle des Magistrats lehnte im Juni/Juli 1945 folgende Zulassungsanträge ab: Nationaldemokratische Partei, Unistische Partei, Demokratische Volkspartei, Deutschnationale Partei, Deutsche antinazistische Front, Deutsch-russischer Freundschaftsbund, Bund der Freunde der Sowjet-Union, Kampfverband Sowjet-Deutscher Aktivisten, Organisation Sowjet-Deutscher Aktivisten (OSDA), Liga für Menschenrechte, Polenbund in Deutschland, Deutsch-internationale Friedensliga. Vgl. ebenda, Nr. 144 und 159. Gleiches widerfuhr dem „Bund antifaschistischer Sammlung"; vgl. BAK, NL 18/129, Bl. 104 f. Ende 1945 gab es Berichte über die beabsichtigte Gründung einer „Republikanischen Partei" (vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 182, Nr. 852, Bl. 190) und einer „Christlich-Sozialen Bewegung" in den Westsektoren Berlins (vgl. ebenda, BPA, I/3/11/121).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus Anlaß der Reorganisation von Wirtschaftsverbänden in den Westsektoren Berlins beschäftigte sich der Magistrat am 6. und 13. August 1945 noch einmal mit der Zulassungsfrage. Maron regte an, der Magistrat möge „von der Alliierten Kommandantur eine Neubestätigung des Befehls erbitten, wonach die antifaschistischen politischen Parteien und die Freien Gewerkschaften erlaubt, alle anderen Organisationen aber verboten sind." Maron bemerkte nicht, daß er sich damit auf eine abschüssige Ebene begab, indem er der Alliierten Kommandantur die Möglichkeit einer Revision des Magistratsbeschlusses vom 11. Juni 1945 einräumte. Zu seinem Glück folgte ihm das Kollegium aus formalrechtlichen Erwägungen nicht, weil man „nicht etwas verbieten [könne], was schon verboten ist. [...] Der Magistrat kann höchstens erneut auf den Befehl über die Zulassung der politischen Parteien und Gewerkschaften hinweisen und kommentatorisch auseinandersetzen, daß alle anderen Gründungen von Fachverbänden usw. nach wie vor verboten sind."[151] Eine entsprechende Presseveröffentlichung erließ der Magistrat am 13. August 1945[152]. Bei der Rechenschaftslegung des Magistrats am 19. November 1945 rechtfertigte Karl Maron die „viel kritisierte Einstellung des Magistrats" in der Parteienzulassung mit folgenden Worten: „Als der Marschall Shukow seinen Befehl auf Zulassung der Parteien in der Sowjetzone erließ und dabei anordnete, daß sich die Parteien auch bei den Selbstverwaltungsorganen anzumelden und zu registrieren haben, faßte der Magistrat den Beschluß, vorläufig nur die vier großen, aus der Vorhitlerzeit bekannten antifaschistisch-demokratischen Parteien zuzulassen. Natürlich konnte er dies den Besatzungsbehörden nur empfehlen, die Entscheidung fiel dort. Dieser Beschluß wurde gefaßt, um die aus der Weimarer Republik bekannte unheilvolle Zersplitterung des politischen Lebens zu verhindern, die es Hitler möglich machte, zur Macht zu kommen, und die jetzt nur den Wiederaufbau hemmen würde."[153]

Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin enthielt sich zunächst jeden Eingriffs in die von ihr vorgefundene Parteienlandschaft. Die Westmächte betrachteten die nach SMAD-Befehl Nr. 2 erfolgten Gründungen in Berlin weitgehend als eine Ostzonenangelegenheit. Darin folgten ihnen auch die westzonalen Gründerkreise von SPD, CDU und Liberalen, die den beanspruchten Reichscharakter der Berliner Zentralen nie anerkannten. Erstmals nahm die Alliierte Kommandantur bei der Gründung der SED im April 1946 zur Parteienfrage Stellung. Über weitere Zulassungen von Parteien und Organisationen befand sie später[154].

---

[151] LAB (STA), Rep. 100, Bd. 2, Bl. 19ff., Niederschrift der Magistratssitzung vom 6. 8. 1945.

[152] Ebenda, Bl. 39, Niederschrift der Magistratssitzung vom 13. 8. 1945.

[153] Ein halbes Jahr Berliner Magistrat. Der Magistrat gibt Rechenschaft, Berlin (1946), S. 12f.

[154] Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin wurde erstmals in Parteifragen bei der Zulassung der SED in Berlin im Mai 1945 tätig. Vgl. LAB (STA), Rep. 101, Nr. 27, Bl. 91f., BK/O (46) 247 und 248 vom 31. 5. 1946. Die Kommandantur verfügte mit BK/O (46) 458 vom 30. 12. 1946 ein Verfahren, wonach neue Parteien nur dann zugelassen werden, wenn sie demokratisch sind und sich von den schon zugelassenen Parteien in gerechtfertigter Weise unterscheiden. Vgl. LAB (STA), Rep. 101, Nr. 75.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV. Die Bildung des zentralen Blocks der vier Parteien

Die SMAD hatte die Lizenzierungen noch nicht ausgesprochen, da drängte die KPD schon auf Vorgespräche zur Bildung eines „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien". Am 23. Juni 1945 luden Ulbricht und Ackermann vom ZK der KPD sowie Grotewohl und Meier vom ZA der SPD Hermes zu einer „gemeinsamen Aussprache von je 5 Vertretern der 3 Parteien" über „ein gemeinsames Aktionsprogramm des Blockes der antifaschistischen demokratischen Parteien" zum 26. Juni 1945 ins Berliner Stadthaus ein. Sie verwiesen auf die Feststellung ihrer Aufrufe, wonach ein Parteien-Block „ein dringendes Gebot sei", und fügten mahnend hinzu: „Die alte Zersplitterung in zahlreiche kleine Parteien und das Parteiengezänk darf in der ernsten Lage, in der sich unser Vaterland befindet, keinen Boden gewinnen."[155]

Bemerkenswerterweise teilte Hermes am 27. Juni 1945 nur der SPD mit, daß die Bildung der CDU zwar am Vortage vollzogen worden sei, eine gemeinsame Aussprache aber erst nach Registrierung und Veröffentlichung des Aufrufs erfolgen könne[156]. Seine Absicht war es, Gespräche über ein Zusammengehen der Parteien von einer zuvor erfolgten Garantie der Unabhängigkeit der Union abhängig zu machen. Damit erregte Hermes den Unmut der Kommunisten. In der schon erwähnten Unterredung vom 29. Juni 1945 in Karlshorst warnte Marschall Shukow den CDU-Vorsitzenden davor, „in [den] Block auch mit Sprengabsichten eintreten" zu wollen[157]. Unbeirrt schrieb Hermes dem SPD-Vorstand am 9. Juli 1945, die gewünschte Aussprache der Parteien könne erst erfolgen, „wenn die Formalitäten der Gründung einwandfrei geregelt sind [und] die Registrierung unserer Partei erfolgt ist". Grundsätzlich wünsche die CDU, „daß diese Aussprache möglichst bald stattfinden möge, da wir mit Ihnen der Auffassung sind, daß eine auf gegenseitiger verständnisvoller und loyaler Zusammenarbeit beruhende einheitliche Front der antifaschistischen Parteien eine dringende Notwendigkeit ist, um gemeinsam an die Lösung der unaufschiebbaren Gegenwartsaufgaben heranzugehen"[158].

Hermes' couragiertes Verhalten brachte den Zeitplan von SMAD und KPD durcheinander. Inzwischen waren am 3. Juli 1945 westalliierte Truppen in Berlin eingezogen, am 11. Juli konstituierte sich die Alliierte Kommandantur, und die Eröffnung der Konferenz der Großen Drei in Potsdam stand unmittelbar bevor. Auch war Anfang Juli erst die SPD dem Verlangen der SMAD nachgekommen, ihre Geschäftsstelle in den Ostsektor zu verlegen. So gesehen war es eine günstige Fügung für die Sowjets, daß die Westalliierten der Berliner Parteienszene zunächst keine besondere Aufmerksamkeit entgegenbrachten.

---

[155] Vgl. ACDP, I-090-017/2. Ferner das gemeinsame Schreiben von KPD und SPD an den CDU-Gründerkreis vom 23.6. 1945, in: Hermes, Die CDU und die Bodenreform, S. 14f.; Suckut, Blockpolitik, S. 54.

[156] Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 90, Nr. 508, Bl. 2.

[157] Vgl. Anm. 127.

[158] ACDP, I-090-017/2. Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 90, Nr. 508, Bl. 4.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 4. Juli 1945 fand im Neuen Stadthaus die erste Sitzung des Zentralen Arbeitsausschusses von KPD und SPD statt, bei der die „Zusammenkunft der 4 Parteien, Block – Kartell" erörtert wurde[159]. Anschließend beriet man – wie erwähnt – mit Vertretern der LDP deren Aufruf. Damit bürgerte sich die von den Kommunisten gewünschte Praxis ein, vor jeder Blocksitzung Tagesordnung und taktisches Verhalten mit den Sozialdemokraten abzusprechen und sodann den Bürgerparteien geschlossen gegenüberzutreten.

Das Sekretariat des ZK der KPD nominierte am 8. Juli 1945 die Delegation zur Blockgründung: „Pieck, Ulbricht, Dahlem, Ackermann und Berliner Genosse (Geschke oder Winzer)"[160]. Ulbricht entschied sich anstelle des farblosen Ottomar Geschke für den ideologischen „Scharfmacher" Otto Winzer. Doch zur angesetzten Besprechung am 9. Juli 1945 erschien die CDU – ihre Entschuldigung nannte Külz „fadenscheinig"[161] – nicht. Die anwesenden KPD-Vertreter nutzten das Treffen, um das Terrain der Blockbildung in ihrem Sinne vorzubereiten und in Erwartung von Einwänden und Widerständen seitens der CDU eine geschlossene Front zu schaffen[162]. Gniffke verlas ein von ihm verfaßtes Arbeitsprogramm, das die Zustimmung von Dr. Koch fand. Der Text ist nicht überliefert, und es ist auch unwahrscheinlich, daß er zuvor mit der KPD abgesprochen war. Denn Ulbricht sah sich zu einigen „grundsätzlichen Ausführungen zu der künftigen Arbeit des antifaschistischen Blocks" veranlaßt. Er empfahl die Schaffung eines ständig tagenden Ausschusses, der auf der Grundlage eines Aktionsprogramms und gegebenenfalls mittels Kommissionen arbeiten und alle 14 Tage zusammentreten sollte. Ulbricht bekräftigte noch einmal die über den Berliner Magistrat lancierte Entscheidung in der Parteienzulassung. „Er glaube, daß die Tatsache des antif[aschistischen] Blocks schon garantiere, daß alle demokratischen Kräfte des Volkes zusammenarbeiten und daß für andere Splitterorganisationen kein Platz mehr sei, denn die 4 Parteien schaffen den Platz für alle Volksgenossen. Die Registrierung weiterer Parteien sei deshalb unzweckmäßig." Pieck ergänzte, „daß damit nicht gemeint sei, daß wir uns an die Besatzungsmächte wenden sollen, damit andere Parteien nicht registriert werden." Dr. Eugen Schiffer (LDP) wollte die Selbständigkeit der Parteien im Ausschuß gewährleistet sehen. Ulbricht vertrat die Ansicht, „daß man sich schon heute auf ein gemeinsames Aktionsprogramm noch nicht festlegen sollte. Es genüge für die

[159] Vgl. ebenda, NL 182, Nr. 857, Bl. 97, und NL 36, Nr. 633, Bl. 1. Piecks Tagebuch-Eintrag vom 4. 7. 1945 lautete: „Nachmittags 3.30 Uhr Zusammenkunft mit SPD-Grotewohl im Stadthaus Zimmer 125: Gniffke, Meier, Dahrendorf, Lehmann wegen Aufruf der Liberaldemokraten. 5 Uhr: Zusammenkunft mit Liberaldemokraten: Koch, Külz, Lieutenant." Ebenda, NL 36, Nr. 23, Bl. 6. Ulbricht nahm an der Sitzung nicht teil, weil er am gleichen Tag die KPD-Bezirksleitung Thüringen inspizierte. Auch Grotewohl war nicht anwesend; Piecks Notat „SPD-Grotewohl" war als Gruppenbezeichnung zu verstehen.

[160] SAPMO-BA, ZPA, I 2/5/49, Bl. 13.

[161] Külz-Tagebuch vom 26. 7. 1945: „Diese Entschuldigung war sehr fadenscheinig, denn die Tatsache der noch nicht geschehenen Genehmigung hatte die Partei nicht gehindert, schon vor beinahe 14 Tagen ihr Programm zu veröffentlichen." ADL/LDPD, Nr. 903, S. 1.

[162] Vgl. AdsD, NL Gniffke, Nr. 54, Protokoll von Lieutenant; Suckut, Blockpolitik, S. 55 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grundfragen der künftigen Politik eine gemeinsame Erklärung der 4 Parteien, z.B. über die restlose Beseitigung des Nazismus, den Aufbau einer parlamentarischen Vertretung, die Sicherung der normalen Lebensnotwendigkeiten durch Ingangsetzung der Wirtschaft, die Schaffung eines vertrauensvollen Verhältnisses zu den anderen Völkern." Seine Taktik war durchschaubar: die Kommunisten wollten den Block zum schnellsten Termin, eine Debatte über Details bedeutete jedoch Zeitverlust.

Am 10. Juli 1945 gab die SMAD die Zulassung der CDU bekannt, pikanterweise gleichzeitig mit der Genehmigung der LDP. Hermes übermittelte sofort den Leitungen von KPD und SPD seine Bereitschaft zu einer Aussprache am 13. Juli[163]. Schon am nächsten Tag bestätigte Ulbricht diesen Termin und legte seinen Entwurf einer Vereinbarung bei[164]. Endlich stand er vor dem Ziel, auf das er seit Wochen hinsteuerte.

Die Verhandlungen über die Konstituierung des Blocks begannen am 13. Juli 1945 um 17 Uhr im Berliner Neuen Stadthaus; sie wurden am Vormittag des 14. Juli mit der Unterzeichnung eines Kommuniqués abgeschlossen[165]. Zur Debatte standen Resolutionsentwürfe von KPD (Ulbricht), von SPD (Grotewohl und Dahrendorf) und von CDU (Kaiser)[166]. Übereinstimmungen gab es bezüglich der politischen Nachkriegssituation, der Notwendigkeit einer tiefgreifenden Säuberung Deutschlands von den Überresten des Nationalsozialismus und des Militarismus sowie des Aufbaus des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Nuancierungen in Sachfragen spielten zunächst durch den erklärten Willen der vier Parteien zu einem Zusammengehen in organisatorischer Form keine besondere Rolle.

Heftig gestritten wurde nur über den Charakter der Zusammenarbeit. Die bürgerlichen Parteien, vor allem die CDU, bestanden auf dem Prinzip absoluter Selbständigkeit[167], um eine Bevormundung durch einen sozialistischen Block von KPD und SPD[168] sowie eine dauerhafte Institutionalisierung der aus ihrer Sicht situationsbedingten Zusammenarbeit auszuschließen. Sie wünschten dies auch in der Bezeichnung

[163] SAPMO-BA, ZPA, NL 90, Nr. 508, Bl. 5.

[164] Vgl. ACDP, I-090-017/2.

[165] Für den Verlauf der Gründungssitzung siehe das Gedächtnisprotokoll von Erich W. Gniffke, in: AdsD, NL Gniffke, Nr. 25, sowie Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 52 f.; ferner die Notizen von Wilhelm Pieck in: SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 715, Bl. 1–5.

[166] Texte der Entwürfe von KPD, SPD (1. und 2. Fassung), LDP und CDU (1. bis 3. Fassung), in: BAK, NL 18/22, Bl. 15–34; Suckut, Blockpolitik, S. 56–61; Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 296 ff. Der erste SPD-Entwurf von Grotewohl auch in: SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 633, Bl. 99 f. Die LDP hatte nur „Forderungen" vorgelegt; vgl. BAK, NL 18/22, Bl. 27 f.

[167] Die Anerkennung der Selbständigkeit der Blockparteien war eine Forderung der CDU. Auch ihr dritter Entwurf, der handschriftlich von Kaiser stammte, bestand auf der Bereitschaft der vier Parteien, „unter gegenseitiger Anerkennung der Selbständigkeit und unter Achtung der weltanschaulichen Grundlagen, sich zusammenzuschließen, um in möglichster Gemeinsamkeit die schweren Aufgaben der Zukunft zu lösen". Ebenda, Bl. 25.

[168] Die SPD hatte sich in ihren beiden Entwürfen mit der Formulierung „die zu einem festen Block zusammengeschlossenen antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands" der KPD-Auffassung angeschlossen.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Kooperation zum Ausdruck zu bringen: sie sollte schlicht „Arbeitsgemeinschaft" heißen. Hermes erhob gegen den Namen „Block" Einspruch, „weil er und seine politischen Freunde in der ‚Block-Bezeichnung' eine zu feste Bindung erblickten, die mit der beabsichtigten Errichtung einer parlamentarischen Demokratie im Widerspruch stände". Pieck parierte mit dem Argument: „Zur Lösung der Gegenwartsaufgaben komme es auf eine sehr feste Bindung an, damit die in dem Ausschuß arbeitenden Parteien nicht auseinanderfallen, bevor das Ziel der Entnazifizierung und Entmilitarisierung erreicht sei. Es werden zukünftig Belastungen auf uns, und damit meine er auf alle Parteien, zukommen, die die Parteien nur in fester Blockbildung durchstehen könnten." Külz vermittelte zwischen beiden Positionen und schlug die Bezeichnung „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien" vor. Für die KPD bedeutete dies keinen Kompromiß, da sie selbst mit diesem Begriff operierte. Die CDU, die eine Verhandlungspause zur Beratung erbeten hatte, stimmte schließlich zu. Sie war sich darüber im klaren, daß auch ein „Einheitsfront-Ausschuß" angesichts der besatzungsrechtlichen und politischen Umstände in Berlin und in der SBZ unter einer besonderen Kuratel von SMAD und KPD stehen würde[169]. Aber zu anderen Bedingungen – das betraf auch die LDP – war eine parteipolitische Betätigung unmöglich. Es blieb für die bürgerlichen Parteien nur der Weg, im Rahmen der kommunistisch geführten „Einheitsfront" um jedes politische Problem hart zu ringen.

Der zweite Teil der Beratungen beschäftigte sich mit inhaltlichen Problemen der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Erklärung, vor allem mit der Kriegsschuld, der Wiedergutmachung, der Behandlung der Nazis und mit der Notwendigkeit eines Strukturwandels über den Weg entschädigungsloser Enteignungen. Um den eben erreichten Konsens in der Blockfrage nicht aufs Spiel zu setzen, gaben die Kommunisten bürgerlichen Wünschen entweder nach oder vertagten die Erörterung. Hermes verließ die Gründungssitzung mit dem Gefühl, einen Erfolg verbucht zu haben, weil der Aufruf in einigen Punkten „den Stempel unserer Formulierungen" trug[170]. Die Hartnäckigkeit, mit der besonders die CDU um Prinzipien und Details rang, verschaffte der KPD eine Vorahnung davon, welche Schwierigkeiten im Blockausschuß noch zu erwarten waren.

Das Kommuniqué vom 14. Juli 1945 – ihm lag ein zweiter SPD-Entwurf zugrunde[171] – gab „unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit" die Bildung ei-

[169] Der CDU-Mitgründer Johann Baptist Gradl schrieb: „In der CDU bestand Unbehagen gegenüber der Institution des Blocks, denn die auferlegte Zusammenarbeit bedeutete Festlegung auf Einstimmigkeit. So konnte also kein Beschluß gegen die KPD zustande kommen. Da der Zentrale Block die höchste deutsche politische Instanz im Sowjetbereich sein sollte, würden die Kommunisten eine Sperrposition haben, die um so gewichtiger war, als sie sich im intimen Einvernehmen mit der Besatzungsmacht befanden." Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern, S. 24.

[170] Vgl. ACDP, 07-010-0708, Hermes auf der 3. Sitzung des Gründungssausschusses der CDU vom 19. 7. 1945; Suckut, Blockpolitik, S. 64; „Echte Idee der Union". Protokolle des Berliner Gründerkreises der CDU 1945. Eine Gabe der DDR-CDU an den ersten gemeinsamen Parteitag der CDU in Hamburg, o. O. (Berlin) und o. J. (1990), S. 7.

[171] Dieser von Gustav Dahrendorf vorgelegte Entwurf vom 14. 7. 1945 fußte weitgehend auf den Entwürfen der SPD (Grotewohl) und KPD (Ulbricht) vom 11. 6. 1945 (vgl. Anm. 166).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nes gemeinsamen Ausschusses aus je fünf Vertretern der vier Parteien bekannt, der unter wechselndem Vorsitz mindestens zweimal monatlich tagen sollte. Für die Organisierung der gemeinsamen Besprechungen und für den Austausch der Materialien wurde ein Verbindungsbüro eingerichtet. Fünf aktuelle Hauptaufgaben wurden beschlossen: Die Zusammenarbeit zur Säuberung vom NS-Regime, der Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage, der rasche Wiederaufbau der Wirtschaft, die Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates, die Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie die Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern[172].

Die gemeinsame Erklärung der vier Parteien vom 14. Juli 1945 empfahl ihren Organisationen, sich nach dem zentralen Beispiel auch auf der Ebene der Länder, Kreise und Gemeinden „zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenzuschließen". Die Bildung von sogenannten Blockausschüssen zog sich, bedingt durch den langsamen, von der Besatzungsmacht sogar behinderten Organisationsaufbau von CDU und LDP, bis Ende 1945 hin. Mancherorts traten bürgerliche Vertreter in die bestehenden Aktionsausschüsse von KPD und SPD ein. Im allgemeinen wurden die Blockausschüsse von den Kommunisten dominiert; vielfach blieben sie inaktiv oder standen gar nur auf dem Papier.

Aufschlußreich für die Perspektive des Blocks waren die ersten Stellungnahmen der vier Parteien. Die KPD pries die Übereinkunft als Gebot der „antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront" und als Bestätigung ihrer Generallinie. In einem Leitartikel im Zentralorgan der KPD stellte Wilhelm Pieck fest: „Es ist der Anfang, und es wird alles davon abhängen, was von den beteiligten Parteien geschieht, um dieses Werk zu untermauern und zu festigen, und welchen Widerhall diese Tat im ganzen Volke findet."[173] Zwischen den Zeilen war deutlich der Führungsanspruch herauszulesen. Die SPD würdigte das Zusammengehen der vier Parteien als Garantie für eine friedliche und demokratische Zukunft: „Gemeinsames Verstehen, gründliches gegenseitiges Kennenlernen werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß ein großer Block entsteht, in dem eine Demokratie innerlich wirkt und formt, nach außen eine geschlossene Einheit bildet."[174] Seitens der LDP urteilte Dr. Wilhelm Külz: „Es ist an eine Art Arbeitsgemeinschaft gedacht, so daß bei aller Selbständigkeit der einzelnen Parteien doch eine Übereinstimmung in den letzten grundlegenden Zielen erreicht werden soll. Würde durch ein entsprechendes Aktionsprogramm das tatsächlich erreicht, so wäre gegenüber der früheren Parteizersplitterung schon ein wesentlicher Fortschritt erzielt."[175] Wenig später ergänzte er: „Die genehmigten Parteien haben sich vernünftigerweise zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

[172] Wortlaut der Vereinbarung vom 14. 7. 1945 in: Die Programme der politischen Parteien, S. 32 ff. (Original mit Unterschriften in: SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 716, Bl. 4a–4c).

[173] Deutsche Volkszeitung, Berlin, 17. 7. 1945.

[174] Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 53.

[175] ADL/LDPD, Nr. 903, Külz-Tagebuch vom 26. 7. 1945, S. 3.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[. . .] Einfach sind solche Beratungen nicht. Sie bedürfen stärkster Konzentration auf politischen und geistigen Gebieten."[176] Anders bewertete Dr. Andreas Hermes das Parteienbündnis: „Wesentlich ist, daß eine Blockbildung vermieden wurde, die die Partei in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt hätte, [. . .] insbesondere ist das einseitige Bekenntnis zugunsten eines Alliierten unterblieben."[177]

Am 27. Juli 1945 wurde eine „Geschäftsordnung des Zentral-Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien" beschlossen[178]. Hingegen unterblieb die Ausarbeitung eines „gemeinsamen Aktionsprogramms", das die KPD anfangs gefordert hatte. Angesichts der dezidierten Vorstellungen der bürgerlichen Parteien von einer Staats- und Wirtschaftsordnung, die konträr zum kommunistischen Konzept der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung" stand, verzichtete die KPD auf zeitraubende Grundsatzdebatten mit letztlich unerwünschten Konzessionen. Im Falle der Bodenreform zeigte sich erstmals ihre Taktik, im Alleingang mit der SMAD „antifaschistisch-demokratische Umwälzungen" vorzubereiten, sie dann dem Zentralen Block zur formalen Zustimmung zu unterbreiten und mit Rükkendeckung der Besatzungsmacht als „revolutionären Akt" durchzusetzen.

Der Gründungssitzung vom 14. Juli 1945 folgten bis Ende 1945 acht weitere Zusammenkünfte des „Zentralausschusses der Einheitsfront"[179]. Diese Zahl – laut Geschäftsordnung sollte der Ausschuß „mindestens zweimal im Monat" tagen – verdeutlichte die enormen Anfangsschwierigkeiten. Gravierende Meinungsunterschiede zeigten sich in der Bewertung des Potsdamer Abkommens, in der Frage der deutschen Ostgrenzen, in der Schuldfrage, bei der paritätischen Besetzung öffentlicher Ämter und besonders in der Bodenreform. Die Blockparteien nutzten den Rahmen einer bescheidenen Selbständigkeit, um eigenständige Politik zu betreiben und kommunistischen Aktionen nach Möglichkeit „die Giftzähne" auszubrechen[180].

Der Vierparteienausschuß entwickelte eine Eigendynamik, deren Beherrschung SMAD und KPD/SED beträchtliche Probleme bereitete[181]. „Wir wissen, daß die

---

[176] Ebenda, Külz-Tagebuch vom 16. 8. 1945, S. 1 und 3.

[177] ACDP, 07-010-0708, Protokoll der 3. Sitzung des CDU-Gründungsausschusses vom 19. 7. 1945; Suckut, Blockpolitik, S. 64; „Echte Idee der Union", S. 7.

[178] Vgl. SPD-Entwurf vom 24. 7. 1945, in: BAK, NL 18/22, Bl. 64, und Beschluß der Geschäftsordnung des Zentral-Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 24. 7. 1945, in: Suckut, Blockpolitik, S. 69 und 75.

[179] Vgl. Protokolle der Sitzungen, in: Ebenda, S. 66 ff.

[180] Diese Metapher stammt aus einem Schreiben von Andreas Hermes an Jakob Kaiser vom 11. 8. 1945, in dem Genugtuung über die nach erregter Diskussion erzielte gemeinsame Erklärung des Blocks zur Potsdamer Konferenz ausgedrückt wurde, in: BAK, NL 18/22, Bl. 107.

[181] Es gehört zu den Legenden der SED-Historiographie, wonach sich KPD/SED bewußt aus den inner- und zwischenparteilichen Auseinandersetzungen bei CDU und LDP herausgehalten hätten. In einem Schreiben an den Vorsitzenden der DDR-CDU, Gerald Götting, vom 31. 5. 1978 behauptete Franz Dahlem: „Aufgrund der Initiative des Genossen Wilhelm Pieck kam es damals zu einem Beschluß auf unserer Seite, uns nicht in diese Entwicklung einzumischen, sondern das den einzelnen antifaschistisch-demokratischen Parteien selbst zu überlassen." SAPMO-BA, ZPA, NL 72, Nr. 170, Bl. 24.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schwierigkeiten unvermeidlich sind", sagte Wilhelm Pieck im November 1945. „Wann sich die Wege einmal trennen werden, das brauchen wir nicht zu prophezeien."[182] Mit taktischem Geschick gelang es der KPD zweimal, einen tiefgehenden Riß im Block abzuwenden: bei der Vorbereitung einer gemeinsamen Kundgebung zum Abschluß der Potsdamer Konferenz vom 12. August 1945[183] und durch die Einstellung ihrer Attacken gegen die CDU mittels eines „Burgfriedens" im Oktober 1945[184]. Als sich Ende 1945 die Krise um Hermes und Schreiber zu einer Hauptbelastungsprobe des Blocks auswuchs, konnte dessen Fortbestand nur durch einen direkten, massiven Eingriff seitens des SMAD gesichert werden. In diesem Faktum enthüllte sich, daß der Block letztlich als Werkzeug sowjetischer Besatzungs- und kommunistischer Umgestaltungspolitik diente.

V. Schlußbemerkung

In nur fünf Wochen, zwischen 10. Juni und 14. Juli 1945, war in der SBZ mit Rückendeckung der Besatzungsmacht ein Vierparteiensystem etabliert worden, das nur äußerlich einen Parteienpluralismus aufwies. Mit einem selbstverständlichen Führungsanspruch baute die KPD ihre Vormachtstellung aus: „Die KPD ist keine verfemte Oppositionspartei mehr, wie unter dem Weimarer Regime, sondern eine anerkannte, das neue demokratische Deutschland bejahende und aufbauende Partei."[185] Zum besonderen Vorteil gereichte es ihr, daß die Sowjets ihr im Juni/Juli 1945 eine „Geburtshelfer"-Rolle einräumten, bei der sie in die Gründungsvorgänge anderer Parteien eingreifen, deren Programmatik direkt oder indirekt beeinflussen und bei deren Zulassung mitreden konnte. Die nichtkommunistischen Parteien verstanden den Aufruf vom 11. Juni 1945 als eine verschlüsselte Botschaft der Besatzungsmacht, an der sie sich zu orientieren hatten. Bereits bei der Lizenzierung machten sie die Erfahrung, daß Kommunisten immer dabei waren, bei der Einreichung des Antrages beim Berliner Magistrat ebenso wie beim Zulassungsgespräch in Karlshorst. Die KPD befand sich in einer beherrschenden Stellung, die sie unter anderen Bedingungen – wie die Entwicklung in den Westzonen zeigte – nie erreicht hätte. Ulbricht, Spiritus rec-

[182] SAPMO-BA, ZPA, I 2/5/40, Bl. 112.

[183] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd. 1, 3. Drittelband, S. 2264 ff.; Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung, S. 257 ff.; Suckut, Blockpolitik, S. 82 ff.

[184] Der CDU-Vorstand drohte im September 1945 mit der Einstellung seiner Mitarbeit im Block, falls die KPD ihre Pressepolemiken und Störungen von CDU-Versammlungen nicht einstellen würde. Erst der Abschluß einer entsprechenden internen Vereinbarung zwischen Hermes und Pieck am 12. 10. 1945 räumte Hindernisse beiseite, für die die Kommunisten gesorgt hatten. Vgl. SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 716, Bl. 9; Suckut, Blockpolitik, S. 91. Hermes erklärte, „daß eine Wahrung des Burgfriedens notwendig sei, um gemeinsam an der notwendigen positiven Aufbauarbeit zu wirken." ACDP, III-034-11.

[185] Franz Dahlem, Deutschland brauchte eine starke Kommunistische Partei, in: Deutsche Volkszeitung, Berlin, 2. 11. 1945.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tor der Berliner Parteienszene im Sommer 1945, machte davon vollen Gebrauch. Indem er bewußt auf kommunistische Jugend-, Frauen-, Sport- und Kulturorganisationen verzichtete, nötigte er den anderen Parteien das Konzept der Massenorganisationen auf. Angesichts dieser vorwärtstreibenden Kraft der KPD meinte die SMAD, Verdächtigungen und Vorwürfe einer „Sowjetisierung" ihrer Zone von sich weisen zu können.

Der kommunistischen Drängelei und Gängelei – „Arbeiterschaft muß entsch[eidenden] Einfluß [. . .] auch im Block"[186] oder „Wir müssen auch die bürgerlichen Kräfte auf unsere Seite bringen"[187] – begegneten die Blockpartner immer öfter mit der besorgten Frage: „Sind das nun Kinderkrankheiten, oder ist das die wahre Haltung?"[188] Ein anfänglicher Optimismus über politische Mitgestaltung wich bei Andreas Hermes der desillusionierten Feststellung: „Wir sind nicht Herr der Möglichkeiten."[189] Widerstände, Spannungen und offene Krisen waren seit dem Sommer 1945 ständige Begleiterscheinungen der Blockpolitik.

Am Ende blieb das erklärte Ziel von SMAD und KPD, durch die frühen Parteiengründungen in Berlin mit ihrem dezidierten Reichscharakter sowjetische Deutschlandpolitik nach Westen zu transportieren, unerreichbar[190]. Man hatte auf einen Hauptstadtbonus und auf eine gesamtdeutsche „Vorbildwirkung" der Ostzone gesetzt. Im August 1945 dozierte Franz Dahlem: „Was wir jetzt auf dem von der Sowjetunion besetzten Gebiet haben, wird ausgedehnt auf ganz Deutschland" und

[186] SAPMO-BA, ZPA, NL 36, Nr. 633, Bl. 13, Notiz Piecks von der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses KPD-SPD vom 30. 8. 1945.

[187] SAPMO-BA, BPA, I/2/029, Paul Schwenk auf der Kommunal-Funktionärskonferenz der KPD-Bezirksleitung Berlin am 29. August 1945.

[188] ACDP, I-294-016/7, Tagebuch von J. B. Gradl, Eintrag vom 29. 6. 1945.

[189] ACDP, I-090-016/1. Gradl hatte am 29. 6. 1945 seinem Tagebuch anvertraut: „Ob der Versuch der Zusammenarbeit mit den beiden anderen Parteien gelingen wird, muß die Zukunft zeigen. Das Problem sind die Kommunisten. Die Möglichkeit, ihren guten demokratischen Willen zu bewähren, muß man ihnen aber jedenfalls geben. Mitverantwortung ist der beste Lehrmeister." ACDP, I-294-016/7. Am 31. 10. 1945 erklärte Hermes vor der CDU in Frankfurt a. M.: „Die Zusammenarbeit in der Einheitsfront ist so natürlich nicht leicht. [. . .] Über den Wert der Einheitsfront läßt sich noch nichts sagen, ihre Bewährungsprobe steht noch bevor. [. . .] Ob es gelingen wird, andere Parteien auf unsere Seite zu ziehen, ist zweifelhaft." ACDP, I-090-015/1. Zur Blockperspektive äußerte sich Hermes in seiner Rede, die auf dem Reichstreffen der CDU in Bad Godesberg vom 14.–16. 12. 1945 verlesen wurde: „Die Einheitsfront ist keine Koalition, geschweige denn eine politische Ehe." Sie hätte sich bisher „mit Aufgaben abwehrenden Charakters befassen müssen, über die von vornherein Übereinstimmung bestand." Die eigentlichen Probleme kämen jetzt, da es um „Aufgaben aufbauenden Charakters" ginge. ACDP, I-090-016/1.

[190] Der Bericht „Die politische Situation in Deutschland ein Jahr nach der Niederlage" vom 25. 6. 1946, von einer Gruppe emigrierter deutscher Sozialwissenschaftler für eine Nachfolgebehörde des US-Geheimdienstes OSS verfaßt, überschätzte den sowjetischen Einfluß: „Die Berliner Verhältnisse vom Juni und Juli 1945 (Christdemokraten, Liberaldemokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten) sind zum Modell für das Vierparteiensystem der amerikanischen Zone geworden." Alfons Söllner (Hrsg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Bd. 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946–1949, Frankfurt a. M. 1986, S. 80.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Berlin ist ausschlaggebend für das Reich. [. . .] Hier im sowjetisch-besetzten Gebiet wird sich das Schicksal des Reichs entscheiden."[191] Auch Walter Ulbricht versicherte, daß die Blockpolitik „die Voraussetzung für die Einheit des Reichs ist"[192]. Doch in Westdeutschland wiesen die Besatzungsmächte und die nichtkommunistischen Parteigründerkreise einen solch eingefärbten Reichsanspruch zurück. So blieb das Berliner Parteiensystem von Juni/Juli 1945 auf die SBZ beschränkt, wo es in der Folge als Instrument zur Etablierung und Festigung der kommunistischen Macht gehandhabt wurde.

[191] Franz Dahlem auf der 1. Konferenz der Parteiarbeiter Mecklenburg-Vorpommerns am 5.8. 1945 und vor der KPD-Bezirksleitung Berlin am 2.8. 1945, in: SAPMO-BA, ZPA, NL 72, Nr. 209, Bl. 73 und 62.

[192] Deutsche Volkszeitung, Berlin, 28.10. 1945.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diskussion

YEHUDA BAUER

ANMERKUNGEN ZUM „AUSCHWITZ-BERICHT" VON RUDOLF VRBA

Der in der Januarnummer der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte von 1996 erschienene Artikel von Rudolf Vrba, „Die Mißachtete Warnung", ist nicht nur aufschlußreich und hochinteressant, er muß auch als eine ebenso zentrale wie ergreifende Zeugenaussage gewertet werden. Vrba und Alfred Wetzler flüchteten Anfang April 1944 aus Auschwitz in die Slowakei und brachten der Welt die erste gesicherte Nachricht über das Morden in Auschwitz. Es ist klar, daß Vrba alles, was er selbst erlebt hat, sehr verläßlich wiedergibt. Allerdings begnügt er sich nicht mit einer persönlichen Zeugenaussage. Schließlich setzte er sein Leben aufs Spiel, um der Welt die bis dahin unbekannte Wahrheit über Auschwitz zu melden, damit etwas geschehe, um dem Morden Einhalt zu gebieten; er wollte namentlich die ungarischen Juden warnen, nicht in die Deportationszüge zu steigen. Doch mußte er erleben, daß der Völkermord weiterging und die ungarischen Provinzjuden ahnungslos, wie er behauptet, nach Auschwitz kamen. Rudolf Vrba ist damit immer noch nicht fertig. Das wird klar in seinem Versuch, die Entwicklungen historisch zu analysieren. Er kennt eine Reihe von Analysen und lehnt sie meist ab; andere kennt er nicht[1], aber das soll kein Vorwurf sein, denn schließlich ist er kein Historiker. Seine Zeugenaussage ist trotzdem äußerst wertvoll, sein Erklärungsversuch aber sehr problematisch.

Vrba präsentiert drei schwerwiegende historische Argumente: Erstens, sagt er, haben die Führungsgruppen der slowakischen und ungarischen Juden die ungarischen Juden nicht gewarnt, obwohl sie das hätten tun können, denn der Auschwitz-Bericht, den er und Wetzler dem Mitglied der slowakischen Führungsgruppe Oskar Krasniansky diktiert hatten, war schon in ihrer Hand. Hätten die ungarischen Juden diese schrecklichen Informationen erhalten, wären sie nicht in die Deportationszüge gestiegen. Daraus folgt, zweitens, daß diese Führungsgruppen, nämlich die sogenannte slowakische „Arbeitsgruppe"

[1] Zu den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten vgl. z.B. Heinz Höhne, Der Krieg im Dunkeln. Macht und Einfluß des deutschen und russischen Geheimdienstes, München 1985; Felix Kersten, The Kersten Memoirs 1940–1945, New York 1957; Randolph L. Braham, The Destruction of Hungarian Jewry. A Documentary Account, New York 1963; Gila Fatran, Ha'im Ma'avak al Hissardut?, Tel Aviv 1992; Ingeborg Fleischhauer, Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945, Berlin 1986; Ladislaw Lipscher, Die Juden im slowakischen Staat 1939–1945, München 1980; sowie eine ganze Reihe von Artikeln, die in den letzten Jahren erschienen sind, so z.B. Jürgen Heideking/Christof Mauch, Das Herman-Dossier – Helmuth James Graf von Moltke, die deutsche Emigration in Istanbul und der amerikanische Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS), in: VfZ 40 (1992), S. 567–623, oder Paul L. Rose, Joel Brand's „Interim Agreement" and the course of Nazi-Jewish Negotiations 1944–1945, in: The Historical Journal 34 (1991), S. 909–929. Hingewiesen sei auch auf die Artikel von Gyorgy Ranki, Zoltan Mor, Zoltan Makra und Gyula Kadar.

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um Gisi Fleischmann (die von Vrba kaum erwähnt wird, da er sie damals nicht traf) und Rabbiner Michael Dov-Ber Weissmandel, der Budapester Judenrat und die zionistische Rettungsgruppe (hebr.: ‚Wa'adah', wie sie in der Literatur bekannt ist) um Otto Komoly (der bei Vrba nicht vorkommt) und Rudolf Kastner alle verantwortlich dafür sind, daß die Warnung mißachtet wurde. Drittens seien alle Historiker (darunter auch ich), die die Verhandlungen in der Slowakei und in Ungarn zwischen einigen dieser „Figuren", wie Vrba sie nennt, und der SS ernst nehmen und positiv würdigen, naive Intellektuelle, die die „Natur des Nazismus" nicht erkannt haben[2].

Vrba hat bestimmt recht mit der Feststellung, daß die ungarischen Juden, die nach Auschwitz deportiert wurden, keine Ahnung hatten, wohin sie genau gebracht würden. Hätten sie gewußt, daß sie nach Auschwitz gebracht werden sollten, hätte man ihnen also die vorliegenden Informationen nicht vorenthalten, so hätten sie Widerstand geleistet. Dabei zitiert er meine Behauptung (S. 5), daß „Kenntnis der Fakten nicht immer das gleiche ist wie Akzeptierung der Fakten. [. . .] Die spätere Behauptung, wenn jemand – die Führung, Kastner oder sonst einer – sie aufgeklärt hätte, wäre ihr Verhalten anders gewesen, kann so nicht angenommen werden." Dies impliziert, so Vrba, daß „die [ungarisch-jüdische] Führung" und Rudolf Kastner, der stellvertretende Leiter des Budapester zionistischen Rettungskomitees, die „Fähigkeit besaßen, die Fakten ‚zu kennen und zu akzeptieren', die nach Auschwitz Deportierten aber nicht."

Vrba hat mich und, was wichtiger ist, die Situation leider mißverstanden. Ich habe niemals behauptet, die Deportierten hätten irgendwelche Informationen über Auschwitz besessen. In Ungarn war aber allgemein bekannt, daß in Polen und in den besetzten Gebieten der UdSSR massenhaft Juden ermordet wurden. Nach ungarischen Angaben gab es während des Krieges in Ungarn ca. 800000 Radios. BBC berichtete im Dezember 1942 und danach noch einige Male auf ungarisch über den Massenmord an den Juden in Polen. Außerdem erzählten Tausende von ungarischen Soldaten und Offizieren, die den Mord in der besetzten Sowjetunion gesehen und davon gehört hatten und später auf Urlaub oder nach einer Verwundung in der Heimat waren, von den Geschehnissen. Ferner gelang zwischen 1942 und 1944 ungefähr 2500 polnischen Juden die Flucht nach Ungarn; auch sie berichteten, wenn man gewillt war, sie anzuhören. Hinzukam, daß 1942/43 an die 7000 slowakische Juden nach Ungarn flohen, und in der Slowakei war bekannt, daß in Polen gemordet wurde. Schließlich wußten fast alle ungarischen Juden, daß 1941 ca. 18000 Juden aus Transsylvanien und Karpatorußland von Ungarn in die Ukraine deportiert und an die 16000 dort ermordet wurden.

Kastner und andere führende jüdische Persönlichkeiten wußten dies alles auch, und sie hatten natürlich Kenntnis von viel mehr Einzelheiten. Kastner versuchte schon im Dezember 1941 und wieder Mitte 1943, die ungarische Öffentlichkeit über die Sozialdemokraten zu alarmieren; es ist ihm aber nicht gelungen[3]. Die Hauptsache dabei ist, daß Kastner und einige andere sich den Informationen, die ihnen zuflossen, nicht verschlossen, sondern sie akzeptierten – im Unterschied zu der Masse ungarischer Juden, die die Infor-

[2] Vrba trug seine These in den Vierteljahrsheften nicht zum ersten Mal vor. Seine gleichlautende Meinung hat er Martin Gilbert vorgetragen, und Gilbert hat sie auch akzeptiert. Siehe Martin Gilbert, Auschwitz and the Allies, New York 1981, S. 204f.

[3] Einzelheiten habe ich vor kurzem in meinem Buch: Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt a. M. 1996, S. 238–240, veröffentlicht.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mationen ebenfalls besaßen, sie aber nicht glaubten oder sie verdrängten. Elie Wiesel, der Vrbas Kritik teilt und von ihm auch zitiert wird, widerspricht sich selbst, wenn er in seinem autobiographischen Buch *Night* die Situation in seinem Geburtsort beschreibt, wo ein „wahnsinniger" Synagogendiener alle warnen wollte, da er vom Massenmord wußte; auch ihm glaubte man nicht[4]. Das ist aber etwas ganz anderes als die Behauptung, man habe nichts „gewußt" – nicht über Auschwitz, sondern über den Massenmord. Die meisten Juden in Ungarn hatten die Information, sie hatten grundlegende, aber genügende Kenntnisse oder wußten, wo sie zu erlangen waren; doch besaßen sie nicht das „Wissen", also das klare Bewußtsein, das man aus der Information hätte ziehen können.

Wenn Vrba nun sagt, wenn die ungarischen Juden von Auschwitz gewußt hätten, wären sie nicht widerstandslos in die Deportationszüge gestiegen, so müßte er erstens erklären, warum die in Ungarn allgemein bekannte Tatsache, daß in Polen ein Massenmord stattfand, nicht genügte, um Widerstand hervorzurufen; zweitens müßte er dartun, warum andere Juden, z. B. die Juden von Lodz, die von Auschwitz wußten und die im August 1944 ebenfalls dorthin gebracht wurden, sich nicht gewehrt haben. Die wahre Antwort auf diese Fragen ist ziemlich banal: Weder da noch dort konnten wehrlose Männer, Frauen und Kinder Widerstand leisten; sie waren eine Minderheit, die von einer nichtjüdischen Bevölkerung umgeben war, die entweder antisemitisch oder den Juden gegenüber gleichgültig war. Die im Spätherbst 1944 aus Warschau deportierten Polen, die ganz sicher waren, daß ihr Los dasselbe sein würde wie das der Juden, konnten es ebensowenig (obwohl sie keine Minderheit in ihrem Land waren). Meine These ist also, daß es in Ungarn unmöglich war, die umlaufenden Informationen in „Wissen" zu übersetzen und daß deswegen der psychologisch einzig mögliche Ausweg der war, die Informationen zu unterdrücken und zu ignorieren – man konnte ja sowieso nichts tun. Deswegen gehen alle Vorwürfe, die sich auf die Passivität der ungarischen und anderer Juden beziehen, an der Realität vorbei.

Um Rudolf Vrbas Argumentation im einzelnen prüfen zu können, muß der Weg des Auschwitz-Berichtes von der Slowakei nach Ungarn und in die Schweiz verfolgt werden. Die Frage ist, ob der Bericht die genannten Führungen überhaupt zu einer Zeit erreichte, als eine Warnung noch möglich gewesen wäre. Dabei muß das kritische Datum des Beginns der Massendeportationen, der 14. Mai, festgehalten werden; eine erste Deportation fand am 28. April statt. Ferner muß untersucht werden, wer diese Führungsgremien eigentlich waren und was sie tun konnten bzw. getan haben, um die Warnung weiterzugeben.

Wie der Bericht nach Ungarn kam, ist meines Wissens nach bis heute unklar. Vrba behauptet, einige junge Juden, die von einem jüdischen Aktivisten in Bratislava, Josef Weiss, dazu bewegt worden seien, hätten ihn über die ungarische Grenze gebracht, da „viele slowakische Juden nach Ungarn gingen". Das würde für 1942 zutreffen, nicht aber für April–Mai 1944, denn nach der deutschen Besetzung Ungarns flohen Juden aus Ungarn in die Slowakei, nicht umgekehrt. Es ist aber nicht auszuschließen, daß der ganze Bericht oder wenigstens die wichtigsten Passagen davon von dieser Gruppe nach Budapest gebracht worden sind; doch haben wir keine weiteren Quellen darüber, und Vrba vermag uns auch nicht zu sagen, wann dies geschah. Logischerweise mußte ein Mann wie Weiss den Bericht von der „Arbeitsgruppe" bekommen haben, also zum Beispiel von Krasniansky oder Weissmandel. Krasniansky hatte, wie erwähnt, den Bericht der ersten beiden

[4] Elie Wiesel, Night, New York 1960, S. 1–5. In Wiesels Buch wird er „Moshe the Beadle" genannt; man sagte über ihn: „Poor fellow. He's gone mad" (S. 5). „I wanted to come and warn you", so beschreibt Wiesel die Reaktion des Moshe, „and see how it is, no one will listen to me."

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Flüchtlinge aufgenommen (einen Monat später gelang auch Arnost Rosin und Czeslaw Mordowicz die Flucht aus Auschwitz in die Slowakei, wo sie den Bericht von Vrba und Wetzler ergänzten). Nach dem Krieg hat er mindestens drei sich teilweise widersprechende Aussagen darüber gemacht, wie der Bericht ins Ausland gelangt ist[5]. Nach einer Version hat Rudolf Kastner am 26. April den Bericht in Bratislava bekommen, um ihn nach Budapest zu bringen. Da, wie Vrba erzählt, der Bericht aber erst am 27. April fertiggeschrieben worden ist, kann Kastner entweder den noch unfertigen Bericht gesehen und sich dessen Inhalt gemerkt haben, oder er kann von den slowakischen Juden die Hauptpunkte gehört haben; andererseits wird aber bestritten (von Hansi Brand), daß Kastner Ende April überhaupt in Bratislava weilte. Nach einer anderen Mitteilung Krasnianskys bekam Kastner den Bericht am 28. April[6]. Auch das ist, wie gesagt, nicht bewiesen. Sicher ist aber, daß man ihm wenigstens den Inhalt des Berichtes mitteilte, offensichtlich sofort nachdem er fertiggestellt wurde[7], und zwar Ende April oder Anfang Mai[8]. Wie, wissen wir nicht. Ich nehme an, ohne darin sicher zu sein, daß Kastner die wichtigen Punkte des Berichtes an den Judenrat weitergab, denn dessen überlebende Mitglieder bestätigen, daß sie über den Bericht informiert waren, noch bevor er in ihren Händen war. Auf jeden Fall handelt es sich um ein Datum, das frühestens eine bis zwei Wochen vor dem 14. Mai liegt.

Der von Vrba scharf kritisierte Rabbiner Weissmandel bekam Anfang Mai von einem slowakischen antinazistischen Eisenbahner die Information, daß die Nationalsozialisten die Deportationen aus Ungarn (mit 120 zu diesem Zweck bereitgestellten Zügen) nach Polen vorbereiteten. Er teilte das dem Sprecher der orthodoxen Juden in Ungarn, Fülop von Freudiger, am 10. oder 11. Mai mit. Vrba kann nicht verstehen, warum dabei sein Be-

---

[5] Diese und weitere Einzelheiten finden sich in: Fatran, Ha'im Ma'avak al Hissardut?, S. 230–238.

[6] Vgl. Gilbert, Auschwitz, S. 204.

[7] Hava Baruch, Haprotokollim shel Auschwitz be'Hungaria (Die Auschwitz-Protokolle in Ungarn), Seminar-Arbeit am Institute of Contemporary Jewry, Hebrew University 1996, hat die Aussagen Hansi Brands und die Tagebuchaufzeichnungen Otto Komolys untersucht. Hansi Brand bestreitet, daß Kastner am 26. oder 28. April in Bratislava war, wie sie am 27. 4. 1996 wieder Frau Sari Reuveni vom Yad Vashem gegenüber bezeugte. Sie behauptet, daß Kastner erst im August nach Bratislava fuhr. Außerdem konnte Kastner ohne einen deutschen Begleiter nicht nach Bratislava fahren, und es gibt keine Quelle, die eine solche Reise bestätigt hätte. Gilbert, Auschwitz, knüpft eine Reise am 28. 4. 1944 mit einer Begegnung von Kastner mit Eichmann am 25. 4. 1944 zusammen. Das ist ein Irrtum, denn es war Joel Brand, nicht Kastner, der behauptet, er sei an diesem Tag zu Eichmann vorgeladen gewesen. Krasnianskys Aussagen sind, wie schon bemerkt, problematisch. Leni Yahil, Hashoah, Bd. 2, Jerusalem 1987, S. 829, behauptet auch, Kastner habe den Bericht am 28. 4. 1944 bekommen, führt aber keine Quellen dazu an.

[8] Rudolf Kastner, Der Kastner-Bericht über Eichmanns Menschenhandel in Ungarn, hrsg. von Ernest Landau, München 1961, S. 57, 88, wird von Randolph L. Braham, The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary, New York 1981, S. 711, zitiert. Jedoch irrt sich Braham in seiner Analyse: Kastner erzählt von einem Koffer, in dem Protokolle von „Auschwitz, Treblinka und Lemberg" waren; er hat den Koffer dem Abwehr-Agenten Joszef Winninger übergeben. Trotz Verhaftung durch die SS gelang es ihm, die Dokumente vorher zu vernichten. Vgl. Kastner, S. 57. Braham nimmt an, daß es sich um den 10. Mai handelt, denn am 11. 5. 1944 wurde Winninger (wieder) verhaftet, und er entwickelt die These, daß der Bericht in Kastners Händen war, aber vernichtet wurde. Es handelt sich aber, wie man aus dem Text klar ersehen kann, um zwei verschiedene Ereignisse. Die Koffergeschichte passierte am 19./20. 3. 1944, also noch bevor Vrba und Wetzler flüchteten, und hat deshalb mit dem Bericht ebensowenig zu tun wie Winningers zweite Verhaftung.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richt nicht erwähnt wurde. Weissmandel muß erstens gedacht haben, daß die Erwähnung sehr gefährlich werden konnte, falls der Brief in deutsche Hände geraten wäre, und zweitens muß er angenommen haben, daß Freudiger den Bericht bereits hatte. Weissmandel war also über die bevorstehende Deportation informiert, und er wollte die ungarischen Juden über Freudiger noch im letzten Augenblick warnen.

Freudiger sagte dem Historiker Randolph L. Braham 1972, daß er selbst den Auschwitz-Bericht erst zwischen dem 5. und 10. Juni gesehen habe[9]; die wichtigste, in ihm steckende Information hatte er schon früher bekommen. Laut Braham hat der Judenrat den Bericht von Freudiger bekommen. Wie er an Freudiger kam, ist unklar. Bis Ende der ersten Juniwoche waren schon an die 310000 Juden nach Auschwitz deportiert worden. Wenn das von Freudiger genannte Datum zutrifft, so ist das rätselhaft, und man muß sich fragen, warum er den Bericht nicht früher bekam. Freudiger floh im August nach Rumänien, er erwähnt den Bericht in seinem in Rumänien geschriebenen Memorandum über die ungarische Tragödie nicht. Freudigers Aussagen sind nicht immer zutreffend; in diesem Fall aber scheinen sie, wie wir sehen werden, durch andere Aussagen bestätigt zu werden. Klar ist aber, daß der Judenrat im Juni den Bericht an Horthy weitergab; neben anderen hat dabei Ernö Petö, die rechte Hand des Judenratsvorstandes Samu Stern, geholfen, denn man wollte nichts unversucht lassen, die ungarische Regierung zu unterrichten. Gleichzeitig machte sich der Judenrat, schwerfällig, wie Braham sagt, daran, den Bericht auch seinerseits an den Vatikan zu schicken.

Eine andere Kopie des Berichtes erreichte Budapest Ende April oder Anfang Mai. Sie wurde, wahrscheinlich von einem Nichtjuden, an die ungarische Grenze gebracht und von dort von Geza Soos, einem Mitglied der kleinen lutheranischen Widerstandsgruppe Jó Pasztor, nach Budapest gebracht. Auch diese Kopie war in deutsch, sie wurde von Maria Szekely, einem anderen Mitglied des Jó Pasztor, ins Ungarische übersetzt; wie sie erzählte, dauerte das acht Tage. Davon wurden fünf Kopien angefertigt, vier davon waren für kirchliche Würdenträger, Katholiken, Calvinisten und Lutheraner, bestimmt.

Die fünfte ging angeblich an Otto Komoly, über einen Professor Geza Karpáthy, der sich als Gärtner verkleidete, um den Bericht unbemerkt an Komoly weiterleiten zu können[10]. Ob die Geschichte wahr ist, wissen wir nicht. Komolys Tocher, Frau Lea Komoly-Fürst, sagte jedenfalls, sie habe den Bericht für ihren Vater aus dem Deutschen in das Ungarische übersetzt, was nicht nötig gewesen wäre, wenn er den Bericht schon im Mai auf Ungarisch von der Soos-Gruppe bekommen hätte. Eine Eintragung in seinen Notizen vom 14. Juni besagt, daß seine Tocher im Begriffe sei, das (deutsche) Material aus Bratislava ins Ungarische zu übertragen. Eine deutsche Kopie kann er nur von Kastner oder über Freudiger erhalten haben. Es ist klar: Wenn Kastner den ganzen Bericht in der Hand gehabt hätte, wäre er sofort auch Komoly zugänglich gewesen. Das bekräftigt die Annahme, daß Kastner Anfang Mai nicht den Bericht als ganzen, sondern nur dessen Inhalt kannte. Auch die Überlebenden des Judenrates sagen aus, daß sie den Bericht Ende Mai – Anfang Juni zu Gesicht bekamen, also schon während der Deportationen[11]. Der ganze Bericht kursierte also erst Anfang Juni in Budapest – zu spät um auf die Deportationen noch irgendeinen Einfluß zu haben –, die allgemeinen, im Bericht enthaltenen Informationen waren freilich schon ungefähr eine Woche vor der ersten Deportation bekannt.

---

[9] Vgl. Braham, Politics of Genocide, S. 711 f.

[10] Vgl. Sándor Szenes, Befejezetlen Mult, Budapest, 1986, pp. 53–58.

[11] Vgl. Braham, Politics of Genocide, S. 711 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Warum bekamen die Mitglieder des Judenrats den Bericht erst Anfang Juni zu sehen? Eine mögliche Erklärung könnte lauten, daß es nur zwei Kopien gab, die Budapest erreichten, und daß die Jugendlichen, die von Vrbas Freund Weiss geschickt wurden, ihre Kopie aus irgendeinem Grunde nicht abliefern konnten oder daß ihnen das erst Anfang Juni gelang, denn sonst wäre der Bericht schon früher beim Judenrat angelangt. Die erste Kopie bekam anscheinend Kastner, höchstwahrscheinlich nicht Ende April, sondern später, und die zweite ging an Nichtjuden, die die zweifelhafte Aussage machen, sie hätten sie irgendwann an Komoly weitergeleitet. Jedenfalls scheint Komoly den Bericht tatsächlich erst im Juni zu Gesicht bekommen zu haben. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß der Bericht ein gefährliches Dokument war. Hätte die Gestapo ihn entdeckt, so wäre natürlich jeder, der damit irgendetwas zu tun hatte, in Lebensgefahr gewesen; auch hätte man dann den Inhalt des Berichtes nicht mehr verbreiten können.

Bezüglich des Wegs des Berichtes in die Schweiz zitiert Vrba einen wichtigen Brief Weissmandels vom 22. Mai, der auf dem Auschwitz-Bericht beruht. Doch stammt der Brief vom 16. Mai, und er ist schon seit 1960 bekannt und oft zitiert worden[12]. In dem Original dieses Briefes ist auch der Vorschlag enthalten, die Bahnstrecke zu bombardieren, die die Deportierten auf ihrem Weg von der Slowakei nach Auschwitz zurücklegen mußten. Der Brief, in deutscher Übersetzung, kam in der Schweiz an Engländer und Amerikaner und war die Grundlage für den Versuch, die anglo-amerikanischen Streitkräfte zu überzeugen, daß sie die Eisenbahnstrecke und auch Auschwitz selbst bombardieren sollten[13]. Darüber schweigt sich Vrba aus. Wann der Brief in der Schweiz ankam, ist unsicher. Klar ist jedoch, daß es Weissmandel und der Führerin der slowakischen „Arbeitsgruppe", Gisi Fleischmann, gelang, den Inhalt des Auschwitz-Berichtes in das neutrale Ausland zu schmuggeln.

Das erste mir bekannte Datum, an dem man in der Schweiz von dem Bericht wußte, ist der 10. Juni. An diesem Tag, so berichtet Jaromir Kopecky, der tschechoslowakische Vertreter in der Schweiz, habe er ihn in der Hand gehalten. Er wurde, so sagt er, vom tschechoslowakischen Untergrund von Bratislava aus in die Schweiz gebracht[14]. Das ist immerhin mindestens drei Wochen später als das Datum des Briefes von Weissmandel[15]. Braham bezeugt, daß eine Kopie des Berichts auch aus Ungarn gekommen ist, und zwar über Moshe Krausz, den Leiter des Budapester Palästinaamtes, der in der Schweizer Botschaft saß und dort von Vizekonsul Charles Lutz geschützt wurde. Krausz gab den Bericht, den er, so sagt er, am 18. Juni bekam, an Florian Manoliu von der rumänischen Gesandtschaft, der ihn am nächsten Tag nach Bern brachte[16]. Vom 4. Juli an wurde dann der Bericht in der Schweiz von George (Gyorgy) Mantello (Mandel) verbreitet[17]. Höchstwahr-

---

[12] Michael Dov Weissmandel hat ihn im hebräischen Original in seinem Buch Min Hametzar, New York 1960, veröffentlicht. Offenbar kennt Vrba Weissmandels Buch nicht, vielleicht aus sprachlichen Gründen. Schon wegen dem Prinzip *auditur et altera pars* hätte er sich wenigstens die relevanten Teile übersetzen lassen müssen, bevor er zu seinen radikalen Schlüssen kam.

[13] Vgl. Yehuda Bauer, American Jewry and the Holocaust, Detroit 1981, S. 397; Gilbert, Auschwitz, S. 209.

[14] Zit. nach Henryk Swiebocki, Osvětímská Zpráva Alfreda Wetzlera and Rudolf Vrba, in: *Terezínský Rodinný Tábor v Osvětími-Birkenau – Sborník z mezinárodní konference, Praha 7–8. března 1994*, Terezínská Iniciativa, 1994, S. 109.

[15] Weissmandel, Min Hametzar, S. 103.

[16] Vgl. Jenö Levai, Hösies Küzdelem Százezrek Életéért, Toronto 1968, S. 31 f.

[17] Braham, Politics of Genocide, S. 711 ff.; Levai, Hösies Küzdelem Százezrek Életéért, passim.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheinlich gelangte zur selben Zeit eine dritte Kopie über die Vertreter der orthodoxen Juden in der Schweiz in Montreux (Familie Isaac und Recha Sternbuch) an die Presse. Alle Kopien kamen in der Schweiz erst zu einem Zeitpunkt an, als der Deportationsprozeß bereits lief, also zu spät, um vor der Ghettoisierung zu warnen. Offenbar ist, daß die slowakische Gruppe sich verzweifelt bemühte, die Nachricht sowohl nach Ungarn als auch in die Schweiz zu schicken, um die Alliierten aufzurütteln und zu Taten zu bewegen.

Fassen wir zusammen: Der Bericht wurde in einigen Kopien nach Ungarn geschickt. Eine Kopie kam wahrscheinlich an Kastner, das war frühestens im Mai; zuvor schon hatte er sich die wichtigsten Informationen gemerkt[18]. Eine andere Kopie erreichte Budapest Ende April/Anfang Mai über die Protestanten. Eine der beiden, oder eine dritte Kopie, gelangte Anfang Juni an Freudiger. Weissmandel muß angenommen haben, daß Freudiger den Bericht schon gesehen hatte, sonst ist seine Warnung vom 10./11. Mai über Deportationen, die die Kenntnis des Berichts voraussetzt, unverständlich.

Gleichzeitig wurden Versuche gemacht, den Bericht in die Schweiz zu schicken. Das gelang jedoch erst Anfang Juni, über den tschechoslowakischen Untergrund, dann von Ungarn aus über Manoliu und vielleicht auch, zur selben Zeit, über die orthodoxen Juden. Dies alles war zu spät, um die ungarischen Provinzjuden rechtzeitig zu warnen, wie es Vrba im nachhinein fordert.

Es ist aber bewiesen, daß der allgemeine Inhalt des Berichtes in Budapest bekannt war; wahrscheinlich hat Kastner ihn verbreitet. Es ist, glaube ich, sehr problematisch zu argumentieren, daß jemand, ob Kastner oder der Judenrat, die Provinzjuden in den maximal zwei Wochen, die zwischen den ersten Nachrichten über Auschwitz und dem Deportationsbeginn lagen, warnen konnte. Die Juden waren schon alle in Ghettos eingesperrt, ihres Eigentums beraubt und konnten sich nicht mehr frei bewegen. Auch waren die allgemeinen Informationen über den Massenmord in Polen, wie schon erwähnt, bekannt.

Was wurde mit der teuflischen Information, die von Vrba und Wetzler stammte, getan? Hier weicht meine Interpretation von der meiner Kollegen Braham, Yahil, Gilbert und anderen ab. Die Judenratsmitglieder und auch einige Mitglieder des zionistischen Rettungskomitees versuchten, die ungarische Regierung und die Kirchen zu alarmieren. Sich zunächst und vor allem an die eigene Regierung zu wenden war naheliegend, schließlich konnten die Juden selbst die Deportation nicht stoppen, während die Regierung das vielleicht tun konnte. Etwa zwei Wochen nachdem Horthy und seine Familie die Auschwitz-Protokolle unseres Wissens nach in Händen hatte, raffte sich der Reichsverweser in der Regierungssitzung vom 26. Juni tatsächlich dazu auf, den Stopp der Deportation vorzubereiten, den er dann am 9. Juli verfügte. Man wird annehmen dürfen, daß diese Entscheidung von der Kenntnis des Berichts wenigstens teilweise beeinflußt worden ist. Diese

[18] Siehe S. 300. Kastner sagt *nicht*, daß er den Bericht bei sich hatte. Das ist eine Vermutung. Kastner schreibt in seinem Bericht, S. 82: „Meldungen aus Pressburg bestätigten diese Befürchtungen. Das dortige Komitee leitete uns die Meldungen seines Nachrichtendienstes weiter. Demgemäß war die SS im Begriff, die Gaskammern und Krematorien in Auschwitz auszubessern und zu renovieren [was eigentlich so nicht im Vrba-Wetzler Bericht steht] ... einer der Scharführer soll sich die Äußerung geleistet haben: ‚Bald essen wir feine ungarische Salami.'" Kastner schrieb diese Zeilen nach dem Krieg, und er mag sich nicht genau erinnert haben. Der Ton seines Berichtes klingt nicht so, als ob er wissentlich gelogen hätte. Es kann aber auch so sein, daß er den Bericht selbst nicht hatte (oder nicht haben wollte, weil es zu gefährlich war), sondern die Hauptpunkte im Gedächtnis behielt.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vorgehensweise ist der damaligen Situation in Ungarn angemessener als ein aussichtsloser Versuch, die Juden in der Provinz (wie? noch im Mai 1944?) zu warnen.

Selbst wenn man das alles akzeptiert, bleibt das Argument, daß man, da man wenigstens im Allgemeinen von Auschwitz wußte, auch knapp vor Beginn der Katastrophe noch hätte versuchen sollen, die Juden in der Provinz zu warnen; auch nach Beginn der Deportationen hätte man es noch tun sollen. Hier muß man feststellen, daß Vrba den Budapester Judenrat und das Rettungskomitee von Otto Komoly und Rudolf Kastner als eine einheitliche Gruppe behandelt. Das ist durchaus verständlich aus der Sicht eines verbitterten Überlebenden, der sich von seiner Initiative so viel versprochen hatte, ist aber einfach unrichtig. Der Judenrat war ein Komitee von Notabeln, mit einer patriotisch-ungarischen Einstellung, verängstigt und desorientiert, die sich an Horthy und an die Kirchen wandten. Sie waren psychologisch unfähig, sich illegal auf den Weg in die Provinz zu machen, um die Juden dort zu warnen. Da alle anderen Kontaktmöglichkeiten nicht mehr bestanden, war die illegale persönliche Kontaktaufnahme aber die einzige Chance.

Komoly und Kastner vom zionistischen Rettungskomitee waren auch nicht, wie Vrba annimmt, Mitglieder des Judenrats. Sie vertraten die Zionisten Ungarns, eine verschwindende Minderheit, und waren mit zionistischen Jugendgruppen verbunden. Diese Jugendlichen machten tatsächlich den Versuch, die Provinzjuden zu warnen. Dreizehn junge Männer und Frauen gingen illegal in eine Reihe von Gemeinden und warnten vor der Deportation, bei der mit dem sicheren Tod gerechnet werden mußte. Die Aussagen der Überlebenden dieser Gruppe befinden sich im Archiv der Universität Haifa und sind leicht zugänglich[19]. In jedem einzelnen Falle, so ist diesen Zeugnissen zu entnehmen, wurden die Emissäre von den jüdischen Verantwortlichen abgewiesen, in manchen Fällen sogar von ihren eigenen Familienmitgliedern. Manchmal bezeichnete man sie als Provokateure, oft als Panikmacher – und das, obwohl die meisten ungarischen Juden Informationen, zwar nicht über Auschwitz, aber doch über den Massenmord in Polen hatten.

Weissmandel warnte in einem Brief an die Gemeinde in Ungvar (Uzhorod, Uzgorod – die Hauptstadt Karpatorußlands), man solle unter keinen Umständen in die Züge steigen. Der dortige Judenrat versuchte den Brief geheimzuhalten, was ihm aber mißlang. Daraufhin wandte sich der Vorsteher des Judenrats, Dr. Julius Laszlo, an die Gestapo und fragte, ob das, was in dem Brief stehe, stimme [sic!]. Er wurde verhaftet und mit seiner Frau ermordet. Die Warnung wurde, so die Zeugenaussage, nach Chuszt und Munkacz weitergeleitet, doch lehnten die meisten Juden auch dort die Warnung ab[20]; nur ein paar Familien rette-

---

[19] Asher Cohen, Hamachteret hachalutzit beHungaria, Hakibbutz Hameuchad, 1984, S. 102 ff.

[20] Weissmandel, Min Hametzar, S. 117: „[. . .] sie sollen sich verstecken, sie sollen rebellieren, sie sollen fliehen, aber ja nicht ins Ghetto gehen – und sollten sie schon im Ghetto sein, so sollen sie die Zäune durchbrechen – und wenn man sie mordet, so wird die Zahl der Ermordeten mit Bestimmtheit kleiner sein als es das Endresultat sein wird [wenn sie es nicht tun]." Weissmandel schrieb seine Erinnerungen in den fünfziger Jahren und starb bevor sein Buch (1960) erschien. Er weiß nur, daß er einen Mann, dessen Namen ihm entfallen ist, mit dem Brief nach Ungvar geschickt hatte. Doch der Mann überlebte und wurde in den sechziger Jahren gefunden. Er hieß Menachem Feldmann und erzählt, er habe den Brief (der in rabbinischem Hebräisch geschrieben war) vom Judenrat in Bratislava in ca. 100 Kopien bekommen, damit er ihn verbreiten könne. Es gelang ihm, mit der gefährlichen Ladung nach Ungvar zu kommen, wo er den Brief dem Judenrat vorlas. Man beschwor ihn, den Brief geheimzuhalten, denn: „es iss besser sei sollen shtarbn nit wissendig, eider sei sollen wissen. Helfn kenn man sei ssei wie gornischt. Wos broichn wir sei meschigge machn mit derzeilen sei wu men fihrt sei [wozu brauchen wir sie wahnsinnig machen dadurch, daß wir ih-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten sich durch Flucht in die benachbarte Slowakei. Übrigens wurden die Juden Ungvars auch durch die Schüler des hebräischen Gymnasiums in Munkacz gewarnt, die zwar nichts über Auschwitz wußten, die aber über den Massenmord in Polen informiert waren.

Es ist gewiß leichter, eine Konspirationstheorie zu entwerfen, wie es Vrba tut, nach der die ungarischen Juden von ihren bösen Führern verlassen wurden, als die reale Situation zu erkennen, die viel komplizierter war: Menschen wie Weissmandel und viele andere versuchten zu warnen und wurden nicht gehört; die ungarischen Juden lebten in Illusionen. Außerdem: Was wäre denn gewesen, wenn sie die Warnungen akzeptiert hätten? Was hätten sie eigentlich tun können? Fliehen? Wohin, in einem Land, in dem man sie nicht mochte und nicht bereit war, sie zu verstecken? Es gelang etwa 4500 Juden, sich nach Rumänien abzusetzen, viele andere wurden an der Grenze verhaftet und nach Auschwitz geschickt. Es gab an die 800000 Juden, die von den antijüdischen Maßnahmen betroffen waren. Hätten sie alle nach Rumänien fliehen sollen? Widerstehen? Womit? Wo waren die Waffen? In Munkacz (Mukacevo) versuchten es die Juden mit passivem Widerstand – natürlich vergeblich. Angesichts dieser Sachlage ist es durchaus verständlich, daß die meisten Juden die Informationen, die sie hatten, einfach negierten. Wie konnte da ein Kastner, ein unbekannter Journalist aus Klausenburg, der erst im Sommer 1941 nach Budapest gekommen war, warnen: Über Radio? Über Zeitungen? Illegal herumfahren? Das hätte nicht viel bewirkt. Der Budapester Judenrat, da stimme ich mit Vrba überein, wäre zu solch einer Tat tatsächlich nicht imstande gewesen. Und doch wurden, wie erwähnt, Versuche gemacht, die schon eingeschlossenen Juden der Provinz zu warnen; sie schlugen fehl. Vrbas Anklage, so verständlich sie subjektiv ist, ist letzten Endes unbegründet: Die Juden kamen in Auschwitz „ahnungslos", d.h. wohl „ahnend", aber die Ahnung ablehnend, an. Historisch und psychologisch betrachtet, blieb ihnen kaum etwas anderes übrig.

Auf den letzten Seiten seines Artikels meint Vrba, ich und andere „vor allem israelische Holocaust-Forscher" seien unfähig, die „Natur des Nazismus" zu begreifen, sonst könnten wir die Versuche, mit den Nationalsozialisten zu verhandeln, nicht ernst nehmen. Vrbas Vorurteil gegen Israel soll da nicht täuschen: Heinz Höhne in Deutschland oder Richard Breitman und andere in Amerika, die auch der Meinung sind, daß diese Versuche ernst zu nehmen waren, sind keine israelischen Forscher[21]. Andererseits werden meine Forschungen von der israelischen Publizistik überwiegend abgelehnt (z.B. durch Tom Segev)[22]. Das Argument Vrbas, daß nur Augenzeugen die „Natur des Nazismus" zu verstehen vermögen, ist äußerst gefährlich. Es führt zu dem Schluß, daß jede historische Analyse abwegig ist, denn niemand anderer als der Augenzeuge kann die Nationalsozialisten

---

nen erzählen, wohin man sie führt. Übrigens sind das dieselben Argumente, die Rabbiner Leo Baeck dienten, als er sich entschloß, den Theresienstädter Juden nicht die Wahrheit über Auschwitz zu sagen, die er etwa zur gleichen Zeit von Bedrich Lederer erfahren hatte?]" Kopien des Briefes wurden in der Ziegelfabrik, die als Ghetto diente, verbreitet, und er sagt, es sei ihm auch gelungen, den Brief nach Chuszt und Munkacz zu schicken. Das Material befindet sich in Dov Dinur, Kehillat Uzhorod, M.A. These, Institute of Contemporary Jewry, Hebrew University, 1985, S. 250ff., mit Quellenangaben.

[21] Siehe z.B. Höhne, Der Krieg im Dunkeln, S. 520ff.; Richard Breitman/Shlomo Aronson, The End of the „Final Solution"? Nazi Plans to Ransom Jews in 1944, in: Central European History 25 (1992), S. 177–203, um nur zwei der Quellen zu nennen.

[22] Vgl. Tom Segev, Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Hamburg 1995, passim.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„verstehen". Von diesem Standpunkt aus ist es nicht weit zu einer Mystik, in der der Holocaust aus der menschlichen Geschichte weggezaubert wird; dann muß man sich nicht mehr damit befassen, denn man kann ihn ja prinzipiell nicht „verstehen".

Vrba behauptet, die Nationalsozialisten hätten sich in Bratislava und Budapest auf Täuschungsmanöver eingelassen, „ganz einfach", wie er sagt, um die Juden rasch ihres persönlichen Eigentums zu berauben, Deportationslisten aufzustellen und sie umstandslos (weil geheim) nach Auschwitz bringen zu können. Wie unwahrscheinlich diese Behauptung ist, liegt auf der Hand: Während der Verhandlungen in der Slowakei und in Ungarn hatten die Juden kein nennenswertes Eigentum mehr; für die Beschlagnahme dessen, was noch da war, brauchte die SS keine Verhandlungen. Deportationslisten gab es in der Slowakei; sie wurden nicht vom Judenrat, sondern von den örtlichen Ämtern unter Beihilfe einer jüdischen Verrätergruppe unter einem gewissen Karel Hochberg erstellt; Hochberg war zwar nominell dem Judenrat unterstellt, doch hatte dieser keine Kontrolle über ihn. Er wurde von den slowakischen Behörden im November 1942 wegen Korruption verhaftet. Die „Arbeitsgruppe" unter Gisi Fleischmann, die 1942 gegen den Judenrat unter Arpad Sebestyn opponierte, tat das ihrige, um ihn kaltzustellen. Hochberg wurde später während des slowakischen Aufstandes im August bis Oktober 1944 hingerichtet.

Für die Slowakei waren also keine Verhandlungen nötig, um Listen zu bekommen. In Ungarn gab es die Listen der ungarischen Behörden. Auch da brauchte die SS also keine Verhandlungen. Und geheim gehalten wurde der Inhalt des Auschwitz-Berichtes auch nicht, wie wir gesehen haben, ganz bestimmt nicht in jener Hauptphase der Verhandlungen, die nach dem Stopp der Deportationen aus Ungarn am 7. Juli 1944 stattfanden.

Vrba wiederholt die schon in den frühen fünfziger Jahren in Israel gegen Kastner erhobenen Anschuldigungen, er habe als Mitglied des Judenrats (das er nicht war) einer kleinen Gruppe (1684 Menschen, nicht 1800, wie Vrba behauptet) zur Flucht über Bergen-Belsen in die Schweiz verholfen und damit alle anderen den Nationalsozialisten ausgeliefert. „Wer in diesem Transport fuhr, gehörte offensichtlich nicht zu den Armen", schreibt Vrba. Das ist falsch: Die Mehrheit war mittellos, und das Lösegeld wurde von der reichen Minderheit bezahlt. Der Zug war in den Augen von Kastner ein erster Durchbruch auf dem Weg zu der großen Lösung, die ihm vorschwebte, und er hoffte, es würden weitere Züge folgen. Das gelang nicht. Übrigens zeigt die von Vrba mit Recht hervorgehobene Tatsache, daß die Leute im Zug von Auschwitz wußten (Ende Juni), eigentlich das Gegenteil von dem, was er sagt: Ihr Wissen von Auschwitz zeigt, daß die Juden in Budapest die Informationen des Auschwitz-Berichts bekommen und auch akzeptiert hatten.

Obwohl Eichmann in seinem Prozeß sagte (und damit die Anschuldigungen gegen Kastner bestätigte), er habe sich durch das Arrangement mit Kastner Ruhe bei der Deportation verschaffen wollen, kann man das Gegenteil beweisen. Kastner war außer in Klausenburg völlig unbekannt und vertrat eine kleine zionistische Minderheit. Wie hätten da Verhandlungen über einen Zug aus Budapest irgendeinen Einfluß auf die Juden in der Provinz haben sollen? Er hatte keine Kontakte in die Provinz, er konnte also niemanden „beruhigen": Im Gegenteil, durch die Jugendlichen versuchte er ja zu warnen. Eichmann wußte natürlich, wer Kastner war und wen er in Ungarn vertrat, obwohl er glaubte, Kastner sei der Vertreter des „internationalen Judentums", von dessen Existenz die Nationalsozialisten ja überzeugt waren. Er wußte auch, daß Kastner im Juni 1944, als der „Kastner-Zug" vorbereitet wurde, niemanden mehr warnen konnte. Das Ziel der Nationalsozialisten war es, die Alliierten von diesen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, was ja auch geschah. Kastners vermeintliche Rolle als „Beruhiger" der lokalen Juden – noch

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dazu nach dem Ende der Deportationen, als die wichtigsten Kontakte mit der SS stattfanden – ist einfach nicht relevant. Wer diesen Sachverhalt nicht kennt, beweist, daß er selbst die „Natur des Nazismus" nicht richtig verstanden hat, auch wenn er ein Opfer der Nationalsozialisten war.

Es gab für die ungarischen Juden keine Rettungsmöglichkeiten. Die ungarische Regierung hatte sie den Nationalsozialisten ausgeliefert. Widerstand war für die wehrlosen, verstreuten und nicht als politische Gruppe organisierten Juden, die unter einer zum größten Teil antisemitischen Bevölkerung lebten und noch dazu keine Waffen besaßen, schlechterdings unmöglich. Flucht ins Ausland war ein hoffnungsloser Traum, und verstecken konnten sich einzelne, nicht Hunderttausende; die Ungarn zögerten ja sehr, Juden zu helfen. Kastner, Brand und andere versuchten, die Nationalsozialisten zu bestechen – das Geld war nur ein Köder für Kontakte mit den Alliierten. Himmler nahm diese Sachen durchaus ernst. Er sondierte, ob es Möglichkeiten für einen Sonderfrieden mit den westlichen Alliierten gab, und versuchte es nicht nur über die Juden, sondern zur gleichen Zeit auch direkt, in Schweden, mit den Amerikanern, und über die Schweiz[23]. Als die Verhandlungen in Ungarn liefen, steuerte er dann wirklich auf einen Sonderfrieden zu. Kastner und andere begriffen das, entweder ganz oder teilweise.

Die Menschen, die versuchten, Menschenleben zu retten, waren nicht immer sehr sympathische Charaktere. Kastner hat tatsächlich versucht, wie Vrba sehr richtig schreibt, prominente Nationalsozialisten wie Kurt A. Becher, Hans Jüttner, Dieter Wisliceny, Hermann Krumey und andere vor dem Zugriff amerikanischer Justizbehörden zu schützen, weil sie ihm, oft aus ganz egoistischen Alibigründen, geholfen hatten, Leben zu retten. Er hat sich auch andere moralisch verwerfliche Taten zuschulden kommen lassen. Aber retten wollte er, und dafür setzte er wiederholt sein Leben aufs Spiel, auch dann noch, als seine Familie schon in der Schweiz war und er sich selbst dorthin hätte absetzen können. Weissmandel war ein religiöser Fanatiker – und so weiter. Und trotzdem: Kastner, Weissmandel, Brand und alle die anderen verdienen es nicht, verleumdet zu werden, auch nicht durch einen tapferen Mann, der versuchte, sie durch seine Nachricht zu warnen, damit sie sich und die anderen Juden in Ungarn retten könnten.

Vom historiographischen Standpunkt aus ist Rudolf Vrbas Artikel ein nicht sehr glücklicher Versuch, die historischen Ereignisse in einer manichäischen Weise zu vereinfachen. Die Tragödie war vielschichtiger und komplizierter. Nur seine eigene mutige Tat, und die seiner drei Freunde, war einfach: Sie hofften, daß eine gegen die Nazi-Herrschaft kämpfende Welt von der schauerlichen Nachricht über Auschwitz so beeindruckt sein würde, daß sie alles tat, um dem Morden Einhalt zu gebieten. Das geschah nicht; und da sind sich der Augenzeuge und der spätere Beobachter einig in ihrer Bitterkeit gegen eine Menschheit, die damals nicht verstand und wahrscheinlich auch heute noch zu wenig versteht.

[23] Vgl. Bauer, Freikauf, S. 169–172.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

YESHAYAHU A. JELINEK/RAINER A. BLASIUS

BEN GURION UND ADENAUER IM WALDORF ASTORIA

Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960

Einführung von Rainer A. Blasius

Zum Staatsakt vor 30 Jahren im Plenarsaal des Deutschen Bundestages war der 81jährige David Ben Gurion aus dem Wüstenkibbuz Sdeh Boker angereist, begleitet von Außenminister Abba Eban. Der Staatsgründer Israels erwies dem Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland am 25. April 1967 nicht nur die letzte, sondern eine ganz besondere Ehre: Eindrucksvoller als mit diesem, viel Aufmerksamkeit auf sich ziehenden Trauerbesuch konnte nicht herausgestellt werden, was Konrad Adenauer für die Wiederherstellung des deutschen Ansehens im Ausland geleistet hatte, das 1945 nur noch rudimentär vorhanden gewesen war. Der israelische Ministerpräsident Levi Eshkol würdigte den Altbundeskanzler in einem Beileidstelegramm: „Es war eines seiner vornehmsten Lebensziele, auf das er ohne Unterlaß hinarbeitete, daß sich das deutsche Volk zu dem vom nationalsozialistischen Deutschland am jüdischen Volk verübten Verbrechen, zur Verantwortung für die Massenvernichtungen bekannte."[1]

Es gab nur zwei persönliche Begegnungen zwischen Konrad Adenauer und David Ben Gurion, die aber jeweils für großes internationales Aufsehen sorgten. Sieben Jahre vor den Trauerfeierlichkeiten fand das erste Treffen auf protokollarisch neutralem Boden statt: am 14. März 1960 im 35. Stock des Waldorf Astoria in New York, zwischen dem damaligen Ministerpräsidenten und dem damaligen Bundeskanzler, die natürlich keineswegs zufällig im selben Nobelhotel abgestiegen waren. Nach einem zweistündigen Gedankenaustausch stellten sie sich der Presse und den Fotografen. Ein Bild ging um die Welt und blieb in Erinnerung – ein Vertreter des Volkes der Opfer und ein Vertreter des Volkes der Täter gemeinsam wie alte Freunde an einem kleinen Couchtisch sitzend, freundlich lächelnd, freundschaftliche Gesten austauschend und einander die Hände schüttelnd.

[1] Zit. nach Rolf Vogel (Hrsg.), Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil I: Politik, Band 1, München/New York/London/Paris 1987, S. 341.

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Enttäuscht waren diejenigen, die Sensationelles wie die seit dem Luxemburger Abkommen von 1952 längst überfällige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland erwartet hatten. Statt dessen fiel das öffentlich verkündete Ergebnis der Unterredung eher mager aus. Adenauer bekannte sich dazu, „tief bewegt" und ein „Bewunderer" seines Gesprächspartners zu sein. Gleichzeitig kündigte er an, „daß die gemeinsame Zusammenarbeit und Hilfe für Israel auch in Zukunft Früchte tragen" werde. Ben Gurion dankte umgehend für das Angebot, indem er an seine Knesseth-Erklärung aus dem Sommer 1959 erinnerte, nämlich: „das Deutschland von heute sei nicht das Deutschland von gestern". „Nach meinem heutigen Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler bin ich davon überzeugt, daß diese damalige Bewertung richtig war. Ich wünsche dem Bundeskanzler allen Erfolg in seinen Bemühungen, Deutschland auf den Weg der Demokratie und der internationalen Zusammenarbeit zu lenken."[2]

Der „ausgebliebene" Botschafteraustausch wurde von Kritikern des Bundeskanzlers als Ausdruck der opportunistischen Gesinnung der Bundesregierung gegenüber den arabischen Staaten, die ihrerseits die staatliche Existenz Israels schlichtweg bestritten, gewertet. In der Furcht vor dem ägyptischen Staatspräsidenten Nasser, der schon 1956 ganz unverhüllt mit der Anerkennung der DDR für den Fall einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv gedroht hatte, wurde ein Hauptmotiv von Adenauers Nahost-Politik vermutet[3]. Außerdem sickerten Informationen durch, daß Adenauer für den Verzicht auf offizielle Beziehungen mit Israel und für die freundlichen Worte seines Gesprächspartners über das „Deutschland von heute" einen hohen Preis in Aussicht gestellt habe, um das wegen der Hakenkreuz-Schmierereien und der Verwüstungen jüdischer Friedhöfe im Dezember 1959/Januar 1960 in Köln und anderen deutschen Städten wieder angekratzte Image der Bundesrepublik aufzupolieren. Sogar eine Zahlenangabe tauchte hin und wieder auf (ein „über 10 Jahre verteilter Zwei-Milliarden-Mark-Kredit" bzw. 500-Millio-

[2] Zitate von Adenauer und Ben Gurion nach Vogel, Dialog, S. 150. Zum Treffen in New York vgl. auch Jörg Seelbach, Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel als Problem der deutschen Politik seit 1955, Meisenheim am Glan 1970, S. 99–109; Jekutiel Deligdisch, Die Einstellung der Bundesrepublik Deutschland zum Staate Israel. Eine Zusammenfassung der Entwicklung seit 1949, Bonn 1974, S. 63–65; Yeshayahu A. Jelinek, Eine wechselvolle Reise. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1952–1965, in: Gerd Langguth (Hrsg.), „Macht bedeutet Verantwortung". Adenauers Weichenstellungen für die heutige Politik, Köln 1994, S. 132 f.

[3] So z. B. Der Spiegel, 23. 3. 1960, S. 18: „Solange die Bundesregierung an der Hallstein-Doktrin festhält, ist es für die Deutschen unmöglich, zu jenen beiden Völkern normale Beziehungen aufzunehmen, die unter Hitler am schwersten gelitten haben: zu den Polen und zu den Juden." Aus der Hallstein-Doktrin, die eine Überprüfung der Beziehungen der Bundesrepublik zu solchen Staaten vorsah, die sich zu der als „unfreundlichen" Akt definierten Anerkennung der DDR entschlössen, sei zwischenzeitlich eine „Blechschild-Doktrin" geworden: „In den arabischen Ländern sitzen zum Beispiel längst voluminöse sowjetzonale Vertretungen [. . .]. Nähme Bonn diplomatische Beziehungen zu Israel auf, so würden äußerstenfalls die Blechschilder an den sowjetzonalen Missionen im Nahen Osten, auf denen jetzt ‚Handelsvertretung der DDR' zu lesen ist, gegen neue mit dem Text ‚Botschaft der DDR' ausgetauscht werden."

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen-Dollar-Kredit für die Entwicklung der Negev-Wüste), die mehrfach vom Auswärtigen Amt und aus der Umgebung Adenauers dementiert wurde[4].

Im Zuge der sich im Herbst 1964 anbahnenden Nahost-Krise kamen dann weitere Einzelheiten an die Öffentlichkeit, etwa auch die, daß in New York nicht nur Geld, sondern auch Waffen zur Debatte gestanden hätten. Damit war Staatspräsident Nasser ein Vorwand für die Einladung an den „Zonenvogt" Walter Ulbricht gegeben, der sich vom 24. Februar bis zum 2. März 1965 in Ägypten wie ein Staatsgast feiern ließ. Als schließlich zwar doch keine offizielle Anerkennung der DDR durch Ägypten erfolgte, wohl aber die Ankündigung der Errichtung eines ägyptischen Generalkonsulats in Ost-Berlin und eines Gegenbesuchs von Nasser bei Ulbricht, sah Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard nach längerem Zögern darin den Anlaß zu seiner bekannten Erklärung vom 7. März 1965: Die Aufnahme offizieller Beziehungen mit Israel sollte angestrebt, die Wirtschaftshilfe an Ägypten wegen des Ulbricht-Spektakels eingestellt und grundsätzlich sollten keine Waffen mehr in Spannungsgebiete geliefert werden. Nach dem offiziell vereinbarten Botschafteraustausch mit Israel am 12. Mai 1965 hielten von den 13 arabischen Staaten nur noch Marokko, Tunesien und Libyen die Beziehungen zur Bundesrepublik aufrecht. Allerdings führte der offizielle Bruch des größten Teils der arabischen Welt mit Bonn nicht zu der über Jahre am Rhein befürchteten Anerkennung Ost-Berlins.

Hatten Ben Gurions Nachfolger Eshkol und Adenauers Nachfolger Erhard in gewisser Weise die Ernte der New Yorker Begegnung vom März 1960 einfahren dürfen, so blieb der erste deutsch-israelische Gipfel sogar über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen hinaus bis in den Mai 1966 von Bedeutung, also bis zum Abschluß der Wirtschaftshilfeverhandlungen zwischen beiden Staaten und bis zum Wiedersehen zwischen Ben Gurion und Adenauer in Sdeh Boker. Daher bedarf die jetzt möglich gewordene parallele Veröffentlichung der israelischen und deutschen Gesprächsüberlieferung vom 14. März 1960 keiner weiteren Begründung, wohl aber einer einführenden Erläuterung. Denn die folgenschwere Geheimpolitik, die ihren Ursprung in der New Yorker Begegnung hatte, führte zu unterschiedlichen politischen und wissenschaftlichen Deutungen des Gipfeltreffens, die über den eigentlichen Gesprächsinhalt hinausgingen und nun modifiziert werden können.

Verhandlungen über die Aktion „Geschäftsfreund"

Selbstverständlich wurde nach der Unterredung vom 14. März 1960 weder im israelischen Außenministerium noch im Auswärtigen Amt die jeweilige Gesprächsaufzeichnung bekanntgegeben, sondern als Staatsgeheimnis gehütet. Allerdings läßt sich

[4] So z. B. Der Spiegel, 12. 12. 1962, S. 75: „Während die Israelis mit genauen Zahlen aufwarteten [. . .], wurde eine solche Zusage bislang in Bonn bestritten. ‚Derartige Spekulationen sind geeignet', dementierte das Auswärtige Amt israelische Kreditmeldungen, ‚Unruhe zu schaffen und die Bemühungen der Bundesregierung zu stören, gute Beziehungen mit dem gesamten Nahen Osten zu unterhalten'."

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in den Akten des Auswärtigen Amts ein Schreiben des Bankiers und ehemaligen Leiters der Delegation der Bundesrepublik bei der Londoner Schuldenkonferenz, Hermann Josef Abs, vom 29. Juli 1960 an Konrad Adenauer nachweisen. Unter Berufung auf persönliche Mitteilungen des Bundeskanzlers nach Rückkehr von der Weltreise bezifferte Abs nun Ben Gurions Wünsche „auf einen deutschen Kapitalbeitrag im Gesamtwert von etwa $ 40–50 Millionen jährlich [. . .] über eine Frist von 10 Jahren [. . .], d.h. also einen Gesamtbetrag zwischen $ 400–500 Millionen"[5]. Dieses Schreiben gab Adenauer über den Leiter der für die Abwicklung des Luxemburger Abkommens zuständigen Israel-Mission in Köln, Felix Shinnar, an Ben Gurion weiter. Unter dem Datum des 5. August 1960 bestätigte der Bundeskanzler dem Ministerpräsidenten, beim Treffen in New York u. a. die Frage einer „deutschen Wirtschaftshilfe an Israel nach dem Auslaufen eines sogenannten Israelvertrags besprochen" zu haben: „Form und Rahmen der allgemeinen Entwicklungshilfe, die die Bundesrepublik Entwicklungsländern zu gewähren erwägt, sind zur Zeit noch in Beratung."[6] Daraufhin berichtete Ben Gurion in einem Antwortschreiben vom 27. September 1960 von seinen Beratungen mit israelischen Finanz- und Wirtschaftsexperten: „I told them that in my opinion the long-term loan of 50 million Dollars a year for ten years should be utilized mainly for the establishment of large-scale development undertakings in the Negev (which takes up over 60 per cent of the area of Israel), and this for two reasons: an economic reason and a moral one."[7] Diese Zahlenangabe blieb offensichtlich unwidersprochen, so daß Staatssekretär van Scherpenberg am 5. Dezember 1960 in einer streng geheimen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts feststellte, „daß der Herr Bundeskanzler Herrn Ben Gurion eine Zusage über 500 Mio. Dollar über Entwicklungshilfe nach Ablauf des Wiedergutmachungsabkommens gemacht hat". Scherpenberg zeigte sich davon überzeugt, „daß eine solche Zusage an Israel zur Folge haben wird, daß die arabischen Staaten die ‚DDR' anerkennen werden"[8].

---

[5] Abs an Adenauer, 29.7. 1960, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (künftig: PA/AA), B 150, Aktenkopien 1960: „Wie ich verstanden habe, sind zwar in Ihrem Gespräch mit dem israelischen Regierungschef noch keine Einzelheiten dieser auf kommerzieller Basis zu gewährenden Finanzhilfe behandelt worden. Andererseits haben Sie dem Herrn israelischen Ministerpräsidenten, wie Sie mir berichteten, sowohl aus moralischen als auch aus politisch-wirtschaftlichen Erwägungen die grundsätzliche Bereitschaft zu erkennen gegeben, deutsche Kapitalhilfe zur Fortführung des wirtschaftlichen Aufbaues seines Landes zu gewähren."

[6] Adenauer an Ben Gurion, 5.8. 1960, in: Ebenda: „Ich werde mich nach Beendigung der gegenwärtigen Ferienzeit – etwa Ende September dieses Jahres – nach besten Kräften für die Gewährung und Durchführung einer deutschen Finanzhilfe im Rahmen der israelischen Entwicklungspläne einsetzen."

[7] Ben Gurion an Adenauer, 27.9. 1960, Aktenkopien aus dem Nachlaß von David Ben Gurion, die Ari Rath zur Vorbereitung seines Vortrags vom 11.5. 1995 im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anfertigen ließ (von Dr. Thomas Brehm freundlicherweise zur Verfügung gestellt).

[8] Aufzeichnung Scherpenberg, 5.12. 1960, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1960: „Über die Durchführung dieser Zusage finden zur Zeit im Bundeskanzleramt sehr geheime Besprechungen statt, an denen meines Wissens von unserer Seite M[inisterial]D[irektor] Harkort teilnimmt."

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bis in das Frühjahr 1961 geschah erst einmal nichts, zumal die Leistungen an Israel gemäß Luxemburger Abkommen erst mit dem 31. März 1966 auslaufen sollten. Dann allerdings hielt Scherpenbergs Nachfolger Karl Carstens am 12. Juni 1961 als Ergebnis einer dienstlichen Begegnung mit Verteidigungsminister Franz Josef Strauß fest: „Wir liefern keine Waffen an Israel", so der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der auch über ein Treffen zwischen Strauß und Ben Gurion in Paris unterrichtet worden war: „In dem Gespräch habe Ben Gurion erklärt, der Herr Bundeskanzler habe ihm versprochen, daß sich die Bundesrepublik an der Erschließung der Negev-Wüste beteiligen und für diesen Zweck 500 Mio. DM im Kreditwege zur Verfügung stellen werde. Die erste Rate hätte bereits am 28. März 1961 fällig sein sollen. Da die Zahlung jedoch nicht eingegangen sei, habe die israelische Regierung sich den Kredit zunächst anderweitig verschafft. Ben Gurion habe Herrn Strauß gebeten, den Herrn Bundeskanzler an das von ihm gegebene Versprechen zu erinnern. Herr Minister Strauß habe sodann den Herrn Bundeskanzler auf diese Angelegenheit angesprochen. Der Herr Bundeskanzler habe erklärt, daß er kein Versprechen dieser Art gegeben habe."[9]

Ende August 1961 setzte Felix Shinnar dann Ministerialdirektor Hasso von Etzdorf, den Leiter der Abteilung „West II" im Auswärtigen Amt, über die Zusammenkunft in New York vom März 1960 in Kenntnis: „Der Herr Bundeskanzler habe eine Entwicklungshilfe auf kommerzieller Basis in Form eines Darlehens von jährlich 200 Millionen DM für 10 Jahre zugesagt." Nach Auffassung des Chefs des Bundeskanzleramtes, Hans Globke, seien die Voraussetzungen für eine „Kredithingabe" bei Abschluß des Prozesses in Jerusalem gegen den Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten" im Reichssicherheitshauptamt, Adolf Eichmann, am 14. August 1961 gegeben. Shinnar bat das Auswärtige Amt, keine Bedenken mehr gegen eine Finanzhilfe zu erheben, da „1. es sich nur um die obige beschränkte Transaktion handele, und 2. daß er, Shinnar, im Namen der israelischen Regierung die Gewähr dafür übernehme, daß die Vertraulichkeit des Geschäfts gewahrt bleiben wird"[10]. Zum Jahresende 1961 lief somit die Aktion „Geschäftsfreund" unter der Federführung des Auswärtigen Amts vorzeitig und als Entgegenkommen Adenauers für Ben Gurion an. Darlehen wurden gewährt, und zwar zwei pro Jahr, jeweils zwischen 50 und 100 Millionen DM.

Die wenigen in die geheime Kredithilfe eingeweihten Beamten der Koblenzer Straße faßten übrigens Adenauers Reaktion vom 14. März 1960 auf Ben Gurions Wunsch nach Kreditgewährung – „Wir werden Ihnen helfen" – als einen „allgemein gehaltenen Satz" auf, „bestenfalls als eine Absichtserklärung", mit der er seine „Hilfsbereitschaft" signalisiert habe[11]. Dementsprechend mußten die jährlichen Beträge aus der

[9] Aufzeichnung Carstens, 12.6. 1961, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1961. Nach Meinung Adenauers könne keinesfalls „vor Beendigung des Eichmann-Prozesses etwas unternommen werden". Abgedruckt in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1965 (künftig: AAPD 1965), hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1996, Band I, Dok. 2, S. 6–8.

[10] Aufzeichnung Etzdorf, 25.8. 1961, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1961.

[11] Aufzeichnung Lahr, 1.12. 1965, in: AAPD 1965, Bd. III, Dok. 440, S. 1829. Zur „Verlangsamung des Rhythmus" der einzelnen Zahlungen vgl. auch die Aufzeichnungen Lahr, 2.10. 1963 und

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sicht des für die Handels- und Entwicklungspolitik zuständigen Staatssekretärs Rolf Lahr immer wieder neu ausgehandelt werden, ohne daß die Gesamtsumme zunächst einmal von Bedeutung war. Darüber hinaus erschien eine Verringerung einzelner Tranchen allein schon deshalb vertretbar, weil mit den neuen Zahlungen in Folge des Waldorf Astoria-Treffens nicht erst nach Ablauf der alten Verpflichtungen von 1952 begonnen wurde, sondern mehrere Jahre vorher. Laut einer Aufzeichnung vom Mai 1966 erhielt Israel im Rahmen der Aktion „Geschäftsfreund" eine Finanzhilfe von insgesamt 629,4 Millionen DM, die sich zusammensetzte aus 82 Millionen DM für 1961, 97,6 Millionen DM für 1962, 150 Millionen DM für 1963, 149,8 Millionen DM für 1964 und schließlich 150 Millionen DM für 1965[12].

Absprachen für die Aktion „Frank/Kol"

Nachdem die „Geschäftsfreundschaft" unter Dach und Fach war, kam es zu Vorabsprachen zwischen Bundesminister Strauß und dem Generalsekretär im israelischen Verteidigungsministerium, Shimon Peres. Anfang Juni 1962 hielt sich Peres in Bonn auf und übergab Bundeskanzler Adenauer ein von Ben Gurion verfaßtes Empfehlungsschreiben. Adenauer antwortete dem israelischen Ministerpräsidenten am 13. Juni 1962: „Wir haben die politische Lage, so wie sie sich für unsere beiden Länder darstellt, ausführlich erörtert. Herr Peres hat auf mich einen sehr guten Eindruck gemacht. Ich hoffe, daß er mit dem Ergebnis seiner Bonner Besprechungen zufrieden ist."[13] Peres trug damals unter Hinweis auf ein von Adenauer in New York mündlich gegebenes „general commitment" seine Wunschliste von 6 Schnellbooten, 3 U-Booten, 36 Haubitzen, 24 Hubschraubern, 12 Noratlas-Transportflugzeugen, 15 Panzern und 54 Flakgeschützen sowie Cobra-Raketen vor, insgesamt in einem Wert von 240 Millionen DM[14].

Ein Jahr später lag die ausdrückliche Genehmigung des Bundeskanzlers vor. Gleichzeitig kam es auf höchster Ebene zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Auswärtigen Amt über die streng

8.10. 1963, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963 (künftig: AAPD 1963), hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994, Band III, Dok. 372 und 382.

[12] Aufzeichnung Lahr, 3.5. 1966, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1966.

[13] Adenauer an Ben Gurion, 13.6. 1962; Aktenkopien aus dem Nachlaß von David Ben Gurion (wie Anm. 7). Damit antwortete Adenauer auf das Empfehlungsschreiben vom 6.6. 1962: „At our meeting in New York we had the opportunity of discussing – among other things – the central problem of the State of Israel: the problem of its security. The main object we agreed upon on that occasion is being carried into effect. In the meantime, however, many changes have taken place in our region and I feel it necessary to inform you of them and their significance."

[14] Aufzeichnung Carstens, 11.7. 1962: „Ich: Ich kann nur anhören. Bei Panzern ist keine Geheimhaltung möglich." In: AAPD 1965, Bd. I, Dok. 2, S. 10 (Anlage 3 zur Aufzeichnung Carstens, 4.1. 1965).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geheim gehaltenen und nur ein paar Spitzenbeamten sowie einigen ausgewählten Abgeordneten bekannten Waffenlieferungen. Staatssekretär Karl Carstens und Außenminister Schröder sprachen sich am 29. Juli 1963 „unbedingt dagegen" aus: „Die Israelis wollen es zum Bruch zwischen uns und den Arabern kommen lassen." Schröder sagte: „Ich übernehme keinerlei Verantwortung dafür. Dies habe ich auch dem Bundeskanzler gesagt. Wir sollen weder mit den Ägyptern noch mit den Israelis militärische Beziehungen haben."[15] Dennoch wurden die Lieferungen aus Bundeswehrbeständen und aus deutscher Herstellung in Form einer Militärhilfe unter dem Decknamen „Frank/Kol" aufgenommen. Sie wurden auf Drängen aus Washington hin im Sommer 1964 noch um 150 Panzer aus amerikanischer Produktion erweitert, die auf dem „Umweg" über Italien, wo sie mit neuen Kanonen und neuen Motoren zu bestücken waren, nach Israel gelangen sollten[16]. Laut einer Aufzeichnung vom Mai 1966 wurden an Israel kostenfrei Waffen im Werte von 194 Millionen DM geliefert; außerdem wurden Abfindungen gezahlt für im Verlauf der Nahost-Krise nicht mehr durchgeführte Lieferungen von Panzern etc. – und zwar im Umfang von 140 Millionen DM[17].

Dennoch scheiterte der Versuch Adenauers, einerseits die traditionellen Bindungen zu den arabischen Staaten wegen des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik zu pflegen und andererseits Israel für den Verzicht auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch eine umfangreiche Geheimpolitik Kompensation zukommen zu lassen, bereits im Sommer 1962. Damals trugen private deutsche Raketen- und Flugzeugkonstrukteure in ägyptischen Diensten zu einer handfesten Krise im Verhältnis zu Tel Aviv bei. Insbesondere die israelische Außenministerin Golda Meir forderte die Bundesregierung auf, die deutschen Waffenexperten unverzüglich zur Rückkehr vom Nil an den Rhein zu veranlassen. In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich die Parallele zur nationalsozialistischen Judenvernichtung gezogen und der Vorwurf erhoben, daß Deutsche sich als Helfer Nassers wieder „danach drängten, an einem Plan der Tötung von Juden und der Zerstörung jüdischer Städte und jüdischen Landes teilzunehmen"[18]. Nachdem seit der Jahreswende 1962/63 in der Bundesrepublik vermehrt auch prominente Politiker aller Parteien zugunsten eines Botschafteraustauschs mit Israel oder zumindest für gesetzgeberische Maßnahmen gegen eine Beteiligung Deutscher an der Produktion von Massenvernichtungswaffen im Ausland eintraten, ja sogar die Bundesregierung wegen der dilatorischen Behandlung der Rüstungsexpertenfrage des Opportunismus gegenüber den arabischen Staaten bezichtigt wurde, wollte Adenauer die Flucht nach vorn antreten.

---

[15] Aufzeichnung Carstens, 29.7. 1963, in: Ebenda, S. 11f. (Anlage 4 zur Aufzeichnung Carstens, 4.1. 1965).

[16] Vgl. dazu besonders Aufzeichnung Pauls, 21.10. 1964, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964 (künftig: AAPD 1964), hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995, Band II, Dok. 289.

[17] Aufzeichnung Lahr, 3.5. 1966, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1966.

[18] Memorandum Böhm, 16.11. 1962, zit. nach Vogel, Dialog, S. 229.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 15. Februar und am 16. August 1963 unternahm der Bundeskanzler zwei interne Vorstöße zur Herstellung amtlicher Beziehungen zu Israel. Anlaß dazu waren nicht zuletzt die öffentlichen Attacken von Levi Eshkol, der im Juni 1963 Nachfolger des u. a. wegen seiner zu nachgiebigen Deutschlandpolitik gescholtenen Ben Gurion geworden war. Aus der Einsicht heraus, daß weder die streng geheimen Waffenlieferungen „Frank/Kol", noch die ebenso konsequent dementierten finanziellen Zuwendungen aus der „Geschäftsfreundschaft" etwas nutzten, sah Adenauer im Botschafteraustausch zwischen Bonn und Tel Aviv zum einen eine demonstrative Entscheidung gegen die arabische Welt und damit eine Geste für Israel. Zum anderen wollte er versuchen, der von ihm als exzessiv empfundenen „Vergangenheitsbewältigung" in den vielen NS-Prozessen ein baldiges Ende zu bereiten und im gleichen Zuge der gegen die Bundesrepublik gerichteten Instrumentalisierung der Last des „Dritten Reiches" für politische Zwecke den Wind aus den Segeln zu nehmen. Weder die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion, noch das Auswärtige Amt unter Schröder, noch der Verbündete in Washington waren jedoch bereit, die kühne Initiative des Kanzlers zu unterstützen. So mußte Adenauer schließlich den Plan aufgeben, die angebahnte Aussöhnung mit Israel zum Ausklang seiner Kanzlerschaft durch die diplomatische Anerkennung krönen zu können[19].

Am 14. Oktober 1963 attestierte Ben Gurion in einem Leitartikel der „Jerusalem Post" dem aus dem Amt scheidenden Kanzler trotz allem „moralische und politische Größe", die er während des Treffens im März 1960 in New York verspürt habe[20]. Als Adenauer sich an diesem Tag vom Leiter der Israel-Mission verabschiedete, erneuerte Shinnar die bereits am 28. Mai 1963 im Auftrage Ben Gurions ausgesprochene Einladung nach Israel, und zwar ausdrücklich auf Veranlassung Eshkols[21].

Auf Ludwig Erhard, der im Nahen Osten als „Freund der Araber" galt, mußte sich die israelische Führung erst einmal einstellen. Ziel war es, ihn auf die Israel-Politik seines Vorgängers – insbesondere auf „Geschäftsfreund" und „Frank/Kol" – festzulegen. Immerhin konnte Erhard es sich leisten, auf der Pressekonferenz am 3. Dezember 1963 die seit über einem Jahr geführte Nahost-Debatte vorläufig zu beenden, indem er unmißverständlich seine Maxime verkündete, daß weder „volle" Beziehungen zu Israel noch eine Ägypten tangierende Gesetzesvorlage hinsichtlich der deutschen Waffenspezialisten auf der Tagesordnung für eine Kabinettssitzung stünden[22].

Adenauers Israel-Reise mußte im Herbst 1964 infolge der sich abzeichnenden Nahost-Krise verschoben werden. Beim nächsten angestrebten Termin, im Frühjahr 1965, durften die schwierigen Verhandlungen in Tel Aviv über die Ablösung der Ak-

---

[19] Vgl. dazu Rainer A. Blasius, Geschäftsfreundschaft statt diplomatischer Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63, in: Ders. (Hrsg.), Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994, S. 165 f. und 182 ff.

[20] PA/AA, Ref. I B 4, Band 46.

[21] Schirmer an die Auslandsvertretungen im Nahen Osten, 21. 10. 1963, in: Ebenda. Der Bundeskanzler habe sich „rezeptiv verhalten und es vermieden, sich festzulegen", um „unerwünschten Reaktionen" der arabischen Staaten vorzubeugen.

[22] Blasius, Geschäftsfreundschaft, S. 205.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion „Frank/Kol" durch Geldleistungen nicht gestört werden. Schließlich fand sich Erhard anläßlich der offiziellen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 12. Mai 1965 bereit zu erklären: „Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit beweist, daß sie sich der besonderen Lage der Deutschen gegenüber den Juden in aller Welt einschließlich Israels bewußt ist."[23] Hinsichtlich der fünf Jahre zuvor in New York in Aussicht genommenen Militärhilfe erhielt Shinnar für die aus Absprachen aus den Jahren 1962 bis 1964 noch ausstehenden Restlieferungen einen Barscheck über 140 Millionen DM[24]. Gleichzeitig kündigte der Bundeskanzler öffentlich an, daß die Bundesregierung bereit sei, „in naher Zukunft, das heißt in etwa zwei bis drei Monaten, in Gespräche mit der israelischen Regierung über künftige wirtschaftliche Hilfe einzutreten"[25].

Kontroversen um das „Abkommen Adenauer/Ben Gurion"

Der Beginn der Wirtschaftshilfegespräche zögerte sich allerdings hinaus, weil von israelischer Seite der im Frühjahr 1965 bei den Verhandlungen mit Erhards Sonderbeauftragtem Kurt Birrenbach und Ministerialdirigent Rolf Pauls in Tel Aviv zurückgestellte Komplex „Geschäftsfreund" erneut thematisiert wurde: Neben der zukünftigen Wirtschaftshilfe hoffte das israelische Außenministerium darauf, auch weiterhin die auf das Treffen Adenauer/Ben Gurion vom 14. März 1960 zurückgehende Finanzhilfe zu erhalten[26]. Israels erster Botschafter in Bonn, Ben Nathan, brachte gegenüber Staatssekretär Lahr am 4. Oktober 1965 die Erwartung zum Ausdruck, daß das „Abkommen Adenauer/Ben Gurion" – so der jetzt offiziell eingeführte und mit Nachdruck vertretene Terminus – respektiert werde. Überhaupt wurde die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen von einer vorherigen Bestätigung der Bundesregierung abhängig gemacht, „das ‚Adenauer/Ben Gurion-Abkommen' bis zur völligen Erreichung des Betrages von 2 Milliarden DM zu erfüllen"[27]. Schließlich überwies

---

[23] Zit. nach Vogel, Dialog, S. 269.

[24] Vgl. AAPD 1965, Bd. II, S. 805, Anm. 28. Vgl. auch Felix E. Shinnar, Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967, S. 167, zur Höhe der Anweisung, „die angemessen war, aber erheblich unter den darüber veröffentlichten, auf allen möglichen Spekulationen beruhenden Summen blieb".

[25] Zit. nach Vogel, Dialog, S. 270.

[26] Gespräch Carstens-Shinnar, 6. 5. 1965, in: AAPD 1965, Bd. II, Dok. 200, S. 801 f. (Carstens: „Grundsätzlich sei dazu zu sagen, daß wir keine Rahmenverpflichtung über einen bestimmten Gesamtplatfonds und eine feste Laufzeit anerkannt hätten.") und S. 803 (Shinnar: Israel „halte doch an seiner Auffassung fest, daß die Aktion ‚Geschäftsfreund' und die in den Birrenbach-Besprechungen erwähnte Wirtschaftshilfe zwei getrennte Gegenstände seien".).

[27] Aufzeichnung Lahr, 4. 10. 1965, in: AAPD 1965, Bd. III, Dok. 380, S. 1578 f.: „Das Gespräch Adenauer-Ben Gurion sei, wie wir es seit vielen Jahren immer wieder unterstrichen hätten, keine Regierungsvereinbarung, sondern eine Absichtserklärung gewesen, die nicht nur mit den üblichen Vorbehalten einer solchen zu verstehen, sondern auch unter dem der israelischen Regierung bekannten Gesichtspunkt zu werten sei, da sie weder durch eine Entscheidung der Bundesregierung

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Bundesregierung Ende 1965 ein weiteres Mal 75 Millionen DM (praktisch die zweite Jahresrate aus der Aktion „Geschäftsfreund") an die israelische Regierung – als „Ergebnis der Vorberatungen zu den Hauptverhandlungen".

Ende Februar/Anfang März 1966 wurden in Bonn die offiziellen bilateralen Beratungen über Wirtschaftshilfe aufgenommen. Nach Lahrs Auffassung vom 3. März 1966 konnte der israelische Verhandlungspartner keinesfalls die deutschen Feststellungen widerlegen, daß Adenauer im März 1960 „auf die (recht vage gehaltenen) Pläne des Herrn Ben Gurion nicht mehr gesagt hat, als ‚wir werden Israel helfen'", daß ferner weder Adenauer noch Erhard einen festen finanziellen und zeitlichen Rahmen oder fixe Annuitäten mit Ben Gurion oder Eshkol vereinbart hätten[28].

Wie optimistisch die Einschätzung des Verhandlungsführers der Bundesrepublik war, zeigte sich am 11. März 1966. In einem Interview mit der Zeitung „Maariv" (Überschrift: „Ich bin nicht in der Lage, Deutschland zu bescheinigen, daß es wirklich ein anderes geworden ist") antwortete Eshkol auf die Frage, ob Adenauer 1960 im Waldorf Astoria Ben Gurion 500 Millionen Dollar zugesichert habe: „Das ist kein Märchen, das ist die Wahrheit. Das wurde versprochen."[29] Am 20. April hakte der Ministerpräsident in einer Soldatenzeitung nach: „Es gibt Geschriebenes, und es gibt Aufzeichnungen. Ich kann die klaren Notizen von Ben Gurion und der Leute in seiner Begleitung bezeugen. Es wurde gesprochen über 500 Millionen Dollar in 10 Jahren. Ein Beweis dafür ist, daß wir im Laufe von 3 Jahren auf diese Rechnung bereits den entsprechenden Teil erhalten haben."[30] Darauf wies Lahr den im Sommer 1965 zum Botschafter in Tel Aviv ernannten Rolf Pauls an, solche „teils unzutreffenden, teils irreführenden" Bemerkungen richtigzustellen: Adenauer habe seinerzeit in New York lediglich „eine politische Absichtserklärung" zur Hilfe bei der Entwicklung der Wirtschaft in Israel abgegeben, nachdem Ben Gurion entsprechend der deutschen Dolmetscherniederschrift zuvor eine Anleihe der Bundesrepublik an Israel über „einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren und einen jährlichen Betrag von 40 bis 50 Mio. $" erwähnt habe, „also keinen fixen Betrag und keinen festen Zeitraum"[31].

---

noch gar des deutschen Parlaments bestätigt worden sei." Vgl. ferner Aufzeichnung Lahr, 1. 12. 1965, in: Ebenda, Dok. 440, S. 1829 und 1831 (mit dem Angebot weiterer 75 Millionen DM „als Vorauszahlung auf das im Jahr 1966 auszuhandelnde Verhandlungsergebnis").

[28] Aufzeichnung Lahr, 3. 3. 1966, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966 (künftig: AAPD 1966), hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Rainer A. Blasius, Matthias Peter und Harald Rosenbach, München 1997, Band I, Dok. 55, S. 247.

[29] Zit. nach Drahtbericht Török, 11. 3. 1966, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. ferner AAPD 1966, Bd. I, S. 413, Anm. 12 (Auszug).

[30] Zit. nach ebenda, S. 528, Anm. 2 (Auszug).

[31] Drahterlaß Lahr, 21. 4. 1966, in: Ebenda, S. 530, Anm. 13: Die Äußerung über einen Betrag von 500 Millionen Dollar lasse sich „weder aus dem hier vorliegenden deutschen Dolmetscherprotokoll noch aus dem während der Verhandlungen verlesenen israelischen Protokoll belegen. Sie ist völlig neu, auch von israelischer Seite trotz ausführlichster gemeinsamer Erörterung des Vorgangs nie gebracht worden und muß von uns als unhaltbar zurückgewiesen werden." Dazu auch Der Spiegel, 2. 5. 1966, S. 40: „Premier Levi Eshkol beharrte öffentlich darauf, Adenauer habe zu Ben

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwischenzeitlich meldete sich einer der beiden Hauptakteure aus dem Waldorf Astoria zu Wort. Zunächst verfaßte Adenauer zum 31. März 1966 – dem Tag, als das Luxemburger Abkommen von 1952 auslief – einen Zeitungsartikel. Der Altbundeskanzler beschwor den „gleichen Geist" von damals für die laufenden deutsch-israelischen Wirtschaftsverhandlungen und appellierte an die Hilfsbereitschaft der Bundesrepublik[32]. Allerdings ließ er sich mit keiner Silbe auf die israelische These über die in New York zugesicherte „Wirtschaftshilfe von 500 Millionen Dollar" ein. Wenig später, in einem Interview mit der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden", sprach er zwar von „geschäftlichen Dingen", die in die Unterredung mit Ben Gurion im März 1960 „hereingekommen" seien, „aber doch in großen Umrissen". Auf die Nachfrage nach konkreten Zahlen gab er einen Hinweis auf ein vor ihm liegendes deutsches Dolmetscherprotokoll: „Ich habe selbst nicht gewußt, daß das in den Akten war. Aber ich meine, man sollte das jetzt nicht in der Presse bringen, weil augenblicklich ja gewisse Schwierigkeiten bei den deutsch-israelischen Verhandlungen bestehen, und die könnten vielleicht dadurch beeinflußt werden. Ich würde viel mehr Wert darauf legen, dahin zu wirken, daß diese Verhandlungen möglichst schnell zu einem guten Abschluß kommen."[33]

In diesen Tagen wurde vom „Spiegel" gemeldet, daß Adenauer „bei einem Glas Orangensaft" am 14. März 1960 „dem damaligen Ministerpräsidenten David Ben Gurion einen Zwei-Milliarden-Kredit" versprochen habe, nachdem zuvor sogar vier Milliarden von der israelischen Delegation gefordert worden seien. „Am Kamin des Hotels einigten sich die beiden alten Herrn schließlich auf 2 Milliarden." Es wurde sogar gemutmaßt, daß die deutsche und die israelische Verhandlungsdelegation in Bonn nun Ende April 1966 „Adenauers Astoria-Kredit vertraglich einsegnen" müßten. Daher habe die israelische Regierung den Kredit-Urheber Adenauer genau für jene Zeit zu einem Israel-Besuch eingeladen, „da in Bonn um den Zwei-Milliarden-Kredit gefeilscht werden soll"[34].

Bedenken gegen die Visite Adenauers in Israel meldete nicht zuletzt Botschafter Pauls an. Gewisse Kreise in Tel Aviv würden bereits darauf hinweisen, daß Ben Gurion Adenauer 1963 „auf eigene Faust und ohne Zustimmung des damaligen Kabinetts" eingeladen habe; Eshkol habe im israelischen Kabinett die Verantwortung für den Besuch seinem Vorgänger zugeschrieben[35]. Am 25. April schloß der deutsche Diplomat nicht einmal mehr aus, daß „die Israelis diesen Besuch mit der Rücksichtslosigkeit, der sie bei der Verfolgung eines Ziels fähig sind, ausnutzen werden, indem sie einen dauernden Druck auf den Altbundeskanzler ausüben, sich in ihnen er-

---

Gurion von einem Kredit über zehnmal jährlich 200 Millionen Mark gesprochen. Bonn schickte seinen Botschafter Pauls mit dem Protest vor, Adenauer habe niemals eine Zahl genannt."

[32] Die Welt, 31.3. 1966, in: Pressedokumentation in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf (freundlicherweise von Engelbert Hommel M.A. zur Verfügung gestellt).

[33] Allgemeine Wochenzeitung der Juden, 8.4. 1966, S.4.

[34] Der Spiegel, 11.4. 1966, S.28: „Konrad Adenauer hat sich bis heute nicht zu seiner Zusage bekannt".

[35] Drahtbericht Pauls, 21.3. 1966, in: AAPD 1966, Bd.I, S.577, Anm.2 (Auszug).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wünschtem Sinne zu äußern oder indem sie von ihm getane Äußerungen ganz subjektiv zur Stärkung ihrer eigenen Position interpretieren"[36].

Adenauer fuhr trotzdem. Bei seiner Ankunft am 2. Mai 1966 waren immerhin Außenminister Abba Eban, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, der im Frühjahr 1965 nach Israel zurückgekehrte Felix Shinnar und sogar Ben Gurion auf dem Flughafen in Tel Aviv erschienen. Lediglich eine kleine Gruppe von Demonstranten gab der Begrüßung einen negativen Beigeschmack, ebenso wie ein großes, von der Heruth-Partei finanziertes Inserat in der „Jerusalem Post". Es trug die unfreundliche Überschrift „Unser Gast ist er nicht" und enthielt außerdem Vorwürfe an den Altbundeskanzler, ehemalige Nationalsozialisten zu Kabinettsmitgliedern und Hans Globke als „Autor der Nürnberger Gesetze" zu seinem „Hauptassistenten" gemacht zu haben[37].

Am 3. Mai 1966 begann eine erste Pressekonferenz im Weizmann-Institut gleich mit einer Frage nach den 500-Millionen-Dollar. Eine klassische Adenauer-Antwort kam umgehend: „Aber meine Herren, dat hat doch nichts mit Physik und Biologie zu tun! In diesen heiligen Hallen wollen wir doch nicht über die dumme Politik sprechen."[38] Solche Themen standen erst bei der Begegnung mit Ministerpräsident Eshkol am Nachmittag an. Botschafter Pauls war zugegen; er berichtete über eine „Atmosphäre des Wohlwollens" und gab folgende Bemerkung des Altbundeskanzlers zu den stockenden Wirtschaftsverhandlungen wieder: „Wenn Diplomaten sich zusammensetzen, dann neigten sie dazu, sich erstmal zu zanken. Es ist schwer, wenn einer recht habe, das einzusehen. Man müßte das aber zugeben. Das tue er auch in dieser Sache, und er habe das auch entsprechend gesagt." Der Unterabteilungsleiter Böker, u. a. für den Nahen Osten im Auswärtigen Amt zuständig, merkte auf dem Drahtbericht an dieser Stelle an: „sibyllinische Äußerung!!!" Abschließend stellte Pauls jedenfalls erleichtert fest: „Waldorf Astoria-Gespräch, 500 Mio. Dollar,

---

[36] Drahtbericht Pauls, 25. 4. 1966, in: AAPD 1966, Bd. I, S. 632, Anm. 1 (Auszug).

[37] The Jerusalem Post, 2. 5. 1966; Pressedokumentation (wie Anm. 32): „To thank him for the reparations? Yet, in the Knesset, even supporters of the Reparations Agreements declared that they would never forget and never forgive the nation of murderers. Mr. Zalman Shazar, now President of Israel, said: ‚We demand reparations from the people of Hitler.' And Mrs. Golda Meir declared: ‚To me every German is guilty. [. . .] This is not a matter of good-will of Adenauer or any other man; they owe it to us, we shall sit with the representatives of Germany not in order to make peace or friendship, not in order to forgive or forget.'" Zu den im Zusammenhang mit Hans Globke erhobenen Vorwürfen vgl. Robert M. W. Kempner, Begegnungen mit Hans Globke. Berlin-Nürnberg-Bonn, in: Klaus Gotto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980: „Weder Globke noch das Innenministerium haben die Entwürfe zu den sogenannten Nürnberger Rassegesetzen gemacht. [. . .] Die Globke-Legende hat ihren Ursprung darin, daß dieser im Jahr 1935 Referent für Personenstandsfragen im Innenministerium war und damals zusammen mit seinem Vorgesetzten Stuckart einen Kommentar über die Rassengesetze verfaßt hat."

[38] Rolf Vogel, Die acht Tage Dr. Konrad Adenauers in Israel, maschinenschriftliches Manuskript, S. 4, in: Pressedokumentation (wie Anm. 32): „Es wurde noch einmal nachgehakt: Ob Dr. Adenauer denn bereit sei, zu anderer Zeit darüber zu sprechen. Die Antwort: ‚Wenn mir die Eingebung dazu kommen wird.' Sie kam nicht bei seinem Israel-Aufenthalt, und auch nicht seinem Gesprächspartner im Waldorf Astoria-Hotel, David Ben Gurion."

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

10-Jahre-Verpflichtung oder Jahresleistungen und Summen irgendwelcher Art wurden von keiner Seite auch nur erwähnt."[39]

Noch am selben Abend kam es zum Eklat. Beim Dinner im kleinen Kreise servierte der israelische Ministerpräsident ein verbales Dessert, das es in sich hatte: „Wir können nicht vergessen, und wir wollen nicht vergessen", das war der Tenor seiner Tischrede, die er auf hebräisch hielt und die den deutschen Gästen in englischer Übersetzung zum Mitlesen vorlag[40]. Schließlich fiel sogar der Satz: „Das israelische Volk wartet auf neue Zeichen und Beweise dafür, daß das deutsche Volk die schreckliche Last der Vergangenheit erkennt. Die Wiedergutmachung stellt nur eine symbolische Rückerstattung des blutigen Raubes dar. Es gibt keine Sühne für die Greuel und keinen Trost für unsere Trauer."[41] Darauf verlor der Neunzigjährige, der in den arabischen Staaten immer als „Mann des Israelvertrags" und „Freund der Juden" gegolten hatte, die Contenance. Als der Altbundeskanzler vor sich hin murmelte: „Herr Eshkol, wenn Sie das sagen, reise ich ab!"[42], begannen fieberhafte Aktivitäten des Botschafters Pauls und des anwesenden Außenministers Abba Eban. Sie wollten die israelischen Zeitungsredaktionen, denen der hebräische Redetext bereits vor Beginn des Dinners ohne Wissen der deutschen Gäste ausgehändigt worden war, veranlassen, wenigstens die peinlichsten Passagen aus der Eshkol-Rede zu entfernen und durch eine be- und gereinigte Fassung zu ersetzen[43].

Adenauer reagierte nun seinerseits mit mißverständlichen und befremdlichen Formulierungen („Die Nazi-Zeit hat ebenso viele Deutsche wie Juden getötet. [...] Wir sollten diese Zeit nun in Vergessenheit geraten lassen.")[44], um dann ein mahnendes Schlußwort zu finden: „Wenn guter Wille nicht anerkannt wird, dann kann daraus nichts Gutes werden."[45] Der Auftritt Eshkols war sowohl innenpolitisch als

---

[39] Drahtbericht Pauls, 3.5. 1966, in: AAPD 1966, Bd. I, Dok. 132, S. 578 und Anm 6.

[40] Jedioth Chadashoth, 13.5. 1966, in: Pressedokumentation (wie Anm. 32), mit dem Hinweis darauf, daß Eshkols Rede „für den ‚amtlichen' Gebrauch jedoch in einer etwas gemilderten Form zur Veröffentlichung freigegeben wurde". Vgl. dazu Anm. 43.

[41] Zit. nach Hans Ulrich Kempski, Mit schwerer Bürde durchs Gelobte Land. Altbundeskanzler Adenauer warnt vor den Gefahren einer Politik, die nichts von Sühne und Versöhnung wissen will, in: Süddeutsche Zeitung, 6.5. 1966, S. 3.

[42] Jedioth Chadashoth, 13.5. 1966, in: Pressedokumentation (wie Anm. 32).

[43] Drahtbericht Pauls, 4.5. 1966, in: PA/AA, B 36, Band 239 (I B 4), mit dem veröffentlichten Text der Tischrede (hier der entsprechende Satz zum Luxemburger Abkommen): „Sie gehören zu denen, die sich bemüht haben, die Schande der Naziperiode zu tilgen. Sie haben erkannt, daß das Wiedergutmachungsabkommen, das Sie im Namen Ihres Volkes unterzeichnet haben, keine Sühne für die Greuel und keinen Trost in unserer Trauer gibt." Adenauer antwortete demnach offiziell u.a.: „Der Nationalsozialismus hat so viele Deutsche wie Juden getötet. Ich habe kein Wort der Entschuldigung dafür. Ich habe vieles gesehen und gehört, was der Durchschnitt nicht hörte. Ich kann nur sagen, daß wir alles getan haben und jeden Beweis geliefert haben und daß wir bestrebt sind, diese Zeit der Greuel, die man nicht ungeschehen machen kann, zu überwinden. Wir sollten sie aber nun der Vergangenheit überlassen."

[44] Zit. nach Kempski, Bürde (wie Anm. 41). Vgl. ferner den reißerischen Artikel der Bild-Zeitung, 5.5. 1966, mit der Überschrift: „Adenauer in Israel: Schlußstrich unter die Vergangenheit!"

[45] Zit. nach Kempski, Bürde (wie Anm. 41).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch außenpolitisch motiviert. Zum einen sollten die israelischen Kritiker am Adenauer-Besuch und an einer zu weichen Politik gegenüber der Bundesrepublik zufriedengestellt werden, zum anderen die Wirtschaftshilfeverhandlungen in der entscheidenden Schlußphase beschleunigt werden. Da lag es nahe, den um die israelisch-deutsche Annäherung hochverdienten Gast undiplomatisch-plump zu attackieren, zumal Eshkol wußte, daß gerade Adenauer auf jegliche Instrumentalisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit empfindlich reagieren werde. „Ich war sehr erbost darüber, das war eine Beleidigung für Deutschland, und das konnte ich mir als Deutscher nicht gefallen lassen", so Adenauer später[46].

Ohne weitere Einzelheiten des Israel-Aufenthalts schildern zu können, muß natürlich kurz die zweite längere Begegnung zwischen Adenauer und Ben Gurion am 9. Mai 1966 im Kibbuz Sdeh Boker erwähnt werden. Tags zuvor war übrigens publik gemacht worden, daß laut Mitteilung von Nahum Goldmann der Staat Israel auf die umstrittene Zusage des damaligen Bundeskanzlers Adenauer aus dem Jahre 1960 verzichten werde[47]. Einander mit großem Respekt begegnend und in freundschaftlicher Verbundenheit verbrachten die beiden Männer, die sich der eigenen Sonderrolle in der Geschichte ihrer Staaten durchaus bewußt waren, einen Tag in der Wüste, verständlicherweise ohne die kontroversen Finanzfragen seit der Begegnung im Waldorf Astoria zu diskutieren. Ben Gurion umging es, „das heikle Thema in den von gemeinsamer Lebenserfahrung verklärten Gesprächen mit dem Gast überhaupt anzuschneiden."[48] Lediglich in einem am selben Tag bereits veröffentlichten Interview nahm der ehemalige Ministerpräsident auf die Frage nach den „unterschiedlichen Auslegungen" des ersten Treffens von 1960 wie folgt Stellung: „Ich habe ihn [Adenauer] bestimmt richtig verstanden, und ich glaube, daß auch er mich richtig verstanden hat. Es gab in unserem Gespräch keinerlei Mißverständnisse. Er hat verstanden, was ich wollte und was ich sagte, und ich habe verstanden, was er sagte. Es hat völliges Einverständnis zwischen uns geherrscht."[49] Nur auf diese Bemerkung rekurrierte der Altbundeskanzler aller Wahrscheinlichkeit nach vor seinem Abflug aus Tel Aviv am 10. Mai 1966, nachdem bereits eine 40-minütige und „alle Mißverständnisse endlich" beilegende Aussprache mit dem zur Verabschiedung herbeigeeilten Eshkol stattgefunden hatte. Ben Gurions Waldorf Astoria-Impressionen seien „Wort für Wort richtig"; Adenauer selbst hätte es nach eigener Aussage nicht besser ausdrücken können[50]. Wohlgemerkt hatten sich weder der ehemalige Ministerpräsi-

[46] Zit. nach Frankfurter Rundschau, 16. 5. 1966, in: Pressedokumentation (wie Anm. 32).

[47] Bonner Rundschau, 9. 5. 1966, und Neue Zürcher Zeitung, 11. 5. 1966, in: Ebenda.

[48] Der Spiegel, 16. 5. 1966, S. 40, mit dem Adenauer-Zitat: „Ich will überall verkünden, daß jedes Volk vor seinem Gewissen die Pflicht hat, einzutreten für das Leben der anderen Völker."

[49] Interview „Die Väter haben saure Trauben gegessen", in: Der Spiegel, 9. 5. 1966, S. 42.

[50] Zit. nach Der Tagesspiegel, 11. 5. 1966, in: Pressedokumentation (wie Anm. 32); Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. 5. 1966, S. 4. Vgl. ferner The Jerusalem Post Weekly, 13. 5. 1966: „‚Mr. Ben Gurion's interpretation is correct – word for word. I could not have expressed it better myself', Dr. Adenauer said about Mr. Ben Gurion's statement at Sdeh Boker [on] Monday. Mr. Ben Gurion said in connection with the 1960-meeting: ‚There was complete understanding between Adenauer

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dent noch der ehemalige Bundeskanzler bis Mitte Mai 1966 öffentlich je auf Zahlen bzw. Modalitäten der Aktion „Geschäftsfreund" festlegen lassen und sich damit an die 1961 durch Shinnar vereinbarte Vertraulichkeit gehalten.

Variationsbreiten bei der Gesprächsüberlieferung

Mit dem Wirtschaftshilfeabkommen vom 12. Mai 1966 zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel – genau ein Jahr nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen – über ein Kapitalhilfevolumen von 160 Millionen DM an Israel[51] fand die politische Kontroverse über das Adenauer-Ben Gurion-Treffen vom März 1960 einen Schlußpunkt, weil die Finanzhilfe auf eine neue, nun offizielle und vertraglich abgesicherte Plattform gestellt wurde. Für Botschafter Pauls stand anläßlich der Vertragsunterzeichnung fest: „Die Koinzidenz des Adenauer-Besuchs und des Abschlusses der Wirtschaftshilfe-Verhandlungen markiert einen Abschnitt in den Beziehungen. Die Eingangsphase der diplomatischen Beziehungen, die durch Rekogniszierung der wechselseitigen Positionen und Handlungsmöglichkeiten gekennzeichnet waren, ist abgeschlossen. Vor allem mit dem Abschluß der Wirtschaftshilfe-Verhandlungen sind Weichen gestellt und die Dinge nun auf ihrem Weg, d. h. die eigentliche Normalisierung beginnt jetzt."[52]

Von einer solchen Normalisierung im diplomatischen Tagesgeschäft konnte nun tatsächlich gesprochen werden, weil der im Jahr 1960 eingeschlagene Weg der „Politik der Heimlichkeiten"[53] endlich verlassen worden war. Trotzdem sollte die historisch-publizistische Diskussion um Inhalt und Folgen der längst schon legendär gewordenen Begegnung im Waldorf Astoria weitergehen. Dabei spielten zunehmend auch Hinweise auf die Quellenüberlieferung eine Rolle. Felix von Eckhardt, 1960 noch Regierungssprecher und zwischenzeitlich Bundestagsabgeordneter, war wahrscheinlich der erste, der am 10. April 1966 in der Presse behauptete, daß die über das New Yorker Gespräch von deutscher und israelischer Seite gefertigten Protokolle „inhaltlich identisch" und miteinander verglichen worden seien. Ben Gurion habe

---

and myself about German aid for Israel. I understood Adenauer and he understood me; we both knew what we meant." Hiergegen Ari Rath, ehemaliger Chefredakteur und Herausgeber der Jerusalem Post, „New York 1960 – ein wichtiger Schritt zum 12. Mai 1965", in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Israel und die Bundesrepublik Deutschland. 30 Jahre diplomatische Beziehungen, Bonn/Berlin 1996, S. 87 (über den Adenauer-Besuch im Mai 1966): „Ich hatte ein langes Interview mit Adenauer. Hierbei erklärte er nachdrücklich, daß Ben Gurion vollkommen recht gehabt habe mit seiner Behauptung, daß 500 Millionen Dollar gemeint gewesen waren. Er habe zugestimmt, und das war ihre Vereinbarung."

[51] Wirtschaftshilfeabkommen vom 12. 5. 1966, in: Vogel, Dialog, S. 317–319.

[52] Drahtbericht Pauls, 12. 5. 1966, in: AAPD, 1966, Bd. I, Dok. 148, S. 633.

[53] So der Terminus von Inge Deutschkron, Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel – eine Bilanz, in: Ralph Giordano (Hrsg.), Deutschland und Israel. Solidarität in der Bewährung. Bilanz und Perspektiven der deutsch-israelischen Beziehungen, Gerlingen 1992, S. 61.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine deutsche finanzielle Hilfe nach Auslaufen des Luxemburger Abkommens von 1952 erwähnt und eine Globalsumme von 500 Millionen Dollar genannt. Damit bestätigte der ehemalige Staatssekretär die von israelischen Politikern und Diplomaten stets angegebene Summe. Gleichzeitig wies er die These von einem im Waldorf Astoria geschlossenen Abkommen zurück: Adenauers Reaktion („Herr Ministerpräsident, wir werden Ihnen helfen.") sei nämlich die „einzige Äußerung aus seinem Munde, die als eine Art praktisches Engagement interpretiert werden könnte"[54].

Ob Eckhardt die Protokolle persönlich verglichen hat, ist dem mit ihm geführten Interview nicht zu entnehmen. Adenauer jedenfalls berief sich nach seiner Rückkehr aus Israel in dieser Angelegenheit auf Dritte. Von „Spiegel"-Reporter Hermann Schreiber befragt, ob er „von Eshkol oder auch von Ben Gurion auf das angebliche Kredit-Versprechen vom ‚Waldorf Astoria' noch einmal angesprochen" worden sei, verneinte der Altbundeskanzler: „Während der ganzen Zeit nicht. Man hat mir gesagt, daß die Stenogramme beider Seiten über meine damalige Unterredung mit Ben Gurion vollkommen übereinstimmten."[55] Natürlich konnte eine solche, manchen Interpretationsspielraum belassende Aussage aus israelischer Perspektive als Zustimmung aufgefaßt werden – übrigens nicht zuletzt deshalb, weil sie kein deutsches Dementi der israelischen Zahlen mehr enthielt.

Für eine genaue inhaltliche Entsprechung der beiden Gesprächsüberlieferungen – insbesondere hinsichtlich der israelischen These von der Zusage über 500 Millionen Dollar auf 10 Jahre – ließen sich in den Memoiren Adenauers keine Anhaltspunkte finden. Die vom Altbundeskanzler selbst beabsichtigte, dann erst posthum 1968 erschienene Teilveröffentlichung der deutschen Gesprächsaufzeichnung („bereinigt um jene Teile, in denen Waffenlieferungen zur Sprache kommen oder eine Einschätzung von Drittländern vorgenommen wird")[56] paraphrasierte Ben Gurions Wunsch nach einer Anleihe, „wobei an einen Zeitraum von 10–20 Jahren und an einen jährlichen Betrag von 40–50 Millionen US-Dollar gedacht sei"[57]. Mithin bestätigte

[54] Drahtbericht Pauls, 12.4.1966, in: AAPD 1966, Bd. I, S. 529, Anm. 7 (Auszug).

[55] Interview „Und das Heimweh der Leute nach Deutschland", in: Der Spiegel, 16.5.1966, S. 41.

[56] Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 542.

[57] Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968, S. 36 f. (über Ben Gurion): „Was Hitler getan habe, sei, historisch gesehen, daß er den israelischen Staat, der immer im Herzen und in der Seele der Juden gelebt habe und damit auch ihr geistiges Erbe sei, fast zerschlagen habe. Das jüdische Volk sei aber nicht bereit, sich unter diesem Schicksalsschlag zu beugen. Für das Leben von 6 Millionen Juden könne keine Wiedergutmachung geleistet werden. Es könne aber etwas getan werden, um den furchtbaren Schaden, der dadurch angerichtet worden sei, zu mildern. Er wolle mir einen Vorschlag unterbreiten, der nicht als Forderung gedacht sei und den ich ohne weiteres zurückweisen könne. Ich sei weder formell noch informell verpflichtet, diesem Vorschlag zuzustimmen, doch, wenn er ganz freimütig sprechen dürfe, wolle er sagen, ich solle diesen Vorschlag akzeptieren. Er wolle nicht, daß die Bundesrepublik Israel Geld gebe. Er wolle vielmehr, daß die Bundesrepublik sich an der Entwicklung und Erschließung Israels beteilige, insbesondere auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet und in der Schiffahrt. Auf diese Weise könne man in Israel Arbeitsplätze für 1 Million Juden schaffen. Falls sich die Bundesrepublik nicht unmittelbar an dieser Entwicklung beteiligen wolle, bestünde noch die Möglichkeit einer Anleihe,

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer die vom Staatssekretär Lahr im Frühjahr 1966 mit Hinweis auf die deutsche Dolmetscheraufzeichnung vorgebrachten Angaben. Auch seine eigene Erwiderung auf Ben Gurions Bemerkungen erfaßte in den „Erinnerungen" genau das, was vom Auswärtigen Amt mehrfach als „Absichtserklärung", „grundsätzliches Einverständnis" und „Erklärung des Regierungschefs, daß es Ziel seiner Politik sein werde, in dem besprochenen Umfang eine Hilfestellung zu geben", charakterisiert worden war[58]. „Mit einer exakten Antwort konnte ich auf diese Frage nicht eingehen. Ich mußte meine Antwort vage halten, aber ich war bereit, alles nur Mögliche zu tun, um Israel zu helfen."[59]

Adenauers Erinnerung steht mindestens an einer Stelle im Widerspruch zur Darstellung der langjährigen Korrespondentin der israelischen Zeitung „Maariv" in Bonn, Inge Deutschkron, in dem Buch „Israel und die Deutschen". Sie beruft sich lediglich auf ein Interview mit David Ben Gurion vom 7. August 1968, das die Journalistin offensichtlich in die Lage versetzte, wörtlich aus einer Aufzeichnung über die Unterredung in New York im März 1960 zu zitieren. Zur umstrittenen Höhe der Kreditleistungen wählt sie folgenden Satz des Ministerpräsidenten aus: „Sie können direkt in solchen Projekten investieren oder uns eine Anleihe von 50 Millionen Dollar jährlich für eine Dauer von 10 Jahren geben." Darauf der Bundeskanzler: „Wir werden Ihnen aus moralischen und aus Gründen der politischen Logik helfen." Und weiter: „Ich kann Ihnen schon jetzt sagen, daß wir Ihnen helfen werden. Wir werden Sie nicht im Stich lassen." Sogar von den U-Boot- und Raketenwünschen, die zur Aktion „Frank/Kol" führten, berichtet Deutschkron mit weiteren Originalzitaten[60].

Inge Deutschkron bestätigte damit die Höhe der Finanzhilfe gemäß der israelischen Gesprächsauslegung. Allerdings läßt ihre wörtliche Wiedergabe der Antwort Adenauers gleichzeitig lediglich die unspezifische Absicht des Bundeskanzlers und die Unverbindlichkeit der Größenordnung der Hilfe erkennen. Ein konkretes „Adenauer/Ben Gurion-Abkommen" wird daraus jedenfalls von Deutschkron nicht abgeleitet. Allerdings findet sich im Rückblick des 1960 zur israelischen Delegation gehörenden (späteren Staatspräsidenten) Yitzhak Navon eine deutliche Bestätigung für Levi Eshkols Interpretation eines mündlich vereinbarten Abkommens in New York. Navon sagte 1981 auf Befragung durch Rolf Vogel: „Nach dem Treffen fanden

---

wobei an einen Zeitraum von 10–20 Jahren und an einen jährlichen Betrag von 40–50 Millionen US-Dollar gedacht sei. Auf diese Weise wäre es leichter, die außerordentlich schwierigen Aufgaben, die seinem Volk von der Geschichte, dem Schicksal und von Gott gestellt worden seien, zu lösen. Mit einer exakten Antwort konnte ich auf diese Frage nicht eingehen. Ich mußte meine Antwort vage halten, aber ich war bereit, alles nur Mögliche zu tun, um Israel zu helfen. Wir würden Ihnen helfen, erklärte ich, ohne präzise Angaben zu machen. Dies werde nicht nur aus einer inneren Verpflichtung heraus geschehen, sondern auch aus politischer Klugheit."

[58] Aufzeichnung Lahr, 8.10.63, in: AAPD 1963, Bd. III, Dok. 382, S. 1304: „Im übrigen besteht über den Gesprächsinhalt keine beiderseits anerkannte Darstellung. Auch die einseitige Darstellung der Gegenseite enthält erhebliche Lücken."

[59] Adenauer, Erinnerungen, S. 36.

[60] Zit. nach Inge Deutschkron, Israel und die Deutschen. Das besondere Verhältnis, Köln 1983, S. 112f. und 434, Anm. 1 und 2.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wir uns wieder im Aufzug zusammen und er sagte: ‚Wissen Sie, ich habe um 500 Mio. Dollar gebeten und Adenauer sagte sofort Ja.' Ich sagte zu Ben Gurion: ‚Ich habe es Ihnen doch gesagt, Sie hätten sogar 1 Milliarde Dollar verlangen können.'"[61]

Jetzt kann manche Meinungsverschiedenheit über den Waldorf Astoria-Gipfel an den schriftlichen Überlieferungen überprüft werden. Yeshayahu A. Jelinek hat das israelische Dolmetscherprotokoll über das Gespräch in New York im Rahmen seiner Forschungen zu den israelisch-deutschen Beziehungen nicht nur ohne Einschränkung auswerten dürfen, sondern mit biographischen Kurznachweisen versehen den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte zur Publikation angeboten. Um den reizvollen Vergleich mit der bisher ebenfalls der zeitgeschichtlichen Forschung nicht zur Verfügung stehenden deutschen Gegenüberlieferung zu ermöglichen, wird auch das erst 1992 im Rahmen der Vorarbeiten für die vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amts herausgegebene Edition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland" deklassifizierte Dokument gleichzeitig und vollständig abgedruckt werden.

Bei der israelischen Überlieferung aus dem Staatsarchiv in Jerusalem[62] handelt es sich um ein von Arie Manor verfaßtes Dolmetscherprotokoll, das in englischer Sprache wörtliche Rede und Gegenrede erfaßt. Dadurch finden dort auch kurze Einwürfe, die vom Dolmetscher übersetzt wurden, ihren Niederschlag, so daß die ganze Spontaneität der zweistündigen Unterredung erfahrbar wird: beispielsweise die Zwischenfrage Adenauers an Ben Gurion, ob drei oder vier Mikrophone im Besprechungsraum versteckt seien, dann Adenauers Einschätzung, daß Eisenhower über „nicht genügend Ellbogen" verfüge und Nehru ein „Schauspieler" sei. Demgegenüber besteht die deutsche Überlieferung aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn[63] in einer von Chefdolmetscher Heinz Weber[64] verfaßten Gesprächsaufzeichnung in indirekter Rede, in der er den Verlauf der Unterredung anhand der sogenannten Dolmetscher-Blöckchen nachträglich am 31. März 1960 festhielt. Erstaunlich ist, welche weitgehende inhaltliche Übereinstimmung bei den vollkommen

[61] Zit. nach Vogel, Dialog, S. 155. Vgl. auch Gesandter Herzog an Generalsekretär im israelischen Außenministerium Yachil, 30. 3. 1960, in: Israelisches Staatsarchiv, Jerusalem, Files Chetz 3294/4 (Übersetzung von David Ejchenrand): „Bezüglich Deutschland muß ich sagen, daß ich dem Bericht zum Gespräch entnehmen konnte, daß sich Adenauer zwar zu etwas Substantiellem verpflichtete, rein formal jedoch nicht unbedingt zu der Summe, die vom Premierminister genannt wurde. Kein Zweifel, einige Leute in seiner Umgebung können sich mit dieser Angelegenheit nicht anfreunden. Dies war in den Verhandlungen über die öffentliche Erklärung spürbar. Brentano gab uns bei jeder Gelegenheit zu verstehen, daß ohne Beschluß der Bonner Regierung nicht auf eine Verpflichtung wirtschaftlicher Art eingegangen werden könne."

[62] Israelisches Staatsarchiv, Files Chetz 3294/4.

[63] PA/AA, B 150, Aktenkopien 1960, Aktenzeichen: MB 399/60 geheim (Abdruck freundlicherweise durch den Leiter des Politischen Archivs und Historischen Referats des Auswärtigen Amts, Dr. Hans Jochen Pretsch, ermöglicht).

[64] Der langjährige Chefdolmetscher des Auswärtigen Amts, Heinz Weber, schilderte mir am 25. 7. 1996 seine Eindrücke über das New Yorker Gespräch. Botschafter a. D. Rolf F. Pauls sprach am 29. 1. 1997 mit mir über den Adenauer-Besuch in Israel.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unabhängig voneinander entstandenen und nun erstmals gegenübergestellten Dokumenten festgestellt werden kann; dies zeugt von der hohen Professionalität der beiden Dolmetscher. Daneben ergänzen sich die beiden ausführlichen Aufzeichnungen in idealer Weise, so daß das in New York hinter verschlossenen Türen Gesagte und in der Nachwirkung Bedeutende nun erschöpfend rekonstruiert werden kann.

Ohne die einzelnen Themen der Begegnung vorab referieren zu wollen, besteht durch den Vergleich der parallelen Überlieferungen nicht zuletzt die Chance, die Ursprünge der Aktion „Geschäftsfreund" und der Aktion „Frank/Kol" zu erhellen. Beide Aufzeichnungen bestätigen in aller Deutlichkeit, daß Adenauer nur Hilfe ankündigte, wobei er sich mit Ben Gurion wohl darin einig war, daß den Experten die Ausarbeitung der Details obliegen sollte. Allerdings besteht ein gravierender Unterschied in der Überlieferung. Nur Arie Manor hielt die bei Inge Deutschkron in Übersetzung nachzulesende Äußerung Ben Gurions über „each year fifty million dollars for a period of ten years" fest, die nach israelischer Auffassung eine feste Zusage beinhaltete. Unerwähnt blieb aber bisher bei israelischen Interpretationen stets, daß Ben Gurion noch vor einer Reaktion Adenauers selbst gewisse Einschränkungen machte: „You cannot undo what Hitler did, but you can help giving us the means to rebuild Israel. Either you participate or you lend us every year for ten years forty to fifty million dollars" (also insgesamt 400 bis 500 Millionen Dollar). Dieser Angabe entspricht die von Weber festgehaltene Bemerkung über die Höhe der Annuitäten, aber nicht hinsichtlich der Zeitspanne: „Möglichkeit einer Anleihe, wobei an einen Zeitraum von 10–20 Jahren und einen jährlichen Betrag von 40–50 Millionen US-Dollar gedacht sei" (somit minimal 400 Millionen, maximal 1 Milliarde Dollar). Präziser war diesbezüglich allerdings die eingangs bereits zitierte Angabe aus dem Abs-Brief vom 29. Juli 1960: „etwa $ 40–50 Millionen jährlich [...] über eine Frist von 10 Jahren"[65]. Immerhin konnte sich damit nach dem New Yorker Gipfel jede Verhandlungsseite bei einer Auswertung der anscheinend unter strengem Verschluß gehaltenen Gesprächsaufzeichnungen stets auf eine Zahlenangabe berufen, die der anderen Seite nicht passend oder unpräzise oder gar falsch erscheinen mußte.

Schon wegen der späteren, sich als schwierig erweisenden Geheimverhandlungen nach der Zusammenkunft am Hudson ist es verständlich, daß sich die israelischen Diplomaten nur auf die erste konkrete Zahl in ihrem Protokoll stützten und die zweite, vagere und ungünstigere verschwiegen. Andererseits wurde vom Auswärtigen Amt gerade in der – Gesamtgrößenordnungen und Zeitvorstellungen außer acht lassenden – bloßen Willensbekundung Adenauers nun Verhandlungsspielraum für eine ungewöhnliche Finanz- und Militärhilfe erblickt, die die eigentlichen Kompetenzen des Bundeskanzlers weit überschritt und als eine unkonventionelle Anpassung der 1951/52 übernommenen Verpflichtungen gegenüber Israel an die Ende der fünfziger Jahre gewonnene Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der Bundesrepublik angesehen werden darf, mithin als eine Aktualisierung einer acht Jahre zuvor gemachten Hilfszusage.

[65] Zum Abs-Schreiben vgl. Anm. 5.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gerade die im Waldorf Astoria aufgetretenen Probleme, die Begleiter Adenauers davon zu überzeugen, daß der Bundeskanzler am 14. März 1960 in der Öffentlichkeit „auch etwas über die fortzusetzende Hilfe nach Erfüllung des Wiedergutmachungs-Abkommen sagen sollte", muß die israelischen Politiker und Diplomaten dazu veranlaßt haben, die Absichtserklärung des deutschen Regierungschefs in eine feste Zusage mit präzisen Zahlen zu gießen und dies später sogar als „Abkommen Adenauer/Ben Gurion" hinzustellen. Insbesondere war wohl Außenminister von Brentano gegen eine offizielle Verlautbarung des Kanzlers über Hilfe bzw. Unterstützung der Bundesrepublik an Israel, während der israelische Gesandte in Washington, Herzog, darauf bestand. Schließlich gingen Herzog und der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Bach, in den Konferenzraum, um dem noch im Gedankenaustausch mit Ben Gurion vertieften Adenauer die gegensätzlichen Standpunkte vorzutragen. „Der Bundeskanzler sagte sofort und ohne einen Augenblick zu zögern: ‚Schreiben Sie, was die Israelis vorschlagen. Wir haben uns schon geeinigt.'" Umgehend machten sich die Delegationen an die Arbeit: „Sobald die Frage des Wortlauts der Kanzlererklärung entschieden war, wurde die Stimmung gelöster."[66] Somit entsprach die von Adenauer vor der Presse verlesene Formulierung von der „Hilfe für Israel", die „auch in Zukunft Früchte tragen" werde, den israelischen Erwartungen.

Yitzhak Navon trat eigenen Aussagen zufolge noch in New York energisch dafür ein, die Kreditsumme öffentlich bekanntzugeben, um Adenauer „festzunageln". Jedoch sprachen sich andere aus dem Umkreis Ben Gurions dagegen aus. Dennoch gab es im März 1960 erste Pressemeldungen mit Zahlenangaben, die während des Japan-Aufenthaltes von Adenauer durch einen seiner Begleiter dementiert wurden[67].

---

[66] Ari Rath, Die historischen Begegnungen der beiden großen Staatsmänner Konrad Adenauer und David Ben Gurion – New York, März 1960, und Israel, Mai 1966, in: Shmuel Bahagon (Hrsg.), Recht und Wahrheit bringen Frieden. Festschrift aus Israel für Niels Hansen, Gerlingen 1994, S. 217f. Vgl. dazu auch Gesandter Herzog an Generalsekretär im israelischen Außenministerium Yachil, 18.3. 1960, in: Israelisches Staatsarchiv, Files Chetz 3294/4 (Übersetzung von David Ejchenrand), über ein Gespräch mit dem Leiter des Pressereferats im Auswärtigen Amt, von Hase: „Brentano habe angeordnet, daß dem Wort ‚support' nicht zuzustimmen sei, da darin eine Verpflichtung zur Wirtschaftshilfe impliziert sei oder jedenfalls als solche verstanden werde. Es kam zur Diskussion, wobei wir auf dem Wort ‚support' beharrten: Da ja diplomatische Beziehungen nicht auf der Tagesordnung standen – sie baten uns eine Pressemitteilung in diesem Sinn zu machen –, sei das Wort ‚support' nötig um deutlich zu machen, daß Deutschland trotz fehlender Übereinstimmung in der Frage der diplomatischen Beziehungen bei ihrer Unterstützung für Israel bleibe. Von Hase kehrte darauf zu Brentano zurück, kam nach 10 Minuten wieder und berichtete uns, Brentano könne dem Wort ‚support' nicht zustimmen, da es eine Verpflichtung zur Wirtschaftshilfe bedeuten würde und für eine solche Verpflichtung bedürfe es der Zustimmung der Regierung in Bonn. Ich entgegnete Bach, der Premier habe uns nur zu stilistischen, nicht jedoch zu wesentlichen inhaltlichen Änderungen bevollmächtigt, und schlug ihm deshalb vor, am Ende des Gesprächs zwischen dem Premier und Adenauer zu ihnen ins Zimmer zu treten und ihm die Entscheidung zur Frage der Adenauer-Erklärung zu überlassen."

[67] Vogel, Dialog, S. 156. Vgl. dazu Yachil an Shinnar, 29.3. 1960, in: Israelisches Staatsarchiv, Files

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alle Auseinandersetzungen um Inhalt und Folgen des Gesprächs vom 14. März 1960 fanden nie zwischen Adenauer und Ben Gurion statt, sondern stets auf der Experten- und Arbeitsebene. Verständlicherweise, denn dort waren die Willensbekundungen zweier Staatsmänner aus einer historisch hochbedeutsamen Begegnung, auf der nach dem Holocaust der israelische Ministerpräsident dem deutschen Bundeskanzler die Hand zur Versöhnung reichte, in Summen, Sachen und Fristen umzuwandeln. Das war nicht leicht, zumal die jeweils zugänglichen amtlichen Quellen nicht eindeutig waren und die beiden Hauptakteure sich nicht in die Niederungen von Verhandlungsdetails begaben. So entwickelten sich seit 1961 Zusatzverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Staat Israel, die natürlich keinen schriftlichen Vertrag darstellten, aber durch die besonderen Umstände des Ursprungs und der zur Routine werdenden Durchführung mehr und mehr den Charakter und die Bindekraft eines mündlichen Abkommens bekamen. Dies alles spielte schließlich für den „Patriarchen von Sdeh Boker" und für den „Patriarchen von Rhöndorf"[68] eine eher untergeordnete Rolle. Denn über Finanz- und Militärhilfe für den einen, Geschichts-Entlastung[69] und Alleinvertretungs-Konzilianz[70] für den anderen hinaus kam es David Ben Gurion und Konrad Adenauer in New York vor allem darauf an, ein Zeichen für die Zukunft ihrer beiden Völker zu setzen.

Chetz 3294/4 (Übersetzung von David Ejchenrand): „Wir waren hier wie Sie über das absichtliche Durchsickernlassen von Informationen zur deutschen Finanzhilfe schockiert. Ich habe Yitzhak Navon telegraphiert, aber es war natürlich zu spät. Ben Gurion bereut persönlich sehr, daß er sein Einverständnis zu dieser Aktion gegeben hatte, und erklärt es damit, daß er zum Zeitpunkt, als ihm der Vorschlag unterbreitet wurde, gerade die Gespräche in London abgeschlossen hatte und völlig erschöpft war."

[68] Schwarz, Adenauer, S. 541.

[69] Michael Wolffsohn, Der schwierige Anfang nach der „Endlösung", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/95, 13. 4. 1995, S. 11: „Die Entlastung durch Israel war letztlich der Gewinn aus der geschichtspolitischen Investition Adenauers. Und die ganze pragmatische damals wie heute gültige Lehre: Die Sühne für das Gestern ist keineswegs nur Belastung, sie kann durchaus auch Entlastung im Heute bringen."

[70] Sowohl die israelische als auch die deutsche Gesprächsüberlieferung bestätigen übrigens, was Adenauer bereits am 20. 5. 1960 in einem Informationsgespräch mit William Frankel feststellte: „In dem Gespräch mit Ben Gurion, das sehr gut verlief, ist die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen überhaupt nicht angeschnitten worden. Sie sehen daraus, daß dieser Frage doch in der Öffentlichkeit manchmal ein größeres Gewicht beigemessen wird, als sie es verdient." Aus einer weiteren Bemerkung Adenauers wird dann deutlich, daß er im März 1960 den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik nicht durch Reaktionen einzelner arabischer Staaten zugunsten Ost-Berlins ins Wanken bringen lassen wollte, zumal er sich seit der Genfer Außenministerkonferenz vom Sommer 1959 deutschlandpolitisch in der Defensive und erst durch das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960 vom Trauma eines amerikanisch-sowjetischen Arrangements auf Kosten Deutschlands befreit fühlte: „[. . .] daß man in so furchtbar unruhigen außenpolitischen Zeiten – das war gerade vor der Gipfelkonferenz, jetzt ist es ja auch noch nicht ruhig – alles vermeiden sollte, auch in der Presse Israels, was nun im Vorderen Orient auf einmal wieder Unruhe verbreitet unter den Arabern." Vgl. Konrad Adenauer, Teegespräche 1959–1961, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1988, S. 269.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

Meeting between David Ben-Gurion and Chancellor Adenauer on March 14, 1960 Waldorf Astoria Hotel

After mutual greetings, the question of language was discussed. Adenauer said that he wanted to talk German because in his own language, he can express nuances best. Upon Ben-Gurion's question whether he does not understand other languages, he said he does understand if he wants to.

Adenauer: I want to say right in the beginning that I followed always exactly and with greatest personal interest the reconstruction of Israel and want to express my deep admiration for the courage, the power, and the perseverance of Israel. I will continue to follow Israel's development. I have heard a lot about Israel from Dr. Goldmann[1]. I also understand that there are certain differences of opinion between Ben-Gurion and Goldmann. I am also very fond of Israel's Ambassador Shinnar[2] in Bonn.

Ben-Gurion: I sincerely appreciate your interest, but I want to say how much I value what you did to establish a democratic regime in Germany and what you did to resume relations with other nations. Also what you did towards the Jews. We know and appreciate, even your opponents say, what you have done you did out of your conscience. This fact, why and how it was done, we appreciate even more than what was done. I consider the moral aspect more important than the material. I am certain that the German people will follow you in this line.

The real historical damage that was done by the slaughter of six million innocent people, amongst them one million babies, was something that never happened in history. I am saying this not because my own niece and two babies were burned by the Nazis, it is the same what happened to me, happened to others. The Jewish people received a deadly blow from the Nazi regime. Those of our people who had vision, knowledge, ability, idealism, readiness for self-sacrifice, and material means, that was European Jewry, they were destroyed. I say this because you can divide Jewry into three parts, the European Jews, the American Jews, and the Jews of the Moslem countries. The American Jews consider themselves Americans, a thing which is easy because America is a country of immigrants. The Jews in the Moslem countries lived in countries that were illiterate, backward, and they assimilated themselves with the people amongst whom they lived.

European Jews never considered themselves as part of the country they lived in. I was born and grew up in Russia but I never considered myself a Russian. A Jew in Bulgaria never considered himself Bulgarian and so on. The European Jewry were the fundament of the Zionist movement. They created modern Hebrew, they created the new Hebrew culture, they created the movement that was first called the "love of Zion" and afterwards developed into Zionism. They were the first pioneers in Palestine. They established Jewish agriculture in Palestine. Their ideals were to establish not only a Jewish home, but

---

[1] Nahum Goldmann, Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses und der Jüdischen Agentur für Palästina.

[2] Felix E. Shinnar, Leiter der Israel-Mission in Köln.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 2

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Ben Gurion in New York

Der Herr Bundeskanzler empfing am 14. März 1960 um 9.30 Uhr im Waldorf Astoria Hotel in New York den israelischen Ministerpräsidenten, Herrn Ben Gurion, zu einer Unterredung.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte zunächst, er habe den Wiederaufbau Israels immer genau und mit großer innerer Anteilnahme verfolgt. Er müsse seiner großen Bewunderung Ausdruck geben für das, was dort geleistet worden sei, sowie für den Mut, die Stärke und die Zielstrebigkeit. Aus dieser inneren Anteilnahme heraus verfolge er das Schicksal Israels auch weiter mit großer Aufmerksamkeit. Durch Herrn Goldmann sei er etwas genauer über dies und jenes unterrichtet, doch wisse er auch, daß der Herr Ministerpräsident und Herr Goldmann nicht in allem übereinstimmten. Er wolle auch ein Wort der Anerkennung sagen für Herrn Shinnar, der ein ausgezeichneter Vertreter Israels und ein sehr guter und charaktervoller Mann sei.

Der israelische *Ministerpräsident* sprach sodann dem Herrn Bundeskanzler seine Anerkennung für die von ihm beim Wiederaufbau Deutschlands geleistete Arbeit aus. Der Herr Bundeskanzler sei es gewesen, der in Deutschland wieder eine demokratische Ordnung errichtet und den Willen zur Zusammenarbeit mit anderen Völkern gefördert habe. Er sei es auch gewesen, der versucht habe, die schrecklichen Dinge wiedergutzumachen, die dem jüdischen Volk durch das deutsche Volk angetan worden seien.

Er selbst sei verschiedentlich mit Deutschen zusammengetroffen, die allerdings politische Gegner des Herrn Bundeskanzlers seien und mit seiner Politik nicht übereinstimmten. Doch hätten alle übereinstimmend gesagt, seine Haltung gegenüber den Juden sei von seinem Gewissen bestimmt. Er (Ben Gurion) schätze eine solche Einstellung noch höher ein als die rein materiellen Leistungen. Die Anerkennung einer moralischen Verantwortung des deutschen Volkes sei für ihn wichtiger als die rein materiellen Aspekte. Welchen Weg Deutschland auch gehen werde, er sei sicher, daß der Weg, auf dem Deutschland vom Herrn Bundeskanzler geführt werde, der richtige sei.

Der israelische Ministerpräsident sprach sodann von dem historischen Schaden, der dem jüdischen Volk durch das nationalsozialistische Deutschland zugefügt worden sei. Sechs Millionen unschuldiger Menschen, darunter eine Million kleiner Kinder, seien umgebracht worden. Etwas Ähnliches habe sich nie zuvor in der Geschichte zugetragen. Historisch gesehen sei dadurch den jahrhundertealten Bemühungen des jüdischen Volkes, einen jüdischen Staat zu schaffen, ein tödlicher Schlag versetzt worden. Denn die Juden, die den Weitblick, die Fähigkeit, den Idealismus, das Wissen, die materiellen Mittel und auch die Opferbereitschaft gehabt hätten, die zur Schaffung dieses Staates erforderlich gewesen seien, seien vor allem die europäischen Juden gewesen.

Das jüdische Volk bestehe aus drei Gruppen: den europäischen Juden, den amerikanischen Juden und den Juden, die aus mohammedanischen Ländern kämen. Die amerikanischen Juden betrachteten sich in erster Linie als Amerikaner. Die dritte Gruppe von Juden käme aus Ländern, die in ihrer Entwicklung noch weit zurück und sehr primitiv seien. Die europäischen Juden, vor allem in Osteuropa, hätten sich nie als Angehörige ihres je-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

also a better society for all humanity. One of them was Dr. Theodore Herzl[3], who was born in Hungaria and grew up in Vienna. He had the same ideals. He was an assimilated Jew, but he witnessed the Dreyfus case[4] and his human pride drove him to inquire into the matter and aroused his interest in the fate of the Jewish people. He was a great man.

Adenauer: From the beginning, I took great part in the Zionist movement. The fate of the Jews is somewhat similar to us. We also suffered the loss of a whole layer in German society. We also are missing the personalities that were lost with that layer.

Ben-Gurion: I don't think you can compare the two things, [we] lost entire groups, millions of people, not just personalities. You can't compare the tragedy that happened to us with anything else. Potentially, in our hearts for thousands of years, there existed the Jewish State. This Jewish State existed in the hearts of millions of Jews in Europe. That Hitler has destroyed. Twelve years ago, the Jewish State was established. First we took in 300 000 European Jews from the D.[isplaced] P.[ersons] Camps. After that most oft the immigration came from Asian and African countries. While they also had the Messianic vision of return to Zion, they personally did not have the idealism, the skill, and the vision necessary to build Israel. Among Arabs, manual labor is held in contempt. For us in Israel, labor is the highest of our ideals. Many of us left homes, education, degrees, and wealth in order to go and pioneer. I did so myself and so did many of my friends. I even went again, some years ago, to the desert to pioneer because I felt that I wanted to know again what the desert was like.

We now are cut off from this source of human material. If we had now in Israel four to five million Jews, no question of safety would exist. We would not be a rich country because the country is not rich and, by the way, in the Law of God, when he showed Moses the way to the Promised Land, he did not bring him into a very rich country. We would not be rich, but our work and our lives would be safe. Now, this has been made terribly difficult. We will need two to three generations to really integrate Jews from Asia and Africa, to get them to pioneer as European Jews did. We have a spiritual urge to bring back the Jews to the land. This is most difficult with Iraquis and Moroccans. Work in factories is easier for them. We have Kibbutzim, and know the communal settlements where everybody is equal, men and woman, where nobody has personal properties. The whole arrangement is voluntary. Everybody gets the same, everybody has equal rights regardless of how long he has been there.

(*Adenauer* asks that you have to be first accepted as a member?)

(*Ben-Gurion* replies yes, for half a year you are a candidate as I was in Sdeh Boker).

The Iraquis do not go there, to the Kibbutzim. They are unable to live there. We have the problem to make them productive, for them to realize what they have to do in Israel.

Also, the land in Israel is not too good. It is not one of the richest countries from a material point of view. Sixty percent of the land is desert. America has greater deserts, but they can afford it because they have so much good land, wonderful land. We cannot afford it. We have no intention for territorial expansion, but we want the country to grow economically by the maximum utilization of all its possibilities.

Adenauer questions: What is the birthrate in Israel?

Ben-Gurion: Amongst Oriental Jews, about 8 per family, European Jews, about 2, average about 4.

---

[3] Theodor Herzl, Gründer der zionistischen Bewegung.

[4] Alfred Dreyfus, Opfer der sogenannten Dreyfus-Affäre (1894–1906), eines antisemitischen Skandals in Frankreich.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiligen Gastlandes betrachtet. Er selbst sei in Rußland geboren, doch habe er sich nie als Russe gefühlt. In dieser Gruppe seien die Bemühungen um die Schaffung einer hebräischen Literatur am lebendigsten gewesen, in ihr habe auch die zionistische Bewegung ihren Ursprung genommen, aus ihr stammten die ersten Pioniere, die versucht hätten, in Palästina Landwirtschaft zu treiben. Das Ideal dieser Gruppe sei es gewesen, nicht nur einen israelischen Staat zu gründen, sondern dort auch eine Gesellschaft zu schaffen, die für die ganze Menschheit als Vorbild dienen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe von Anfang an die Bestrebungen der zionistischen Bewegung mit aufmerksamer Anteilnahme verfolgt. Er wies ferner darauf hin, daß durch das Ausfallen dieser Schicht von Juden und durch das Ausfallen einer ähnlichen Schicht Menschen in Deutschland zwischen dem Schicksal der Juden und der deutschen Entwicklung in mancher Beziehung Parallelen bestünden. Auch in Deutschland seien gewisse gute Persönlichkeiten einer bestimmten Lebensperiode ausgefallen, und daher habe er soviel Verständnis für das, was der Herr Ministerpräsident gesagt habe.

Der israelische *Ministerpräsident* betonte, daß es sich in den beiden Fällen um etwas ganz anderes handele. Im einen Falle sei es eine Zahl wichtiger und guter Persönlichkeiten gewesen, im Falle Israels handele es sich aber um eine ganze Gruppe, um Millionen Angehöriger eines Volkes, die für die weitere Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung gewesen wären. Was dem jüdischen Volk zugestoßen sei, sei tragischer gewesen als das, was das deutsche Volk betroffen habe.

Als der Staat Israel geschaffen worden sei, habe man ihn allen Juden geöffnet und zunächst die 300000 Menschen hereingeholt, die noch in deutschen Lagern lebten. Dann habe eine Masseneinwanderung aus asiatischen und afrikanischen Ländern eingesetzt. Die Juden aus diesen Ländern hätten keine Ausbildung, keine Erziehung genossen, doch seien auch sie, wie alle Juden, von der messianischen Vision geleitet gewesen. In den arabischen Ländern werde körperliche Arbeit als verachtungswürdig angesehen. Für die europäischen Juden hingegen sei die Arbeit, und gerade die einfache körperliche Arbeit auf dem Lande, die höchste Berufung, und nur so sei es zu erklären, daß viele Juden, die in Europa angesehene akademische Posten gehabt hätten, heute in Israel auf dem Lande arbeiteten. Er selbst habe sich vor einigen Jahren einige Monate lang aus der Politik zurückgezogen und sei in die Wüste gegangen, um dort zu arbeiten.

Die Aufgaben, denen sich der Staat Israel gegenübersehe, seien ungeheuer schwer, weil es an den Menschen fehle, die einen Staat aufbauen können. Wenn die von Hitler umgebrachten Millionen europäischer Juden heute in Israel lebten, wären die Probleme halb so schwer. Bei den Menschen, die heute zur Verfügung stünden, werde es noch 2–3 Generationen dauern, bis sie dieses Niveau erreicht hätten. Das Land und der Boden seien die Quelle des nationalen Lebens. Aus diesem Grunde seien auch die Gemeinschaftslager (Kibutzim) geschaffen worden, deren Mitglieder sich dort freiwillig aufhielten, die kein persönliches Eigentum besäßen, die erst nach einer Probezeit aufgenommen würden und die alle die gleichen Rechte und Pflichten hätten.

Was nun die aus afrikanischen und asiatischen Ländern kommenden Juden beträfe, so seien diese Menschen eher geneigt, in der Industrie als auf dem Lande zu arbeiten. Deshalb komme es darauf an, sie auf dem Umwege über die Industrie zu einem produktiven Element innerhalb des israelischen Staates zu machen. Der Allmächtige habe aber nun dem jüdischen Volk nicht gerade das beste Land gegeben, denn 60% des Gebiets von Israel seien Wüste. Der Herr Ministerpräsident betonte, es sei nicht die Absicht Israels,

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer: That is not enough. We have the same problem.

Ben-Gurion: I couldn't agree more with you.

You mentioned before the differences between Goldmann and myself. I will tell you what the real differences between us are. We are good friends. Goldmann was a good Zionist, but my conception of Zionism is to live in Zion. When I was young, I decided to go and live there. That is it. On other matters we are good friends.

I am not an economist, and I am not speaking of economic facts, but of the human factor. That the leader of a great people had the moral courage to accept moral responsibility for what had happened in his country, that is the real significance of the reparations agreement. What I am going to propose, you may reject. I cannot demand from you. There is no formal or informal obligation involved, but what I propose is what I think you ought to do.

We have a most difficult problem in building our country. For 2000 years, we did not live as a nation, as a country, but we had an ideal. There are many people who do not have ideals, but I think that the ideal is more important than knowledge and experience.

We are surrounded, beleagued, and encircled by the Arabs since the establishment of the State. I have not been against you helping the Arabs. I have no quarrel with the Arabs. It is completely one-sided. They are against us. We are not against them. Our aim is to live in peace and help others to the extent we can.

Our third difficulty is that the country is in great part a desert. Working under these circumstances is difficult and creates great hardship. But we will do it because this is our spiritual heritage. Our prophets said so long ago, and I believe that the masses who went to the gas chambers went with the hope that there will be redemption in Israel.

No other people can say as much as we that we are the people of the Bible. The Bible made our people. It formed us. That is our strength. That gives us the faith to know that we will do it. For Israel and humanity will be redeemed. It is a joint aim for us.

Hitler not only murdered six million Jews. At the end of the 19th century, there existed ten million Jews. Now after World War II, we are again 12 million Jews. Maybe at the end of the century, there will be 18 million Jews. But historically, Hitler almost murdered the Jewish State: Our hope and heritage for 3000 years. We are not going to submit to such a fate. We will overcome it.

If you do not agree, that is your right. For the life of six million people, there is no such thing as reparation. But something can be done to lessen the terrible damage that was done to the idea of the Jewish home. We want you to participate in developing our country.

We have to build up industry, to develop shipping and agricultural enterprises to create work for one million persons. You can invest in these enterprises or lend us for a long term each year fifty million Dollars for a period of ten years. That will make it easier to do what was imposed upon us – if it would not sound bashful, I would say, by God – let us say the commands of the Bible. This will help us to ingather the exiles. You cannot undo what Hitler did, but you can help giving us the means to rebuild Israel. Either you participate or you lend us every year for ten years forty to fifty million Dollars. I expect to integrate fully the people we have now. We may get another million during the coming then years from Moslem countries or the Communist countries. By the way we received some Jews from Communist countries. These people who have seen the Communist paradise, are completely immune to the lure of Communism. Actually in our last election, Communist representatives in the Knesset was halved from six members to three.

Adenauer: What do you think, how many microphones are in this room, 3 or 4?

Ben-Gurion: I don't know how many, but I am sure there are.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den territorialen Besitzstand auszudehnen, vielmehr wolle man die vorhandenen Mittel intensiver ausnützen.

Der Herr *Bundeskanzler* erkundigte sich nach der Geburtenzahl. Der Herr *Ministerpräsident* sagte, bei den orientalischen Juden liege sie zwischen 8 und 10 Kindern, bei den europäischen zwischen 2 und 4. Der Durchschnitt liege zwischen 4 und 5 Kindern.

Der israelische Ministerpräsident betonte, daß er den wirtschaftlichen Wert der Wiedergutmachungsleistungen durchaus zu würdigen wisse, doch gehe es ihm nicht in erster Linie um den wirtschaftlichen Wert, sondern um den menschlichen und moralischen Wert. Als Führer eines großen Volkes – denn man müsse das deutsche Volk als großes Volk bezeichnen, habe es doch Goethe, Beethoven und Kant hervorgebracht – habe der Herr Bundeskanzler den moralischen Mut gehabt, sich zu einer moralischen Verantwortung für das zu bekennen, was dem jüdischen Volk von den Nationalsozialisten angetan worden sei. Dies sei von größerer Bedeutung als die Tatsache der Wiedergutmachungsleistungen. Israel sei wie eine belagerte Festung von Feinden umgeben. Er selbst habe gar nichts gegen die Araber. Er habe auch nichts dagegen, wenn sie Unterstützung erhielten. Der Streit sei einseitig und gehe von den Arabern aus. Er persönlich wünsche den Arabern Freiheit, Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Wohlstand. Er glaube auch, daß sie einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Förderung dieses Teils der Welt leisten könnten.

(Der Herr Bundeskanzler erinnerte daran, daß Unterstaatssekretär Fischer [Maurice Fischer, Abteilungsleiter im israelischen Außenministerium, ehem. Botschafter des Staates Israel in Paris] ihm vor einiger Zeit von diesen großzügigen Gedanken des Ministerpräsidenten berichtet habe, die ihn stark beeindruckt hätten.)

Wegen dieser drei Gegebenheiten – Zusammensetzung der Bevölkerung, Armut an Bodenschätzen und Bedrohung von außen – seien die Aufgaben Israels so ungeheuer schwierig. Diese Aufgaben würden aber gelöst und müßten gelöst werden; es sei dies das geistige Erbe, das dem jüdischen Volk von seinen Propheten mitgegeben worden sei, es sei der Glaube, in dem das jüdische Volk von jeher gelebt habe, und es sei dieser Glaube gewesen, daß die Juden erlöst würden, mit dem Millionen Juden in den Gaskammern ihr Leben gelassen hätten. Das jüdische Volk bleibe diesem geistigen Erbe, das seine Stärke ausmache, treu. Es werde die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen, das Volk Israels zu erlösen und damit auch die Welt, denn beides gehe Hand in Hand.

Was Hitler getan habe, sei, historisch gesehen, die Tatsache, daß er den israelischen Staat, der immer im Herzen und in der Seele der Juden gelebt habe und damit auch das geistige Erbe ist, fast zerschlagen hätte. Das jüdische Volk sei aber nicht bereit, sich unter diesem Schicksalsschlag zu beugen. Für das Leben von sechs Millionen Juden könne keine Wiedergutmachung geleistet werden. Es könne aber etwas getan werden, um den furchtbaren Schaden, der dadurch angerichtet worden sei, zu mildern. Er wolle dem Herrn Bundeskanzler einen Vorschlag unterbreiten, der nicht als Forderung gedacht sei und den der Herr Bundeskanzler ohne weiteres zurückweisen könne. Der Herr Bundeskanzler sei weder formell noch informell verpflichtet, diesem Vorschlag zuzustimmen, doch wenn er ganz freimütig sprechen dürfe, wolle er sagen, daß der Herr Bundeskanzler diesen Vorschlag akzeptieren sollte. Er wolle nicht, daß die Bundesrepublik Israel Geld gebe. Er wolle vielmehr, daß die Bundesrepublik sich an der Entwicklung und Erschließung Israels beteilige, insbesondere auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet und in der Schiffahrt. Auf diese Weise könnte man in Israel Arbeitsplätze für eine Million Juden finden.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer: We will help you, out of moral reasons and out of reasons of practical politics. Israel is the fortress of the West, Israel has to develop in the interests of the whole world. I can already now tell you that we will help you, we will not leave you alone.

Ben-Gurion: I spoke with Mr. Abs[5] and he told me the same things. I want to talk about security.

Our people saw Strauss[6] in Bonn and discussed our problems with him. He saw things our way.

Adenauer: He is alright, he thinks like I do.

Ben-Gurion: There are two things we need from you and where you can help us. The first are submarines. The English submarines we got are not suitable for our purpose. They are built for too long a range and they need too large a crew. We need something different, something smaller. The Egyptians have ten Russian submarines. I don't know really whether it is an Egyptian base or a Russian base. We need submarines which are suitable for operation in the Mediterranean and the Red Sea.

The second thing we need are missiles. We know that you are in close cooperation with friends in this field. The help we received from France, both in the War of Independence and later, cannot be valued highly enough. We now hope for close cooperation between Germany and France. We are very happy to see this friendship after the many centuries during which Germany and France were enemies. I know that together we will have missiles. We need air to air missiles and ground to air missiles. My people saw Strauss. He was very helpful, but you have to decide, you are more than even the head of Government. You said before that you agreed.

Adenauer: Yes, I agree.

Gen-Gurion: Let me talk again about economic things. I understand that you agree to my proposals in principle.

I myself am not an economist. I want to send, at a time agreeable to you, 2–3 of my friends, men who know the needs of our industry, of our shipping and agriculture. As soon as it is practical, these 2 or 3 men, who know our needs and the conditions in Israel, will come to discuss investment in existing enterprises, because I think that we cannot ask your people to invest in something that does not exist yet. And secondly, establishment of new industries. They will be financed by Dr. Shinnar and your people, if you agree.

Adenauer: I agree completely, I assume that you will inform Shinnar about this conversation.

Ben-Gurion: Yes, he will be informed about everything. When I return home, can I say that the ground has been prepared?

Adenauer: Yes, that is alright.

Ben-Gurion: Also on the defense matter – can I say that Strauss has your support?

Adenauer: Yes, that is alright.

Ben-Gurion: Now I would like to talk about the political situation.

Adenauer: I would also like to discuss this subject.

Ben-Gurion: I had a long talk with Eisenhower[7]. It was a very friendly meeting. We devoted to Israel only 15 minutes, the rest of the time we discussed world problems, as two

---

[5] Hermann Josef Abs, Vorstandssprecher der Deutschen Bank A. G., Frankfurt a. M.

[6] Franz Josef Strauß, Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzender der CSU und Bundesminister der Verteidigung.

[7] Dwight D. Eisenhower, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Falls sich die Bundesrepublik nicht unmittelbar an dieser Entwicklung beteiligen wolle, bestünde noch die Möglichkeit einer Anleihe, wobei an einen Zeitraum von 10–20 Jahren und an einen jährlichen Betrag von 40–50 Millionen US-Dollar gedacht sei. Auf diese Weise wäre es leichter, die außerordentlich schwierigen Aufgaben, die seinem Volk von der Geschichte, dem Schicksal und von Gott gestellt worden seien, zu lösen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete dem Herrn Ministerpräsidenten: „Wir werden Ihnen helfen." Dies werde nicht nur aus einer inneren Verpflichtung heraus geschehen, sondern auch aus politischer Klugheit. Israel gehöre als Land mit westlicher Gesinnung zum Westen, und es liege im allgemeinen Interesse der freien Welt, daß sich Israel entwickle. Die Bundesrepublik werde Israel nicht im Stich lassen.

Der israelische *Ministerpräsident* dankte für diese Erklärung und sagte, er habe darüber auch schon mit Herrn Abs gesprochen, als dieser vor einem Jahr in Jerusalem gewesen sei. Herr Abs habe die Auffassung vertreten, daß etwas Derartiges getan werden könne und sollte.

Der Herr Ministerpräsident erwähnte sodann, daß vor etwa zwei Wochen einige seiner Herren mit Herrn Strauß in Bonn zusammengetroffen seien. Herr Strauß sei ein guter Mann. Im Zusammenhang mit diesem Themenkreis wolle er dem Herrn Bundeskanzler zwei Dinge vortragen. Israel habe U-Boote in Europa gekauft, die aber für die israelischen Zwecke nicht geeignet seien. Die U-Boote seien zu groß und brauchten auch eine zu große Besatzung. Israel benötige kleinere U-Boote, die im Mittelmeer und auch im Roten Meer operieren könnten. Es stehe fest, daß in Ägypten zehn höchst moderne U-Boote sowjetischer Bauart stationiert seien, wobei man nicht wisse, ob es sowjetische oder ägyptische U-Boote seien. Diese U-Boote stellten eine ständige Gefahr dar, könnten sie doch für Israel bestimmte Lebensmitteltransporte oder auch Schiffe mit Einwanderern versenken.

Der zweite Punkt galt den Fernlenkgeschossen. Der israelische Ministerpräsident bezog sich auf die deutsch-französische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet und verwies dabei auch auf die Unterstützung, die die Franzosen Israel von jeher hätten angedeihen lassen. Für Israel gehe es hauptsächlich um Luftabwehrraketen, um Luft-Luftraketen und um Boden-Bodenraketen. Herr Strauß habe dem israelischen Ersuchen gegenüber eine positive Haltung eingenommen, doch liege es nun beim Herrn Bundeskanzler, ob er sich dieser Haltung von Herrn Strauß anschließe oder nicht.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er stimme mit Herrn Strauß überein.

Der israelische *Ministerpräsident* regte sodann an, zur näheren Prüfung der wirtschaftlichen Fragen zwei oder drei Herren nach Deutschland zu entsenden, die, falls dem Herrn Bundeskanzler dieser Vorschlag genehm sei, aufgrund ihrer Kenntnisse Einzelheiten besprechen könnten. Die Herren würden sich bereithalten und könnten nach Deutschland kommen, sobald der Herr Bundeskanzler es für wünschenswert halte. Diese Herren stünden dann zusammen mit Herrn Shinnar zu Gesprächen mit deutschen Sachverständigen zur Verfügung. Auf diese Weise könnte die grundsätzliche Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers in die Tat umgesetzt werden. Was die Sicherheitsfrage angehe, so werde man den Kontakt mit Herrn Strauß fortsetzen, da dieser, wie er jetzt gehört habe, die Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers besitze.

Der israelische Ministerpräsident berichtete dann über sein Gespräch mit Präsident Eisenhower, wobei jedoch nur 15 Minuten des zweistündigen Gesprächs den Problemen Israels gewidmet gewesen seien. Man habe über die Ost-West-Auseinandersetzung, die Bedeutung Asiens und Afrikas für die freie Welt und über die allgemeine Situation im Na-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

members of the free world. We spoke about East and West, about Asia, Africa and the general situation in the Middle East. I will not repeat what was said there, because it is not necessary and would not be proper, but I will give you my views.

Adenauer: I am seriously worried. The whole development has brought about a considerably fall in America's stature in the world. At the same time the stature of Khrushchev[8] and Communism has increased. It is not important whether their stature has increased absolutely or relatively, because America's stature fall.

There is discontent in this country, both amongst Democrats and Republicans; nobody knows what is going on. There is no unity among the Western powers. England does not say what she wants. Regarding de Gaulle, we know his opinions, and they are identical with ours.

I saw Rockefeller[9] and Javits[10]. They said that the opinions of de Gaulle[11], B.[en]-G.[urion] and Adenauer are very important for the formation of public opinion in America, and they asked for my help. But Eisenhower and the State Department are very sensitive in these matters.

There is also discontent in the Army.

This is the way one goes to the Summit Meetings, to meetings with Khrushchev, who is the most outspoken dictator I know.

I am afraid that the Summit will bring success – at least propaganda success – to Khrushchev.

The best that could happen in my opinion would be that there should be talk for six days and that at the end a series of questions should be formulated to be discussed by the Foreign Ministers in a second conference to take place after the American elections – nine months from now. The development during the next nine months is just as important for you, as it is for us.

I am worried and Berlin is not a German question. It is a question of prestige between the West and the East, it is a question of confidence of the West in the American leadership. I am discussing this matter now with you and I will talk next about it to de Gaulle.

Ben-Gurion: There are a few things I cannot speak about – not because I do not agree with you. I said here to the people that they do not understand what Communism is. I told them, you cannot make propaganda the same way as the Communists. Unless the world trusts you, you can not lead the world.

Adenauer: I am willing to sign every word of the statement you made.

Ben-Gurion: I gave Eisenhower my views about Communism. He agreed entirely. I believe he is an honest man.

Adenauer: I also believe that he is honest, but I am worried that he has not enough „elbow".

Ben-Gurion: It may be best to be silent about this.

I agree it may not be bad if the most important questions will be postponed for ten months and no changes made in the meantime. I don't know who the next President will be, but I know the group, out of which one will be President. I know all these people, I have discussed with them these problems and their opinions satisfied me.

---

[8] Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

[9] Nelson A. Rockefeller, Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates New York.

[10] Jacob K. Javits, Senator des amerikanischen Bundesstaates New York.

[11] Charles de Gaulle, Präsident der Französischen Republik.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hen Osten gesprochen. Er wolle dem Herrn Bundeskanzler, wenn ihn dies interessiere, gerne seine Ansichten zu diesen Fragen mitteilen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte zuvor, er sei in großer Sorge. Durch die ganze jüngste Entwicklung sei das Ansehen der Vereinigten Staaten in der Welt nicht unerheblich gesunken. Das Ansehen der Kommunisten unter Chruschtschow sei gestiegen. Ob dies nun ein absolutes oder relatives Fallen oder Steigen sei, spiele im Augenblick keine Rolle. In den Vereinigten Staaten habe er sowohl bei Republikanern wie bei Demokraten große Unzufriedenheit gefunden. Keiner wisse, was los sei. Aus den Berichten über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe werde außerdem erkenntlich, daß unter den Westmächten keine Einigkeit herrsche. Was England wolle, sage es nicht. Was de Gaulle wolle, sei ihm bekannt. De Gaulle sei fest, und er glaube ihm auch. Nun werde ihm hier in New York von so maßgeblichen Politikern wie Gouverneur Rockefeller und Senator Javits gesagt, daß de Gaulle, Ben Gurion und er selbst in der öffentlichen Meinung Amerikas sehr viel gelten, und diese Herren sollten hier helfen, die amerikanische öffentliche Meinung wieder auf die richtige Linie zu bringen. Dem stehe aber gegenüber die Empfindlichkeit des Präsidenten und des State Department. Die Militärs seien unzufrieden, alle seien unzufrieden und so gehe man dann auf die Gipfelkonferenz. Auf der anderen Seite stehe Chruschtschow, ein Diktator ausgeprägtester Form, der auf niemanden Rücksicht zu nehmen brauche. Er sei in großer Sorge, daß die Gipfelkonferenz zumindest mit einem Propagandaerfolg für Chruschtschow enden werde. Das beste, was er erhoffe, sei, daß auf dem Gipfel möglichst viel geredet werde, sechs Tage lang, und daß dann eine Reihe von Fragen einer Außenminister-Konferenz überwiesen und eine zweite Gipfelkonferenz vorgesehen werde. Inzwischen wären dann die amerikanischen Präsidentschaftswahlen vorüber und der neue Präsident im Amt. Die Entwicklung der nächsten Monate, besonders in Amerika, sei für Israel von gleicher Bedeutung wie für die Bundesrepublik. Er sei in ernster Sorge. Es handele sich bei den konkreten Problemen in erster Linie um Berlin. Berlin sei nicht nur ein deutsches Problem. Es gehe vielmehr um die Frage des Prestiges des Westens gegenüber dem Osten und um die Frage des Vertrauens des Westens in die Führung durch die Vereinigten Staaten.

Der israelische *Ministerpräsident* sagte, in seinem Gespräch mit Präsident Eisenhower habe er darauf hingewiesen, daß man in Amerika gar nicht verstehe, was der Kommunismus wirklich bedeute. Amerika könne auch nicht die gleiche wirkungsvolle Propaganda wie der Osten treiben. Wenn die Welt Amerika nicht vertraue, könnten die Vereinigten Staaten die Welt nicht führen.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte diesen Feststellungen uneingeschränkt zu.

Der israelische *Ministerpräsident* vertrat die Auffassung, daß es vielleicht gar nicht so schlecht wäre, wenn die Behandlung der großen weltpolitischen Fragen um etwa zehn Monate vertagt würde. Niemand könne sagen, wer der nächste Präsident sein werde, doch soweit er die Herren kenne, glaube er zu wissen, daß sie in der Berlin-Frage alle eine feste Haltung einnehmen.

Für Chruschtschow gebe es keinen Kompromiß. Friedliche Koexistenz bedeute für ihn, was einem anderen gehöre, gehöre auch ihm, und was ihm gehöre, gehe die anderen nichts an. Aus dem Mikojan-Besuch in Kuba dürfte man eine Lehre gezogen haben, die notwendig war.

Neben der Deutschland- und Berlin-Frage, mit der er mehr oder weniger vertraut sei, halte er die weitere Entwicklung in Asien und Afrika für das entscheidende Problem zwischen Ost und West. Es gehe darum, die Seele Asiens und Afrikas zu gewinnen. Er glaube

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer: You mean Nixon[12], Rockefeller, Kennedy[13]? By the way, I don't know Kennedy, is he good?

Ben-Gurion: I think he is good on those problems, although I understand that the Roman Catholic Church does not want him to be President, because they are worried about the effect it may have on the American public.

I did not see Stevenson[14], but I met all the others.

Adenauer: Stevenson is too clever – or wants to be too clever.

Ben-Gurion: I do not believe Khrushchev will make a substantial compromise. If he says "peaceful co-existence", he means: "what belongs to you, belongs to me; and what belongs to me is none of your business". The visit of Mikoyan[15] to Cuba was a good lesson to America, who needed a lesson.

You may not need my advice, but I would suggest that you see Nixon.

Maybe you are not occupied with Asia and Africa. As I see it, apart from the problem of Germany and Berlin, this is the real struggle: for the minds and the souls of the peoples of Asia and Africa. I don't believe Khrushchev will make total war. He doesn't need it.

Adenauer: No, he doesn't need it. He does everything in the economic field. I am afraid Africa is already half lost. De Gaulle told me last December if there would have been war in 1950 between Russia and the West, Africa would have helped the West. If there should be war in 1960, Africa will stand aside. If there will be a war in 1970, Africa will help the communists.

Ben-Gurion: I beg to disagree with your last point. It may be so, but it does not have to be so. It depends upon U.S. leadership and Free World behavior.

Adenauer: The Americans have a curious opinion that they were a colonial country, and, therefore, they have to support Africa's fight against colonialism and imperialism. They should act this way with regard to the satellites. I think by the end of 1960 there will be 30 negro nations in the United Nations, 27 Moslem countries, 14 Buddhist countries, I don't know exactly how many Latin American countries, and a very few European countries.

Ben-Gurion: It really depends upon the way Africa and Asia are going. I don't agree that they must go to the other side. Asia is afraid of China. They have now seen communism in action.

Adenauer: Do you trust Nehru[16]?

Ben-Gurion: I don't trust him in international affairs.

Adenauer: He is an actor.

Ben-Gurion: I don't know what is coming after Nehru. I am afraid India may go communist. This must not happen. It can be prevented. The real problem there is poverty. The same thing is true for Africa. In Africa, there is one country where there is real danger, like there is one country in America where there is real danger. In Africa, it is Guinea. In America, it is Cuba. I met with representatives from almost all the African countries. I didn't go there, but they came to Israel. They are not communists. They are against communism. But they can work consciously or unconsciously for communism like Neh-

---

[12] Richard M. Nixon, Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

[13] John F. Kennedy, Senator des amerikanischen Bundesstaates Massachusetts.

[14] Adlai E. Stevenson, ehemaliger Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Illinois, 1952 und 1956 Kandidat der Demokratischen Partei um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Amerika.

[15] Anastas Iwanowitsch Mikojan, sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident.

[16] Shri Jawaharlal Nehru, Ministerpräsident und Außenminister der Republik Indien.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht, daß Chruschtschow so unvernünftig sei, einen Krieg zu beginnen, weil er ihn nicht brauchen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe ihn auch gar nicht nötig und Afrika sei ohnedies schon zur Hälfte verloren.

Auf die Bemerkung des israelischen Ministerpräsidenten, daß er diese Auffassung des Herrn Bundeskanzler nicht teilen könne, sagte der Herr Bundeskanzler, de Gaulle habe ihm bei seiner letzten Begegnung gesagt, wenn 1950 ein Krieg ausgebrochen wäre, dann hätten die afrikanischen Völker dem Westen geholfen. Wenn 1960 ein Krieg ausbräche, würden die Afrikaner beiseite stehen, und im Jahre 1970 würden sie auf der Seite der anderen stehen.

Der Herr *Ministerpräsident* widersprach dieser Auffassung erneut und sagte, die künftige Entwicklung hänge davon ab, wie diese Völker geführt würden und wie sich die freie Welt verhalte. Ihm erscheine es nicht unvermeidlich, daß Afrika auf die andere Seite einschwenke. Das gleiche gelte seiner Ansicht nach für Asien. In Asien sei die Gefahr noch weniger groß, weil die noch freien asiatischen Völker China fürchteten und noch wissen, was der Kommunismus bedeute. Was Nehru angehe, so sei er zwar für Indien ein großer Mann, nicht aber in weltpolitischen Fragen. Die Frage bewege ihn, was geschehe, wenn Nehru sterbe. Vielleicht werde Indien dann kommunistisch, doch brauche dies nicht so zu sein. Genauso wie es in Südamerika eine schwache Stelle gebe, Kuba, gebe es eine in Afrika, Guinea. Er selbst sei mit Vertretern fast aller afrikanischen Länder zusammengetroffen und glaube sagen zu können, daß sie nicht kommunistisch seien. Es könnte manchmal sein, daß diese Länder bewußt oder unbewußt gegen die freie Welt arbeiteten, ohne daß sie deshalb kommunistisch seien. Entscheidend sei in Afrika nicht die materielle Unterstützung, die den afrikanischen Völkern auch von der Sowjetunion versprochen werde, entscheidend sei vielmehr, daß die freie Welt diesen Völkern mit Verständnis entgegentrete, ihre menschliche Würde respektiere und sie als menschlich gleichberechtigt behandele. Wenn man ihnen so entgegentrete, werde man ihr Vertrauen gewinnen. Mit materieller Hilfe allein sei nichts auszurichten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Albert Schweitzer habe ihm einmal gesagt, die Afrikaner seien noch völlig unfähig, sich selbst zu regieren.

Der israelische *Ministerpräsident* gab zu, daß er Albert Schweitzer als einen großen Mann verehre, daß er dieses politische Urteil aber nicht akzeptieren könne.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, er könne sich nicht vorstellen, daß sich in der heutigen Welt ein Volk von heute auf morgen in diesen schwierigen Bedingungen zurechtfinden könne.

Der israelische *Ministerpräsident* betonte mit großem Nachdruck, die afrikanischen Politiker, die er kennengelernt habe, seien alle intelligent, nett, gebildet und weitblickend gewesen und alle hätten sie den Wunsch gehabt, die Lebensbedingungen ihrer Völker zu verbessern. Die Zeit der Kolonialherrschaft sei vorbei. Ganz Afrika werde früher oder später unabhängig werden. Der Westen müsse sich damit abfinden, ob er wolle oder nicht. Die Staatsmänner des Westens müßten das akzeptieren und versuchen, sich der gegebenen Situation am besten anzupassen. Die Afrikaner ließen sich für die freie Welt nur gewinnen, wenn ihnen die Weißen als Brüder, als gleichberechtigte Mitglieder derselben menschlichen Familie entgegenträten und nicht als Wohltäter, die die Schwarzen von oben herab behandelten. Er wisse, diese Einsicht sei für die europäischen Völker schwer, doch müßten sie die Zeichen der Zeit verstehen. Die Sowjets appellierten an diese Gefühle

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ru did who saw what happened in Tibet and remained silent and only spoke up when China attacked India.

In Africa, one thing was decisive. It was not whether you gave material help. Also, the Russians give or promise to give help. What they need in Africa is a feeling of equality and there is a danger that if leaders here and in Europa do not understand this, there is a great danger for the whole world.

It is decisive to understand their feeling of human dignity and equality. If they feel that you come to them as an equal, then they will trust you. If not, you lose their confidence.

Adenauer: You know of Dr. Schweitzer[17]. There are few people who know Africa like he does. Dr. Schweitzer says that the Africans are completely incapable. They are unable of any original thinking.

Ben-Gurion: I do not accept Schweitzer's political judgment. There are many people in South America about whom you can say that they are unable to govern themselves. After all, they have revolutions every year there.

Adenauer: In America, you have good people. There has been a long development. In Africa, it was sprung upon them suddenly.

Ben-Gurion: Many people think that the political structure of the United States is rotten. They say that this will lead to a catastrophe, that the country cannot be governed if the executive and legislative are at loggerheads. Would you say that, therefore, the United States should not be independent, and that England should rule the United States. There is no such thing as an ideal in this field.

Adenauer: No, that is true, but there is a misunderstanding. I don't believe that people can, from today to tomorrow, be made free and independent and find their place in the world.

Ben-Gurion: I did not go, myself, to Africa, but I met representatives of independent and non-independent countries. They were intelligent, nice people, people with ideas and vision. They want to elevate their people. Maybe they are primitive, but all of us have to know that the time for colonialism is over. Maybe in one more year, there won't be any colonies left and De Gaulle knows that.

Adenauer: Maybe it is the lesser evil.

Ben-Gurion: The question is how to deal with the new situation. I know Turkey well. I have lived there. If you ask me are they capable of self-government, the answer is no.

Adenauer: De Gaulle is dealing very cleverly with his colonies.

Ben-Gurion: De Gaulle knows that all the countries of black Africa will be independent. I am not speaking of Algeria. Algeria is an European problem. The important thing is that they should not go communist. If you go to Africa as a brother with no feeling of superiority, not as a benefactor, if you accept them as equal members of the human family, if they have that feeling then they will trust you. Otherwise, they will think that this is just a new way of imperialism as Khrushchev tells them. It is hard for many Europeans to understand it and to get the feel of it. I am a white man and I tell my African visitors that I am a white man and how can they say they suffered from the white man. We suffered much more from white men, I tell them, than you. They need recognition just as much as help. They will not accept you as a superior human being. Khrushchev says that this is a new form of imperialism. I told this to the President, Nixon, and the others. I belong to a race that has been persecuted more than others, but never lost its feeling of human

[17] Albert Schweitzer, Theologe, Kulturphilosoph und Arzt, Gründer des Tropen-Hospitals Lambarene (Gabun).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Afrikaner. Diesem Ziele diene auch Chruschtschows Besuch in Afrika. Doch dahinter stecke nicht die Absicht, den Schwarzen zu helfen, sondern sie zu beherrschen. Der Westen sollte immer daran denken, die Afrikaner als gleichberechtigte Mitglieder der großen menschlichen Familie zu betrachten. Dann werde er sie für sich gewinnen, und sie werden nicht zum Kommunismus übertreten.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob der israelische Ministerpräsident glaube, daß sich in der Sowjetunion eine Entwicklung vollziehe, die zu einer Abkehr [von] der Diktatur führen werde.

Der Herr *Ministerpräsident* antwortete, er glaube daran, in den nächsten zehn Jahren zwar nicht, doch sei er sicher, daß sich in 20–25 Jahren etwas derartiges vollziehen werde. Er habe verschiedenen Amerikanern gesagt, im Augenblick seien vielleicht manche taktische Änderungen zu beobachten, die aber noch nicht die Wurzel des augenblicklichen Systems berührten. Später aber würden sich nach seiner Auffassung bestimmt tiefgreifende Änderungen vollziehen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe das auch einmal geglaubt, doch lasse eine Diktatur den Wohlstand nie so groß werden, daß die Leute vernünftig würden und ihren eigenen Weg bestimmten.

Der israelische *Ministerpräsident* wiederholte noch einmal mit Nachdruck, daß der Herr Bundeskanzler über die Entwicklung in Afrika zu pessimistisch sei. Die Europäer seien gewiß überlegen, müßten aber den Afrikanern das Gefühl der Gleichheit vermitteln und sie als Menschen gleicher Würde behandeln. Die Afrikaner seien nicht kommunistisch. Dies sei nur ein Eindruck, der manchmal entstehe, wenn der Westen nicht den rechten Ton finde.

Abschließend dankte der Herr *Bundeskanzler* dem Herrn Ministerpräsidenten, daß in einem jüdischen Gebet der Ausdruck „die Deutschen" durch den Ausdruck „die Nazis" ersetzt worden sei. Er sagte außerdem, daß er auf die Frage des Weizmann-Instituts angesprochen worden sei und daß die Sache laufe. – Die Unterredung endete gegen 11.30 Uhr.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dignity. I can understand these people. You have to educate in this direction the people you will send to Liberia and to Ghana and to Ethiopia. You have to teach them to know that there is one human race. As the Bible said, "all men are made in God's image". This is everything. Only if you go with that attitude, you may win them. Maybe Guinea will go communist. We have a delegation of them in Israel now. Maybe when they go back, they will be changed, I am not sure. They need help, but also a feeling that they are equal members of the human familiy, that there is a family of equal nations. The trouble is that the United Nations are not united. I am not worried about the many black countries in the United Nations. But I am worried about us, how they will regard us. Khrushchev tells them that we are imperialists. Khrushchev, in reality, is the conqueror. The Russian Empire conquered Buchara, and other countries in Central Asia. After the last war, they conquered Latvia, Lithuania, and Estonia. Talking alone, will not help, but if we act as human beings, they will trust us, they will love us. You have to have more feeling for this.

Adenauer: Another question I want to ask you. Do you agree with the Americans' view that there will be a change away from dictatorship in Russia?

Ben-Gurion: Not in the next ten years.

Adenauer: Nobody knows what will happen after that, but there are Americans who believe so.

Ben-Gurion: I don't know what will happen in 25 years or so, but fundamentally, it will not change.

Adenauer: My opinion is the same. A dictator will never let the level of prosperity rise, so high as to make it possible to be challenged.

Ben-Gurion: That's right.

Adenauer: Someone has to take this into account and make plans accordingly.

Ben-Gurion: When Khrushchev comes to America, he says sweet words here, but when Mikoyan goes to Cuba, then he says what he really thinks. When Khrushchev went to India and Indonesia, then you could hear what he thinks about America.

They will not give up a single inch of what they have. This time Smirnov[18] spoke without a mask. When they speak sweetly they do not believe themselves what they are saying. I think you have to make a correction. You should not speak about Russian Communism, but about Russian Imperialism. This is the one remaining imperialism. America has shown inability in propaganda and I told them so. They agree that they do not know what to do. They must know that helping Israel is not agains the Arabs. You can tell them we are going to help. You are too pessimistic about Africa. They want to be free but fear equality and dignity.

Adenauer: Another thing I want to mention to you. I was approached by Dr. Cohen[19] regarding support for the Weizmann Institute. I want to tell you this matter is alright.

Ben-Gurion: Attacks have been made on me for meeting with you and for differentiating between your Germany and the Germany of Hitler. I think it is not Jewish to levy collective responsibility upon a whole nation and to carry this on and on. My conscience is quiet. I am doing my duty as a Jew and as a human being. My conscience is clear.

Adenauer: I want to thank you that you are not identifying German people today with Hitler and with what they did.

---

[18] Andrej Andrejewitsch Smirnow, Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn.

[19] Josef Cohen, europäischer Vertreter des Weizmann-Instituts in Rechovoth.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

FREDDY LITTEN

MIKROVERFILMTE AUSLÄNDISCHE ARCHIVALIEN IN DER BAYERISCHEN STAATSBIBLIOTHEK

Seit den siebziger Jahren erwirbt die Bayerische Staatsbibliothek (BSB) in größerem Umfang mikroverfilmte Aktenpublikationen vor allem aus den USA und Großbritannien, in letzter Zeit auch aus Rußland. Diese Erwerbungen wurden und werden größtenteils durch Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen der Förderung von Sondersammelgebieten finanziert; im Falle der BSB sind dies insbesondere die Geschichte des deutschsprachigen Raums, Frankreichs, Italiens, Osteuropas sowie der beiden Weltkriege.

Dadurch ist in den Magazinen der BSB ein gewaltiger Fundus an mikroverfilmten amerikanischen, britischen und russischen Archivalien des 19. und 20. Jahrhunderts entstanden, der über zehn Millionen Seiten umfaßt. Bedauerlicherweise gehört es jedoch nicht zu den unmittelbaren Aufgaben einer Bibliothek, ihre Bestände über die Katalogerschließung hinaus auch bekannt und besser benutzbar zu machen. Hier greift nun seit einigen Jahren eine Privatinitiative, durch die mittlerweile der größte Teil der entsprechenden Bestände in einem thematischen (Erster und Zweiter Weltkrieg) und drei „regionalen" Verzeichnissen (Westeuropa und Naher Osten, Osteuropa, Ostasien) erschlossen ist[1].

Die Besonderheit dieser Verzeichnisse liegt darin, daß nicht einfach nur die Serien bzw. Unterserien samt Herkunft angegeben sind, sondern auch die dazugehörigen Signaturen – in Extremfällen sogar für jede Filmrolle –; außerdem auch, soweit vorhanden, die dazugehörigen *guides, descriptive pamphlets, registers* etc. mit Seitenzahlen und ebenfalls Signaturen. Dadurch wird sowohl ein Überblick gegeben, als auch der Zugriff vor Ort und

[1] Freddy Litten, Britische und amerikanische Aktenpublikationen zu Ostasien im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Führer zu Mikroform-Beständen der Bayerischen Staatsbibliothek und der Staatsbibliothek zu Berlin, München 1994; ders., Britische, amerikanische und russische Aktenpublikationen zu Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Führer zu Mikroform-Beständen der Bayerischen Staatsbibliothek, München 1995; ders., Britische und amerikanische Aktenpublikationen zu den beiden Weltkriegen. Ein Führer zu Mikroform-Beständen der Bayerischen Staatsbibliothek, München 1996; ders., Britische, amerikanische und französische Aktenpublikationen zu Westeuropa seit 1789. Ein Führer zu Mikroform-Beständen der Bayerischen Staatsbibliothek, München 1997. (Das letzte Verzeichnis listet auch Materialien zum Nahen Osten und zur jüdischen Geschichte auf.) Jedes der Verzeichnisse kostet DM 7,50, plus Porto, und ist am einfachsten direkt zu bestellen beim Osteuropa-Institut München, Scheinerstr. 11, 81679 München, Fax: 089/9810110, e-mail: u9511aj@sunmail.lrz-muenchen.de. Wenngleich dieses Unterfangen keine finanzielle Unterstützung fand, so gilt doch mein Dank sowohl der Historischen Abteilung des Osteuropa-Instituts München für die Aufnahme der Verzeichnisse in die „Mitteilungen" als auch verschiedenen Mitarbeitern der BSB, die trotz ihrer ohnehin hohen Belastung noch die Zeit fanden, meine Arbeit zu erleichtern.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über Fernleihe erleichtert, denn die jeweiligen Signaturen sind über drei BSB-Kataloge verstreut und im Einzelfall auch für Experten schwer auffindbar. Gleichzeitig sind diese Verzeichnisse jedoch kein Ersatz für die *guides* etc.; am ehesten könnte man sie mit Bestandsverzeichnissen eines Archivs vergleichen, die den Blick in die einzelnen Findmittel üblicherweise ja ebenfalls nicht ersparen.

Im folgenden sollen nun einige der großen Serien vor allem des 20. Jahrhunderts kurz vorgestellt werden. (Die Signaturen sind nur in den beiden Fällen angegeben, in denen sie erst nach Erscheinen des entsprechenden Verzeichnisses vergeben wurden.) Den vielfältigsten und breitesten Bestand stellen die Akten des US State Departments dar, hier vor allem die 1910 beginnenden *decimal files* aus der *record group* 59 der National Archives. (Wenigstens Teile des 19. und der Anfang des 20. Jahrhunderts werden in den „Despatches from US Ministers to ..." behandelt, die für Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Rumänien, Rußland, die Schweiz und Serbien vorliegen und ebenfalls aus der *record group* 59 stammen.) In der BSB findet man unter verschiedenen Titeln („Records of the US Department of State relating to internal affairs of ...", „Confidential US State Department Central Files") unter anderem die *decimal files* zu den *internal affairs* folgender Länder: Albanien (1910–1954), Armenien (1910–1929), Bulgarien (1910–1954), Deutschland (1910–1959), Estland (1910–1944), Finnland (1910–1944), Frankreich (1910–1954), Griechenland (1910–1954), Italien (1910–1954), Jugoslawien (1910–1959), Lettland (1910–1944), Litauen (1910–1944), Österreich(-Ungarn) (1910–1954), Polen (1916–1959), Rumänien (1910–1959), Rußland/Sowjetunion (1910–1959), Schweiz (1910–1939), Serbien (1910–1929), Tschechoslowakei (1910–1959), Ukraine (1918–1949), (Österreich-)Ungarn (1912–1944).

Für Armenien (1910–1929), Deutschland (1910–1959), Finnland (1910–1944), Frankreich (1910–1929, 1945–1954), Griechenland (1910–1929), Italien (1910–1929, 1940–1954), Jugoslawien (1910–1929), Österreich-Ungarn bzw. Österreich und Ungarn (1910–1929) und Rußland/Sowjetunion (1910–1959) liegen auch speziell die *decimal files* zu den *foreign affairs* vor; sonst sind *foreign affairs* manchmal in den hier unter *internal affairs* aufgeführten oder in Serien zu größeren Räumen enthalten. Diese verwirrende Situation ergibt sich unter anderem dadurch, daß zwei(einhalb) Anbieter (National Archives/Scholarly Resources und UPA) sich den Markt, nicht ohne Überschneidungen, teilen. Weitere Dokumente der *decimal files* des US State Departments finden sich in Serien zum Ersten Weltkrieg und seinen Nachwirkungen (518 Filmrollen) sowie zum Zweiten Weltkrieg (251 Filmrollen) bzw. zur Flüchtlingsproblematik der vierziger Jahre (70 Filmrollen).

Die Spannweite der auf ein Land bezogenen Serien läßt sich beispielsweise an den Titeln der Teilserien zu Deutschland 1955–1959 ablesen: Teil 1 der *internal affairs* der BRD ist benannt „Political, Governmental, and National Defense Affairs", Teil 2 „Social, Economic, and Industrial Affairs", außerdem gibt es noch einen Teil zu *internal affairs* der DDR, einen Teil zu *foreign affairs* der BRD und einen Teil zu gesamtdeutschen Angelegenheiten – zusammen 121 Filmrollen. Insgesamt liegen zu Deutschland zwischen 1910 und 1959 allein aus dem Bestand der *decimal files* mehr als 650 Filmrollen vor, womit auch deutlich wird, daß die bekannten „Foreign Relations of the United States" (FRUS) nur einen kleinen, wenngleich für die politische Geschichte wichtigen Teil der entsprechenden Dokumente enthalten.

Verschiedene größere und kleinere amerikanische Serien vor allem aus Beständen der National Archives ergänzen diese Überlieferungen. So gibt es für Rußland bzw. die So-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wjetunion Verfilmungen der Bestände aus *record group* 84 („US State Department Post Records") für die Zeit von 1914 bis 1941 (145 Filmrollen). Eine andere wichtige Quelle bilden die „U.S. Military Intelligence Reports", die für Deutschland, Frankreich, Italien, Polen plus Baltikum und Rußland/Sowjetunion für die Zeit von 1918/19 bis 1941/44 vorliegen *(record groups* 165 und 319). Daß hier bei weitem nicht nur militärische Themen behandelt werden, zeigen die Titel der beiden Teilserien für Deutschland 1941–1944: „Geography, Population and Social Conditions, Politics and Government, Economy, and Finance" (41 Filmrollen) und „National Defense, Army, Navy, and Military Aviation" (37 Filmrollen). (Zahlreiche weitere amerikanische und britische Serien mit militärischem Schwerpunkt befinden sich ebenfalls in der BSB.)

Darüber hinaus kann man die „OSS/State Department Intelligence and Research Reports" aus Beständen der National Archives für die Jahre 1941 bis 1961 benutzen: Studien im Auftrag des Office of Strategic Services und des State Departments, deren Verfilmung in 14 Teilen praktisch die ganze Welt mit Ausnahme Nordamerikas abdeckt (124 Filmrollen). Sie überschneiden sich zeitlich mit den „CIA Research Reports", die für 1946–1976 in 9 Teilserien ebenfalls diesen Raum behandeln (47 Filmrollen). Untersuchungen in diesen beiden Serien behandeln z.B. „The Sinarquista Movement in Mexico (1943)" oder „A Reassessment of Julius Nyerere, June 10, 1965".

Für das Studium der amerikanischen Außenpolitik wie der internationalen Geschehnisse in den sechziger Jahren dürften sich die „National Security Files" der Kennedy und der Johnson Administration, aus den jeweiligen *presidential libraries,* als nützlich erweisen, besonders da die über 150000 Seiten verfilmter Dokumente durch relativ ausführliche *guides* erschlossen sind – der *guide* zu den 15 Filmrollen, die die „Lyndon B. Johnson National Security Files" zum Bereich „Asien und Pazifik" enthalten, umfaßt über 300 Seiten. Leider ist ein solcher „Luxus" eher die Ausnahme: Gerade die Verfilmungen der *decimal files* der zehner und zwanziger Jahre durch die National Archives sind hier vergleichsweise dürftig erschlossen, was leicht an den Seitenzahlen der Findmittel zu erkennen ist.

Von 1970 durch Supplemente bis in die Gegenwart schließlich führt „Foreign Nations: The Special Studies Series", in deren sechs Teilserien (Afrika, Asien, Europa und NATO, Lateinamerika, Naher Osten, Sowjetunion) Studien und Hilfsmittel privater, militärischer und staatlicher *think tanks* veröffentlicht werden. Hier findet man Studien z.B. zu „The Quest for Regime Legitimacy and Stability in the GDR: The Determinant of Policy (1986)" oder „The Egyptian Expulsion of Soviet Military Personnel in July 1972: Causes and Impact (1973)", aber auch ein „Directory of Chinese Officials and Organizations" der CIA (Mai 1991).

Unter den britischen Archivalien ragen besonders die jetzt im Public Record Office befindlichen Dokumente des British Foreign Office zu verschiedenen Ländern hervor. Sie bilden ein, thematisch vielleicht nicht ganz so breites, Pendant zu den Akten des US State Department. Die entsprechenden Bestände zu China im 19. Jahrhundert (FO 17) findet man auf mehr als 550 Filmrollen, zur Lage im besetzten Europa während des Zweiten Weltkriegs (FO 371) auf über 180 Filmrollen, zu Japan für die Zeit von 1856 bis 1948 (FO 46, 371, 566) auf über 700 Filmrollen, zu Palästina von 1927 bis 1934 (CO 733) auf ca. 150 Filmrollen, zu Rußland/Sowjetunion von 1883 bis 1948 (FO 65, 371) auf fast 1000 Filmrollen (davon allein 72 für das Jahr 1918), zu den USA für die Jahre 1930 bis 1948 (FO 371) auf mehr als 380 Filmrollen und, neuerdings, zu Deutschland *(political correspondence)* zwischen 1906 und 1921 (FO 371, 566, 765) auf knapp 250 Filmrollen; diese Serie soll noch mindestens bis 1925 ausgedehnt werden. Die Findmittel zu diesen Serien

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bestehen zum Teil aus den verfilmten Originalfindmitteln, zum Teil aus gedruckten *guides,* die jedoch etwas umständlicher zu benutzen sind als die *guides* zu den „späteren" *decimal files.*

Seit 1993 erwirbt die BSB in großem Umfang auch Verfilmungen russischer Archivalien. Handelte es sich bei der Serie „Leaders of the Russian Revolution" mit Dokumenten aus dem „Russischen Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neueren Geschichte" noch um eine mittelgroße Erwerbung (ca. 1850 Mikrofiches und ca. 400 Filmrollen), so lotet das „Russian Archives Preservation Project" der Hoover Institution in Stanford/Kalifornien, des Staatlichen Archivdiensts der Russischen Föderation und des britischen Verlages Chadwyck-Healey finanziell wie magazintechnisch Grenzen aus. Ende 1996 befanden sich in der BSB bereits ca. 5500 Mikrofilme aus diesem Projekt, weitere knapp 2000 waren bestellt. Ein Schwerpunkt der Verfilmungen sind die Findmittel zu Beständen des „Russischen Zentrums", des Staatsarchivs der Russischen Föderation und des „Zentrums zur Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumentation". Der andere Schwerpunkt ist die Verfilmung ausgewählter Bestände; so liegen bereits der All-Russische Zensus der Parteimitglieder 1926–1927 auf fast 300 Filmrollen („Russisches Zentrum", Fond 17) oder Teile des „NKWD-Fonds" (Staatsarchiv der Russischen Föderation, Fond r-393) auf ca. 450 Filmrollen vor. Interessanterweise wird berichtet, daß einzelne der hier verfilmten Dokumente in Moskau bereits nicht mehr zugänglich seien.

Zudem verfilmt eine weitere westliche Firma (IDC) Dokumente aus dem „Russischen Zentrum" zu den Kongressen und Plena der Kommunistischen Internationale („Comintern Archive"). Ende 1996 lagen auf über 4700 Mikrofiches die Unterlagen zum 1. bis 6. Kominternkongreß vor (Fondy 488–492; BSB-Signatur: Film P 95.1678), geplant sind insgesamt ca. 12000 Mikrofiches.

Von den zahlreichen anderen verfilmten Materialien, die sich in der BSB befinden, seien hier nur noch folgende erwähnt: die Akten des Polnischen Außenministeriums 1918–1940 (BSB-Signatur: Film R 95.260), die vor ihrer Rückgabe aus den amerikanischen National Archives (*record group* 59) auf 56 Rollen verfilmt wurden; die „Collection of Italian military records 1935–1943", ebenfalls aus den National Archives (*record group* 242), auf über 500 Filmrollen und mit relativ umfangreichen *guides;* sowie das „National Inventory of Documentary Sources in the UK and Ireland" und das Pendant für die USA, in denen man auf jeweils mehreren zehntausend Mikrofiches verfilmte Archivinventare, Nachlaßverzeichnisse usw. findet; diese beiden Serien werden in der ersten Hälfte 1997 in der BSB neu und benutzerfreundlich geordnet.

Es dürfte jetzt hinreichend deutlich geworden sein, daß die Bayerische Staatsbibliothek dank der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft eine Fundgrube nicht nur an Büchern, sondern eben auch an Dokumenten für Forschung und Lehre (z. B. Magisterarbeiten) in vielen Bereichen der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts darstellt. Mit den eingangs erwähnten Verzeichnissen als „Generalkarten" und den jeweiligen Findmitteln als „Spezialkarten" sollte die Nutzung dieser Quellen jetzt kein großes Problem mehr sein.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Frank Zschaler: The Forgotten Monetary Reform of 1948. Background, Implementation and Result of the East German Monetary Reform

Based on a vague conceptual framework which combined the recommendations of German financial experts and the tenets of Soviet monetary policy, attempts to reform the monetary structure of East Germany were hardly professional. State owned enterprises as well as party biased organisations were clearly favored, which demonstrated a political dimension very much in line with the motives of communist oriented SED leadership. A 90 % reduction of the existing money supply was not achieved as originally planned. The circulation of new currency in East Germany, which was based on population size, far exceeded that of West Germany. More importantly, however, these reform measures allowed the introduction of Soviet monetary policy which ultimately changed the entire economic system. As a result, the continued existence of an economic system, whose capacity for growth was not based on real productivity, monetary policy in East Germany was never as significant as in West Germany. It was but another step in the process of enforcing Soviet economic policy.

Karl Christian Führer: Claims vs. Reality. The Failure of the National Socialist Housing Program 1933–1945

Providing the population with adequate housing remained a central problem throughout the entire national socialist régime. The essay describes the shortcomings of the housing market and tries to define the causes. The ever growing housing shortage was not a problem coincidental to the national socialist era. Indeed, the increased demand for housing was directly related to the successful strategy of Hitler's economic and employment policy. Paradoxically, a serious commitment to ending the housing shortcomings would not only have entailed re-directing the economic and political course set forth by the national socialist régime. It would also have meant revoking the highly lucrative armaments industry. The housing policy was destined to fail in light of the basic structure and ulterior motives of the national socialist policies. Thus, close examination of this particular aspect during the national socialist era further substantiates the thesis that Hitler's dictatorship was not capable of any kind of constructive policy.

Gerhard Keiderling: The KPD's Role During the Party Formation Process in Berlin from May to July 1945.

KPD leadership in Moscow needed to define the perspectives of the German party system in postwar Germany 1944/45. Although the initial idea was to have a single party only, namely the KPD, the decision was taken to form a multi-party system, checked and controlled by so-called „Block-" or „Massenorganisationen". The communist held municipal authorities of Berlin allowed the registration of only four parties, thus setting the stage for a Soviet controlled party system. Walter Ulbricht not only directly influenced the re-establishment of the SPD, but was also directly involved in the formation of two new parties, the CDU and LDP. These parties were all integrated into a communist led „Block". Backed by the Soviet occupying power, a party cartel was formed be-

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tween June 10 and July 14, 1945. Seemingly pluralistic, the cartel essentially paved the way for Soviet policy to further embrace and infiltrate Germany. Although Berlin was held up as the model capital city and East Germany the set example for all of Germany, the declared goal of the SMAD and KPD of spreading the Soviets' „Deutschlandpolitik" to the West was never attained.

Yehuda Bauer: Repercussions of the „Auschwitz Report". A Commentary

In the January 1996 issue of the Vierteljahrshefte, Dr. Rudolf Vrba stated that, although Jewish representatives in Slovakia and Hungary had received the Auschwitz Report, they could not warn the Hungarian Jews in time. Fact is that the on record report did not reach Budapest until end of May or early June, too late to warn the victims being deported to Poland since May 14. General information on Auschwitz was circulated by Reszoe Kastner end of April or early May 1944. Attempts to warn Hungarian Jews living in the provinces by youth organisations affiliated with Kastner, however, were rejected. Kastner, virtually unknown, was not a member of the Jewish Council and, therefore, could hardly issue a warning. The Hungarian Jews had been receiving reports on the genocide in Poland since 1942, but disregarded these, since they saw no practical means of escaping. However understandable Dr. Vrba's accusations are, they must be repudiated based on the recent documentation we have received.

Yeshayahu A. Jelinek/Rainer A. Blasius: Ben-Gurion and Adenauer at the Waldorf Astoria. Transcripts of Talks Held at the New York Summit on March 14, 1960

Diplomatic relations between Israel and the Federal Republic of Germany were not to be established on March 14, 1960. Indeed, when both statesmen addressed the press at the Waldorf Astoria, neither made any mention of the military and financial aid Adenauer had implied in his famous statement „Wir werden Ihnen helfen". Indeed, Adenauer merely declared that „joint cooperation and aid to Israel will bear fruit in the future". Prime Minister Ben-Gurion immediately thanked Adenauer by pointing out „Germany today is not the Germany of yesterday". Since then, speculation surrounding these talks has been great ranging from widely differing German and Israeli interpretations, excerpts published in Adenauer's „Erinnerungen 1959–1963", oral history reports to quotations in history publications. What actually was agreed to, and discussed behind closed doors at the Waldorf Astoria is fully disclosed by the transcripts produced by the State Archives of Jerusalem and the Political Archives of the Foreign Office in Bonn. Both these documents accurately reconstruct these talks. Besides discussion of German-Israeli relations, other topics especially included Africa as well as various heads of state ranging from Khrushchev to de Gaulle, from Eisenhower to Nehru.

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Frank Zschaler*, wissenschaftlicher Assistent an der Katholischen Universität Eichstätt, Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Karl-Marx-Str. 104, 16321 Bernau); veröffentlichte u. a.: „Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin 1945–1961. Eine vergleichende Untersuchung von Ost- und West-Berlin" (Berlin/New York 1995), „Vom Heilig-Geist-Spital zur Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät" (Heidelberg 1997).

Dr. *Karl Christian Führer*, Privatdozent an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Schriftleiter des Archiv für Sozialgeschichte (Brahmsallee 39, 20144 Hamburg); Veröffentlichungen: „Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902–1927" (Berlin 1990), „Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960" (Stuttgart 1995); verschiedene Aufsätze zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Dr. *Gerhard Keiderling*, Professor, Diplom-Historiker (Platanenallee 10, 15738 Zeuthen); veröffentlichte u. a.: „Die Berliner Krise 1948/49" (Berlin-Ost 1982), „‚Gruppe Ulbricht' in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation" (Berlin 1993), „‚Wir sind die Staatspartei.' Die KPD-Bezirksparteiorganisation Groß-Berlin 1945–April 1946" (erscheint 1997); zahlreiche Beiträge zur Geschichte Berlins nach 1945.

Dr. *Yehuda Bauer*, Ph. D, Direktor des International Research Institute of Holocaust Studies am Yad Vashem (Mount Scopus, Jerusalem 91905); veröffentlichte zahlreiche Aufsätze und Bücher zum Holocaust und zur Geschichte der Juden, u. a.: „Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945" (Frankfurt a. M. 1996).

Dr. *Rainer A. Blasius*, Leiter der Außenstelle Bonn des Instituts für Zeitgeschichte und der Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland" (c/o Auswärtiges Amt, Adenauerallee 89, 53113 Bonn); veröffentlichte u. a.: „Geschäftsfreundschaft statt diplomatischer Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63", in: Ders. (Hrsg.), „Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963" (München 1994), die Editionen „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1965", 3 Bde. (gemeinsam mit Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1996), „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966", 2 Bde. (gemeinsam mit Matthias Peter und Harald Rosenbach, München 1996).

Dr. *Yeshayahu A. Jelinek*, Professor für Geschichte an der Ben-Gurion-Universität (P. O. Box 7289, Neweh Noy, 84850 Beer-Sheva, Israel); veröffentlichte u. a.: „Israel und die Anfänge der Wiedergutmachung", in: Ludolf Herbst und Constantin Goschler (Hrsg.), „Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland" (München 1989), „Das ‚Locarno-Konzept', die Hallstein-Doktrin und die Ostpolitik. Israel zwischen den beiden deutschen Staaten", in: „Studien zur jüdischen Geschichte und Soziologie". Festschrift für Julius Carlebach (Heidelberg 1992), „Eine wechselvolle Reise. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1952–1965", in: Gerd Langguth (Hrsg.), „Macht bedeutet Verantwortung. Adenauers Weichenstellungen für die heutige Politik" (Köln 1994).

Jahrgang 45 (1997), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte